DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 6 Juni 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Nato:
Verbündete distanzieren sich von USA

Wie leichtfertig Reagan Morden, Terror und Kriegen zustimmt

Österreich:
Desinformation gegen Kurt Waldheim

Banken:
Geschäfte mit Drogen

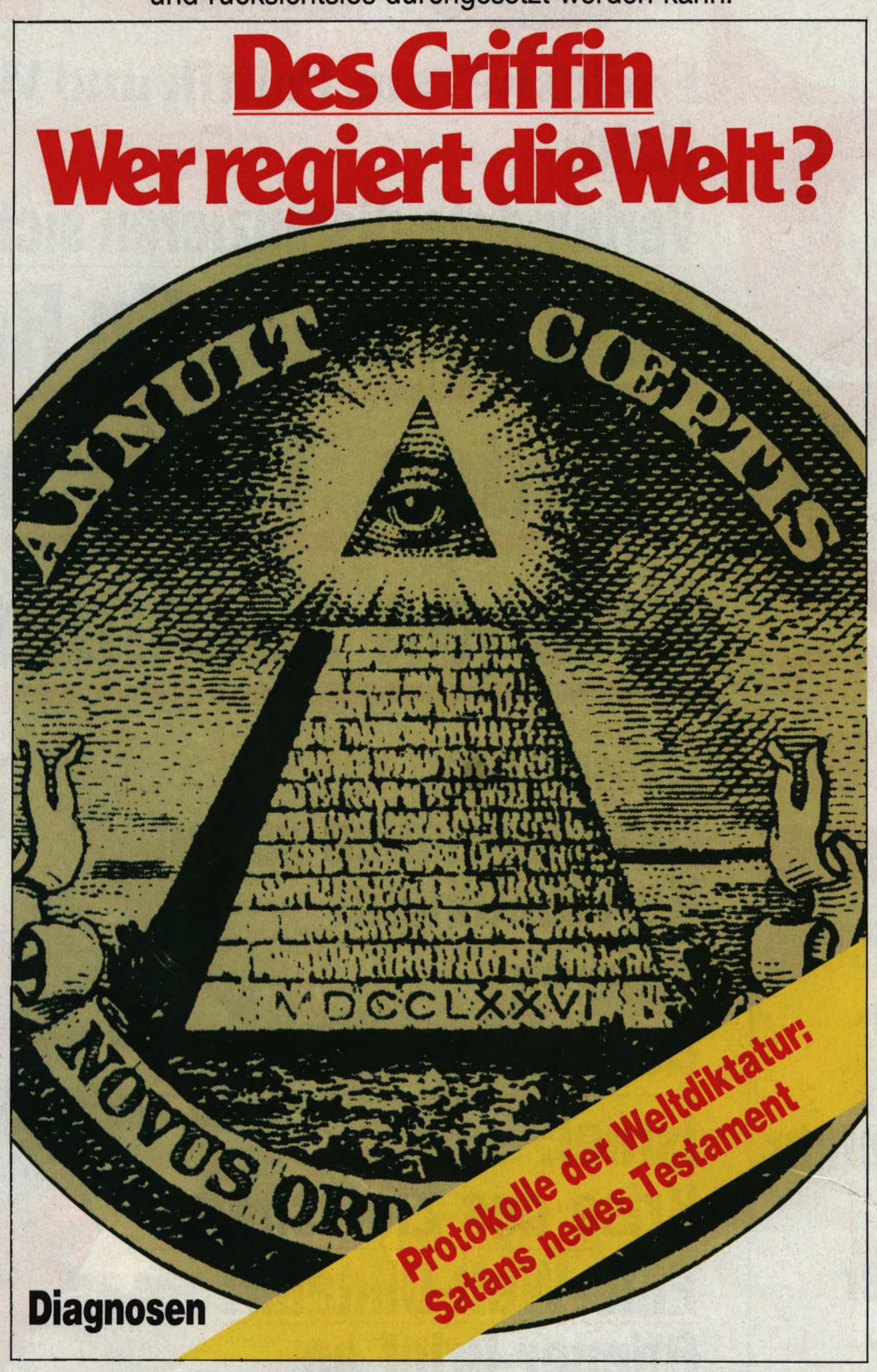
Israel:
Krise des Zionismus

Eine-Welt-Diktatur:
Offener Brief an die Bauern

Europäische Gemeinschaft:
Immer mehr auf der Seite der Palästinenser



»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene, kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornalme

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

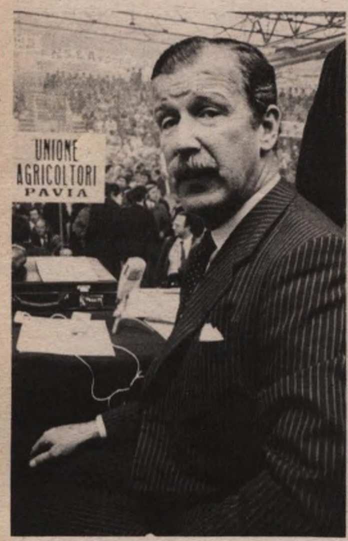
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

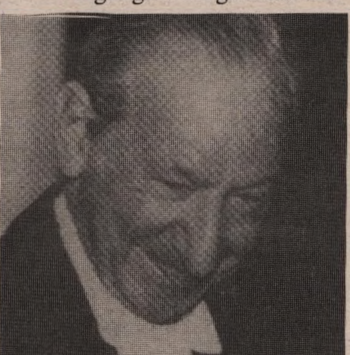
CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Oberbauer Heeremann interessiert sich mehr für die Landwirtschaftsfabriken und schweigt im Bundestag zu den Tragödien der deutschen Bauern.

Europa



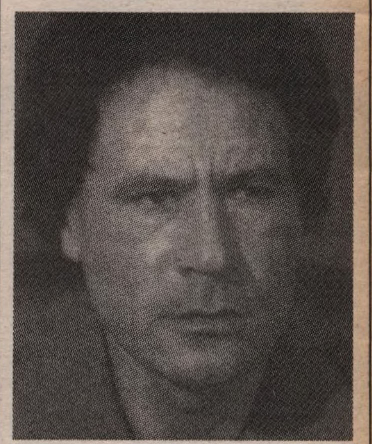
Österreichs Bundespräsident hatte sich mit der Einführung des PLO-Anführers Arafat in die UN-Vollversammlung den falschen Protektor für seine spätere Karriere in der Wiener Hofburg ausgesucht.

Finanzen



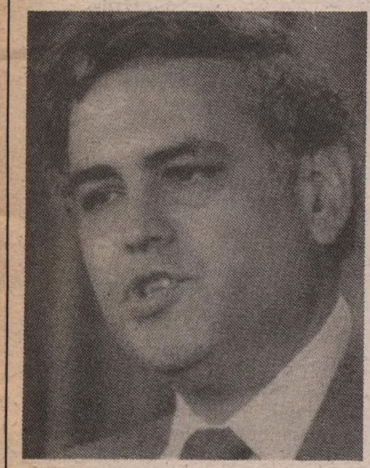
Die Koalition der Banker wird angeführt von David Rockefeller und seinem Finanzflaggschiff Chase Manhattan Bank.

Internationales



Aufgrund falscher Informationen stimmte der US-Präsident zu, den starken Mann Libyens, Oberst Muammar El-Gaddafi, umzulegen.

Naher Osten



Richard Perle: »Es ist falsch zu glauben, die gegenwärtige sowjetische Regierung sei den USA oder deren Verbündeten, insbesondere Israel gegenüber freundlich gesinnt.«

Medizin

Geschichte

Ständige Rubriken

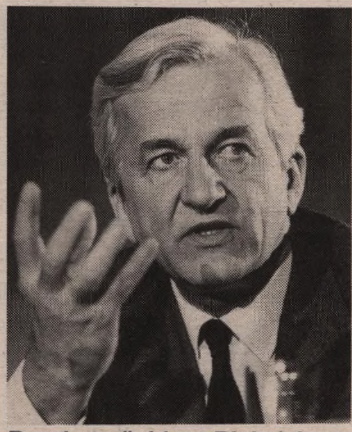
Bonn

Verfälschung der Begriffe

Werner Wentzel

Wie aus der westdeutschen Tagespresse zu entnehmen ist, müssen sich neuerdings die Heimatvertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern und Ostbrandenburg als »Auswanderer« bezeichnen, wenn sie bei der polnischen Botschaft in Köln oder bei der polnischen Militärmission in Berlin ein Einreisevisum für ihre Heimat oder nach Polen beantragen.

Diese Neuregelung erfolgte auf Beschluß des Zentralkomitees der polnischen Kommunistischen Partei. Die Deutschland-Experten in Warschau hatten geraten, die Vertreibung der Deutschen nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages 1945 nicht mehr als »humanitäre Umsiedlung« oder als »Bevölkerungstransfer« zu bezeichnen. Vielmehr sollten jetzt dafür die Begriffe »Emigration« oder »Auswanderung« amtlich verwendet werden. Warschaus Außenministerium hat inzwischen die diplomatischen Vertretungen angewiesen, die neue Sprachregelung zu beachten.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker redet nicht mehr von Vertreibung, sondern von einer erzwungenen Wanderschaft.

Weizsäckers Wortakrobatik

Bei Visumsanträgen in der Bundesrepublik einschließlich des Landes Berlin, heißt es daher jetzt unter Punkt 11: Datum der Auswanderung aus der Volksrepublik Polen. Eine Äußerung der Bundesregierung dazu wurde bisher nicht bekannt.

Durch die Einführung der Bezeichnung »Auswanderung« auf den Formularen für Einreiseanträge werden die deutschen Heimatvertriebenen, die ihre Heimat besuchen wollen, genötigt, sich als »Auswanderer« zu bezeichnen, sie geben ja auf dem amtlichen Antrag das Datum ihrer »Auswanderung« an.

Im letzten Jahr haben 300 000 Deutsche aus der Bundesrepublik, zumeist Vertriebene, die ostdeutsche Heimat besucht. In einigen Jahren heißt es dann, daß Millionen von angeblichen Vertriebenen sich selbst gar nicht als solche betrachten. Sie haben schließlich eigenhändig millionenfach den Tag ihrer »Auswanderung« aus der Volksrepublik Polen angegeben, von »Vertreibung« kann also keine Rede sein.

Diese Neuregelung dient also der Aufrechterhaltung der sogenannten Realitäten, der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, zumal sie wohl kaum von Bonn mit der notwendigen Schärfe und Deutlichkeit zurückgewiesen werden wird.

Übrigens hat zur Einführung der Rubrik »Auswanderung aus der Volksrepublik Polen« auf den Antragsformularen für die Einreiseerlaubnis nach den deutschen Ostgebieten und Polen wahrscheinlich auch jener auf besonders heftige Ablehnung gestoßene Passus der viel zitierten Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker beigetragen, die er am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestages der Kapitulation der Wehrmacht vor dem Bundestag gehalten hat. An der Stelle seiner Rede, bei der von Weizsäcker auf die Heimatvertriebenen zu reden kam, vermied er das Wort »Vertreibung« und sprach dagegen von einer »erzwungenen Wanderschaft«.

Vertreibung als Wanderschaft tituliert

Diese neue Wortschöpfung des Richard von Weizsäcker an Stelle von »Vertreibung« hat das Zentralkomitee der polnischen Kommunistischen Partei offensichtlich mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen und entsprechende Überlegungen ausgelöst. Von der »Wanderschaft«, wenn auch einer erzwungenen, über die »Wanderung« schließlich zur Auswanderung war der Schritt dann nicht mehr weit.

Auf eine entsprechende Anfrage gab das Auswärtige Amt am 22. Januar 1988 folgende Nachricht: »Der Bundesregierung ist bekannt, daß in polnischen Sichtvermerksanträgen nach dem Datum der ›Auswanderung aus Polen‹ gefragt wird. Sie hat sich dazu in einer parlamentarischen Anfrage am 5. Dezember 1986 geäußert. Die Bundesregierung ist sich demnach bewußt, welche Gefühle entstehen müssen, wenn die Vertreibung aus der Heimat als ›Auswanderung‹ etikettiert wird.

Andererseits obliegt die Formulierung der Fragen im Sichtvermerksantrag dem Staat, in dem die Einreise begehrt wird, und der dazu die Erlaubnis erteilen muß. Die Bundesregierung kann von daher keinen Einfluß auf die Bezeichnung in einem polnischen Sichtvermerksantrag nehmen.«

Soweit die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes. Es ist mehr als bedauerlich, daß diesen von uns gewählten Volksvertretern einige der wichtigsten Grundsätze des allgemein anerkannten und gültigen Völkerrechts nicht bekannt sind. Nur einige der wichtigen Bestimmungen:

Haager Landkriegsordnung von 1907, Artikel 43: Gebot der Beachtung der Landesgesetze beziehungsweise deren Einhaltung durch die Besatzungsmacht; Artikel 46: Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden; Artikel 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Nürnberger Statut (Londoner Abkommen vom 8. August 1945), Artikel 6 b und 6 c: Anklagepunkte sind beziehungsweise verboten ist . . . Verschleppung der Zivilbevölkerung . . . Raub öffentlichen oder privaten Eigentums . . . Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen.

Auch Polen muß sich ans Völkerrecht halten

Vierte Genfer Konvention von 1949, Artikel 49: Verbot der »Massenzwangsverschickung sowie Verschleppung«. Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken.

UNO-Konvention vom 27. November 1968 über die Nichtverjährung von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen, Artikel I, B: Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Okkupation.

Warum werden diese völkerrechtlichen Grundsätze von der Bonner Bundesregierung, den Parteien und leider auch von vielen Vertriebenen-Politikern verschwiegen, statt ihre Erfüllung unaufhörlich anzumahnen?

Auch durch den Abschluß der Ostverträge mit Moskau, Warschau und Prag hat sich nichts an der bestehenden Rechtslage geändert. Auch die Volksrepublik Polen hat sich an das geltende Völkerrecht zu halten, zumal wenn sie ständig auf wirtschaftliche und finanzielle Hilfe aus Westdeutschland angewiesen ist, die ihr nur gewährt werden dürfte, wenn sie ihre Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen bekennt und revidiert.

Aber Lüge und Geschichtsfälschung werden heutzutage um den Preis der guten Beziehungen und des Geschäfts akzeptiert. Der aufrechte Gang ist zur Zeit in Deutschland nicht gefragt. Noch ist es eine Minderheit, die ihn geht. Sorgen wir dafür, daß sie zur Mehrheit wird! □

One-World

Offener Brief an die Bauern

Günther Viercke

Was wollt ihr eigentlich, ihr kleinen deutschen und europäischen Bäuerlein? Ist euer Gedächtnis durch den »Zeitgeist« schon so sehr zerstört, daß ihr nicht erkennen könnt, wohin der Weg in die Zukunft führt? Habt ihr vergessen, daß die Sieger nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das utopische Bild der »Eine-Welt« als das gemeinsame Ziel verkündet haben?

Unter der großen Kuppel des ewigen Friedens durch Atombomben und Einschüchterung wird die neue bessere Welt aufgebaut. Die Vereinten Nationen sollen der Tempel der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der »Große Bruder« sein. Die »Eine-Welt«, die sozialistische Welt der Brüderlichkeit und Gleichheit, befreit von Hunger, Geld und Haß, befreit von Klassen, Rassen und unterschiedlichen Kulturen. Wie die fleißigen Bienen werden wir künftigen, selbstlosen Weltbürger unsere Leistungen im großen Einheitstopf abliefern, gerecht verteilt, Futter und Prämien aus ihm erhalten.

Die »Großen Brüder« machen Politik

Bäuerlein, das ist die künftige und heile Welt. In dieser Welt sind Bauern und Mittelstand überflüssig, Gott sei es geklagt. Der Fortschritt verlangt nun einmal seine Opfer. Ihr wollt euch doch nicht gegen den wahren Fortschritt stemmen?

Für die »Eine-Welt«, für die Regierung des »Einheits-Europa«, ist die Konzentration in allen Lebensbereichen die absolute Voraussetzung für die zentrale Planung, Erfassung, Verteilung und Verwaltung.

Haben wir nicht nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die amerikanischen Farmer immer mehr durch Konzentration verdrängt? Haben wir nicht zur gleichen Zeit die russischen Kulaken (Bauern) zum Teufel gejagt und sie für das goldene Zeitalter in der Sowjetunion geopfert?

Ereilte nicht allen osteuropäischen Bauern nach dem Zweiten Weltkrieg das gleiche große Glück der Befreiung? Die Völker haben sich gegen die Vergewaltigung durch Aufstände gewehrt, sind aber erbarmungslos in den Boden gestampft worden. Die privaten westlichen Brüder weinten Tränen des Mitleids – die »Großen Brüder« machten Politik.

Nun, ihr Bäuerlein, habt ihr denn wirklich alles schon vergessen? Habt ihr euch berauscht am »Goldenen Kalb« des liberalen Europa mit seinen ungeahnten Möglichkeiten und ständigen Zuwachsraten des Wohlstandes?

In vergangenen Zeiten waren die Bauern, die Handwerker und der Mittelstand die tragenden Säulen einer Volksgemeinschaft im Staat. Uns Progressiven, sozialistischen Utopisten sind diese Säulen ein Hindernis. In unserem Namen, im Namen der Utopie, haben die Monopole Geld - Gewerkschaften - Parteien und Regierungen sie in brüderlicher Gemeinschaft geschwächt, alle Statistiken weisen es nach, durch gezielte Überforderung das lebensnotwendige Eigenkapital abgebaut und sie den Banken überlassen.

Die Internationale der Weltverbesserer

Bäuerlein! 1960 hatten wir in der Bundesrepublik Deutschland noch 1,3 Millionen Bauern, die von 2507 Beschäftigten in den Behörden betreut wurden. 1980 hatten wir noch 550 000 Bauern, dafür aber 4400 behördliche Betreuer und den Eierkopf in Brüssel.

Diese verheerende Veränderung des Zustandes ist nicht das Ergebnis des Zufalls, wie einige meinen mögen. Sie ist das Ergebnis des Zeitgeistes zur Erfüllung einer Utopie. Die bewußte Konzentration ist die Enteignung auf kaltem Weg und der Weg in die Zukunft.

Der »Internationalismus« der Weltverbesserer bedeutet nicht die freiwillige internationale Zusammenarbeit der Nationen dieser Erde. Internationalismus heißt zentraler Dirigismus, internationale Verflechtung, die Entsagung jeglicher wirtschaftlicher und kultureller Eigenständigkeit.

Nun, Bäuerlein, Hand aufs Herz, habt ihr und die anderen Leidtragenden euch das Europa der Zukunft so vorgestellt? Träumtet ihr nicht auch vom Europa der Vaterländer des Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Begrabt den Traum, oder aber kämpft um ihn. Alle deutschen Parteien haben sich dem befohlenen Zeitgeist unterworfen. Das Vaterland ist tot – es lebe Einheitseuropa!

Ja, Bäuerlein, da stehen wir jetzt, wir Toren. Ob wir uns politisch nach links, rechts oder der angeblichen Mitte zuwenden. Sie sind Fiktionen – es gibt sie nicht –, wir bewegen uns immer im Kreis des »Zeitgeistes«, wie auch unsere politischen Führer.

Die Vereinten Nationen als das Symbol des Sieges der idealistisch-ideologischen Glaubensformel hat sich bisher als ein unfähiges Monstrum erwiesen. Sie wurden nicht der Tempel der Glückseligkeit und könnten künftig das in den Himmel ragende Symbol der Unterdrükkung sein.

Mit unserem »Einheitseuropa« sieht es nicht besser aus. Es wurde ein Kunstgebilde, ein babylonischer Turm der Bürokratie. Ein Gebilde aus liberaler Marktwirtschaft und sowjetischer Planwirtschaft. Die einen erzeugen den Überschuß, während die anderen ihn in unendlicher Fleißarbeit bremsen und verwalten.

Europas Planwirtschaft und Planungswirrwarr

Wir kleinen Bürger spüren instinktiv den Irrweg Europas. Diese idealistische Schöpfung ist scheinbar nur Glauben, nicht Wissen, der Weltverbesserer. Mit der Kelle in der Hand vermauern die Mächtigen der Ideologie weiter Stein um Stein, und unsere Parteiführer aller Parteien sind ihre willigen Handlanger.

Die zentralistische Planwirtschaft für Menschen und Materie in der Sowjetunion mit allen daraus resultierenden Unmenschlichkeiten und Fehlleistungen zeigt der Welt seit 1917 die absolute Unfähigkeit des Systems und gibt uns einen Vorgeschmack auf die künftigen Leistungen der Vereinten Nationen und ihrer Filialen, wozu dann auch der babylonische Verwaltungsturm von Einheitseuropa gehören wird.

Trotz aller Erfahrungen bleibt das sowjetische System der Planwirtschaft das Vorbild für Europa und die Welt – die totale Katastrophe wird die Folge sein!

Die gegenwärtige Planwirtschaft der europäischen Landwirtschaft, die Fleisch- und Butterberge, der Planungswirrwarr, das Sterben der Bauern gegen Kopfgeld und Prämien ist erst der bescheidene Anfang der Zukunft. Unsere gläubigen Hilfsmaurer, die Parteimeinungsmacher, schämen sich nicht, wenn sie gläubig oder opportunistisch ihre Wahrheit verkünden: »Wandel durch Annäherung!«

In der Tat, der Wandel findet seit 1945 in kleinen, kaum merklichen Schritten statt, wenn auch in umgekehrter Richtung und nicht so, wie es unsere Glücksplaner immer wieder behaupten. Nicht die Sowjets passen sich an, wir freien Europäer passen uns an und der künftigen Gleichheit steht nichts mehr im Weg.

Bäuerlein, du und ich, wir haben uns dieses künftige Europa etwas anders vorgestellt. Wenn ihr euch der neuen heilen Welt opfern wollt, dann opfert euch. Wenn ihr diesen Wahnsinn nicht mitmachen wollt, dann müßt ihr kämpfen. □

NATO

Verbündete entfernen sich von den USA

Oskar Boline

Der letzte NATO-Gipfel wurde von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher nach Konsultationen mit anderen Staatschefs europäischer NATO-Länder einberufen. Sie waren, wie Mrs. Thatcher, besorgt über die Tendenz zum Neutralismus hin, die in Westdeutschland seit über einem Jahr deutlich wurde, doch die seit der Unterzeichnung des Vertrages über atomare Mittelstreckenwaffen (INF) im Dezember 1987 täglich an Bedeutung gewinnt.

Die Europäer sind auch besorgt über die eigensinnige Beharrlichkeit der amerikanischen Regierung unter Präsident Ronald Reagan; sie allein entscheide über das Schicksal Europas in den laufenden Gesprächen mit Michail Gorbatschow. Nach der Entfaltung von Zorn und Hitzköpfigkeit von seiten des amerikanischen Verteidigungsministers Frank Carlucci und anderer Mitglieder der amerikanischen Delegation, die an dem jährlichen Wehrkunde-Treffen in München einen Monat zuvor teilgenommen hatten, war dieser NATO-Gipfel zu einer absoluten Notwendigkeit geworden.

Unvorbereitet auf jegliche Opposition

Die europäischen Mitglieder der NATO mußten das Weiße Haus aus den Wolken herunter und in die Realität zurückholen, damit Reagan bei seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow über Rüstungsabbau glaubwürdig ist und bleibt.

Jenen zufolge, die an der Verteidigungskonferenz in München teilgenommen haben, trafen Carlucci und die anderen Mitglieder der Delegation aus dem Weißen Haus völlig unvorbereitet auf eine entschiedene Opposition gegen ihre vorgefaßten Meinungen über die Verbesserung der existierenden Atomwaffen und chemischen Kampfwaffen.

Als Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, von der »Singularisierung« Deutschlands in einem Atomkrieg sprach und von seiner Opposition gegen eine Verbesserung von Atomwaffen und chemischen Kampfwaffen, stieß er deshalb sofort auf Ausrufe der »hitzköpfigen Amerikaner«, die gegen seinen angeblichen »Neutralismus« protestierten.

US-Verteidigungsminister Carlucci drohte damit, »die amerikanischen Streitkräfte aus Europa abzuziehen«, so war er durch die Äußerungen der Deutschen in Wut geraten.



Franz Josef Strauß war einst Anführer des Pro-Amerikanismus, heute hält er die Reagan-Regierung für nicht »vorhersagbar«.

Einigkeit gegen ein deutsches Kampffeld

Das amerikanische Gebrüll wurde schließlich so heftig, daß der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sich veranlaßt fühlte, die »verehrte« Delegation aus dem Weißen Haus zu fragen, ob es ihnen »etwas ausmachen würde, mit diesen Beschuldigungen aufzuhören?«

Dieses Zitat war in der sowjetischen Presse zu lesen, um aufzuzeigen, wie uneins die NATO doch letztendlich ist.

Sämtliche politischen Parteien in der Bundesrepublik – die Grünen, die liberale FDP, die sozialistische SPD – sind sich im Grunde mit der Haltung Dreggers und seiner doch recht konservativen Einstellung zur »Singularisierung« Deutschlands einig. Ihr Slogan: »Je kürzer die Reichweite, umso toter die Deutschen« ist zum geflügelten Wort im Land geworden.

Diese Einigkeit gegen ein »deutsches Kampffeld«, auf dem das Schicksal Europas entschieden werden würde, sickerte schließlich durch. Das Weiße Haus lud Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sofort nach Washington ein. In Washington versprachen dann die Amerikaner, daß US-Präsident Reagan und seine Delegation bei dem bevorstehenden NATO-Treffen in Brüssel nicht wiederholen würden, was in München passiert war.

Bei der NATO-Konferenz im kanadischen Montebello im Jahr 1983 stimmte die damals neue Regierung von Kanzler Kohl mit Genscher als Außenminister bereitwillig dem Prinzip einer eventuellen Modernisierung von Kurzstreckenwaffen zu.

Das geschah zwei Jahre nachdem Ronald Reagan sein Amt als amerikanischer Präsident übernommen hatte und ebenso viele Jahre, bevor die Öffentlichkeit von Michail Gorbatschow je hörte. Die Vereinigten Staaten sonnten sich noch im Ruhm internationaler Anerkennung, die jedoch für die besser Informierten schon damals auf recht wackligen Füßen stand. Unterdessen wurde die Sowjetunion von vorstellungslosen alten Männern und einem Land ohne Hoffnung beherrscht.

In jenem Jahr wies Deutschlands führendes Meinungsforschungsinstitut in Allensbach nach, daß 55 Prozent der Deutschen die Sowjetunion als militärische Bedrohung ansahen und nur 35 Prozent waren für eine einseitige Abrüstung. Heute, fünf Jahre später, sehen knapp 24 Prozent die Sowjetunion als eine militärische Bedrohung an und 50 Prozent sind jetzt für eine einseitige Abrüstung.

Der Wind hat sich in Europa gedreht

In einer im November 1987 in der Bundesrepublik durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich 59 Prozent für und lediglich 14 Prozent gegen Gorbatschow aus. Dagegen waren nur 35 Prozent der Bevölkerung für Ronald Reagan und 36 Prozent gegen ihn.

Das war noch vor der Kampagne Gorbatschows, über die er die Deutschen zu gewinnen hofft. Sie begann erst unmittelbar nach der Unterzeichnung des INF-Vertrages. Jedes Mitglied der Bonner Bundesregierung wurde zu einer persönlichen Reise in die Sowjetunion eingeladen.

Der erste, der eine solche Einladung erhielt, war der starke Mann Bayerns, Franz Josef Strauß, ehemaliger Bonner Verteidigungsminister und einstiger Anführer des Pro-Amerikanismus in Deutschland. Strauß war so pro-amerikanisch, daß er nie zuvor die Sowjetunion besucht hat.

Sobald Strauß nun einmal in Moskau war, verkündete er seine uneingeschränkte Unterstützung von Schritten in Richtung besserer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion und versicherte, daß er die Reagan-Regierung nicht mehr länger für »vorhersagbar« halte, was im Deutschen ein Äquivalent für »glaubwürdig« ist.

Der Wind bezüglich des Prestiges der Vereinigten Staaten hat sich in Europa und vor allem in der Bundesrepublik gedreht. Was die Vereinigten Staaten verloren haben, sind die Sowjets dabei zu gewinnen. □

NATO

Aufruhr im Denken der Europäer

Oscar Boline

»Der vor kurzem in Brüssel abgehaltene NATO-Gipfel war ein vollendeter Erfolg«, meinte Sir Peter Vanneck, Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten im Europa-Parlament und Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Abrüstung des gleichen Parlaments, der sich um europäische Verteidigungs-Angelegenheiten kümmert.

»Daran besteht kein Zweifel«, berichtete Peter Vanneck, »Großbritannien und Amerika ist es gelungen, die anderen Mitglieder der NATO in einer starken Front zu vereinen; das war unbedingt notwendig. Nur Tage vor dem Gipfel schien dies unmöglich zu erreichen infolge des Aufruhrs im Denken der Leute, der hier in Europa plötzlich ausbrach über den Erfolg des Gipfeltreffens in Washington, das den Vertrag über das Verbot der atomaren Mittelstreckenwaffen brachte.«


Peter Vanneck kritisiert die USA, da sie in Verteidigungsfragen den Europäern zu wenig Beachtung schenken.

Washington wollte Deutschland zum Kriegsschauplatz machen

»In erster Linie waren alle besorgt über die Reaktion der Deutschen«, berichtet Vanneck weiter. »Sie sprachen von ›Singularität‹ oder ›Singularisation‹. Doch trotz dieser Verwirrung vor dem NATO-Gipfel sind wir schließlich zusammengekommen und haben uns darauf geeinigt, erneut zu versuchen, aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln, wie wir es bei der Vereinbarung über die Mittelstreckenwaffen getan haben.«

Die Verantwortung für diesen »Aufruhr im Denken der Leute« aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und die Entwicklung des Sinnes der Deutschen für »Singularität« liegt beim Weißen Haus. Seit Ronald Reagan sein Amt als amerikanischer Präsident übernommen hat, sind die Vereinigten Staaten in Verteidigungs-Angelegenheiten ihren eigenen Weg gegangen und haben den NATO-Mitgliedern nur wenig oder gar keine Beachtung geschenkt.

Wie sich auf der Münchner Konferenz drei Wochen vor dem NATO-Gipfel zeigte, hatten das Weiße Haus und all seine klugen Männer, zuständig für die Verteidigungs-Angelegenheiten Europas, die Hoffnung auf Michail Gorbatschow und die »neue« Sowjetunion, die offenbar im Entstehen begriffen ist, völlig ignoriert. Die Amerikaner hatten immer noch Pläne, Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen.

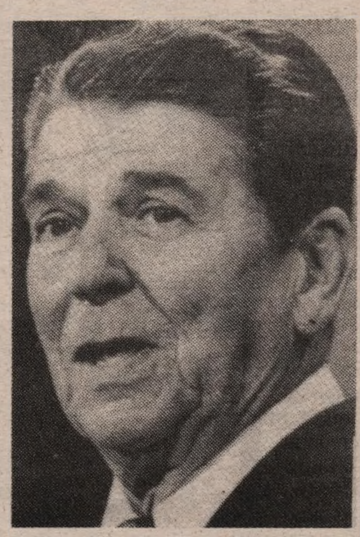
Washington war immer noch der Meinung, daß Europa seinen »gerechten« Anteil am amerikanischen Militärhaushalt tragen müsse einschließlich der 750-Dollar-Schraubenschlüssel und der 500-Dollar-Toilettensitze.

US-Präsident Ronald Reagan kam nach Brüssel zum NATO-Treffen und meckerte immer weiter über das »böse Empire« und das »diktatorische Empire«.

Desto toter sind die Deutschen

Was man ihn jedoch nicht sagen hörte, war: »Besser tot als rot!« – vielleicht aus Rücksicht auf die Deutschen, die ihren eigenen Slogan haben: »Je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen.« Damit soll Deutschlands Position als Schlachtfeld in einem kommenden Krieg hervorgehoben werden.

»Jetzt möchte ich auf die ›Singularität‹ zu sprechen kommen«,


Ronald Reagan hat stets Pläne unterstützt, die Deutschland zum Kriegsschauplatz machen. »Je kürzer die Reichweiten, um so toter die Deutschen.«

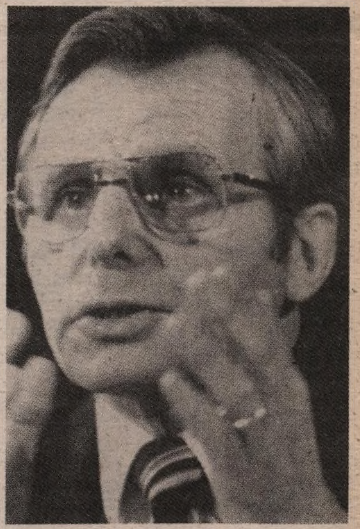
fuhr Peter Vanneck fort. »Es ist ein neuer und wichtiger Begriff in der NATO-Sprache; eine Art, das Gefühl zu beschreiben, das die Deutschen haben, ohne dabei zu alarmierend zu wirken.

Die Deutschen sind der Meinung, daß sie das Land sind, das die Wucht eines sowjetischen Vorstoßes auf den Westen aufnehmen muß.

Das stimmt nicht ganz. Wir in Großbritannien sind besorgt, weil wir uns in der Position des ›Flugzeugträgers‹ befinden, der vor dem Kontinent vor Anker liegt, ein Brückenkopf für Nachschub von jenseits des Atlantiks. Sicher werden wir genauso ein Ziel sein wie Deutschland, wenn es zur Konfrontation kommen wird.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, die wir alle bewundern, basieren genau auf dieser Tatsache. Frankreich kann sagen: ›Ihr bekommt die Bomben vielleicht in ein oder zwei Tagen, wir aber innerhalb von 48 Stunden.‹ Aus dieser Vorstellung heraus entstand der deutsch-französische Verteidigungsvertrag.

Deshalb bin ich der Meinung, daß Deutschland zu sehr betont, etwas Besonderes zu sein. Die Kommunikationswege sind so und die Raketenabwürfe sind so,


US-Verteidigungsminister Frank Carlucci geriet über die Deutschen so in Wut, daß er drohte, die amerikanischen Streitkräfte aus Europa abzuziehen.

daß ein Land vielleicht regelrecht überrannt wird, doch der Schaden durch die nukleare, chemische und konventionelle Kriegsführung wird sich rasch über einen viel größeren Bereich ausbreiten, als dies in früheren Kriegen möglich war.

Ich möchte mit den Worten schließen, daß wir nach diesem NATO-Gipfel gute Gründe haben, in unsere Politiker großes Vertrauen zu setzen. Trotz aller Ablenkungen haben sie eine Zusammenarbeit erreicht. Wir sind jetzt in der Lage, mit den Sowjets aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln. Sie lassen sich nur durch Einheit und Stärke beeindrucken.« □

Bonns Weg in die Unfreiheit

Hans Riegelmann

Nichts ist für den »Bundesbürger« des westdeutschen Separatstaatsgebildes so kennzeichnend wie seine Vergeßlichkeit, seine Denkfaulheit und die Tatsache, daß er »nicht bemerkt« beziehungsweise erst dann bemerken wird, daß es auch um seine Zukunft geht, wenn es bereits zu spät ist. Er möchte »Europäer« sein, ohne zu wissen, was das eigentlich ist, und hilft wacker mit bei der Selbstvernichtung seines eigenen Landes und damit Europa oder dessen, was davon noch geblieben ist.

Kein eigener, erfahrener, nur seiner Besatzung und den Mitreisenden verantwortlicher Steuermann geleitet das von Anfang schlingernde Schiff in einen sicheren Hafen – ein fremder Kapitän steht auf der Brücke und fremde Lotsen führen das Staatsschiff von Klippe zu Klippe. »Ruhrstatut«, »Montan-Union«, »EWG«, »Europäische Gemeinschaft« heißen sie, und wenn nicht bald der rechte Steuermann sich findet und das Steuer noch im letzten Augenblick herumreißt, wird das Schiff scheitern und scheitern müssen.

Sehen wir uns diese Klippen einmal an:

Es begann mit dem »Ruhrstatut«

Die erste Klippe ist das »Ruhrstatut«. Es wurde am 28. April 1949 unterzeichnet von den USA, Großbritannien und Frankreich sowie den drei Benelux-Staaten, also Belgien, Niederlande und Luxemburg. Seine Inhalte: eine internationale Behörde – »Ruhrbehörde« – »regelt« die Verteilung von Kohle, Koks und Eisen aus dem Ruhrgebiet und überwacht die nach der Konkurrenzdemontage noch verbliebenen deutschen Unternehmen dieses Gebietes.

Am 30. November 1949 darf auch die inzwischen von den Besatzungsmächten geschaffene »Bundesrepublik Deutschland« dieser Vereinbarung »beitreten«, das heißt, sie muß sie anerkennen.

Die hervorragendste Leistung der »Ruhrbehörde«: ein volles Viertel der damaligen deutschen Kohleförderung mußte exportiert werden und die nunmehr in der Zeit des Wiederaufbaus unseres zerstörten Landes dringend benötigte Kohle mußte aus den USA gekauft werden, und zwar zu folgenden »Geschäftsbedingungen«: für unsere Kohle erhielten wir je Tonne 45 DM, die amerikanische mußten wir je Tonne mit 145 DM bezahlen.

Diese Machenschaften der »Hohen Behörde« ergaben allein für 1950 einen deutschen Barverlust von 950 Millionen DM, und für die ganze Zeit dieser morgenthau-planmäßigen Ausraubwirtschaft hat man reichlich 6 Milliarden DM als Verlust des deutschen Bergbaus in diesem darniederliegenden Land errechnet.

Um doch noch wieder Devisen zu haben, um von den Amerikanern weiter kaufen zu können, bekamen wir dann ebensoviel Millionen als »Marshalplan«-Hilfe – nur daß wir diese auf Heller und Pfennig mit Zins und Zinseszins zurückzahlen mußten. Eine der geschäftstüchtigsten Investitionen der Wall-Street-Kapitalisten, die bereits damals begannen, unsere wiedererstehende Industrie aufzukaufen.

Oberflächlich gesehen, hätte man es für ein Glück ansehen können, daß am 19. Oktober 1951 die »Ruhrbehörde« ihr Ableben offiziell bekanntgab, um am 25. August 1952 so dann auch formell einzugehen. Doch dafür erstand ihr als ebenbürtige Nachfolgerin die am 18. April 1951 in Paris vertraglich unterzeichnete »Montan-Union«, die dann am 23. Juli 1952 als ebenfalls »Höhe Behörde« in Kraft trat und alsbald ihre Bemühungen darauf konzentrierte, zunächst den deutschen Kohlenbergbau zu vernichten, soweit ihr das nur möglich war. Und das interessiert uns hier besonders, da wir uns zunächst als Deutsche empfinden und dann erst als Europäer.

Kohle, Eisen, Stahl und Schrott des gesamten Bundesgebietes wurden dieser Montanunion unterstellt. Ihr vollständiger Name lautet: »Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)«. Sie umfaßt die sogenannten »EWG-Staaten« Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg mit dem vorgeblichen Zweck der Schaffung eines »gemeinsamen Marktes« ohne Zoll- und sonstige Wirtschaftsgrenzen zur Entwicklung der heutigen Weltwirtschaft mit ihren Massenproduktion und Massenabsatz entsprechenden Unternehmenskapazitäten. Die gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftsbereiche, soweit sie nicht naturgegeben, sollte zu einer totalen internationalen Monopol- und Kapitalmacht ausgestaltet werden. Das war der Sinn des Ganzen.



Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unterschrieben: (von links) Adenauer, Staatssekretär Hallstein und Italiens Ministerpräsident Segni.

Im Hintergrund standen die Ölinteressen

Das »Politische Lexikon« kennzeichnet diese EGKS so: »Die Montanunion mit Sitz in Luxemburg ist wie ein Staat organisiert; die Mitgliedstaaten haben die Stellung von Bundesländern. Die Gemeinschaft besitzt in der gemeinsamen Versammlung ein Parlament (praktisch bedeutungslos), in der Hohen Behörde

eine Regierung, im Ministerrat eine dem Bundesrat entsprechende Ländervertretung sowie eine eigene Rechtsprechung. Anordnungen der Hohen Behörde sind für die betroffenen Unternehmen verbindlich, ohne daß es einer Zwischenschaltung der nationalen Regierungen bedarf.«

Deutlicher ausgedrückt: eine »supranationale« Behörde war damit geschaffen worden, die unmittelbar in die innere Ordnung der Mitgliedsstaaten eingreifen, der das Recht verliehen wurde, »Weisungen über den Kopf der Regierungen an einzelne Betriebe oder auch an die Regierungen selbst zu erteilen, ihnen bestimmte Handlungen zu gebieten und zu verbieten« (Germanus »Bilanz der Unterwerfung, 1967).

Der damalige Oppositionssprecher Carlo Schmidt befaßte sich in der Sitzung des Bundestages vom 12. Juli 1951 ausführlich mit dieser Montan-Union und hat, wie die Zukunft bis auf den heutigen Tag erweisen sollte, vollauf rechtbehalten mit allem, was er aussprach:

»Die Hohe Behörde trifft ihre Anordnungen autonom. Die Parlamente der Länder haben keinen Einfluß auf sie, kontrollieren sie nicht . . . Auf der anderen Seite aber wirken die Entscheidungen der Hohen Behörde in die Länder hinein und zwar in wesentlichste Sachgebiete. Und damit wird das Grundgesetz auf weiten Gebieten illusorisch.

Die Montan-Union nimmt uns auf weiten Gebieten die Entscheidungsgewalt; sie unterstellt deutsche vitale Interessen der Entscheidungsgewalt von Organen, die notwendigerweise gegenläufige Interessen verfolgen müssen . . . Die formale Gleichberechtigung, die uns die Montan-Union bringt, hat die Hinnahme materieller Ungleichheiten zur Voraussetzung.

Man kann bei dem Grad der Ungleichheit, in dem Deutschland im Verhältnis zu seinen Vertragspartnern steht, über nichts anderes verhandeln als über die Fragen eines weitgehenden modus videndi. Man kann bei dieser Ungleichheit keine Verträge schließen, die die Zukunft eines Volkes auf zwei Generationen festlegen.«

So war es durch diese auch von der Bundesrepublik eingegangene Selbstaufgabe freien Handelns auch in wirtschaftlicher Beziehung nicht möglich, die geringsten wirtschaftlichen Sicherheitsmaßnahmen für die eigenen Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten durchzusetzen. Die uns von niemand anderem als von dieser Montanunion und der hinter ihr stehenden allmächtigen internationalen Ölkonzernherren bescherte und aufgezwungene sogenannte »Kohlenkrise« mit all ihren bis heute spürbaren Folgen ist wohl der schlagendste Beweis dafür.

Der nächste Schritt war die »EWG«

Die gefährlichste, unser gesamtes völkliches Eigenleben, seine Grundlagen wie seine Zukunft am schwersten bedrohende Klippe ist die »EWG«. Wie die »Ruhrbehörde« die »Montan-Union«, so mußte diese schließlich – »fortzeugend« – die »EWG« gebären, die sogenannte »Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft.«

Der von ihrer Vorgängerin ausgehende »Integrationssog« führte denn bereits im Juni 1955 zu einer Außenministerkonferenz der Montanunion-Staaten mit dem Ergebnis des Beschlusses einer wirtschaftlichen Teileinigung Westeuropas auf dem Weg über eine Zollunion. Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen konnte dann am 25. März 1957 in Rom endlich der »EWG-Vertrag« unterzeichnet werden, zunächst von Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden als Mitgliedsländern.

Es liegt wie ein Omen über dieser Schwergeburt, daß sie im gleichen Jahr erfolgte, in dem auch die »Kohlenkrise« geboren wurde. Bei uns verkündeten Narren weiterhin die »freie Marktwirtschaft«, die kein anderes Land praktizierte, und zugleich begab man sich abermals unter fremde Zwangswirtschaft, bei völlig einseitiger Belastung für uns. Das Ganze aber nannte und nennt man »Politik« – vergißt dabei nur zu sagen, wessen Politik man denn eigentlich als doch angeblich »souveräner Staat« betreibt.

Als ihren Daseinszweck gibt die EWG laut Vertrag an: eine stufenweise zu errichtende Zollunion mit dem Ziel, die ihr beitretenden Länder zu einem »Gemeinsamen Markt«, einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mit einheitlichem Außenzoll, zusammenzufassen. »Koordinierung« auch der Währungspolitik und »gegenseitiger Beistand« im Falle der Bedrohung der Zahlungsbilanz eines der beteiligten Staaten durch den »Gemeinsamen Markt« sowie die »Assoziierung überseeischer Länder und Gebiete«. Die Schaffung eines Fonds für »Entwicklungshilfe« mit der Verpflichtung zu jährlich – zunächst für fünf Jahre – zu zahlenden Beiträge seitens der Unterzeichner des Vertrages werden als weitere Aufgaben der EWG bezeichnet.

Sieht dieser EWG-Vertrag auch auf den ersten Blick nach einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit aus, so dreht es sich dabei in Wahrheit jedoch um ein Politikum ersten Ranges: werden durch die Verwirklichung der hier vorgesehenen Entwicklung doch wirtschaftliche Tatbestände geschaffen, die weitestgehend die politischen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten nicht nur beeinflussen können, sondern beeinflussen müssen und sollen. Insofern stellt dieser Vertrag die unmittelbare Fortsetzung und Durchführung des mit der Montan-Union bereits eingeleiteten Planes dar, »über die Wirtschaft und eine gemeinsame Außenhandelspolitik einen staatlichen Zusammenschluß anzubahnen«.

Auch in die hier gegebene Zielsetzung gibt das »Politische Lexikon« einen klaren Einblick: »Wie in der Montanunion haben auch die Organe der EWG – das Europäische Parlament in Straßburg, in dem die ›Gemeinsame Versammlung‹ der Montanunion aufging, der Ministerrat, die Europäische Kommission, die für die Durchführung der Verträge zu sorgen hat, und ein Gerichtshof zur Entscheidung von Streitfragen innerhalb der Mitglieder – supranationalen Charakter. In der bisherigen Praxis hat sich gezeigt, daß die nationalen Interessen der Mitgliederstaaten, besonders Frankreich, nur mit großen Schwierigkeiten den supranationalen Gesichtspunkten unterzuordnen sind. Das hat sich sehr zum Schaden der bundesdeutschen Landschaft ausgewirkt.

Versagen der Brüsseler Kolchosen-Wirtschaft

Der gemeinsame Agrarfonds der EWG, ursprünglich dazu bestimmt, die Landwirtschaft derjenigen Mitgliederstaaten zu entschädigen, deren Preisniveau nach Öffnung der Zollgrenzen durch den Import unterboten wurde, entwickelte sich Ende der sechziger Jahre zu einem Transitfonds für indirekte Zahlungen Westdeutschlands an Frankreich. Die Bundesrepublik zahlte 1968/69 dreimal so viel in diesen Fonds ein, wie sie aus ihm ziehen konnte. Frankreich dagegen zog doppelt so viel heraus, wie es einzahlte. Bei alledem lagen die Nahrungsmittelpreise der EWG weiter über dem Weltmarktniveau.«

Das am 10. Dezember 1968 von dem Vizepräsidenten der »Gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaft«, dem Holländer Mansholt, dem Ministerrat in Brüssel vorgelegte Reformprogramm zur »Umstrukturierung« der Landwirtschaft in den sechs EWG-Ländern – der berüchtigte »Mansholt-Plan« – hatte allein für die Bundesrepublik bereits Folgen, ähnlich denen der von der Montanunion bewirkten »Kohlenkrise«; alte bewährte Bauernhöfe auf bestem Boden, Obstplantagen, selbst Kühe wurden gegen »Prämien« »stillgelegt«. Dennoch wurde die absolut unfähige, wenn nicht bewußt zerstörerische EWG mit ihren Butter-, Getreide-, Obst-, Eier- und Fleischbergen nicht mehr fertig.

Erst verschob man zehntausendtonnenweise Weizen, Butter, Fleisch, die wir also zu Überpreisen kaufen müssen, zu Schleuderpreisen und wobei wir noch die Frachtkosten zu zahlen hatten, an die Sowjets, damit diese sich beim Totalversagen ihrer Kolchosen-Sklaven-Mißwirtschaft dennoch ungestört ihrer gegen uns gerichteten Rüstungsindustrie widmen konnten.

Hunderttausende von Tonnen wertvoller Nahrungsmittel wurden schließlich sinnlos vernichtet, während man gleichzeitig

Bonns Weg in die Unfreiheit

überall zum »Kampf gegen Hunger in der Welt« aufrief. Die ganze zynische Verlogenheit eines auf Vernichtung jeder gewachsenen Ordnung gerichteten ausbeuterischen Systems konnte wohl nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden.

Das Beste, Überzeugendste und an Beweisen Schlagendste, was wohl bisher über diese EWG im deutschen Sinn geschrieben wurde – unter geradezu bedrückendem Aufzeigen der sich aus der Zugehörigkeit zu ihr ergebenden schwersten Schäden für unsere eigenen Interessen und Lebensnotwendigkeiten –, ist die Studie »Überlegungen zur EWG« von dem Juristen und Volkswirtschaftler Dr. Kurt von Laun, Hamburg 1970, heute noch gültig und heute zumal zutreffend in ihren Feststellungen und Aussagen. Denn das sind doch die durch diese Bindung an die EWG die Bundesrepublik immer mehr belastenden und in ihrem gesamten Wirtschaftsgefüge immer mehr bedrohenden Realitäten.

Die Nachteile aus der Agrar-Ordnung

Eine Realität sind die Nachteile aus der für die EWG-Staaten verbindlichen Agrar-Ordnung. Da die innerhalb der EWG erhobenen Abschöpfungsbeträge auf Lebensmitteleinfuhren aus Drittländern zu Weltmarktpreisen diese so verteuern, daß sie innerhalb der EWG teurer werden als die von ihr selbst erzeugten Landwirtschaftsprodukte, wirkt sich das auf den für die hochindustrialisierte Bundesrepublik so wichtigen Export auf die Dauer nur nachteilig aus. Traditionelle Handelsbeziehungen gehen verloren, da Deutschlands frühere Lieferanten landwirtschaftlicher Produkte sich nunmehr andere Handelspartner für ihre Ausfuhren suchen müssen und nun auch deren Industrieprodukte abnehmen müssen. Internationaler Güteraustausch beruht eben auf Gegenseitigkeit.

Da zugleich durch die Abnahmegarantie innerhalb der EWG



Bereits 1959 demonstrierten Bergarbeiter gegen die Energiepolitik und Zechenstillegung durch die damalige Adenauer-Regierung.

eine landwirtschaftliche Überproduktion ausgelöst wird, die Produktionskosten dabei aber wesentlich höher liegen als die Weltmarktpreise und zudem noch zusätzliche, beständig steigende Lagerungskosten entstehen, bedarf es erheblicher Subventionen, um einen Export der Überproduktion wenigstens zu einem Teil zu ermöglichen.

Da zum anderen die Verbraucher der landwirtschaftlichen Produktion, also die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, wesentlich höhere Preise zahlen müssen als die Arbeitnehmer in Ländern außerhalb der EWG, muß sich das auf die Löhne und damit zugleich auf die Produktionskosten der deutschen Industrie entsprechend auswirken.

Während aber die Verbraucher der Bundesrepublik als Angehörige eines typischen Industriestaates über die Abschöpfungsbeträge überhöhte Preise für landwirtschaftliche Produkte zahlen müssen, die der Landwirtschaft der EWG-Länder mit verhältnismäßig starker landwirtschaftlicher Produktion über die Absatzsicherung zufließen, werden gleichzeitig Deutschlands Konkurrenten in der EWG auf industriellem Gebiet insgesamt gestärkt.

Da die Bundesrepublik nach den Brüsseler Beschlüssen den Agrarmarkt und darüber hinaus die Gesamtkosten der EWG auch weiterhin sehr weitgehend finanzieren muß, hat sie auf unabsehbare Zeit hinaus erhebliche und steigende finanzielle Belastungen zu tragen; denn: erstens ist nicht abzusehen, in welchem Umfang der Aufwand der EWG für den Agrarmarkt weiter steigen wird; zweitens soll der Beteiligungsschlüssel zu ungunsten der Bundesrepublik ständig steigen; drittens ist noch völlig offen, welche weitere Aufgaben außerhalb des Agrarmarktes die EWG noch übernehmen wird und welche Kosten dafür entstehen werden.

Da die Bundesrepublik Deutschland die bewährte Hauptzahlerin ist, wird das alles den anderen keine weiteren Kopfschmerzen machen.

Den anderen die alten Kolonien finanzieren

Demgegenüber scheint sich die französische Landwirtschaft unter dem Schutz der EWG recht wohl zu fühlen: »Erst« durch das Vorhandensein des Gemeinsamen Marktes habe sich die französische Landwirtschaft »voll entfalten« können, geniert sich eine französische Fachzeitschrift keineswegs triumphierend zu berichten.

Tatsächlich hat denn die Landwirtschaft Frankreichs seit 1958 ein weitaus schnelleres Wachstum aufzuweisen als der Durchschnitt in Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden.

Beim »Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete« hat die Bundesrepublik die Ehre, sich finanziell ebenfalls zu über einem Dritel an der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der »außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besondere Beziehungen unterhalten« und die »der EWG zu assoziieren« seien, beteiligen zu dürfen. Ziel und Zweck dieser »Assoziation« sind dabei nicht begrenzt, während der Zeitraum für die aufzubringenden Mittel praktisch alle fünf Jahre durch jeweils neue Abkommen um weitere fünf Jahre verlängert wird.

Diese Investitionen seitens der Mitgliedsstaaten sollen gleichzeitig die fraglichen »überseeischen Gebiete« den »EWG-Staaten als Märkte erschließen«; das heißt in schlichtem Deutsch ausgedrückt: den ehemaligen Mutterländern ihrer ehemaligen Kolonien werden auf Kosten der Allgemeinheit und insbesondere auf Kosten der überhaupt nicht

betroffenen Bundesrepublik die Mittel verschafft, an ihren einstigen Kolonien weiterhin zu verdienen, wobei natürlich nur jeweils das einstige Mutterland als Exportlieferant für dort benötigte Artikel aller Art in Frage kommt. So ist das mit der »Entwicklungshilfe« wie mit dem »Märkte erschließen«.

Die früheren französischen Kolonien sollen aus diesen »Entwicklungsfonds« 88,1 Prozent, die restlichen 11,9 Prozent die früheren belgischen, italienischen und niederländischen Kolonien zusammen erhalten.

Deutschland aber, dem man seine Kolonien – in denen es schon vor 1914 echte Entwicklungspolitik betrieb – unter dem Vorwand, es sei nicht fähig, Kolonien zu verwalten, durch das Diktat von Versailles 1919 geraubt hatte, um sie unter den einzelnen »Siegern« als Kriegsbeute zu verteilen, – Deutschland, das selbst sich an dem ganzen Exportgeschäft in diese Gebiete nicht beteiligen darf, darf aber wie immer und überall zahlen. Denn das allein ist im Grunde auch der Sinn seiner Aufnahme in die EWG – als die eines »souveränen Staates« natürlich.

Mit Recht ist daher gesagt worden: »In der Praxis wirken sich die EWG-Entwicklungsfonds weitgehend so aus, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Finanzierungsanteil von rund einem Drittel dazu beiträgt, daß die Bande zwischen den früheren Kolonien und deren Mutterländern verstärkt werden, und daß durch die Unterstützung, die die Mutterländer aus ihren früheren Kolonien erhalten, die Stellung dieser Mutterländer gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der EWG gestärkt wird.«

Die Nachteile der EWG für die deutschen Häfen

Der westdeutsche Handel hat sich durch diese Bindung mit allen sich daraus ergebenden vertraglichen Verpflichtungen in einem äußerst bedenklichen Umfang verlagert, eben auf die EWG-Länder. Als das Land unter diesen, das hinsichtlich der Ernährung seiner Bevölkerung mit am stärksten auf Importe angewiesen ist, muß es auch in besonderem Maß Industrieprodukte exportieren können, zumindest in einem Umfang, der die Bezahlung der benötigten Lebensmitteleinfuhren gewährleistet. Normalerweise wären daher mit wachsender Bevölkerung und zunehmender Industrialisierung die Im- und Exporte zur See laufend angestiegen.

Ohne die EWG und die Zugehörigkeit zu ihr hätten sich diese wechselseitigen, beständig noch zunehmenden und sich erweiternden Handelsbeziehungen trotz aller Standortvorteile der Häfen von Rotterdam und Antwerpen in einem entsprechend stärkeren Anwachsen des Umsatzes der beiden größten deutschen Seehäfen Hamburg und Bremen auswirken müssen.

Die Bedeutung von Seehäfen beschränkt sich nicht nur auf den Seeverkehr selbst; dessen Wachsen hat vielmehr noch die weitere Auswirkung aus der Notwendigkeit, die Hafenanlagen beständig zu erweitern, zu modernisieren, neue Verkehrswege zu ihnen zu schaffen, nötige Industrien in ihrem Bereich anzusiedeln. Das heißt: die Auswirkungen eines großen Seehafens und sein weiteres Anwachsen ist auch für die gesamte Volkswirtschaft selber von gar nicht zu ermessender Bedeutung.

Nur natürlich und durchaus normal wäre es daher, wenn ein Staat im Interesse seiner für das von ihm vertretene Volk so lebensnotwendigen Häfen allen diesen von außen drohenden Gefahren – in diesem Fall also infolge allzu großer Standortvorteile fremder Häfen den eigenen gegenüber – durch entsprechende ausreichende Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen zu begegnen suchte. Auch hier sind der Bundesrepublik durch ihren Beitritt zur EWG die Hände gebunden.

Wer einen Teil seiner Hoheitsrechte freiwillig an eine übernationale Institution abtritt und sich damit deren Bedingungen unterwirft, hat eben die Folgen zu tragen, die hier wieder zu Lasten des gesamten Volkes dieses Staates gehen.

Mit dem famosen – und gegen die Bundesrepublik so schön anwendbaren – Artikel 3 f des EWG-Vertrages, darin es so vornehm-zurückhaltend heißt, daß es der Sinn der »Gemeinschaft« sei, den »Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen zu schützen«, wurden alle Versuche und Ansätze zu dringend erforderlichen Schutzmaßnahmen für unsere Häfen (Finanzhilfen, steuerliche Begünstigungen, Ausnahme-Bahntarife für den Verkehr mit den Häfen) sofort unterbunden, das heißt aufgehoben beziehungsweise den Brüsseler Grundsätzen »angepaßt«.

Die EWG und die Wiedervereinigung

Die Bonner Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit in ihrer sturen Ausrichtung nach Westen seit Adenauers Zeiten hat von vornherein einer deutschen Wiedervereinigung den Riegel vorgeschoben, den »die anderen« gewiß nie zurückschieben werden. Rechtliche und tatsächliche einseitige Bindungen an den Westen, zumal durch den Beitritt der Bundesrepublik zur EWG, müssen den sowjetischen Interessen zuwiderlaufen. Das wird man in Bonn freilich auch gewußt haben. Insofern kann man das ganze Wiedervereinigungsgerede hier nur als absolut unaufrichtig von Anfang an bezeichnen.

Insofern wäre etwa auch das Verbleiben eines wiedervereinigten Deutschlands in der EWG eine für die Sowjets unannehmbare, gar nicht diskutierbare Unmöglichkeit; damit würden die gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, das Gewicht der EWG wie der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, der Comecon (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), völlig verändert, wenn etwa die DDR infolge einer innerdeutschen Wiedervereinigung Mitglied der EWG würde.

Die Sowjetunion hatte sich denn auch mehrfach in amtlichen wie offiziösen Stellungnahmen sehr scharf gegen einen Beitritt Westdeutschlands zur EWG ausgesprochen und mehr als deutlich davor gewarnt. Und die »Position der Stärke«, die man gerade in Bonn innezuhaben sich eingebildet hatte, die in Wahrheit gar nicht vorhanden war und heute weniger gegeben ist denn je, mit der man dennoch eine Zeitlang operieren zu können meinte, hat die Russen noch nie beeindruckt.

Allein die Zustimmung der Sowjetunion und wenn es im Interesse auch der Sowjetunion liegen würde, würde – wenn überhaupt – eine Wiedervereinigung ermöglichen. Voraussetzung dabei für Moskau natürlich, wenn sich dadurch die Machtverhältnisse in Europa nicht zu seinen Ungunsten verändern würden, das heißt also, wenn das wieder zu vereinigende und widervereinigte Deutschland sich von allen Westbindungen löste und völlig neutral zwischen West und Ost verbliebe. Beide Seiten müßten dazu freilich zuvor etwas aufgeben: die Sowjets ihre Position in Mitteldeutschland, der Westen seine Bundesgenossen in Westdeutschland.

Im Grunde ist es aber so: die Teilung Deutschlands gerade war für den Westen die Voraussetzung für das »Bündnis« mit der »Bundesrepublik«, für ihre Aufnahme und ihr Festhalten in der EWG – schon ihres Industrie-, ihres gesamten Wirtschaftspotentials wegen, von dem sich so gut »zehren« läßt –. Der Westen wird nie eine deutsche Wiedervereinigung wünschen, geschweige denn uns dazu verhelfen wollen. Der Westen hat auch zu viel investiert bei uns – wieviel Werke und Unternehmen der deutschen Industrie sind überhaupt noch in deutscher Hand? –, als daß er uns wieder aus den Fängen lassen wollte.

Das ist die »Lage der Nation« im Hinblick auf den »freien« Westen, das der »Segen«, den der Beitritt der Bundesrepublik zur EWG gebracht hat.

Deutsche nationale Belange interessieren nicht

Wenn man sich jetzt in Brüssel, Luxemburg, Straßburg oder sonstwo mal wieder »in die Wolle bekommt«, wenn diese »Gemeinschaft« – die nie eine echte war – darüber platzen sollte, wir haben und hätten wahrlich keinen Grund ihr eine Träne nachzuweinen. Im Gegenteil: man sollte sie endlich »stillegen« –, die »Prämien« dafür hat sie sich längst im voraus mehr als reichlich zu beschaffen gewußt.

Der Beitritt und die Zugehörigkeit zur EWG bedeuteten und bedeuten nach wie vor für uns: Erstens, die Aufgabe eigener

Bonns Weg in die Unfreiheit

Handlungsfreiheit und Handlungsfähigkeit mit noch gar nicht absehbaren Folgen für unsere gesamte wirtschaftliche und politische Existenz und zukünftige Entwicklung.

Zweitens: Nachteile, die die anderen Mitglieder nicht treffen, uns aber schon schwerste Schäden erbracht haben.

Drittens: Höhere Leistungen als die »Partner«, aber bei weitem geringere Vorteile – wenn solche überhaupt – als jeder einzelne von ihnen.

Viertens: Allen anderen sichern Klauseln des Vertrages weitgehend die Wahrnehmung ihrer nationalen Interessen zu – Verhältnis zu früheren Kolonien, Bündnisse mit daraus entstandenen und entstehenden selbständigen Staaten; beider finanzielle Unterstützung durch die EWG, zumal mit dem größten Anteil durch die Bundesrepublik, dafür einseitige Handelsprivilegien nach dort für die anderen unter Ausschluß der Bundesrepublik.

Fünftens: Deutsche nationale Belange interessieren dabei keinen, sind nirgends vertraglich geregelt oder auch nur genannt, sind blockiert durch den Gesamtvertrag. Die Wiedervereinigung Deutschlands, richtiger: die Wiederherstellung des Deutschen Reiches, wird allein schon durch die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur EWG unmöglich gemacht.

Proteste gegen die gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftsbereiche von einer internationalen Monopol- und Kapitalmacht; sie begann mit dem Ruhrstatut, der Montan-Union und endete in der EG.



Sechstens: Während man der westdeutschen Bevölkerung vorgaukelt, durch den Beitritt zur EWG würde »alles billiger« werden, um sie durch diesen Betrug dafür zu gewinnen – in Wahrheit wurde bis auf den heutigen Tag alles teurer –, sicherte bereits Adenauer seinem Freunde de Gaulle, der lauthals überall die Oder-Neiße-Demarkationslinie als die »polnische Westgrenze« anerkannt hatte, die Preisgabe des deutschen Ostens zu. Die ganze Verlogenheit erst der SPD, dann der CDU/CSU-Scheinopposition Jahre hindurch gegen den verräterischen, verfassungs- und rechtswidrigen Verzicht auf Ostdeutschland offenbart sich hier.

Der Preis war die Teilung und der Verrat des Ostens

Die wichtigsten deutschen Ernährungsprovinzen gingen so verloren; Frankreich dagegen bekam nunmehr in Westdeutschland ein neues Absatzgebiet für seine landwirtschaftlichen Produkte. Und die Bundesrepublik Deutschland? Sie hatte in den Millionen vertriebener, nunmehr auch vertraglich ihrer Heimat beraubter Ostdeutscher die benötigten Arbeitskräfte zur Durchführung des »Wirtschaftswunders«, für die immer mehr in fremde Hände gehende Großindustrie, für das völlig unnatürliche Aufblähen des gesamten Wirtschaftssystems und seines überbesetzten Verwaltungsapparates – nur daß diese neuen »Ostarbeiter«, die »Gastarbeiter für immer« aus dem deutschen Osten, bis heute noch nicht dahinter gekommen sind wie dahinter, daß ihre eigenen Funktionäre gegen beste Pfründe sie dem westdeutschen Arbeitsmarkt noch selber vermittelten, dieses volks- und landesverräterische Spiel ohne jegliche Hemmung mitmachen.

So war man sich in Paris und Bonn einig von allem Anfang. So wurden die Teilung Deutschlands und der Verrat des deutschen Ostens zum Eintrittspreis, den Bonn zu Lasten des gesamten deutschen Volkes dafür entrichtete, in der EWG Zahlmeister sein zu dürfen. □

Europäische Gemeinschaft

»Europäische« Wirtschaft eine Hoffnung?

Hans W. Schimmelpfeng

Nationale Volkswirtschaft sei überholt, so behaupten beschwörend die »Europa«-Wirtschaftler der »Europäischen Gemeinschaft« und schütten dabei das Kind mit dem Bade aus.

Die Deutschen wären die letzten, die gesunden und notwendigen internationalen Handelsbeziehungen den Weg versperren wollten. Jedoch hat das kurzsichtige reine Profitdenken der »Weltbürger« unserem Volk die Tatsache ausgeredet, daß im Notfall uns nur die eigenen nationalen Wirtschaftsgrundlagen das Überleben ermöglichen; und Notfälle sind heute noch gefährlicher als früher bei einer weniger verkoppelten und weniger komplizierten Wirtschaft.

Wirtschaft und Politik sind eng miteinander verkoppelt. Weder nationale noch Weltwirtschaft kann gesund und stabil sein, wenn die politischen Grundlagen nicht stimmen. Und was grundlegend nicht stimmt, ist die Teilung Europas. Auf beiden Seiten der Zonengrenze sind die Versuche mißglückt, den willkürlich auseinandergerissenen mitteleuropäischen Wirtschaftskörper als Anhängsel der westlichen und östlichen Wirtschaftsideologie zum Funktionieren zu bringen und dauerhaft auszubeuten. Was schließlich bleibt, sind die Trümmer. In der Bundesrepublik ist es nun schon soweit, daß nur noch die Arbeitsämter und Sozialämter überarbeitet sind.

Es gilt zu erkennen, daß das Gedeihen des gesamteuropäischen Wirtschaftskörpers die Ordnung der gewachsenen Volkswirtschaften voraussetzt. Solange die derzeit maßgebenden teileuropäischen Marktwirtschaftler der »Europäischen Gemeinschaft« am Dach reparieren, ohne zu Hause ihre Wirtschaft ordnen zu können, besteht keine Hoffnung auf eine andere »Zuwachsrate« als diejenige der Preise, der Inflation und der Schulden.

Die Deutschen müssen sich klar darüber sein, daß der Weg zu einer europäischen Wirtschaftsordnung weit und steinig ist. Das Herz Europas muß durch die Wiedervereinigung Deutschlands wieder zum Schlagen gebracht werden. Zuvor ist alles europäische Gerede dummes Geschwätz.

Ein von selbstlosen volksbewußten Könnern geführter Staat, dem das Volk vertrauensvoll die unentbehrliche Autorität zubilligen kann, hat eine Gemeinschaftsordnung zu bauen, die die Kräfte der Arbeitenden aller Volksschichten zusammenfaßt zum gemeinsamen Wohl, befreit vom marxistisch-kapitalistischen Klassenkampfwahn.

Der Beginn eines Zusammenbruchs

Sozialismus, das heißt Gemeinschaftsdenken und Gemeinschaftswirken, zeigt sich nicht in Phrasen von »mehr Demokratie, mehr Lebensqualität«, mehr Forderung und weniger Arbeit, sondern in gemeinsamer Leistung zur Schaffung alles dessen, das unser Volksleben sichert.

Anstelle der Vernichtung der kleinen selbständigen Existenzen und der Verdummung der abhängigen Massen mit viel Gerede der Partei- und Gewerkschaftsmillionäre von Bildungsreform, Emanzipation hat eine der Bedarfsdeckung des Volkes dienende vielgliedrige Wirtschaft zu stehen, die weitgehend auf eigener Basis aufbaut und unter der Führung eines volksverbundenen Staates sich selbst bei verantwortlicher Zusammenarbeit aller Partner verwaltet.

Ohne diese Voraussetzung wird es keine funktionierende europäische Zusammenarbeit geben. Weil die heute bei uns Regierenden völlig andere Wege gehen, haben wir nicht nur eine vorübergehende Krise, sondern den beginnenden Zusammenbruch eines unbrauchbaren Wirtschaftssystems. Erst dieser Zusammenbruch wird die regierenden Scheindemokraten aus ihren Sesseln werfen und neue Wege freigeben. □

Europa-Journal

Endgültige Ächtung der Wachstumshormone

Die Freude amerikanischer Fleischexporteure und Tierzüchter sowie einiger Pharmakonzerne währte nicht lange. Bereits zwei Wochen nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs haben sich die EG-Landwirtschaftsminister erneut auf ein Verbot der Verwendung von Hormonen bei der Tiermast verständigt. Eine entsprechende EG-Richtlinie, die ab dem 1. Januar in Kraft treten sollte, hatten die europäischen Richter auf Antrag Großbritanniens wegen eines Verfahrensfehlers abgelehnt.

Der Entscheidung des Ministerrats war eine kurze, aber heftige Debatte vorausgegangen. Dabei vertrat der Vertreter der britischen Regierung, McGregor, die Auffassung, es gebe keine eindeutigen Beweise für die gesundheitsschädigende Wirkung der Hormone. Außerdem sei es kaum möglich, die Einhaltung der neuen Richtlinie zu kontrollieren. Vielmehr werde sich ein blühender Schwarzmarkt entwickeln. Ferner werde das Verbot den Handel der Gemeinschaft mit Drittländern beeinträchtigen.

Dieser Argumentation mochten die übrigen EG-Partner – allen voran Italien – jedoch nicht folgen. Selbst Dänemark, das zunächst auf der Seite Großbritanniens gestanden hatte, stimmte schließlich für den Entwurf.

Die neue Richtlinie tritt rückwirkend ab dem 1. Februar in Kraft. Sie sieht für die Vermarktung von hormonbehandeltem Fleisch eine einjährige Übergangsfrist vor. Auf diesen Kompromiß einigten sich die zuständigen Minister, um einen erneuten Handelskrieg zwischen der Gemeinschaft und den USA zu vermeiden und Frankreich Gelegenheit zu geben, seine Gesetze an die EG-Bestimmungen anzupassen.

Bis zuletzt hatte die Pharmaindustrie versucht, eine erneute Verabschiedung der Richtlinie zu verhindern. Der europäische Dachverband der betroffenen Pharmahersteller (FEDESA) beruft sich insbesondere auf Stellungnahmen der Welternährungsorganisation FAO sowie einiger amerikanischer Wissenschaftler, wonach fünf der unter das EG-Verbot fallenden Substanzen als unbedenklich anzusehen seien. Nach Ansicht von FEDESA könnte die neue EG-Richtlinie zudem die europäischen Züchter gegenüber ihren amerikanischen und australischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt benachteiligen. □

Weltweite Zusammenarbeit bei der Kernfusion

Wissenschaftler aus der EG, den Vereinigten Staaten, Japan und der Sowjetunion werden in Kürze ein gemeinsames thermonukleares Forschungsprogramm in Angriff nehmen. Die zuständigen Minister der zwölf EG-Mitgliedsstaaten gaben jetzt grünes Licht für den Aufbau eines internationalen Versuchsreaktors mit dem Namen ITER (englische Abkürzung für International Thermonuclear Experimental Reactor).

Daß sich die vier Parteien ausnahmsweise zur Zusammenarbeit in diesem Bereich bereitfanden, mag auf den ersten Blick erstaunen. Die thermonukleare Forschung ist jedoch angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten und enormer Kosten mit einem hohen Risiko verbunden. Bis Ende 1990 wollen die vier Partner zunächst ein Programm für das ITER-Vorhaben erarbeiten. Nach Einschätzung der Sachverständigen kann die kommerzielle Nutzung der Kernfusion frühestens im Jahr 2015 beginnen.

Die EG ist im Bereich der thermonuklearen Forschung bislang federführend. Der erhebliche Kostenaufwand erscheint gerechtfertigt, da bei einem Erfolg des Vorhabens eine ebenso preisgünstige wie umweltfreundliche Energiequelle zur Verfügung stünde. Für die Herstellung von einer Million Kilowattstunden Strom dürfte eine thermonukleare Anlage lediglich 35 Gramm Lithium und 10 Gramm Deuterium benötigen. Diese Substanzen kommen in großen Mengen im Wasser und in Mineralstoffen vor. Dagegen sind für die Herstellung der gleichen Strommenge bei einem herkömmlichen Kraftwerk 240 Tonnen Mineralöl oder 360 Tonnen Steinkohle erforderlich.

Bei der Kernfusion würden keinerlei giftige oder andere umweltschädliche Stoffe in die Atmosphäre gelangen. Die einzige freiwerdende radioaktive Substanz würde sich schnell auflösen und nach dem derzeitigen Kenntnisstand keine Spuren in der Nahrungsmittelkette hinterlassen. Die Abfälle könnten umweltfreundlich entsorgt werden. Bei einem Störfall wäre nur die Anlage selbst betroffen. □

Drogennetz in Frankreich aufgedeckt

Nach zweijährigen Ermittlungen hat die Polizei von Lyon ein aus drei Kanälen betehendes Drogennetzwerk aufgedeckt, das vor allem aus Personen der ehemaligen »French connection« bestand. Im Verlaufe von parallel dazu geführten Ermittlungen sind dabei auch einige Namen aus der High Society aufgetaucht.

Das Netz konzentrierte sich um eine ehmalige Lehrerin, die 52 Jahre alte Rolande Kienlen. Die Polizei, die aufgrund von Informationen handelte, die sie im Sommer 1985 bekommen hatte, hat sie ein Jahr lang überwacht und verhaftete sie im Juni 1986. Man fand heraus, daß sie seit ihrer ersten Festnahme zehn Jahre zuvor die meiste Zeit damit verbracht hatte, zwischen den Vereinigten Staaten, Spanien und Indien – es handelte sich dabei um ihre Lieferquellen – hin- und herzufliegen.

Die Polizei konnte drei Drogenhandelskanäle ausfindig machen. Der erste, der seit zehn Jahren existierte, wurde von Veteranen des Indochina-Krieges gehalten, die in der »French connection« eine Rolle gespielt hatten. Sie schmuggelten Kokain und Heroin aus Thailand über São Paulo nach Frankreich.

Als sie diesen Spuren folgte, stieß die Polizei auf Händler in Paris mit sehr interessanten Adreßbüchern einschließlich hundert Namen aus der Pariser High Society, die regelmäßig mit Kokain beliefert wurden: Schriftsteller wie Françoise Sagen, Journalisten wie Thierry Ardisson von »La Cinq«, »Künstler« wie Laura Picasso, Ex-Frau des Enkels des berühmten Malers.

Der zweite Kanal wurde von einem Deutschen, Klaus Roder (43), bedient, einem Flüchtling, der in Thailand wohnt und ebenfalls Heroin aus Thailand nach Europa und in die Vereinigten Staaten brachte.

Das dritte Netz gehörte einer Französin, Nicole Guigou de Almeida (55) – genannt Lola –, die fast eine Tonne Haschisch aus Marokko und dem Libanon über Spanien ins Land geschmuggelt hat. □

Mrs. Thatcher fürchtet Gefahr für die NATO

»Mrs. Thatcher bereitet einen Gegenangriff gegen die Rufe der Sowjets nach einem atomfreien Europa vor«, heißt es in einem Leitartikel der Londoner Zeitung »Independent«. Hauptsächlich wird in diesem Beitrag die Sorge der britischen Premierministerin über die »ausgeklügelten« und »deduktiven« Vorstöße des »sowjetischen Bärs« nach dem INF-Vertrag zum Ausdruck gebracht.

In der Zeitung wird eine Lagebesprechung in Margaret Thatchers Büro zitiert, in der »die Sorge zum Ausdruck kam, daß das Gefühl für die sowjetische Gefahr in der Öffentlichkeit nach dem INF-Vertrag ausgehöhlt werde und daß das eine direkte Gefahr für die NATO selbst darstellt«.

Mrs. Thatcher sagte NATO-Vertretern vor kurzem in Brüssel, »eine Rückkehr zum offenen kalten Krieg« könne nicht ausgeschlossen werden. »Wenn Sie jetzt einen Fehler machen, so betrifft das vielelicht nicht unsere Generation, aber vielleicht künftige Generationen.«

Einer hochrangigen britischen Quelle zufolge ist »Mrs. Thatcher äußerst besorgt, daß es mit der Moral und der Motivation in der NATO seit dem INF-Vertrag rasch abwärtsgeht«. Der Informant fügte hinzu, ihre jüngsten Aussagen auf offizieller und inoffizieller Ebene »fallen zeitlich so, daß sie für jene eine Unterstützung darstellen, die den ›neuen Sonnenaufgang‹ aus Moskau anzweifeln. Sie fürchtet, daß besonders die Deutschen offenbar geneigt sind, den Prozeß der Begrenzung und Reduzierung von Atomwaffen einschließlich taktischer Waffen auszuweiten«. □

Britischer Experte kritisiert NATO-Pläne

Zwei britische Verteidigungschefs haben den NATO-Gipfel kritisiert und meinten, man habe es versäumt, einen glaubwürdigen Waffenmodernisierungsplan vorzulegen, mit dem man nach dem Abzug der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa der militärischen Bedrohung durch die Sowjets in Europa entgegentreten könnte.

General Sir Martin Farndale, bis vor einigen Monaten der Befehlshaber der 200 000 Mann starken nördlichen Armee der NATO, meinte: »Ohne atomare Mittelstreckenwaffen verbleiben uns nur die gegenwärtigen Kampfwaffen, die wenig überzeugen, wenn sie nicht modifiziert werden oder die strategischen Waffen, die ein ›overkill‹ wären. Die atomaren Mittelstreckenwaffen sind, kurz gesagt, die perfekten Friedensgaranten. Wenn wir unsere Waffen nicht modernisieren, werden wir dem Warschauer Pakt damit versehentlich eine Fülle von Möglichkeiten bieten, insbesondere wenn es dort keine Reduzierungen in den konventionellen Waffen gibt.«

Der Chef des britischen Verteidigungsstabs, Lord Lewin, Flottenadmiral, sagte: »Es scheint so, als würde die Politik in der NATO völlig an der Realität vorbeigehen. Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat den Rat seiner eigenen Militärchefs ignoriert und ein wichtiges Modernisierungsprogramm verschoben, einfach, weil in diesem Jahr Wahlen vor der Tür stehen. Ich bin sehr besorgt über eine anscheinend wachsende Selbstgefälligkeit unter NATO-Führern der Sowjetunion gegenüber.« □

Frankreich startet neues Raketenprogramm

Frankreich wird bald mit der Arbeit an Neutronenwaffen und einer neuen Mittelstreckenrakete beginnen, sagte Premierminister Jacques Chirac auf einer Pressekonferenz. Er meinte, obwohl Frankreich die unabhängige Verteidigungspolitik des verstorbenen Präsidenten Charles de Gaulle auf jeden Fall fortsetzen werde, sollten die Franzosen auch »eine viel größere Rolle bei der Verteidigung Europas auf der Seite der NATO spielen«. Die französische Regierung hat ihre besondere Sorge über die Auswirkungen des amerikanisch-sowjetischen Vertrages über atomare Mittelstreckenraketen auf die Verteidigung Europas zum Ausdruck gebracht.

Berichten in der Presse zufolge empfahl Chirac, Frankreich solle nicht auf den Ausgang der französischen Wahlen warten, sondern sich jetzt für die Entwicklung einer Version der Hades-Rakete mit einer Reichweite von 480 Kilometern einsetzen, um ein nukleares Abschreckungsmittel von Reichweiten zwischen 120 und 500 Kilometern für die 1300 sowjetischen Raketen in dieser Kategorie zu haben. Chirac befürwortete ebenso als Option die Produktion von fortgeschrittenen Strahlungswaffen (»Neutronenbomben«) und bezeichnete die französisch-deutsche Verteidigungskooperation »mehr als nur symbolisch und als sehr wichtig«. □

Briten und Sowjets tauschen Delegationen aus

Die britisch-sowjetische Handelskammer plant die Ausweitung ihrer Operationen auf dem sowjetischen Markt, dies teilte Grant Sutherland, der Vertreter der Gruppe in Moskau, mit. Er erwähnte dabei, daß neun Delegationen britischer Geschäftsleute die UdSSR vor kurzem besucht hätten und die Handelskammer hoffe auf die Besuche von mindestens 14 solcher Delegationen im Laufe des Jahres 1988. Sutherland sagte, »Informationsreisen« seien nach Leningrad, die Sowjetrepubliken des Baltikums, Georgien und Armenien unternommen worden. Weitere Besuche seien geplant.

Die Aktivitäten der Gruppe bringt Geschäftsleute zusammen, die sich im Westen der Depression gegenübersehen, während sowjetische Regierungsvertreter sich um Lieferungen westlicher Güter und Technologie bemühen. Unter den Vereinbarungen mit westlichen Finanzinteressen – genannt der »Trust« –, die aus der Lenin-Ära stammen, war die wirtschaftliche und militärische Expansion der Sowjets immer von starker Wirtschaftshilfe aus dem Westen abhängig.

In Zukunft plant die britisch-sowjetische Handelskammer die Unterstützung britischer Firmen bei der Verantaltung von Ausstellungen in der Sowjetunion einschließlich ihrer Provinzen. Sie wird die sowjetischen Organisationen auch bei der Abhaltung von Ausstellungen in Großbritannien unterstützen.

Die wichtigsten Trends bei der Arbeit der Kammer sind: Unterstützung kleiner und mittlerer Firmen, damit sich diese auf dem sowjetischen Markt etablieren können, Werbung neuer Mitglieder und Gemeinschaftswerbung für britische Produkte. □

Differenzen über Entwicklungshilfe zwischen USA und Europa

Die Überproduktion von Nahrungsmitteln in den westlichen Industrieländern und der Hunger in der dritten Welt standen im Mittelpunkt der vom Europäischen Parlament veranstalteten Welternährungskonferenz in Brüssel. Den Anstoß zu der Veranstaltung hatte der irische Rockmusiker und Gründer der Hilfsaktion »Band Aid«, Bob Geldof, 1986 mit dem Aufruf »Jetzt sind die Politiker an der Reihe« gegeben. Bereits im September 1986 hatte der jetzige Präsident des Europäischen Parlaments, Lord Plumb, den Appell aufgegriffen.

Die Konferenzteilnehmer aus zahlreichen Industrie- und Entwicklungsländern befaßten sich mit dem Problem der Verringerung der landwirtschaftlichen Subvention, der Rolle der Nahrungsmittelhilfe und der Entwicklung des ländlichen Raums in der dritten Welt. Der sambische Präsident Kenneth Kaunda, gegenwärtig Vorsitzender der Organisation für Afrikanische Einheit, forderte die Industriestaaten zu sofortigen strukturellen Anpassungen ihrer Agrarpolitik auf. Vierzig Prozent der Weltbevölkerung seien derzeit von Hungerkatastrophen bedroht.

In der Debatte traten insbesondere zwischen europäischen und amerikanischen Teilnehmern erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende Strategie zutage. US-Agrarminister Richard Lyng warf der EG vor, sie mache nicht ernst mit der Verringerung der Produktion und strebe nur den Schutz der eigenen Landwirtschaft an. Deshalb sei Europa mit schuld am Hunger in der dritten Welt, kritisierte der US-Agrarminister. Dagegen bemühten sich die USA, den Entwicklungsländern die finanziellen Möglichkeiten zum Erwerb von Nahrungsmitteln zu erschließen.

EG-Agrarkommissar Frans Andriessen wies die Vorwürfe Lyngs mit dem Hinweis zurück, die Gemeinchaft habe bereits beträchtliche Leistungen zugunsten der Entwicklungsländer erbracht und sei zu weiteren Anstrengungen bereit. Allerdings ließen sich die Subventionen für die Landwirtschaft nicht von heute auf morgen abbauen, meinte Andriessen. Alle Industriestaaten einschließlich der USA bezuschußten ihre Landwirtschaft. Dennoch sei es nicht gelungen, so der EG-Kommissar, den Verfall der bäuerlichen Einkommen zu stoppen. □

Europäische Gemeinschaft

Auf der Seite der Palästinenser

Oscar Boline

Die Jungens vom Gaza-Streifen machen US-Präsident Ronald Wilson Reagans außenpolitische Abenteuer mit jedem Stein, den sie werfen, und jedem Auspfeifen der israelischen Soldaten und der Polizei die Hölle heiß. Das ist die Geschichte aus dem Leben und nicht ein zweitklassiger Film aus Hollywood. Die Jungens sind darin die Helden und der amerikanische Präsident ist der Bösewicht, eine Tatsache, die die meisten Amerikaner aus den Augen verloren haben.

In Brüssel, der Stadt, wo die Europäische Gemeinschaft (EG), das Europäische Parlament, die Nato und viele andere internationale europäische Organisationen zu Hause sind, höre ich wie die Menschen das Recht der Amerikaner anzweifeln, sich selbst als die Weltführer oder vielleicht den Führer der »freien Welt« zu betrachten. Die meisten Europäer, so scheint es, sähen es lieber, wenn die Amerikaner nach Hause gingen, sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und die Aufmerksamkeit den zweitklassigen Filmen im Fernsehen widmen würden.

Skandale und Verwicklungen wie in Hollywood

Vielen erscheint es so, als würden die Amerikaner ihre führenden Politiker aus Hollywood holen oder aus den Reihen der Fernseh-Prediger, und daß ihre einzige Aufgabe im Amt darin besteht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem abzulenken, was die geldgierigen Anwärter für hohe Ämter tun und was ihre Verbündeten in der Mafia, den internationalen Banken und multinationalen Unternehmen vorhaben.

Alles dies ist den Europäern unverständlich. Sie verstehen nicht, wie sich amerikanische Politiker für ausgeglichene Männer und Frauen mit einer großen Tradition für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Kultur halten können. Für sie sind ihre Aktionen alarmierend und ihre Persönlichkeit unverständlich.

Die Meese-, Deaver-, Nofziger- und Iran-Contra-Skandale einschließlich der Verwicklung des amerikanischen Präsidenten und Vizepräsidenten in letzteren haben die Europäer erschüttert.

Und die Frage ist darum berechtigt: »Wie können wir den Amerikanern trauen, wenn diese sich so verhalten?«

Aufgeschlossene Beobachter der politischen Szene in den Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß Bush seine Geständnisse in der letzten Zeit eigentlich nur gemacht hat, um seinen Rivalen, den Fernsehprediger Pat Robertson, in Mißkredit zu bringen. Man hat schließlich nicht vergessen, daß Bush ehemals Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA und für schmutzige Tricks bekannt war.



Wichtig ist, wer mit wem spricht. Bei allen Treffen in Europa mit den Sowjets wird gelacht wie hier Genscher (links) mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse.

Spektakel um Waldheim eine Art Ablenkung

Die Nachricht über die geheime Verbindung zwischen dem amerikanischen Justizminister Edwin Meese und dem israelischen Außenminister Shimon Peres in einer Vereinbarung über ein irakisches Pipeline-Geschäft wird von vielen außenpolitischen Experten im Europäischen Parlament und der Europäischen Gemeinschaft als Beispiel für die tiefgreifende Korruption der Reagan-Regierung angesehen. In diesem Geschäft hätte Israel jährlich 70 Millionen Dollar für das Versprechen erhalten, die Pipeline nicht anzugreifen.

Unter den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gibt es viele die behaupten, daß die internationale Kampagne gegen den österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim von pro-israelischen Kräften im Weißen Haus geschürt wird, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem abzulenken, was am Gaza-Streifen und an der West Bank vor sich geht.

Im April 1987 hatte das amerikanische Justizministerium unter Anweisung von Edwin Meese Waldheim auf die »schwarze Liste« gesetzt und ihm wegen angeblicher Kriegsaktivitäten, die nicht in Einklang mit den Menschenrechten standen, die Einreise in die Vereinigten Staaten verboten.

Die gleichen Politiker weisen auch darauf hin, daß am Tage, bevor das Europäische Parlament seine Resolution verabschiedete, in der Israel wegen seiner Greueltaten am Gaza-Streifen und der Tatsache, daß sie den Palästinensern keine Menschenrechte zugestehen, verurteilt wurde, der neu ernannte amerikanische Botschafter Waldheim sein Beglaubigungsschreiben präsentierte.

Für viele war das ein direkter Schlag ins Gesicht von seiten Reagans und seiner Mannschaft im Weißen Haus. Bei dem neuen Botschafter handelt es sich um Henry Anatole Grunwald, den ehemaligen Chefherausgeber von »Time«, der in Wien geboren ist. Er verließ Österreich mit seiner Familie nach dem Anschluß an Deutschland.

Grunwalds Auftreten fand bei vielen Abgeordneten im Europäischen Parlament harte Kritik, weil er sich weigerte Waldheim die Hand zu geben. Statt dessen ignorierte er auf höchst undiplomatische Weise die ausgestreckte Hand des österreichischen Präsidenten, als die Zeremonie vorüber war, und ging an ihm einfach vorbei.

Von diesem Ereignis wurde an jenem Abend ausführlich im Fernsehen berichtet und am nächsten Morgen, dem 21. Januar 1988, verabschiedete das Europäische Parlament seine Resolution, in der es Israel verurteilte.

Die Zeit geht weiter

»Ich respektiere die Gefühle jener, die ihre Familie verloren haben oder deren Familien gefoltert wurden oder gefoltert wurden in der Zeit der Nazi-Besetzung«, sagte Sir Peter Vanneck, Mitglied des Europäischen Parlaments aus London und einst dortiger Bürgermeister. »Ich bin der Meinung, daß diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, vor Gericht gestellt werden sollten. Doch die Zeit geht weiter. Wir müssen realistisch sein. Schließlich betrachten wir die Rehabilitierung ebenso als ein Teil der Gerech-

tigkeit wie die Bestrafung. Diese Männer sind mit Sicherheit rehabilitiert.

Ich sehe keinen Sinn darin, Männer von 70 Jahren bis zu ihrem Tod ins Gefängnis zu stekken. Das ist eine äußerst unannehmbare Phase israelischer Vergeltung. Wo soll das enden?«

Was die Palästinenser angeht, die die israelischen Soldaten und israelische Polizei im Gaza-Streifen angreifen, sagte Thomas J. Maher, irisches Mitglied des Europäischen Parlaments: »Diese palästinensischen Jugendlichen stellen eine weitaus größere Gefahr für Israel dar als die Bomben und Kugeln ihrer Eltern vor Jahren.

Wenn sich die Israelis gegen die Bomben und Kugeln der organisierten Erwachsenen verteidigen würden, hätten sie den stillschweigenden Respekt der Menschen auf der ganzen Welt. Doch wenn sie Kugeln gegen Kinder und Teenager einsetzen, selbst wenn diese sie mit Steinen bewerfen, dann dreht sich das Rad in die andere Richtung.

Die Israelis müssen sich mit den Palästinensern einigen. Sie müssen das tun, was sie immer abgelehnt haben, das heißt, sich mit der PLO (Palästinensische Befreiungs-Organisation) an einen Tisch setzen.«

Ein anderer irischer Abgeordneter, Thomas Raftery, fügte hinzu: »Selbst die besten Freunde Israels in dieser Europäischen Gemeinschaft sagen, daß das, was die Israelis am Gaza-Streifen machen, die brutale Behandlung der protestierenden Jugendlichen, ein Ende nehmen muß.«

Barry Seal, ebenfalls europäische Abgeordneter, gab dem Weißen Haus die Schuld für die anhaltende Verprügelung der Jungen am Gaza-Streifen, und die meisten sind dieser Meinung: »Die britische Regierung hat Druck auf Israel ausgeübt. Der Gemeinsame Markt hat Druck auf sie ausgeübt. Doch die Israelis ignorieren das alles.

Aber die Vereinigten Staaten haben so viel politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Israel, daß die Israelis aufhören würden diese Kinder am Gaza-Streifen und an der West Bank brutaler militärischer Repression auszusetzen, wenn die USA wirklich ihren Druck auf die israelische Regierung verwirklichen würden. Die Israelis müßten das Prolem dort dann auf zivilisierte Art und Weise lösen.«

Die Hoffnungslosigkeit bei den Palästinensern

»Die Israelis haben den Propagandakampf verloren«, meint Andrew Pearce, Mitglied des Europäischen Parlaments. »Sie haben die Schwierigkeiten heraufbeschworen. Jetzt haben sie Schwierigkeiten. Was erwarten sie, wenn sie den Palästinensern entsetzliche Lebensbedingungen anbieten ohne einen Funken Hoffnung, dann können die Dinge nicht besser werden.

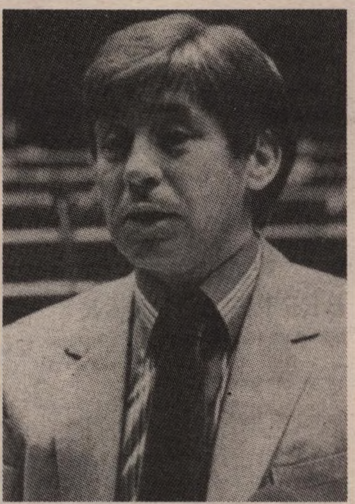


Bryan Cassidy verurteilte Israel, weil es den Außenhandel der Palästinenser unterminiert.

Die Hoffnungslosigkeit ist das schlimmste daran. Sie haben keine Zukunft. Sie sind verurteilt ein minderwertiges Volk zu sein in dem Land, was sie als ihr Land betrachten.«

Pearce sprach davon, daß sich eine Delegation aus Haiti in Brüssel aufhielt, die um Entwicklungshilfe von den Ländern des Gemeinsamen Marktes ersuchte. Diese Delegierten gaben der Frage nach der Glaubwürdigkeit des Weißen Hauses unter Ronald Reagan noch mehr Zündstoff. Sie erzählten den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, daß die Entwicklungshilfe der Reagan-Regierung nichts weiter ist als die Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte auf Haiti, daß Fabriken in Haiti auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers gebaut werden, um die billigen Arbeitskräfte dort für die Herstellung von Produkten – vor allem Textilien – für den amerikanischen Markt zu nutzen.

Das heißt, daß die amerikanische Regierung die Beseitigung von Arbeitsplätzen in andere Länder hinein finanziert, was wiederum zu erhöhter Arbeitslosigkeit beiträgt und die Kosten der staatlichen Arbeitslosenversicherung in den USA in die Höhe treibt.



Barry Seal gibt dem Weißen Haus die Schuld für die Vorgänge im Gaza-Streifen an der West Bank.

Bryan Cassidy, Sprecher des Außenhandelsausschusses des Europäischen Parlaments, sagte mir: »Meine Einwände beziehen sich auf die Art und Weise, wie die israelischen Behörden Lieferungen von Agrarprodukten aus den besetzten Territorien, der West Bank und dem Gaza-Streifen, aufgehalten haben, die sich im Transit durch Israel auf dem Weg zu unseren Märkten befanden. Die Europäische Gemeinschaft hat den Zugang zum Europäischen Markt für Agrarprodukte und Industriewaren aus diesen Territorien ausgehandelt.



Als Israels Verteidigungsminister Dekel (rechts) Bonn besuchte, sprach er mit Carl-Dieter Spranger.

Doch die israelischen Behörden spielen da einfach nicht mit.

Verderbliche Agrarerzeugnisse wurden wegen ›mangelhafter Dokumente‹ einfach festgehalten.

Bis sie in den Europäischen Markt gelangten, haben sie den größten Teil ihres Wertes verloren. Außerdem kursieren Behauptungen – die ich derzeit untersuche –, daß die Israelis Textilien, die in Wirklichkeit in den besetzten Gebieten hergestellt worden sind und die diese Gebiete mit Ursprungszeugnissen der örtlichen palästinensischen Handelskammer verlassen haben, durch israelische Ursprungserzeugnisse ersetzt haben sollen.«

Israel sahnt nur ab

Die reichen Märkte von Mittel- und Nordeuropa sind in den Herbst-, Winter- und Frühjahrsmonaten sehr stark von importiertem Frischgemüse abhängig, zu deren traditionellen Lieferanten der Libanon, Israel und die besetzten Gebiete Palästinas zählten.

Angesichts der Tatsache, daß der Libanon aufgrund politischer Unruhen ziemlich aus dem Markt draußen ist und bei den Lausbubenstreichen, die mit den Erzeugnissen aus den besetzten Gebieten gespielt werden, sahnt letztendlich Israel ab.

Diese Art israelischer Handelspraktiken, die noch hinzukommen zu den Berichten über die Pipeline-Erpressung Meese-Peres, den Einwänden Europas gegen die dominierende Rolle, die Israel in der amerikanischen Militärstrategie im Mittelmeer, besonders in Spanien und Italien spielt und Amerikas eigene wirtschaftliche und politische Unfähigkeit, hat eine tiefgreifende Wirkung auf Europa.

Betrachtet man dies alles zusammenfassend, dann sind die Jungen vom Gaza-Streifen vielleicht doch nicht umsonst gestorben oder verstümmelt worden. □

Revisionismus

Kurts Maler

Günter Kaufmann

Nein, es handelt sich bei der Überschrift um keinen Schreibfehler! Gemeint ist nicht die Autorin von zweihundert Unterhaltungsromanen, die in Nebra an der Unstrut geborene Hedwig Courths-Mahler, die unbedarften Kleingeistern den Märchentraum von Aufstieg, Reichtum und Glück vor Augen führte. Allerdings mit dem Märchen von Aufstieg und Glück hat es auch zu tun, was uns »Kurts Maler« in diesen Tagen zumuten.

Gemeint sind die »Nachrufer« von Kurt Georg Kiesinger und die »Abrufer« von Kurt Waldheim. Beide Kurts haben verdrängte Vergangenheit gemeinsam, wobei jene des österreichischen Bundespräsidenten vergleichsweise harmlos anmutet, gemessen an der des Bonner Altbundeskanzlers, nur daß dem letzteren das Glück widerfuhr, in den sechziger Jahren keiner Historikerkommission begegnet zu sein. Den Bonner Kurt deckte die übermächtige Gestalt Konrad Adenauers, der schon den Kommentator Globke zu verkraften verstand, und für den hernach der Repetitor Kiesinger sicherlich kein Stolperstein bilden konnte.



Kurt-Georg Kiesinger machte im Dritten Reich Karriere, hatte aber »mit dem Nationalsozialismus nichts im Sinn«.

Die Karriere von König Silberzunge

Der hochgewachsene, dennoch kleine Ordonnanzoffizier einer Heeresgruppe auf dem Balkan hingegen hatte sich mit der Einführung des PLO-Anführers Arafat in die UNO-Generalversammlung genau den falschen Protektor für seine spätere Karriere in der Wiener Hofburg ausgesucht. Solch Ungeschick unterlief dem Bundespräsidenten in der bescheidenen Villa Hammerschmidt hingegen nicht, der als Major und Sohn des Ribbentropschen Staatssekretärs höchstwahrscheinlich mehr gewußt und miterlebt hatte, als der einstige Dolmetscher auf dem Balkan.

Aber von denen, die die Bilder der Kurts uns aufzeichnen, soll die Rede sein. Da steht obenan der ehemalige Bonner Regierungssprecher Günter Diehl, der selbst Parteigenosse und Kollege Kiesingers in der Kulturabteilung des ehemaligen Auswärtigen Amts, die Vergangenheit seines Kurts mit folgenden wohlgeformten Sätzen in der Tageszeitung »Die Welt« vom 10. März 1988 verdrängt:

»Es verwundert nicht, daß er nach geistiger Herkunft und Neigung das Heraufziehen des Nationalsozialismus mit Zweifeln und Mißtrauen beobachtete. So verzichtete er darauf, in den juristischen Staatsdienst zu gehen, was ihm auf Grund seiner Qualifikation angeboten wurde. Die Entscheidung der bürgerlichen Parteien, auch des Zentrums, Adolf Hitler und der NSDAP 1933 mit den Ermächtigungsgesetzen das Tor zur Gewaltherrschaft aufzustoßen, brachten ihn für einige Zeit zu der Annahme, wenn überhaupt, sei das Gewaltregime von innen heraus zu reformieren und notfalls wieder abzuschaffen. Der Ausbruch des Krieges machte alle diese Überlegungen zunichte.

Ein erschütternder Verdrängungswettlauf

Zwei seiner Hörer im Repetitorium arbeiteten bereits im Auswärtigen Amt. Einer von ihnen ermutigte Kiesinger, in den Auswärtigen Dienst einzutreten. Kiesinger machte den Versuch und wurde als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter akzeptiert. Er arbeitete anfangs in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes und dann in der neu gegründeten rundfunkpolitischen Abteilung.

Die passive Tätigkeit dieser Abteilung bestand in der laufenden Erfassung ausländischer, insbesondere feindlicher Rundfunksendungen, die aktive darin, der kämpfenden Truppe durch psychologische Kriegsführung beizustehen. Dies erklärte auch die relativ gute Zusammenarbeit Kiesingers mit der Wehrmacht und ihrer Führung, ebenso wie das gespannte Verhältnis zum von Goebbels geführten Propaganda-Ministerium.«

Wie »gespannt« das gute Verhältnis zu Goebbels war, konnte ich als Zeitzeuge während des Krieges täglich auf der internen Ministerkonferenz während des Krieges vormittags um 11 Uhr miterleben. Dort saß als Verbindungsmann des Reichsaußenministers zum Reichspropaganda-Minister der AA-Beamte Kurt Georg Kiesinger in der hohen Vertrauensposition, wie sie in der Koordination der Gedanken, der öffentlichen Erklärungen wie der internen Weisungen der beiden Reichsminister bestand.

Nicht, daß unterstellt werden dürfte, auch Kiesinger sei ein »Schreibtischtäter« gewesen, aber gewußt hat er in dieser Rolle doch fast alles. Wenn ihm die Bonner Republik an seiner Bahre mit vollem Recht bescheinigt, eine ihrer verdienten Baumeister gewesen zu sein, so zeigt das eben auch nur, daß er als Parteigenosse seit 1933 während seiner Lehr- und Wanderjahre durch das Dritte Reich und noch dazu auf einer Kommandobrücke wichtiger politischer Aktionen viel gelernt hat, wie sein später erworbener Spitzname »König Silberzunge« oder seine Apostrophierung als »wandelnder Vermittlungsausschuß« während der großen Koalition der sechziger Jahre doch wohl bestätigt.

Warum kann eigentlich nicht anerkannt werden, daß ein persönlicher integerer Mann seinerzeit



Kurt Waldheim hat eine harmlose, verdrängte Vergangenheit, gemessen an der des Bonner Altbundeskanzlers.

eine wichtige Funktion erfüllte und bei einem Neuanfang in einer anderen Epoche dennoch Großes geleistet hat?

Ehrenmitglied der Innung politischer Friseurmeister

Was sich aber Kurts Maler Diehl – einst auch Botschafter der Bundesrepublik in Chile – mit seinem Verdrängungsnachruf leistete, dürfte ihm den Anspruch sichern, Ehrenmitglied einer Innung der politischen Friseurmeister zu werden. In diese Innung müßte allerdings auch der hochbegabte Kommentator der »Frankfurter Allgemeine«, Friedrich Karl Fromme, berufen werden, nachdem er in seinem Nachruf auf Kiesinger formulierte:

»Kiesinger war, wie so viele damals, in die Partei hineingeraten. Nach dem Zeugnis des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Hirsch, der bei dem ›Meister‹ Kiesinger im Repetitorium gesessen hatte, hatte Kiesinger mit dem Nationalsozialismus nichts im Sinn.«

Erschütternder aber als solcher Verdrängungswettlauf in den westdeutschen Medien bei den Würdigungen des toten Kiesingers sind die Nachrufe anläßlich der 50. Wiederkehr des Untergangs Österreichs. Erschütternd, weil eine sensible Öffentlichkeit über Wochen hinweg ihrem Staatsoberhaupt vorgeworfen hatte, seine Wehrmachtszeit verschwiegen und sein Mitläufertum verdrängt zu haben, und nun aber bei öffentlichen Erinnerungsfeiern sich selbst bereit fand, um das Trauma des Anschlusses loszuwerden, ihre tausendjährige Geschichte zu verdrängen.

Da war in diesen Märztagen aus Wien vieles über den deutschen Einmarsch und das »österreichische Volk« zu vernehmen, vom Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, dem Österreicher Hitler, so gut wie nichts. Wer die Geschichte und die Literatur kennt, weiß, daß von Maria Theresia bis Otto von Habsburg, vom Sozialisten Renner bis zum Märtyrer Dollfuss, von Grillparzer bis Weinheber alle Österreicher sich als Teil des deutschen Volkes bekannt haben. Doch keiner der hochrangigen Politiker der zweiten Republik, die jetzt akzentuiert vom österreichischen Volk sprachen, zitierte diese Persönlichkeiten aus der Vergangenheit und erinnerte auch nicht an die letzte Eintragung des Bundeskanzlers Schuschnigg vom 11. März 1938 in sein Tagebuch, kurz bevor er für immer den Ballhausplatz verließ, und die lautete:

»Österreich soll noch deutsch sein, wenn der wirre Traum des Dritten Reichs längst schon – in Blut und Tränen erstickt – historische Erinnerung sein wird.«

Für seine Nachfahren am Ballhausplatz soll Österreich offenbar nicht mehr deutsch sein. Welche überdimensionale Verdrängung der Wirklichkeit! Und welche Gefahr!

Denn wenn es in Zukunft ein österreichisches Volk neben einem deutschen Volk geben soll, dann werden die Österreicher wohl für ihren Adolf Hitler vor der Geschichte als einem der Ihren die Verantwortung übernehmen müssen, und die Weimarer Republik, und nicht Österreich, wird dann wohl für sich in Anspruch nehmen können, das erste Opfer Hitlerscher Aggression in Europa gewesen zu sein. Solch falscher Zungenschlag in Wien könnte dem österreichischen Teil des deutschen Volkes noch teuer zu stehen kommen. □





Die »Großen Zwei«

Österreich

Desinformationen gegen Waldheim

Zlatko Pemper

In einer anhaltenden weltweiten Attacke gegen den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim, der der »Kriegsverbrechen« beschuldigt wird, die er angeblich im Zweiten Weltkrieg als in Jugoslawien stationierter Leutnant begangen haben soll, ist auf mysteriöse Weise ein »Telegramm« aufgetaucht, das angeblich bestätigt, daß Waldheim den »Abtransport von alten Männern, Frauen und Kindern in den Tod« angeordnet haben soll. Dieses Telegramm erschien zuerst im deutschen Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« und wurde seither zusammen mit den Erläuterungen des »Spiegels« in einer Anzahl von Publikationen, darunter auch amerikanischen Zeitungen und Magazinen, zitiert. Der kroatische Journalist Zlatko Pemper stempelt sowohl das »Telegramm« als auch die Geschichten als »Lügen und Verzerrungen« ab.

Das bundesdeutsche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« folgt einem vom »Stern« eingeleiteten Trend der Veröffentlichung von Falschinformationen und gefälschten Dokumenten über Sensationsgeschichten aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Angriffe des »Spiegels« auf den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim und das kroatische Volk werden sich als ebenso unzuverlässig erweisen wie die vom »Stern« vor einiger Zeit veröffentlichten »Hitler-Tagebücher«.

Diskriminierung der Kroaten

Der »Stern« bezahlte für die Dokumente, die angeblich Adolf Hitlers persönliche Tagebücher sein sollten und veröffentlichte sie. Später stellte sich heraus, daß diese Dokumente gefälscht waren. Bei den Kroaten handelt es sich um ethnische Minderheiten, die traditionell Gebiete bevölkert haben, die sich jetzt innerhalb der politischen Grenzen der künstlichen Nation »Jugoslawien« befinden.

Es scheint, als sei die Absicht des Spiegel-Artikels nicht so sehr gewesen, Waldheim »der Kriegsverbrechen zu überführen«, als die Kroaten im allgemeinen zu diskriminieren. Was hätte schließlich ein kleiner Leutnant Waldheim angesichts der Richtlinien der deutschen Wehrmacht tun können, wie immer diese auch mögen gelautet haben?

Ein Weltrekord in Verlogenheit

Doch zu behaupten, alle Partisanen waren Kommunisten oder die Ustasha wären Faschisten gewesen, ist das gleiche, als wenn man behaupten würde, jeder Amerikaner, der im Zweiten Weltkrieg eine Uniform getragen hat, war ein Demokrat.

Kroatien war plötzlich ein deutsches Protektorat, ein separates Land.

Der britische Premierminister Winston Churchill und der sowjetische Diktator Josef Stalin beschlossen, die Partisanen brauchten einen Führer, um die Guerilla-Bemühungen zu vereinen und so schufen sie buchstäblich einen und nannten ihn verständlicherweise »Führer«. Das Wort ist »Tito«.

Österreich

Desinformationen gegen Waldheim

So wurde Josip Broz (selbst ein Pseudonym) Josip Broz Tito, der Führer der Partisanen. Seine Verbrechen in und nach dem Krieg sind den ethnischen Minderheiten in Jugoslawien und dem amerikanischen Außenministerium sehr wohl bekannt, doch nicht so der allgemeinen Öffentlichkeit, denn wenn man ausführlich berichten würde, was Tito alles getan hat, dann käme sofort die Frage auf, warum die USA ihn nach dem Krieg unterstützt haben, als er weiterhin eine Greueltat nach der anderen beging. In diesem Zusammenhang muß man den Krieg in Jugoslawien sehen.

Die kommunistische Regierung in Jugoslawien, die einen Weltrekord in Verlogenheit, Brutalität und Vulgarität hält, beschuldigt Waldheim, 60 000 Frauen, Kinder und alte Männer in den Tod geführt zu haben. Doch es hat in Wirklichkeit keine Opfer gegeben.

Die Partisanen, die am Berg Kozara geschlagen wurden, wurden in Jalta die »Sieger«, und es war Josip Broz Tito und Konsorten, die angebliche »Konzentrationslager« in Grubisno Polje und Zemun erfanden.

BRZOJAVKA

Broj	Vrsta	Rieči	Vrieme	Primljen od ... putem ...	Predat ... putem ...	Podpis brzojavnika
			09 22.VII.42	Vrieme __/__u__s__m	Vrieme __u__s__m	

Službeni podatci: ... Adresa: ZAPOVJEDNISTVO 1. GR. ZDRUGA

1100-VRLO ŽURNO. Poručnik Kurt Waldheim iz štaba generala Stahla traži da 4.224 zarobljenika sa Kozare sastojeći se uglavnom od žena i djece, te oko 15% starih muškaraca, uputi 3.514 u Grubišno polje, a 730 u Zemun.

Das vom »Spiegel« veröffentlichte Telegramm soll beweisen, daß Waldheim an der Deportation von 4224 Menschen beteiligt war.

Das im »Spiegel« veröffentlichte »Telegramm« ist eine Fälschung, eine offensichtliche amateurhafte und primitive Fälschung für jeden, der Kroatisch oder Serbisch lesen und sprechen kann und der dies im Zweiten Weltkrieg auch schon konnte.

Dusan Plenca, Titos »Historiker«, hat in dem »Telegramm« mehrere aufschlußreiche Fehler gemacht.

Offenbar weiß niemand beim »Spiegel«, daß die kroatische Regierung am 14. August 1941 eine neue Orthographie mit ethymologischem Charakter erlassen hat, die nicht auf der Phonetik basierte wie das im heutigen Jugoslawien der Fall ist.

In den westlichen Establishment-Medien war in letzter Zeit viel über Waldheim und Jugoslawien zu lesen, doch keiner erwähnte die Spieler. Den Establishment-Medien zufolge sind die Menschen, die innerhalb der Grenzen von Jugoslawien leben, »Jugoslawen« und sie sprechen »serbokroatisch«. Das ist jedoch falsch. Es gibt Serben und Kroaten in Jugoslawien, die die beiden größten Gruppen ethnischer Minderheiten darstellen. Doch es sind entweder Serben oder Kroaten und sie sprechen Serbisch oder Kroatisch oder beides.

Hier zwei Beispiele, die zum Verständnis der Situation beitragen sollen. Es gibt britische Kanadier und französische Kanadier, doch es gibt keine »frankobritische« Sprache. Sie sprechen entweder englisch oder französisch oder beide Sprachen.

Es ging um die Selbstbestimmung

Im Westen und Südwesten der Vereinigten Staaten gibt es viele Südamerikaner, die teilweise legal, teilweise illegal im Land sind. Viele von ihnen nennen sich Ibero-Amerikaner. Was sie sprechen, wenn sie nicht englisch sprechen, ist jedoch nicht »ibero-amerikanisch«.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn an dieser Stelle eine ausführliche Lektion Geschichte erteilt werden sollte, doch Serben und Kroaten wetteifern schon lange um das gleiche Territorium – lange bevor irgendjemand ein Land mit Namen »Jugoslawien« in Erwägung gezogen hat. Die Serben sind zum größten Teil orthodox und folgen damit einer Tradition des Ostens. Ihre Schrift ist die kyrillische Schrift.

Die Kroaten sind zum größten Teil römisch-katholisch und in ihrer Sprache wird das lateinische Alphabet benutzt. Sie kommen mit den Serben nicht gut klar und das beruht auf Gegenseitigkeit.

Als der Zweite Weltkrieg auch Jugoslawien erreichte, war es für die ethnischen Minderheiten nur natürlich, erneut die Selbstbestimmung anzustreben. Da die Regierung vorwiegend aus Serben bestand – wie dies auch heute noch der Fall ist –, waren die Kroaten bereit, für ein eigenes Land zu kämpfen.

Als die deutsche Wehrmacht einmarschierte, betrachteten die Serben sie als eine Bedrohung, die Kroaten nicht. Es bildeten sich Guerilla-Gruppen, vorwiegend auf regionaler Ebene, die allerdings schlecht organisiert und unterversorgt waren.

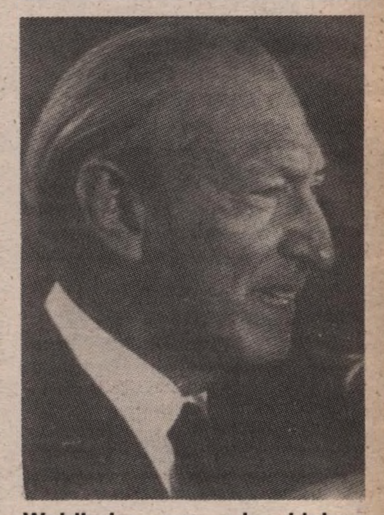
Zu diesem Zeitpunkt schickten die Sowjets ihre Agenten ins Land, um den Widerstand zu organisieren und die Mitglieder dieses Widerstandes wurden offiziell als »Partisanen« bekannt.

Mit sowjetischer Organisation, britischer Versorgung und amerikanischem Geld begannen die Partisanen Krieg zu führen sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Kroaten, die unter dem Namen Ustasha bekannt wurden. Die Partisanen trugen Mützen mit einem roten Stern wie die sowjetischen Streitkräfte.

Acht Fehler bei nur 30 Worten

Wer dies nicht befolgte, wurde umgehend hart bestraft und das ohne Ausnahme. Es wäre deshalb undenkbar gewesen, daß ein kroatischer Beamter – ob Zivil- oder Militärbeamter – die phonetische Orthographie verwendet hätte, wie sie in dem »Telegramm« verwendet wurde, das in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht worden ist.

Schlimmer noch: Unter den acht Fehlern, die in dem aus rund 30 Worten bestehenden Telegramm gefunden wurden, gibt es



Waldheim war ein kleiner Leutnant der deutschen Wehrmacht; in der Kampagne geht es nicht um ihn, sondern um die Kroaten zu diskriminieren.

Wörter, die es nur in der serbischen Sprache, nicht aber in der kroatischen Sprache gibt.

Kroaten sind keine Serben und umgekehrt. In der kroatischen Sprache wird wie im Englischen das lateinische Alphabet benutzt, die serbische Sprache verwendet – wie Russisch – die kyrillische Schrift. Die Kroaten vom Land verstehen die Serben vom Land nicht und umgekehrt, obwohl man davon ausgehen

kann, daß die Bewohner der eher kosmopolitischen Gegenden einander schon verstehen.

Wenn ein kroatischer Militärbeamter zu jener Zeit Wörter aus der serbischen Sprache verwendet hätte, wäre er sofort verdächtig erschienen.

Die acht offenkundigen Fehler in dem Telegramm sind folgende: Es wird das phonetische zapovjednistvo verwendet anstatt der korrekten ethymologischen Form zapovjednictvo (Hauptquartier). Zdrug wird verwendet anstelle von sdrug (Division).

Waldheims Vorname Kurt hätte in seiner ursprünglichen Form geschrieben werden müssen. Wenn er »kroatisiert« worden wäre, hätte er Kurto und nicht nicht Serbisch Kurta heißen müssen.

Es wird das serbische Wort stab statt des richtigen kroatischen Worts stozer (Stab) verwendet. General Stahls Name erscheint in der serbischen Form.

Die Zahl der Opfer wird mit 4224 angegeben und müßte 4244 (3514 + 730 = 4244) heißen. Ein Militär, der verantwortlich ist, über das Schicksal von Tausenden zu entscheiden, würde niemals einen solch dummen Rechenfehler begehen.

Oberst Feder Dragojlov würde niemals Kinder, Frauen und alte Männer als »Kriegsgefangene« (zarobljenika) bezeichnen oder eine solche Bezeichnung gutheißen. Sein Ruf als ein ehrenwerter Kämpfer ist eine Gewähr dafür. Er wäre niemals zum General und Chef des Generalstabs befördert worden, wenn er das getan hätte.

Grubisno Polje (großes »P«) sollte nicht Grubisno polje (kleins »p«) geschrieben werden, ein kleiner, aber bedeutender Fehler. Es ist der Name eines Dorfes.

Geographische Patzer durch Unkenntnis

Noch etwas zu diesem Dorf. Ich bin zwölf Meilen entfernt von diesem Dorf geboren worden und habe nie von einem Konzentrations- oder Durchgangslager gehört, das es dort gegeben haben soll. Ich habe damals im Zweiten Weltkrieg, als ich zwischen 11 und 15 Jahre alt war, nie etwas davon gehört und auch seither niemals etwas darüber gehört oder gelesen.

Ich wundere mich auch über die geographische Unkenntnis Plencas, was dieses Land angeht. Wenn diese Kriegsgefangenen nach Norwegen gebracht werden sollten, warum sie dann in die falsche Richtung schicken und weg von Kommunikationswegen? Warum hat Plenca diesen dummen Fehler gemacht?

Die Gruppe, die angeblich nach Zemun geschickt werden sollte, was Richtung Osten liegt, hätte über Belgrad, Bukarest, Moskau, Leningrad, Helsinki, Oslo gehen müssen, ein ungeheuerer Umweg. Oberst Dragojlov hatte schließlich nichts mit dem Ministerium für Tourismus zu tun.

Dann gibt es da noch etwas im Zusammenhang mit Grubisno Polje. Dieses Dorf mit rund 2000 Einwohnern – mein Heimatdorf – liegt am Berg Bilogora. In diesem Berg und in den benachbarten Bergen (Papuk und Krndija) gibt es tausende versteckter Gräber, in denen Opfer der Partisanen beerdigt wurden. Es handelt sich um deutsche Kinder, Frauen und alte Männer sowie deutsche Soldaten. Wieviele Gräber?

In Jugoslawien hat es im Jahr 1940 etwa 750 000 Deutsche gegeben, die größte »ausländische« Minderheit im Land. Nach dem »Sieg« der Partisanen im Zweiten Weltkrieg änderte sich diese Zahl dramatisch, drastisch, ja tragisch:

Jahr	Deutsche
1940	750 000
1948	55 337
1953	60 536
1961	20 015
1971	12 785
1981	8 712

Tito tötete mehr Deutsche (Zivilisten, nicht Soldaten) als Stalin Tartaren tötete. Der »Spiegel« allerdings hat diese Zahlen niemals veröffentlicht.

Die kommunistische Regierung Jugoslawiens ist ein wahrer Meister der »großen Lügen«, unterstützt durch die westlichen Establishment-Medien. Dazu zum Abschluß ein Beispiel:

Am 23. April 1983 feierte Jugoslawien den 38. Jahrestag der »Befreiung des Konzentrationslagers von Jasenovac. Mika Spiljak, der damalige Präsident Jugoslawiens, hielt dort eine Rede, in der er wörtlich sagte: »Das Konzentrationslager von Jasenovac ist unser aller Kummer, denn es hat dort 700 000 Opfer gegeben, von denen 500 000 gefunden wurden; rund 200 000 verschwanden in den trüben Gewässern des Flusses Sava und in den Flammen der Gaskammern«.

Josip Broz Tito (links) war ein Favorit vieler US-Regierungen, unter anderem auch von Jimmy Carter.

In diesem einen Satz haben wir zwei Unkorrektheiten. Die erste Unrichtigkeit ist die Zahl »700 000 Opfer«, die zweite die Zahl »500 000«. Wann, wo und wer hat die 500 000 Gräber gesehen? Wenn man 500 000 Gräber gefunden hätte, hätte man sicherlich die ganze Welt zu einer Pilgerfahrt an diesen Ort eingeladen.

Zu der ersten Unrichtigkeit: »Zweihunderttausend verschwanden in den trüben Gewässern des Flusses Sava«. Die Sava ist kein großer Fluß und es konnten sich kaum 200 000 Fische darin befinden, geschweige denn die Leichen von 200 000 Opfern. Selbst wenn tatsächlich 200 000 Leichen in die Sava geworfen worden wären, so hätte es mindestens 40 Jahre gedauert, um die Beweise zu vernichten, während das Konzentrationslager von Jasenovac nur vier Jahre bestanden hat.

Die zweite Unkorrektheit: »Flammen der Gaskammern«. In Gaskammern gibt es keine Flammen – nur Gas, um die Menschen zu töten. Fragen Sie die Beamten, die die Gaskammern in Baltimore, im US-Bundesstaat Maryland, betreiben. Flammen existieren im Krematorium, wo die Leichen verbrannt werden. Doch weder Gaskammern noch Krematorien haben im Konzentrationslager von Jasenovac jemals existiert.

Bei der Wiederaufwärmung der Geschichte aus dem »Spiegel« nannten einige amerikanische Zeitungen das kroatische Militär »Truppen des Nazi-Satellitenstaates Kroatien«. Doch selbst die Kroaten sind sich uneins über das Land Kroatien, wie es zwischen den Jahren 1940 und 1945 existierte. Einige sagen, es war ein Satellitenstaat, andere sagen, es war kein Satellitenstaat.

Es ist auch eine Lüge, wenn die Presse dieses Militär die »lokalen faschistischen Streitkräfte« nennt. Unter den acht Millionen Kroaten gab es weniger Nazis als in Amerika.

Das Problem ist nicht Waldheim. Das Problem ist der Kommunismus selbst. Im Jahr 1917 begann Lenin die bolschewistische Revolution in Rußland mit einigen Tausend Gefolgsleuten in Petersburg. Jetzt, 70 Jahre später, gibt es 85 Millionen Mitglieder der Kommunistischen Partei auf der ganzen Welt. Es gibt 25 kommunistische Länder, 25 pro-kommunistische Länder und 25 unentschlossene Länder. Was wird in den nächsten 70 Jahren geschehen?

Die Lüge muß in jeder Form bekämpft werden und das im »Spiegel« veröffentlichte »Telegramm« ist ein Teil dieser Lüge. □

Banker-Journal

Afrika und Frankreich kritisieren IWF

Anläßlich einer internationalen Konferenz über Afrikas wirtschaftliche Lage wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der die Austeritätsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) heftig kritisiert wurden. Es hieß darin, die Programme würden das »Gesellschaftsgefüge Afrikas zerstören. Anstatt die menschlichen Bedingungen zu verbessern, sind diese durch die Strukturanpassungs-Programme noch verschlimmert worden, weil sie unvollständig sind«.

Die Londoner »Financial Times« berichtet dagegen, daß nur eine Handvoll der Delegierten, die behaupteten, die Politik des IWF ruiniere die Länder Afrikas, gegen die Existenz des IWF seien. Die Mehrheit argumentierte dahingehend, daß die IWF-Politik ein »menschliches Gesicht« bekommen sollte.

Der französische Premierminister Jacques Chirac kritisierte ebenfalls den IWF. »Die reichen Länder müssen Verantwortung gegenüber den armen Ländern übernehmen. Wir können die Dinge nicht einfach laufen lassen, ohne unsere Pflicht zu erfüllen. Vor allem müssen wir heute neue Lösungen für das schwerwiegende Verschuldungsproblem finden.«

Chirac schlug »drei dringende Reformen« vor, um diesen Ländern ein »Minimum an Hoffnung zu geben, ohne das keine Entwicklung möglich ist«.

Erstens: Die Schaffung eines »Systems, das die Schuldenrückzahlungen der dritten Welt von den Schwankungen in den Devisenkursen und den Zinssätzen trennt, über die sie keine Kontrolle ausüben und die sie nicht verursacht haben«.

Zweitens: Milderung der Bedingungen für die Schuldenrückzahlungen. »Die bisher vom IWF auferlegten Maßnahmen sind eigentlich verständlich, doch politisch untragbar. Wir müssen da einen Ausweg finden.«

Drittens: Verknüpfung der Schuldenrückzahlungen mit den Exporterlösen der Schuldnerländer, »denn ihre Fähigkeit zur Rückzahlung ist verknüpft mit den Einkünften aus dem Verkauf von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen – deren Preise leider ungeheuer variieren«. □

Pakistan führt Gespräche mit dem IWF

Pakistan hat Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) begonnen. Das Land möchte Sonderkredite von bis zu 900 Millionen Dollar, die dazu beitragen sollen, seine Zahlungsbilanzprobleme zu lösen. Der IWF verlangt – was für ihn charakteristisch ist – von der Regierung, sie solle Wege finden, um Staatsausgaben zu kürzen.

Die pakistanische Regierung hat Schwierigkeiten, Gelder zur Finanzierung ihres Fünf-Jahres-Plans für die Jahre 1988 bis 1993 aufzutreiben. Die Ausgaben im Plan wurden bereits von 41,2 Milliarden Dollar auf knapp 37 Milliarden Dollar wegen Geldmangels gekürzt. Das pakistanische Zahlungsbilanzdefizit stieg im vergangenen Jahr auf 8,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Kontokorrentdefizit des Jahres 1987 fiel um 39 Prozent auf 752 Millionen Dollar, doch es steigt erneut auf schätzungsweise eine Milliarde Dollar im Jahr 1988.

Die Exporte stiegen um 27 Prozent in Dollar-Währung in den ersten Monaten des Jahres 1988, doch die Importe liegen um 16 Prozent höher im Vergleich zu den Haushaltsvoraussagen von nur 9 bis 10 Prozent.

Bei dem gegenwärtigen Fünf-Jahres-Plan hat die Regierung politisch unpopuläre Geldmittelbeschaffungs-Maßnahmen einbezogen, so unter anderem eine Umsatzsteuer auf Dienstleistungen in der Ausbildung, der Medizin und anderen Bereichen sowie eine Steuer auf Landbesitz. Der Druck des IWF nach weiteren Sparmaßnahmen könnte zu sozialen Unruhen führen. □

Suchen die Sowjets die Mitgliedschaft im IWF?

Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei haben einer begrenzten Konvertibilität ihrer Währungen in Handelsbeziehungen zugestimmt. Sie sind damit die ersten Mitglieder des Warschauer Pakts, die einen solchen Schritt tun. Ein Bericht in der tschechischen Parteizeitung »Rude Prawo« scheint darauf hinzudeuten, daß es sich bei diesem Schritt nicht nur um eine Einleitung zu einer umfangreichen Konvertibilität des Rubel im Comecon handelt, sondern es der Beginn ist für eine vollständige internationale Konvertibilität der sowjetischen Währung.

Es wird erwartet, daß beim nächsten Comecon-Treffen die Minister die Einführung von Wechselkursen und schließlich multilateraler Konvertibilität zwischen den Währungen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten empfehlen werden.

In einem Bericht der »Rude Prawo« wird die »Absicht der Sowjetunion betont, vollständige, freie Konvertibilität des Rubels bis zum Jahr 1995 zu erreichen«, und es heißt darin weiter, dies habe »bei dem jüngsten Weltwirtschaftsforum in Davos außerordentliches Interesse erregt«. Dieses Thema wurde von sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern in der letzten Zeit oft angesprochen, doch es wurde offiziell zum ersten Mal in Davos als eines der Ziele der neuen sowjetischen Wirtschaftspolitik genannt.

Die tschechische Zeitung fuhr fort: »Damit im Zusammenhang steht auch die geänderte Haltung zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank und das eventuelle Interesse der UdSSR, diesen Organisationen möglicherweise beizutreten. Der IWF ist eine der wichtigsten Institutionen der Weltwirtschaft und hat einen großen Einfluß auf internationale Wirtschaftsgeschehnisse. Im Geiste ihrer neuen Wirtschaftspolitik will die Sowjetunion – mit Recht – auf diese Geschehnisse Einfluß nehmen. □

Das meiste Gold haben die Japaner

Japan hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987 als das Land mit den größten Währungsreserven überholt, so berichtet der Internationale Währungsfonds (IWF). Japans Reserven stiegen im Jahre 1987 um 32 Milliarden Dollar an Wert und erreichten somit insgesamt 81,1 Milliarden Dollar, berichtete der IWF. Damit übertrafen sie Westdeutschland, das Ende 1987 Währungsreserven in Höhe von 78,8 Milliarden Dollar besaß.

Der IWF führt Gold separat auf. Auch hier besitzt Japan nun die größten Reserven: 61,5 Milliarden Unzen waren es im Januar 1988, ausgehend von 35,4 Milliarden Ende 1986. Im gleichen Zeitraum ist der Goldbestand Westdeutschlands von 46,6 Milliarden Unzen auf 59,2 Milliarden angestiegen. Die Vereinigten Staaten verfügten im Janur 1988 nur noch über 32,5 Milliarden Unzen – zuvor waren es 39,8 Milliarden gewesen.

Taiwan verzeichnete ebenfalls eine starken Anstieg seiner Währungsreserven von 20,3 Milliarde Dollar. Mit einer Bevölkerung von nur 20 Millionen Menschen besaß es damit mehr als zehn Prozent der Weltreserven. □

Rekordproduktion der Sowjets drückt Ölpreise

Die Sowjetunion hat im Jahre 1987 Rekordmengen an Öl produziert und hat vielleicht mehr ins Ausland verkauft als in jedem Jahr zuvor und so zu einer Überfüllung des Marktes beigetragen, die die Preise auf ihren niedrigsten Stand in 15 Monaten gebracht hat.

Petroleum Economics Ltd (PEL), einer Beraterfirma zufolge, die die sowjetische Ölproduktion verfolgt, hat die Pro-

duktion im vergangenen Jahr in der Sowjetunion mit 10,6 Milliarden Barrel betragen. Das war weit mehr als das Soll und 150 000 Barrel pro Tag mehr als der vorherige Rekord der Sowjets.

Vorläufge Zahlen zeigen auch, daß die Sowjetunion, die dringend Hartwährung braucht, die Rohölexporte an den Westen wahrscheinlich über den Spitzenwert von 60,2 Millionen Tonnen hinausgebracht hat.

Experten führten den Rekord der Sowjets auf aktives Bohren, eine effizientere Industrie und größeren Einsatz von Gas für den inländischen Energiebedarf zurück. Die Erschließung des großen Tsnigs-Felds nördlich vom Kaspischen Meer half den Produktionsrückgang in Sibirien auszugleichen. □

Wieder ein neues Amt für Paul Volcker

Nach der halbjährigen Pause, die Paul Volcker sich nach seinem Ausscheiden als Präsident des Federal Reserve System, der US-Notenbank, gegönnt hatte, wird er wieder aktiv. Nachdem er im März für den Verwaltungsrat der Nestlé SA in Vevey vorgeschlagen wurde, soll er nun auch im Aufsichtsrat der britischen Imperial Chemical Industries (ICI) einen Sitz bekommen. Volcker erklärte dazu, sein Engagement für ICI basiere auch auf deren Größe und Stärke in den Vereinigten Staaten. □

Bonn exportiert Waffen für zwei Milliarden DM

Die Kriegswaffenausfuhren der Bundesrepublik betrugen im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1986 rund zwei Milliarden DM. Eine Aufschlüsselung des Wertes der 1986 gelieferten genehmigungspflichtigen Waren komme nach Angaben der Bundesregierung aus »außenpolitischen Gründen« nicht in Frage. Sie will auch keine Auskunft darüber geben, in welche Länder 1986 und 1987 Gewehre geliefert wurden und um welchen Warenwert es sich bei den einzelnen Empfängerländern gehandelt hat.

Auf eine Frage im Bundestag, warum die Lieferung von Tornado-Kampfflugzeugen nach Oman erteilt wurde, heißt es, daß die in britisch-deutsch-italienischer Partnerschaft produzierten Flugzeuge von den jeweiligen Partnerländern in eigener Verantwortung exportiert würden. Im Fall Oman sei Großbritannien der Exporteur gewesen.

Zur Produktion von möglicherweise militärischen Versionen des deutschen Hubschraubertyps BO 105 in Indonesien antwortete die Regierung, daß der zivile Hubschrauber BO 105 nicht unter die Ausfuhrgenehmigungspflicht falle. □

Uneins über Schuldenprobleme der dritten Welt

Ohne einen wesentlichen Beitrag der westlichen Gläubigerbanken und Industriestaaten gibt es keinen Ausweg aus der »Verschuldungskrise der Entwicklungsländer«. Diese Ansicht vertraten in einer öffentlichen Anhörung in Bonn alle zu diesem Thema geladenen Sachverständigen. Ursachen und mögliche Lösungen der Krise wurden dagegen kontrovers beurteilt.

Der Vertreter der Deutschen Bank plädierte für eine auf die spezifische Wirtschafts- und Interessenlagen des jeweiligen Landes zugeschnittene Einzellösungen. Für Schuldner mit aktiven Anpassungsprogrammen und ausreichenden Währungsreserven könne die in diesem Frühjahr durchgeführte Umwandlung mexikanischer Bankschulden in an der Börse notierte öffentliche Schuldverschreibungen Modellcharakter haben.

Auch der Tausch von Forderungen gegen Beteiligungen sei in manchen Fällen geeignet, Schulden abzubauen und Investitionen anzuregen. Konzessionen der Gläubiger müßten von umfassenden Vereinbarungen der Schuldnerländer mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank abhängig gemacht werden. Auch in den Verhandlungen mit kooperationsbereiten Entwicklungsländern müßten die Banken im Auge behalten, daß Forderungsverzichte sehr problematisch seien.

Dem stellte das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik seinen Vorschlag einer »Vergleichslösung« entgegen. Durch die Anpassung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen an die tatsächliche Leistungsfähigkeit solle der für beide Seiten ungünstigere weitere Niedergang der Schuldnerländer verhindert werden. Nur durch eine dann mögliche nachhaltige Gesundung sei die Erfüllung der verbleibenden Schuldendienst-Verpflichtungen zu gewährleisten.

Da es sich bei der Schuldenkrise im wesentlichen um eine Solvenzkrise handele, entspreche nur ein solches Vorgehen der Logik eines marktwirtschaftlich verfaßten Kreditwesens. Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 und die Indonesien-Umschuldung hätten gezeigt, daß Verhandlungslösungen auch bei komplexen Schuldenproblemen mit zahlreichen Gläubigern möglich seien.

In die gleiche Richtung ging der Vorschlag des Berliner Professors Elmar Altvater, eine internationale Schuldenkonferenz einzuberufen, bei der durch Forderungsverzichte der Schuldendienst der Entwicklungsländer begrenzt werden solle.

Die Möglichkeit einer solchen Konferenz wurde von der Mehrheit der Experten jedoch sehr skeptisch eingeschätzt. So sah der Schweizer Finanzfachmann Dr. Fritz Leutwiler im kleineren Kreis des nächsten Weltwirtschaftsgipfels ein erfolgversprechenderes Forum als in einer großen internationalen Konferenz.

Der Vertreter der UNCTAD hielt eine solche allgemeine Strategie wegen der sehr unterschiedlichen Probleme der einzelnen Länder für wenig sinnvoll. Für denkbar hielt er aber differenzierte Obergrenzen für die Belastung der einzelnen Länder, einheitliche Konditionen für umgeschuldete Kredite oder einen Schuldenerlaß für die ärmsten Länder.

Eine Herausforderung an das ethische Bewußtsein der Menschheit sahen die Sprecher der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in der Schuldenfrage. Sie forderten Industriestaaten und Banken auf, die Lebensverhältnisse der Menschen in den Entwicklungsländern in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen. Ihre Kritik richtete sich insbesondere gegen die Anpassungsprogramme des IWF und der Weltbank, die häufig zu sozialen Katastrophen geführt hätten.

Negativ bewertet wurde die traditionelle, vorwiegend an der Zahlungsbilanz orientierte Auflagenpolitik auch von der UNCTAD, dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und dem Kieler Institut für Weltwirtschaft. Es sei in der Vergangenheit nicht ausreichend berücksichtigt worden, daß Anpassungsprogramme, die etwa durch den Abbau von Lebensmittelsubventionen das Realeinkommen breiter Bevölkerungsgruppen unter das Existenzminimum drücken, nicht tragbar seien. Außerdem seien die Programme darauf angelegt gewesen, kurzfristige Zahlungsschwierigkeiten zu überbrücken, und hätten daher Probleme in der Produktionsstruktur vernachlässigt. Die in den letzten Jahren eingeschlagene Strategie sei jedoch entwicklungsfähig, da sie Strukturfragen in den Vordergrund stelle.

Nach Ansicht von Dr. Leutwiler waren die von marktwirtschaftlichen Grundsätzen getragenen Auflagen des IWF von großer Bedeutung, um den 1982 drohenden »Systemkollaps« zu verhindern. Die durch diese Politik ermöglichten Umschuldungen hätten aber den Nachteil, daß sie die Schuldner zu weiterer Kreditaufnahme zwingen würden. Diese Praxis könne daher das Problem nur verschleiern. sagte Professor Altvater. Das »Vorwärtsrollen der Schuldenlawine« würde aber dazu beitragen, daß sie immer größer und instabiler werde. □

US-Dollar

Es bleibt alles beim alten

Tom Valentine

Die Inflation ist ein Killer. Höhere Steuern sind nicht drin, und das amerikanische Haushaltsdefizit ist der Weg in den Ruin. Selbst wenn es in den Vereinigten Staaten kein Wahljahr wäre, würde niemand über diese Tatsachen streiten, dennoch wird in den USA nicht wirklich etwas unternommen, um diese Situation zu ändern. Auch nach den Wahlen bleibt alles beim alten.

Bei einer Zusammenkunft, in der über eine »gesunde Währung« diskutiert wurde, gaben »kenntnisreiche« Investmentberater in hohen rhetorischen Tönen Prognosen über die amerikanische Konjunktur ab, und das Publikum schien immer unruhiger zu werden. Wußte irgendjemand von diesen Herren eigentlich, worüber sie redeten?

Zwei Billionen Dollar Schulden

Als ob er in den Köpfen der vierhundert Verwirrten im Publikum lesen könnte, besiegte ein braver Achtzigjähriger aus Santa Barbara, Kalifornien, seine ungeheure Angst vor einem Publikum zu sprechen und betrat das Rednerpult. Trotz seiner lebenslangen Furcht vor Mikrophonen überraschte Mark Wimble, ein pensionierter Elektronik-Ingenieur, jeden, sich selbst eingeschlossen, als er es den Experten zeigte:

»Die öffentliche Schuld in Amerika beträgt über zwei Billionen Dollar. Die Schulden der Industrie liegen zwischen drei und vier Billionen Dollar. Für diese Schulden müssen Zinsen gezahlt werden. Diese Zinszahlungen werden an die Leute weitergegeben, wenn sie die Waren, Dienstleistungen und die Leistungen der Regierung bezahlen. Die Zinsen für die Schulden sind die Grundursache für Inflation – nichts anderes.«

Wie einfach, aber wahr! Wimble weiter: »Jeder von Ihnen zahlt 17 Dollar täglich für die Benutzung von Austauschmitteln (Bargeld, Schecks, Kreditkarten). Dachten Sie, das sei kostenlos?«

Wimble betonte, wie verwirrt er über die ganzen Verwirrungen bezüglich Geld, Schulden, Inflation gewesen sei, so wie gegenwärtig über diese Probleme gesprochen wird.

»Wenn ein Tauschmittel von Gesetz als legales Zahlungsmittel anerkannt ist, braucht es kein Stütze so wie Gold, denn da es keinen Wert besitzt, kann es auch keinen verlieren. Die Menge des Geldes, das sich in Umlauf befindet, ist nicht die Ursache für Inflation oder Deflation. Die Preise für Waren und Dienstleistungen sind zwar künstlich gesteigert (Inflationspreise), doch das Geld verliert nicht seinen Wert. Die Preise sind Inflationspreise, weil die Kosten, die die Schulden verursachen, weitergegeben werden müssen.«

Banker schaffen Geld aus dem Nichts

Die Abhilfe für Inflation ist genauso einfach, meint Wimble: »Die Regierung hat das Recht und die Pflicht, Geld zu kreieren und zu verleihen. Die Regierung sollte ihre gerechten Anteile am Zinsdiskontsatz des Geldes bekommen, das in Umlauf gebracht wird durch Verleihen. Je mehr Geld durch Verleihen in Umlauf gebracht wird, um so mehr Geld hat die Regierung, mit dem sie arbeiten kann. Besteuerung ist nicht nötig.«

Heute kreieren die Banker Geld aus dem Nichts heraus und dies mit Erlaubnis der Regierung. Sie verleihen es »ins Dasein«, wobei die Leute dafür sehr hohe Zinsen zahlen müssen. Die Leute aber sollten diese speziellen Zinsen verdienen, nicht bezahlen; das Geld, das als Tauschmittel gedruckt wurde, sollte den Menschen zunutze kommen, nicht dem privaten Bankwesen.

Das sind die Fakten, über die viele Amerikaner heute nachdenken. Vielleicht haben andere es noch nicht so deutlich gesagt und das könnte der Grund für diese ganze sinnlose Rederei sei, die ständig von den Wirtschafts-»Experten« und den Politikern zu hören ist.

»Die älteren Menschen müssen handeln«, betonte Wimble, »sonst ist der Jugend nicht gedient.«

Der Mann, der Angst hatte vor einem Publikum zu sprechen, trat ab. Es ertönte starker Applaus. Den hatte er sich reichlich verdient.

Warum werden diese so leicht zu verstehenden Dinge nicht in der Schule gelehrt und in der Öffentlichkeit ständig und immer wieder diskutiert? Warum meiden die Kandidaten des Establishment für die nächste amerikanische Präsidentschaftswahl das Thema Zinsen, wenn sie über die schrecklichen Folgen der amerikanischen »Staatsschulden und Defizite« sprechen?

Der Begriff Wucher wird weder in politischen Kreisen noch von den Medien jemals erwähnt.

Dort spricht man nur von »Defiziten« und »Inflation«, doch niemals von »Wucher«!

Wimble brachte im übrigen einige erstklassige Zitate von großen Amerikanern zu diesem Thema. Er zitierte Thomas Jefferson: »Das Privileg Geld zu kreieren ist nicht nur das höchste Vorrecht der Regierung, sondern es ist auch die größte Chance der Regierung.«

Henry Ford: »Diejenigen, die das Geld verstehen, können der Menschheit von mehr Nutzen sein als sämtliche Armeen in der Geschichte.«

Abraham Lincoln: »Die Befugnis, Geld in Umlauf zu setzen, sollten den Banken genommen und dem Kongreß und den Leuten zurückgegeben werden, denen sie zusteht.«

Die Banker hoffen auf Millionen Schafe

Schließlich zitierte Wimble ein Kredo, das die Schwierigkeiten beseitigen zu können scheint, die von Spekulanten im internationalen Währungssystem geschaffen werden: »Jedes Land oder Volk hat das Recht, sein eigenes Tauschmittel zu schaffen, ohne Kreditaufnahme von anderen Ländern. Ihr Geld sollte im Außenhandel den gleichen Wert haben.«

Man kann darauf wetten, daß die internationale Bankengemeinde darauf hofft, daß die Millionen von Schafen in »menschlicher Verkleidung«, die auf dem Weg zu den Wahlurnen sind, Wimbles einfache Darstellung der Dinge nicht begreifen.

Von ein paar herausragenden Ausnahmen abgesehen, können die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten diese einfache Lösung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten nicht erkennen. Der achtzigjährige Wimble sollte nach Washington gehen. Aber auch die Bürger der USA und die der anderen westlichen Industriestaaten sollten ihre Angst, vor einem Publikum zu sprechen überwinden und sich endlich mehr Gehör verschaffen. □



Währung

Der Dollar im Teufelskreis

Gordon C. Tether

Bedeutet die Tatsache, daß der Dollar sich seit Beginn des Jahres auf den Geldmärkten in etwas besserer Verfassung gezeigt hat, daß er schließlich den Boden unter den Füßen erreicht hat?

Die Versicherung von seiten des Federal Reserve Bord Chefs, Alan Greenspan, daß die Werte, auf die er sich seit Anfang des Jahres 1988 eingependelt hat als annehmbar bezeichnet werden können, ist gerechtfertigt im Hinblick auf das traditionelle Kriterium für den internationalen Wert einer Währung: das Verhältnis zwischen seiner Kaufkraft auf den Weltmärkten und der ähnlicher Währungen.

Beseitigung der Überbewertung braucht Zeit

Der Wert des Dollars Anfang des Jahres 1988 lag im Vergleich zu 15 anderen Währungen der Industrieländer ganze 30 Prozent unter dem Wert, auf den er in der ersten Hälfte der achtziger Jahre angestiegen ist.

Dadurch kam er grob gesagt wieder auf den Wert, den er fast die ganzen siebziger Jahre hindurch hatte und etwa 20 Prozent unter seinem Wert Ende der sechziger Jahre. Kurz gesagt, unter der Annahme, die durchaus real ist, daß in den 15 Jahren vor dem Reaganismus die Wechselkurse so waren, daß amerikanische Waren auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig gewesen sind, hat der Dollar jetzt aufgehört nicht mehr deutlich überbewertet zu sein.

Die Tatsache, daß das Verhältnis zwischen US-Exporten und Importen äußerst unzufrieden bleibt, macht diesen tröstlichen Schluß – so sollte betont werden – nicht selbst zunichte. Der Grund dafür liegt darin, daß die Beseitigung einer deutlichen Überbewertung einer Währung Zeit braucht, bis sie sich im Verhalten der Zahlungsbilanzstatistiken voll widerspiegelt.

Denn anfangs wird durch eine Kürzung im internationalen Wert einer Währung die Devisenmenge aus den Exporten des Landes reduziert und die Devisenmenge, die das Land für die Zahlung seiner Importe benötigt, erhöht sich.

Erst nachdem die Abwertung die erhoffte Reaktion im Hinblick auf das Handelsvolumen gebracht hat – insbesondere dadurch, daß die Exporte auf den internationalen Märkten im Vergleich zu ausländischen Produkten wettbewerbsfähiger gemacht werden und Importe eingeschränkt werden, indem man sie zu Hause im Vergleich teurer macht – setzt eine größere Entlastung für die Zahlungsbilanz ein.

Wachsender Appetit bei US-Verbrauchern

Ob das nun bedeutet, daß ein Ende der Krise in der US-Zahlungsbilanz in Sicht ist, hängt allerdings von der Antwort auf eine höchst relevante Frage ab: Inwieweit kann man die Schuld an dieser Krise der Überbewertung des Dollar zuschreiben, die durch die währungspolitischen Abenteuer der Reagan-Regierung zustande kam? Hier, das muß man erkennen, ist Raum für erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Es wird fast gemeinhin akzeptiert, daß ein Drittel der Lücke in der amerikanischen Zahlungsbilanz mit guten Gewissen dem Verhalten des Dollar zugeschrieben werden kann. Doch während in einigen Analysen festgestellt wurde, daß mehr als ein Drittel dem Dollar-Verhalten zuzuschreiben ist, ist man in anderen zu dem Schluß gekommen, daß ein noch größerer Anteil durch strukturelle und deshalb weitaus weniger vorübergehende Entwicklungen verursacht wurde.

Vorrangig sind dabei die Auswirkungen auf Amerikas Auslandskonten der Schuldenkrise in der dritten Welt. Um damit fertig zu werden haben die meisten der betroffenen Länder starke Kürzungen in ihren Importen vorgenommen, Maßnahmen, die eine besonders nachteilige Wirkung auf Amerikas Umsätze im Ausland hatten, weil die Vereinigten Staaten auf der Liste ihrer Lieferanten ganz oben standen.

Was noch schlimmer ist: Die jüngsten Schritte vieler Dritte-Welt-Länder in ihren Bemühungen um Entlastung von den Schulden durch teilweise Moratorien auf die Schuldenzahlungen haben zwangsläufig zu einer starken Schrumpfung in den Einnahmen der USA bei Zinszahlungen geführt.

Andere Faktoren von möglicherweise langfristigerem Charakter als die Überbewertung des Dollar, die ebenfalls am Werk waren, umfassen den steilen Anstieg an US-Importen von den neu industrialisierten Ländern auf der anderen Seite des Pazifik – Korea, Thailand und Taiwan – und das Anwachsen des Appetits des amerikanischen Verbrauchers nach ausländischen Waren.

Nötig sind Taten keine Worte

Die Abwertung des Dollar sollte sogar dazu beitragen den Schaden zu mildern, den diese strukturellen Schäden bei der amerikanischen Zahlungsbilanz verursacht haben. Doch wenn der Anteil, den sie bei der Schaffung der Krise gespielt haben, so groß ist wie die pessimistischeren Urteile es andeuten, wird die Lükke beunruhigend groß bleiben, selbst wenn die Früchte, die durch die Minderung des Dollar im Export-Import-Verhältnis gereift sind, vollständig geerntet werden – es sei denn, es werden andere Korrektiven eingeführt.

Hierin liegt der beunruhigendste Aspekt der amerikanischen Außenhandelsbilanz. Denn wenn der schlimmste Fall eintreten sollte, könnte die sich daraus ergebende erneute Sorge um den Dollar weltweit zu einem erneuten Rutsch führen, der nur äußerst schwer aufzuhalten sein würde, bevor er im Hinblick auf die Kaufkraftparität erheblich unterbewertet werden würde.

Durch eine starke Unterhöhlung der Ertragsfähigkeit der Exporte des Landes würde dies der Zahlungsbilanzkrise eine Art Teufelskreis-Charakter geben, aus dem es kein Entkommen geben könnte.

Daraus geht hervor, daß die Situation zu heikel ist als daß sich Washington weiterhin auf die Politik »milder Nachlässigkeit« verlassen könnte, die man so hingebungsvoll verfolgt hat, seit die gegenwärtige Lücke in der Zahlungsbilanz sich zum ersten Mal gezeigt hat. Diese Politik hat die Wirtschaft des Landes ernsthaft unterwandert. Sie könnte das Land jetzt an den Rand der Katastrophe führen: den totalen Zusammenbruch des Dollar.

US-Finanzminister James Baker versicherte vor kurzem, daß der Dollar derzeit auf den internationalen Devisenmärkten seinen richtigen Wert habe und daß jeder weitere Wertverfall entschieden verhindert werden müsse. Was jetzt nötig ist, sind Taten und keine Worte, die Einführung von Maßnahmen, die die Arbeit verstärken würden, die die Abwertung des Dollar bewirken wird, um die Lücke in der Zahlungsbilanz zu beseitigen – unter Einbeziehung eines verstärkten Schutzes der inländischen Industrien, für die es so schwer ist mit den neuen, oft eindeutig unfairen Formen des Wettbewerbs von seiten ihrer ausländischen Rivalen fertigzuwerden.

Das Weiße Haus sollte es nicht zulassen, daß seine Beschäftigung mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen dem im Wege steht. Wenn es dies tut, läuft Ronald Reagan Gefahr seine Amtszeit mit einer unwiederbringlich befleckten Weste zu beenden. □

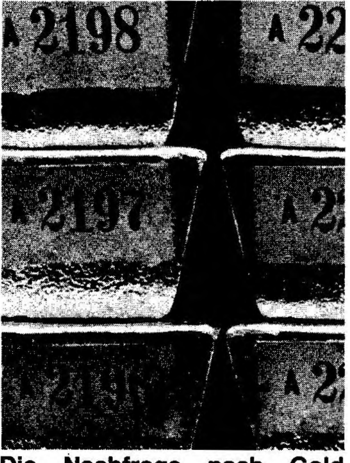
Gold

Die Aussichten sind vielversprechend

C. Gordon Tether

Das langanhaltende Absinken des Goldpreises von den schwindelerregenden Höhen Anfang der achtziger Jahre – eine kurze Zeit lang lag der Goldpreis tatsächlich über 800 Dollar pro Unze – hörte schließlich Ende des Jahres 1985 auf, als er wenig unter 300 Dollar sank. Eine Erholung setzte dann ein, die fast ohne Unterbrechung anhielt und bei der er Ende 1987 dann weitere 200 Dollar mehr hatte.

Der Auftrieb über die Fünfhundert-Dollar-Grenze hinaus brachte eine Hausse, durch die der Anfang der achtziger Jahre gekennzeichnet war. Dann, so erinnert man sich vielleicht, sagten einige Garanten für den Nichtverkauf von Aktien – die es eigentlich hätten besser wissen sollen – lustig spektakuläre weitere Preisanstiege für das Metall voraus; in einem Fall wurden 2000 Dollar als Endpreis genannt, der für den Zeitraum des folgenden Jahres innerhalb der Grenzen der Möglichkeiten läge.



Die Nachfrage nach Gold steigt, so daß sie mit dem Produktionsanstieg Schritt hält.

Es wird viel Gold produziert

Die Geschichte des Goldpreises hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1988 allerdings als eine Art kalte Dusche erwiesen, was solche Voraussagen angeht, denn der Preis fiel unter die Vierhundertfünfzig-Dollar-Grenze, bevor man der Abwärtsbewegung in irgendeiner nennenswerten Weise entgegentrat.

Natürlich führte der Durchbruch der Fünfhundert-Dollar-Grenze eher zu gewinnträchtigen Umsätzen, als daß er eine stärkere Welle von Spekulationskäufen ausgelöst hätte. Doch man muß dabei im Auge behalten – wenn man das Absinken des Goldpreises Anfang 1988 in die richtige Perspektive rücken will –, daß der Einfluß der Veränderung im Angebot - Nachfrage - Verhältnis auf den Goldpreis durch die Stabilisierung des amerikanischen Dollar auf den Geldmärkten, die ebenfalls ein Merkmal der ersten Wochen des Jahres 1988 gewesen ist, noch vergrößert worden ist.

Der starke Anstieg, den der Dollar-Preis des Goldes im Jahr 1987 erfuhr, war im wesentlichen ein Spiegelbild des gleichzeitigen starken Falls des Dollar-Wertes auf den Geldmärkten. Das Gold stieg in keinster Weise im gleichen Ausmaß hinsichtlich der Weltwährungen in der Runde. Folglich konnte man damit rechnen, daß jede Wende zum Besseren hin beim Schicksal des Dollars sich im Verhalten des Dollar-Preises für Gold in umgekehrter Form widerspiegeln würde.

Gemessen an dem Verlauf der Währungen allgemein war das Absinken des Goldpreises Anfang des Jahres 1988 eine relativ maßvolle Angelegenheit.

Die Nachfrage steigt ständig

Für sich allein genommen hat es deshalb wenig Bedeutung, was den längerfristigen Ausblick auf den Goldpreis betrifft. Gibt es jedoch vielleicht andere Gründe für die Annahme, daß von jetzt an Kräfte einen größeren Einfluß haben könnten, die zu einem niedrigeren Preis führen als jene Kräfte, die bisher in die entgegengesetzte Richtung gezogen haben?

Die pessimistischen Analysen zur Jahreswende haben zwei Gründe herausgestellt:

Einer ist das Wachstum einer relativ neuen Form von Finanzverkehr, der vom Gold abhängt. Dabei borgen sich Bergwerksgesellschaften Gold von den Banken zu niedrigen Zinssätzen mit der Vereinbarung, daß die Rückzahlung Unze für Unze aus der künftigen Produktion erfolgen wird. Der sofortige Wiederverkauf dieser Kreditaufnahme durch die Bergwerksgesellschaften zur Geldbeschaffung für Kapitalinvestitionen trägt offensichtlich dazu bei, den Preis zu drücken.

Der andere Faktor, so argumentieren die Pessimisten, der in die gleiche Richtung ziehen könnte, ist das Tempo, mit dem die Goldproduktion derzeit steigt. Trotz der Schwächung des Goldpreises in der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurde genügend Gold produziert, um einen Anreiz für hohe Neuinvestitionen zu schaffen.

Die Folge davon ist, daß die Produktion jetzt bei Werten liegt, die fast 50 Prozent höher als jene Ende der siebziger Jahre sind. Darüber hinaus erwartet man, daß sie weiterhin steigen wird und in den achtziger Jahren der Wert auf 75 Prozent anwächst.

Diese Entwicklungen dienen deutlich dazu, einen hemmenden Einfluß auf den Goldpreisanstieg auszuüben. Doch es gibt vernünftige Gründe zu der Annahme, daß dies nicht voll und ganz gelingen muß – geschweige denn, daß er weiter fällt.

Was das neue Geschäft mit den Goldkrediten angeht, so darf man nicht vergessen, daß die Verpflichtung zur Rückzahlung des jetzt von den Bergwerksgesellschaften geliehenen Goldes aus künftiger Produktion bedeutet, daß die Industrie in Zukunft weniger Gold verfügbar haben wird, das sie auf den offenen Markt geben kann.

Anhaltende Popularität des Goldes

Was den Produktionsanstieg betrifft, so muß man wissen, daß dies das Bild des Goldmarkts nicht wesentlich verändert. Denn um das Jahr 1960 herum zeigte die Produktion eine deutliche Tendenz zur Stagnation – zumindest außerhalb des Sowjetblocks –, da die Industrie in enormen Schwierigkeiten war, weil man den Goldpreis von amtlicher Seite her unbedingt an eine Parität von 35 Dollar binden wollte, als die Produktionskosten überall durch die steigende Inflation in die Höhe getrieben wurden.

Die Statistiken zeigen allerdings, daß die Nachfrage nach Gold in den letzten Jahren so angestiegen ist, daß sie mit dem Produktionsanstieg Schritt hält und angesichts der anhaltenden Popularität des Metalls sowohl für industrielle Zwecke als auch für die Schmuckherstellung, besteht kein Grund zu der Annahme, daß dies nicht weiterhin der Fall sein wird.

Kurz gesagt: Die Aussichten für Gold sind recht vielversprechend, selbst wenn man in Betracht zieht, wie sehr sich das Hamstern ausweiten könnte infolge des Unbehagens über den weltweiten Ausblick in Wirtschaft und Finanzen nach dem Krach an der Wall Street im vergangenen Oktober und dessen Nachwirkungen.

Das ist natürlich ein leicht unwägbarer Faktor. Doch klar zu sein scheint, daß wenn überhaupt, so wird sich dies eher in einem Anstieg des Goldpreises als in einem Absinken des Goldpreises auswirken. □

Banker

Ende der Nationalisten

Peter Blackwood

In ihrem kalkulierten Griff nach der Weltmacht – die internationale Schuldenwirtschaft hat zu einer Weltregierung des Elends geführt, bestehend aus einer Koalition der internationalistischen Banker – haben die Geldmagnaten der Wall Street schon seit langem geplant, die nationalistischen und populistischen Führer in ganz Lateinamerika zu stürzen.

Wie die Banker im Begriff sind, ihre Weltregierung zu festigen und mit welchen Mitteln sie dieses Ziel verwirklichen, zeigen einige der folgenden Fall-Geschichten. In Panama, das die Banker für ihr privates Lehngut halten, wurde Dr. Arnulfo Arias, »der einzige Politiker, dem das Volk traute, weil er keinen Ausverkauf an die Internationalisten betrieb«, so die Worte eines Historikers aus dem Land, zweimal seines Amtes als vom Volk gewählter Präsident enthoben und zwar von einer Koalition von Bankern unter Führung des Finanzflaggschiffs der Rockefeller-Familie, damals bekannt unter dem Namen Chase Manhattan Bank.



General Antonio Manuel Noriega ist für die USA und vor allem für die Banker unkontrollierbar.

Die Banken sind rasch bei der Hand

Der zweite Coup im Mai 1951 führte zu einem blutigen Kampf.

Arias, ein bezähmbarer Nationalist und Absolvent der Harvard Medical School, der zu einem der beliebtesten Populisten in Mittelamerika geworden war, verteidigte sein Amt mit dem Gewehr in der Hand.

Man zerrte ihn aus dem Präsidentenpalast und ersetzte ihn durch den Polizeichef Jose Antonio Remon, der eine Folge von panamaischen Präsidenten einleitete, die im eigenen Volk den ironischen Titel »Bankengarde« erhielten. Dieser Status quo ist jetzt gebrochen durch den unkontrollierbaren General Antonio Noriega.

In Nicaragua waren die Banken rasch bei der Hand, dem gewaltsamen Sturz von Präsident Anastasio Somoza im Jahr 1979 ihren Segen zu geben, einem loyalen Verteidiger amerikanischer Interessen. Ihm folgte das Sandinisten-Regime, das jetzt zu den schwierigsten außenpolitischen Problemen der amerikanischen Regierung gehört.

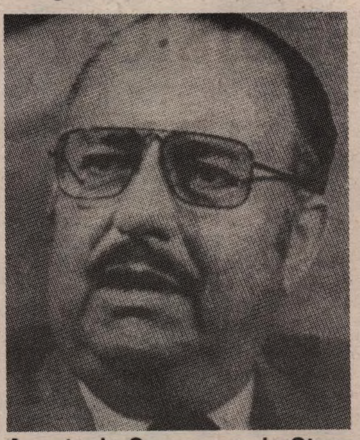
In der Dominikanischen Republik wurde der langjährige starke Mann Rafael Trujillo, ein unerschütterlicher Verbündeter der Vereinigten Staaten im Mai 1961 durch eine vom amerikanischen Geheimdienst CIA organisierte und von der Wall Street gebilligte Ermordung des Amtes enthoben. Sein legaler Nachfolger war Präsident Joaquin Balaguer, ein bekannter Nationalist.

Doch Balaguer wurde hinausgeworfen; ein CIA-Team brachte ihn außer Landes, wobei sie ihn mit der Pistole in Schach hielten und man zwang ihn, sieben Jahre lang im amerikanischen Exil zu bleiben, während die Dominikanische Republik unter einer Folge von linken Politikern und solchen mit marxistischen Tendenzen in eine blutige Anarchie verfiel. Solche Politiker waren den Bankern lieber als ein wahrer Nationalist.

Als es Balaguer im Jahr 1968 gelang wieder in sein Land zurückzukommen, wurde er durch einen überwältigenden Wahlsieg als Präsident wiedergewählt. Er hat Ordnung und Stabilität wieder hergestellt und ist noch immer im Amt.

In Guatemala wurde Miguel Ydigoras Fuentes, ein mürrischer, doch anerkannter Nationalist im Jahr 1961 als erster Präsident gewählt. »Bald darauf trafen zwei gut gekleidete Besucher von der Wall Street ein«, erzählte Ydigoras amerikanischen Journalisten. »Sie legten eine Lederaktentasche auf meinen Schreibtisch und öffneten sie; sie war gefüllt mit Hundert-Dollar-Noten.

Man sagte mir, das Geld würde mir gehören – einschließlich einem Schweizer Bankkonto – wenn ich mich zugunsten eines gemeinsam von CIA und den Bankern ausgewählten Kandidaten zurückziehen würde. Ich warf die Burschen hinaus.«

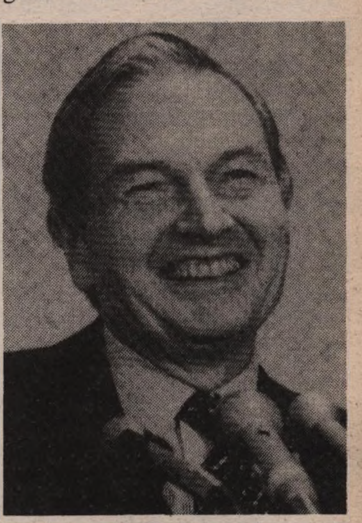


Anastasio Somoza, sein Sturz als Präsident von Nicaragua hatte den Segen der Banker.

Doch am Ende war es Präsident Ydigoras, der in weniger als zwei Jahren hinausgeschmissen wurde. Ihm folgte eine Reihe von Obersten, die der Chase Manhattan Bank gefielen und unter denen Guatemala in bürgerliche Unruhen und hohe Schulden verfiel.

Interesse für fügsame und käufliche Politiker

In Bolivien wurde Alfredo Ovando, bekannt als ein glühender Nationalist, im Jahr 1970 in einem Coup gestürzt, von dem inzwischen bekannt ist, daß er von »Finanzinteressen« arrangiert war. Er wurde ersetzt durch eine Reihe von Präsidenten, die der Wall Street unterwürfiger dienten und unter denen Bolivien zu einem »offenen Markt« für den Drogenhandel wurde.



David Rockefeller und vor allem das Finanzflaggschiff seines Clans bestimmen die Politik Lateinamerikas.

»Seltsamerweise scheinen die internationalen Banker einen fügsamen und käuflichen Politiker – selbst einen Linken oder Marxisten – wahren Nationalisten vorzuziehen«, schlußfolgerte der verstorbene Arturo Villagran, der Sprecher der Opposition in Guatemala, im Jahr 1978. Nach einhelliger Meinung der Experten und Kenner der Internationalisten-Szene hat sein Urteil heute immer noch Gültigkeit. □

Banker

Geschäfte mit Drogen

Warren Hough

In der wütenden Debatte über die Drogenkrise in den westlichen Industriestaaten bewegen sich die Politiker und die Presse um ein Schimpfwort herum: Banker. Recherchen lassen hingegen darauf schließen, daß die internationalistischen Megabanken vor allem in den Vereinigten Staaten die finanziellen Leistungen liefern, die die Unterwelt von Drogenschmugglern und Drogenhändlern in ein internationales Syndikat verwandelt hat, deren jährliche Einnahme auf 180 Milliarden Dollar geschätzt werden.

Einige kenntnisreiche Experten in der amerikanischen Justiz gehen sogar noch weiter und behaupten, daß die Finanzwirtschaft nicht nur das »Verwertungssystem« für die Drogenhändler liefert, sondern daß sie auch dabei hilft die politischen und sozialen Bedingungen zu schaffen, durch die es genährt wird.

Die Rolle der Banken im Drogengeschäft

»Das Federal Reserve System (Fed), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank sind ärger in den Drogenhandel verstrickt als irgendein Drogenhändler, der jemals verhaftet wurde«, sagte Roy Barker, ein ehemaliger Detektiv aus Miami, der jetzt auf dem Privatsektor als Sicherheitsberater tätig ist. »Sie fallen in die Schuldnerländer ein und brummen ihnen so viele Bestimmungen, Gebühren und Abgaben, Papierkrieg und Bürokratie auf, daß am Ende der größte Teil der Wirtschaft in den Untergrund geht.

In dieser Szene werden dann Drogen zum Teil eines größeren Markts, der außerhalb des Gesetzes leben muß, um überleben zu können.

Neben ihrer Rolle, die sie bei der Schaffung der gesellschaftlichen Bedingungen spielen – geplagte Schuldenwirtschaft in Dutzenden von armen Ländern –, die den Drogenhandel fördern, liefern die Banker den größten Teil der finanziellen Leistungen, die die erfolgreichen Drogenhändler benötigen.«

»Wenn sie ein illegales Geschäft anschauen, das über die Grenzen hin und her operieren muß, um seine Gewinne zu machen, werden Sie zwei kriminelle Unternehmen unterscheiden können«, meint Dr. Casimir Villagran, ein junger mexikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der bei den Vereinten Nationen für transnationale Finanzangelegenheiten zuständig ist. »Das erste Unternehmen befaßt sich mit dem Verstecken und dem Schmuggeln der Ware; das zweite mit dem Verstecken und dem Schmuggeln des Geldes.

In dem ersten handeln die Drogenhändler, beim zweiten werden die Banken tätig. Die Drogenbosse und die Finanzwirtschaft sind nicht nur Partner im Verbrechen; sie sind die beiden Haupttäter, die diese Unterwelt am Funktionieren halten.«

Das Reinwaschen von Drogengeldern

Es ist zu keinen Anklagen oder Verurteilungen von hochgestellten Führungskräften an der Wall Street wegen Zusammenarbeit mit Drogenhändlern gekommen. Zahlreiche Finanzinstitutionen, die »Drogengelder« reingewaschen haben, konnten sich durch Zahlung hoher Strafen eine reine Weste bewahren.

Doch obwohl die westlichen Massenmedien sich offenbar davor scheuen die Finanzen der Drogensyndikate zu untersuchen, ergab sich bei unseren Recherchen, daß einige Geldmanager für das Recycling von Drogengeldern – in Zusammenarbeit mit den größten Banken der Vereinigten Staaten – hohe Gefängnisstrafen erhalten haben.

»Ich habe mit der Citibank, der Chase Manhattan, der Bank of America und der First National Bank von Boston zusammengearbeitet, um Bargeld aus großen Kokain-Geschäften reinzuwaschen«, erzählte der Rechnungsprüfer Ramon Milian ermittelnden Beamten des amerikanischen Senats. »Manchmal hatte ich es mit Einlagen zwischen 100 und 200 Millionen Dollar zu tun.

Nur große Geldzentren können derartige Transaktionen durchführen.«

Milian hat nicht übertrieben.

Das FBI hat amtliche Beweise für seine kriminellen Aktivitäten als Geldmanager für gut bekannte lateinamerikanische Drogenbosse sorgfältig zusammengetragen und dokumentiert. Im Jahr 1985 wurde der Rechnungsprüfer und Millionär, ein US-Bürger mit Wohnsitz in Miami, New York und Palm Springs verhaftet und wegen des Reinwaschens von Milliarden von »heißen Geldern« überführt.

Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von 43 Jahren verurteilt – der längsten Strafe, die in einem amerikanischen Bundesgericht jemals über einen Schreibtischtäter verhängt wurde, der nicht direkt in den Drogenverkauf, sondern lediglich in die damit verbundenen Profite verwickelt war.

Beim Umgang mit solchen großen Summen, erläuterte Milian, hat er häufig das Bargeld zunächst in Koffern auf die Bank getragen und Depotquittungen zwischen 10 Millionen und 100

Die Wunden der »Spritzer«. Die winzigen Einstiche hinterlassen dicht nebeneinander gelagerte »Punktkettchen«.



Das Rauschgiftgeschäft, ein internationales Syndikat, wird auf jährliche Einnahmen von 180 Milliarden Dollar geschätzt.

Millionen Dollar dafür bekommen.

Es ging alles ganz einfach

»Diese Depotquittungen wurden dann mit Geldkurieren nach Panama geschickt«, erzählte Milian. »Mit Hilfe der Banken wurden sie dann oft außer Landes verbucht, das heißt, die Transaktion wurde so behandelt als wenn ich die Depotquittungen in Panama City gekauft hätte. So konnten wir relativ leicht große Summen durch den Zoll bekommen.«

Sobald das Geld in Panama angekommen war, wurde es in der Bank hinterlegt, die das Originalzertifikat ausgestellt hatte, und zwar meistens auf dem Konto einer Scheinfirma.

»Wir hatten Hunderte von Scheinfirmen in Panama angemeldet, um die Geldtransfers zu erleichtern«, berichtete Milian. »Einmal besuchte ich einen wohlhabenden Anwalt in Panama, der Dutzende solcher Scheinfirmen für uns handhabte. Wie es hier Brauch ist, servierte man mir einen schwarzen Kaffee in kleinen Papptassen.

Als der Laufbursche sich über mich beugte, um mir eine zweite Tasse einzuschenken, verschüttete er sie über meinen Anzug. Ich brauste auf und der Anwalt sagte: ›Schimpfen Sie nicht mit dem Kind – er ist der Präsident von zwei unserer Firmen hier in Panama.‹«

Sobald das Geld einmal in einer Zweigstelle der Citibank oder Bank of America in Panama deponiert war, wurde es wieder zurück in die Vereinigten Staaten transferiert. »Das ging relativ einfach: Die Citibank oder die Chase Manhattan schickten die Gelder zurück nach Miami und deponierten sie in dem Regionalbüro der Federal Reserve Bank«, sagte der Buchprüfer.

Von dort, so Milian, war der Weg frei, um das Geld in Immobilien, Aktien, Hypothekenbriefe oder andere lukrative Anlagen zu investieren. »Ich habe das Recycling von über 11 Milliarden Dollar in weniger als fünf Jahren überwacht, das auf diese Weise vonstatten ging«, erzählte Milian.

Milians Geständnis wurde weiter erhärtet durch Robert Seino, den Rechtsberater beim amerikanischen Währungskommissar: »Die amerikanischen Finanzinstitute sind rechtlich verpflichtet, alle großen Einlagen zu melden. Doch die aus dem Ausland über Elektroniktransfer zurückkommenden Gelder fallen nicht unter diese rechtliche Bestimmung. Das von Milian beschriebene Verfahren ist rechtlich durchführbar.«

Es ist mehr als durchführbar, es ist »die Lebenslinie der Drogensyndikate für die Handhabung ihrer Profite und doch zauderte die Reagan-Regierung damit, diesen Kanal zu schließen, denn wenn sie dies tun, dann müßten die Banken bluten«. □

Banker

Die Rückkehr der Sowjetunion

Peter Blackwood

Bei der neuen weltweiten Gleichmachung, die derzeit zwischen Washington und Moskau unter der Leitung der internationalen Banker ausgearbeitet wird, bleibt Israel draußen vor, sagen einige langjährige Beobachter der auswärtigen Angelegenheiten der Vereinigten Staaten.

»Israel, das die Sowjetunion vierzig Jahre lang geschickt gegen die Vereinigten Staaten ausgespielt hat und dabei den Zionismus insgeheim mit dem Anti-Kommunismus gleichsetzte«, so sagen die Experten, »wird in Zukunft seinen Weg allein gehen müssen.«

Tauwetter im Kontakt zu den Sowjets

Diesen Experten zufolge ist die Rückkehr der Sowjetunion – der Erben des russischen Weltreiches – in die internationale Familie seit langem von den Finanzmächten angestrebt worden, die die Weltangelegenheiten in hohem Maß beeinflussen, wenn nicht gar tatsächlich kontrollieren. Dieses Ziel wurde in den siebziger Jahren mit den Nixon-Kissinger-Initiativen eine reale Möglichkeit, die die Wiedereröffnung des großen chinesischen Marktes brachte und ein vorübergehendes Tauwetter in den Beziehungen zu den Sowjets.

Es wird allerdings noch weitere fünfzehn Jahre dauern – außerdem sind die internationalistischen Banker sowohl geduldig als auch beharrlich –, bevor die Sowjetunion mit amerikanischen Abrüstungszusagen und implizierten Garantien beträchtlicher Finanzkredite der großen westlichen Banken in die Familie zurückgelockt werden kann.

Zu den vielen Veränderungen, die man als Ergebnis der neuen internationalen Gleichmachung vorhersieht, gehört eine Neuordnung der Prioritäten in Nahost. Das unmittelbare Problem, das behandelt werden muß, sind der Iran und die islamischen Fundamentalisten, die eine direkte Bedrohung darstellen sowohl für die wichtigste Ölquelle des Westens als auch für die verwundbare Stelle der Sowjetunion: die sozialistischen Republiken Zentralasiens.

Um der Ausbreitung des Fundamentalismus Einhalt zu gebieten und den politischen Status quo in der arabisch-islamischen Welt aufrechtzuerhalten, werden die israelisch-zionistischen Ärgernisverursacher deutlich reduziert werden müssen.

Verringerung der Bedeutung des Zionismus

Ein Schlüssel für die Erreichung dieses Ziels und die Schaffung größerer Stabilität in Nahost ist die Lösung der Situation der Palästinenser. Das bedeutet nicht nur Dämpfung der territorialen Ambitionen des zionistischen Staates, sondern auch die Schaffung eines neuen Palästina mit dem jetzt von Israel besetzten Land.

Somit wird Israel nicht mehr länger in der Lage sein, die Rivalität zwischen Amerikanern und Sowjets auszunutzen, und ist deshalb in Nahost-Angelegenheiten kein wichtiger Faktor mehr. Dieser Wandel wird natürlich nicht über Nacht stattfinden. Es werden Jahre diplomatischer Schachzüge erforderlich sein, und man kann damit rechnen, daß sich die Israelis zusammen mit ihren zionistischen Sympathisanten in den USA der Schwächung der Position des jüdischen Staates widersetzen werden.

Doch die Karten werden gegen Israel stehen, so glauben diese außenpolitischen Experten. Es wird im Interesse der internationalen Banker liegen, die Bedeutung Israels und des Zionismus in Weltangelegenheiten zu verringern. □



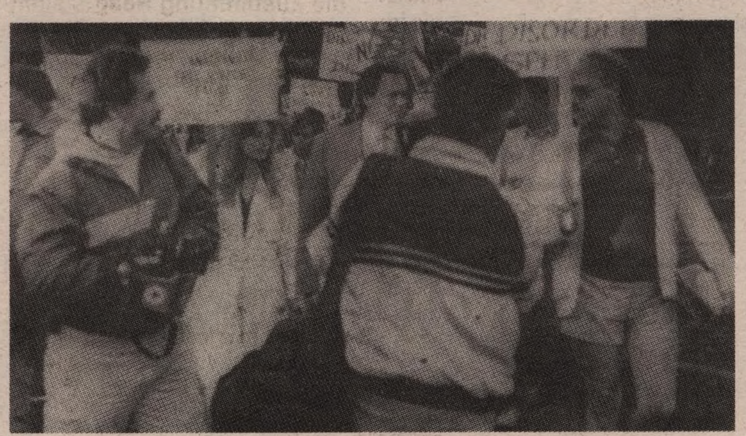
Kanada

Redefreiheit vor Gericht

William Carmichael

Wenn die kanadische Regierung ihren Willen bekommt, geht Ernst Zundel zurück ins Gefängnis und wird dann abgeschoben. Sein Wiederaufnahmeverfahren nach einer erfolgreichen Berufung gegen das im Jahr 1975 ausgesprochene Urteil wurde unter einem dichten Schleier der Geheimhaltung durchgeführt.

Ernst Zundel, ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland, der in Kanada lebt, wurde beschuldigt und überführt, einen unbekannten Paragraphen des kanadischen Strafgesetzbuches verletzt zu haben, indem er absichtlich »Materialien veröffentlichte, von denen er wußte, daß sie falsch waren und die dazu dienten, dem öffentlichen Interesse zu schaden«. Das kanadische Gesetz erlaubt es dem Staat, die Redefreiheit zu unterbinden, was auch für die Gesetzgebung zur Völkermord-Konvention gilt, die jetzt ebenfalls vom amerikanischen Kongreß verabschiedet werden soll.



Fotografen umringen Douglas Christie, den Rechtsanwalt von Zundel, bei einer Demonstration für die Redefreiheit.

Hinter dem Schleier des Schweigens

Bei den Materialien handelt es sich um eine Broschüre mit dem Titel »Sind sechs Millionen wirklich gestorben?« von Richard Harwood und ein Buch von Zundel selbst mit dem Titel »Der Westen, der Krieg und der Islam«.

Offenbar wollte die kanadische Regierung die öffentlichen Demonstrationen vermeiden, die Zundels erster Prozeß begleiteten, denn das Gericht ordnete eine Nachrichtensperre über die Verhandlungen an, die Ende Februar dieses Jahres lediglich teilweise aufgehoben wurden, als das Verfahren bereits im Gang war. Folglich ist nur wenig darüber in Kanada veröffentlicht worden und in den Establishment-Medien war überhaupt nichts darüber zu lesen.

Wenn die Anklage allerdings siegen wird, so meinte ein Beobachter des Prozesses, »werden Sie in beiden Ländern (Kanada und den Vereinigten Staaten) überall Schlagzeilen finden, in denen die Bemühungen der Regierung gepriesen werden«.

Vor drei Jahren wurde Ernst Zundel zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. anschließend sollte er nach Deutschland abgeschoben werden. Er legte Berufung ein. Zu den Bedingungen seiner Freilassung zählte, daß es ihm untersagt war, irgendetwas über den Zweiten Weltkrieg zu verbreiten oder zu veröffentlichen.



Was die kanadische Regierung veranlaßt haben könnte, den Schleier des Schweigens über die gegenwärtigen Verhandlungen zu verhängen, war vielleicht das, was im Jahr 1985 geschah, als die Regierung versuchte, Zundel abzuschieben, indem eine Einwanderungsanhörung angesetzt wurde, bevor seine strafrechtliche Berufung angehört werden konnte.

Die Krone muß es nicht beweisen

Nach einem mehrere Tage andauernden Protest von seiten Zundels und seiner Anhänger und der anschließenden Berichterstattung in den kanadischen Medien, gab die Regierung nach und gab der Anhörung seiner Berufung statt. Er hatte Erfolg damit, doch das neue Verfahren verläuft ähnlich wie das erste.

Das Gericht wurde belehrt, es könne Zundel nicht für das verurteilen, was er denkt, »egal wie widerstrebend« oder lächerlich dies auch sein mag. Sie können ihn allerdings wegen der Veröffentlichung von »Falschinformationen« verurteilen.

Wie einfach für das Gericht der Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge ist, geht aus den Worten des Richters hervor: »Ich weise Sie an (den angeblichen ›Holocaust‹ des Zweiten Weltkrieges) als Tatsache hinzunehmen«, lauten die Worte des Richter Ronald Thomas vom Bezirksgericht. »Die Krone (das heißt, die kanadische Regierung) muß das nicht beweisen.«

Was die kanadische Regierung allerdings beweisen will ist die Tatsache, daß Zundel wußte, daß das, was er veröffentlichte, falsch war und »der Toleranz der Rassen und der Gesellschaft Schaden zufügen würde«. Selbst wenn Zundel für unschuldig erklärt wird, könnte er immer noch als »nicht wünschenswert« abgeschoben werden.

Zundel: »Wenn ich den Amerikanern einen Rat geben darf, so möchte ich ihnen sagen, sie sollen Himmel und Erde in Bewegung setzen, um die Völkermord-Konvention zu bekämpfen. Unter ihr werden Sie den gleichen drakonischen Gesetzen unterworfen sein, unter denen ich verurteilt wurde. Kämpfen Sie wie der Teufel um die Erhaltung Ihrer Verfassungsrechte und Ihrer Bill of Rights, die die Redefreiheit garantieren.«

Zundel sagte, selbst wenn er abgeschoben werden würde, werden seine Freunde seine Arbeit fortsetzen. Er meinte: »Der Grund dafür, warum ich kämpfe und all das Geld in den Gerichten ausgebe, besteht darin, daß ich in rechtlicher Hinsicht ein hartes Stück Arbeit zu leisten habe.«

Zundel bestätigte auch die Spekulationen über die vom Gericht angeordnete Nachrichtensperre in den Medien: »Was die Publicity und die Informationen angeht, so sind wir auf der ganzen Linie am gewinnen. Ich investiere die Ersparnisse meines ganzen Lebens in eine Publicity-Kampagne, die mir nicht nur landesweite, sondern internationale Aufmerksamkeit gebracht hat für die Dinge, an die ich glaube.« □



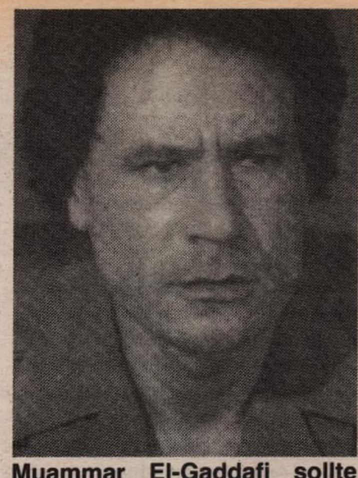
Ernst Zundel, ein westdeutscher Staatsbürger, der in Kanada lebt, leistet mit seinen Prozessen in rechtlicher Hinsicht ein hartes Stück Arbeit.

Weißes Haus

Enthüllungen über Mordpläne

Warren Hough

Das Gespenst amerikanischer Mordpläne – und des Krieges, der darüber beinahe begonnen hätte – verfolgen den US-Präsidenten Ronald Reagan und seinen Rechtsberater Abraham Sofaer, als sie im März zu einem Treffen mit den NATO-Verbündeten in Brüssel eintrafen.



Muammar El-Gaddafi sollte nach einem Plan des CIA, der die Zustimmung Reagans hatte, ermordet werden. Reagan wurde dabei durch Fehlinformationen getäuscht.

Zwei jüngsten Berichten zufolge – einer aus dem amerikanischen Senat, der andere von einer westeuropäischen Arbeitsgruppe – soll Sofaer, ein ehemaliger amerikanischer Bundesrichter, der jetzt Chef-Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium ist, derjenige gewesen sein, der Ronald Reagan im Jahr 1986 dazu überredet hat, eine Reihe von Geheimaktionen zu genehmigen. Dabei handelte es sich um die Ermordung eines ausländischen Staatsoberhauptes – eine kriminelle Handlung, die unvereinbar ist mit dem Empfinden und den Gesetzen eines zivilisierten Landes.

Lord Peter Carrington (links), der scheidende NATO-Generalsekretär, kritisierte Reagans Mordversuch an Gaddafi, weil er »die Welt an den Rand eines Krieges, eines ungeheuren Konflikts zwischen Ost und West gebracht« hätte.

Moralische und juristische Niete

Man plante den starken Mann Libyens, Oberst Muammar El-Gaddafi, einen ungestümen und unnachgiebigen Nationalisten, umzulegen. Aus Beweisen, die jüngst ans Tageslicht kamen, geht hervor, daß die Reagan-Regierung in den Jahren 1985 und 1986 versucht hat, Gaddafi mittels politischer Rivalen, Mordkommandos und schließlich einem schweren Luftangriff zu »liquidieren«. Diese gerade enthüllten Beweise warfen einen Schatten auf die US-Delegation beim NATO-Gipfeltreffen.

Der vom Senatsausschuß für Auslandbeziehungen veröffentlichte Kongreßbericht bezeichnet Sofaer als den Schlüsselautor des Mordkomplotts. Er soll der Protegé des Washingtoner Anwalts Leonard Garment, einer mächtigen Figur in der israelischen Lobby, sein. Es war auch Garment, der für Sofaers Ernennung zum Chef-Rechtsberater des amerikanischen Außenministeriums im Jahr 1984 gesorgt hat.

In dieser hohen Position hat sich Sofaer als moralische und juristische Niete erwiesen, heißt es in dem amerikanischen Senatsbericht. Er hat »die ethischen Normen« nicht erfüllt, die von einem Anwalt verlangt werden, der der Rechtshüter der ausländischen Angelegenheiten eines Landes ist. Sofaers Bereitschaft, Dinge zu befürworten, die in Wahrheit dunkle Mordpläne waren, haben sich als einen »schlechten Dienst« für die Reagan-Regierung erwiesen, so die Meinung des Senats.

Aus dem zweiten Bericht, der von der Arbeitsgruppe für Verteidigung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erstellt wurde, geht hervor, daß Sofaer hinter den Kulissen eng mit anderen doppelt-loyalen, amerikanischen nationalen Sicherheitsbeamten zusammengearbeitet hat, um den Anschlag auf Gaddafi vorzubereiten.

Täuschung durch gefälschte Geheimdienstberichte

Aus dem nach sorgfältigen Recherchen erstellten Papier geht folgendes hervor: »CIA-Direktor William Casey, der im vergangenen Jahr an einem Gehirntumor starb, spielte dem Präsidenten ›gefälschte‹ Geheimdienstberichte zu, in denen Gaddafi als fanatischer Terrorist dargestellt wurde, der Killerteams in die Vereinigten Staaten entsandte, die unter anderem Präsident Ronald Reagan persönlich ermorden sollten.«

Nach Ansicht westeuropäischer Geheimdienstler wurde Reagan durch diesen »steten Strom von Fehlinformationen« getäuscht, was schließlich zu dem Titelfoto im Magazin »Newsweek« führte, das den libyschen Staatsmann mit den Worten abbildete: »Der schlechteste Mann auf der Welt«.

Der amerikanische Kolumnist Jack Anderson rührte die Trommel für die Falschinformationskampagne gegen Gaddafi. Indem er »exklusive Quellen« zitierte, veröffentlichte er Fotos der sechs »libyschen Männer«, die auf dem Weg nach Washington sein sollten, um Reagan zu ermorden. Andersons Quellen und Geschichten haben sich jetzt als einen unverschämten Schwindel herausgestellt.

Howard J. Teicher, verantwortlich für Nahostangelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses, wurde als weiterer Schlüsselverschwörer hinter dem Komplott zur Ermordung Gaddafis identifiziert. Teicher, ein engagierter Doppelt-Loyaler, soll dafür gesorgt haben, daß ein Satellit, der auf die Überwachung des Nachrichtenverkehrs der Länder des kommunistischen Blocks programmiert war, über Fernbedienung rund um die Uhr auf die Überwachung von Nachrichten der libyschen Regierung umgelenkt wurde. Dann spielte er Reagan den über Satellit aufgefangenen Funkverkehr aus Libyen zu, aus dem hervorging, daß Gaddafi an dem Bombenattentat auf eine West-Berliner Diskothek am 5. April 1986 beteiligt war. Ein US-Soldat war bei der Explosion getötet und über 50 Menschen verletzt worden.

Nachdem man dem amerikanischen Präsidenten gesagt hatte, die Explosion sei von Gaddafis Agenten inszeniert worden, gab Reagan die Genehmigung für den Luftangriff am 15. April 1986, dessen geheime Mission es war, den libyschen Staatsmann mitsamt seiner Familie zu töten.

Weißes Haus

Enthüllungen über Mordpläne

Fast wie durch ein Wunder entkam Gaddafi dem Hagel von 31 Laser-Bomben, jede 1000 Kilogramm schwer, die auf sein Zelt und das seiner Familie von amerikanischen F-111-Bombern abegworfen wurden. Seine Frau und seine acht Kinder wurden jedoch bei dem Angriff verletzt und seine achtzehn Monate alte Adoptivtochter wurde getötet.

Gaddafi entkam durch ein Wunder

Von den beiden westdeutschen Polizeibeamten, die die Untersuchung des Anschlags auf die Diskothek leiteten, wurde kürzlich die Behauptung der Amerikaner zurückgewiesen, daß es Gaddafis Werk gewesen sei. Manfred Ganschow, Westdeutschlands Spitzenexperte in der Terroristenbekämpfung, und Christian Lochte, stellvertretender Leiter des westdeutschen Bundeskriminalamtes, bestätigten beide, daß – wie Lochte es nannte – »wir keine zuverlässigen Anzeichen, geschweige denn Beweise dafür haben, daß Libyen die Schuld an dem Anschlag trägt«.

Doch Sofaer behandelte die Falschinformationen und die gefälschten Beweise von seiten anderer Doppelt-Loyaler in einem Geheimpapier, das er im April 1986 für den amerikanischen Präsidenten verfaßte, als schlüssige Beweise für Libyens Verwicklung in den Terrorismus. Sofaer meinte, Reagan solle der Ermordung Gaddafis »seinen Segen geben«, denn es würde von anderen westlichen Ländern als »gerechtfertigten« und »legalen« Schritt angesehen.

»Eine militärische Operation, die zu einem Tod führt, muß nicht unter Mord fallen«, meinte Sofaer. Reagan akzeptierte die Forderungen aus der besten ihm verfügbaren Rechtsquelle und gab sein geheimes Einverständnis für die Operation.

»Es führte zu der gefährlichsten Krise in den ganzen vier Jahren, in denen ich auf diesem Posten bin«, sagte NATO-Generalsekretär Lord Peter Carrington in seiner Eröffnungsrede vor den Delegierten beim Gipfel in Brüssel am 1. März 1988. Der scheidende NATO-Chef, der dabei ist, als Chef des Atlantischen Bündnisses zurückzutreten, fügte hinzu, der Mordversuch an Gaddafi »habe die Welt an den Rand eines Krieges, eines ungeheuren Konflikts zwischen Ost und West gebracht«.

Mit Blick auf Reagan, der an der Spitze der US-Delegation saß, mit versteinertem Blick nach vorn schauend, warnte Carrington: »Wir können nicht in Richtung einer neuen Ära des Rüstungsabbaus, gesenkter Militärausgaben und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gehen, wenn nicht alle NATO-Länder beschließen, solch tollkühne, geheime Abenteuer zu vermeiden.« □



Zu Hunderten kamen die Libyer zu einer Begräbnis-Prozession durch Tripolis, als die Särge der 20 Zivilisten, die bei dem US-Bombenanschlag starben, zu Grabe getragen wurden.

Supermächte

Die SS-20 wurde vielleicht niemals stationiert

Mike Blair

Die Gegner der Ratifizierung des Vertrages über atomare Mittelstreckenraketen (INF) durch den amerikanischen Senat, der im Dezember 1987 von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow bei dem sogenannten Washingtoner Gipfeltreffen unterzeichnet wurde, fürchten, daß die Sowjets der amerikanischen Regierung Sand in die Augen gestreut haben.

Die amerikanische Regierung, die für sich selbst und vor allem für US-Präsident Ronald Reagan hofft, sich in der »Geschichte einen Platz zu sichern«, indem sie die atomare Abrüstung unterstützt, räumt alle Hindernisse aus dem Weg, um die Ratifizierung des Vertrages durch den amerikanischen Senat sicherzustellen.

Es herrscht jedoch unter einigen Nuklearexperten, die gegen den Vertrag mit den Sowjets sind, die Sorge, daß Gorbatschow und seine Männer die Vereinigten Staaten mit einer »Phantomstreitmacht« von Mittelstreckenraketen getäuscht haben, als die USA sich bereit erklärten, ihre Mittelstreckenraketen und zu Lande stationierte Cruise Missiles zu vernichten. Im Austausch dafür, daß die Vereinigten Staaten 247 Pershing-II und 442 Cruise Missiles verschrotten, von denen viele in Westeuropa stationiert sind, erklärten sich die Sowjets einverstanden 1752 ihrer Raketen einschließlich 650 SS-20 mit drei Sprengköpfen zu verschrotten.

Es ist die Stationierung der viel gefürchteten sowjetischen SS-20 in der westlichen Sowjetunion und den osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjets, die den INF-Vertrag, der die Vernichtung der SS-20 verlangt, für die Verfechter der atomaren Abrüstung in den Vereinigten Staaten so attraktiv macht.

Einige Experten, darunter Sam Cohen, Erfinder der Neutronenbombe, sind allerdings besorgt darüber, daß die Sowjets vielleicht sogar überhaupt gar keine SS-20 stationiert haben und daß die SS-20 in Wirklichkeit vielleicht sogar nicht existieren.

Cohen weist darauf hin, daß niemand im Westen jemals wirklich eine sowjetische SS-20-Rakete gesehen hat. Die Rakete befindet sich auf der mobilen Abschußvorrichtung verschlossen in einem Behälter, in dem sich auch andere Raketen befinden könnten.

Cohen sagt weiter, die Sowjets hätten die SS-20 immer im Schutze der Nacht getestet und die Daten- und Meßwertfernübertragung der Raketentests verschlüsselt – eine eindeutige Verletzung des SALT-II-Vertrages aus dem Jahr 1972 –, womit sie den amerikanischen Geheimdienstbehörden wichtige Informationen über die Merkmale der Rakete versagten.

Cohen meint, die Sowjets könnten die Rakete als Langstrecken-Interkontinentalrakete (ICBM)



Nikita Chruschtschow: »Wir stationieren unsere Raketen so, daß eine doppelte Sicherheit gegeben ist.«

konstruiert und dann als Mittelstreckenwaffe getestet haben, um den Westen zu täuschen.

Handelt es sich um eine massive Täuschung?

»Mit anderen Worten«, erläuterte Cohen, »es könnte sich um eine massive Täuschung gehandelt haben«.

Bei der Verhandlung des Vertrages mit den Sowjets, so Cohen, haben sich die amerikanischen Unterhändler vielleicht auf eine Waffe konzentriert, »die nach unserer Definition vielleicht niemals existiert hat«!

»Somit«, fährt Cohen fort, »werden wir ein Schlüsselelement der nuklearen Abschreckung der NATO mit den Pershing-II und den Cruise Missiles aufgeben, während wir in Wirklichkeit nicht wissen, was die Sowjets aufgeben, denn die Vertragsbedingungen für die Zerstörung der SS-20 erlauben uns nicht die tatsächliche Vernichtung der Raketen nachzuprüfen.«

Es wurde darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Stationierung von SS-20 von amerikanischen Spionagesatelliten niemals beobachtet worden ist. Sie haben lediglich Stützpunkteinrichtungen und Hangare fotografiert, in denen sich die Raketen angeblich befinden sollen.

Cohen fragt sich auch, warum die Sowjets sich so bereitwillig verpflichtet haben den amerikanischen Geheimdienst über die angeblichen Stützpunkte der SS-20 zu informieren.

Cohen verweist auf eine Aussage des ehemaligen sowjetischen Premierministers Nikita Chruschtschow: »Wir stationieren unsere Raketen so, daß eine doppelte oder sogar dreifache Sicherheit gegeben ist. Wir haben ein Riesenterritorium und können sie weit verstreuen und gut tarnen.«

Cohens Meinung, daß die SS-20 vielleicht überhaupt nicht existiert, wird unterstützt durch die Abneigung der Sowjets der Reagan-Regierung Fotos von der SS-20 zur Verfügung zu stellen.

Der sowjetische Generalmajor Vladimir Medvedev, einer der sowjetischen Vertragsunterhändler, sagte dem amerikanischen Unterhändler offen heraus, der Kreml habe nicht die Absicht ein Foto der SS-20 zu liefern, weil die amerikanischen Vertreter niemals eine der Raketen außerhalb ihres Behälters zu Gesicht bekämen. Die amerikanischen Unterhändler bestanden jedoch darauf und die Sowjets haben sich schließlich erweichen lassen und lieferten am 8. Dezember 1987, dem gleichen Tag, an dem Reagan und Gorbatschow den Vertrag in Washington unterzeichneten, ein Foto.

Die Sowjets haben einen Coup gelandet

Jetzt haben Experten der amerikanischen Luftwaffe und CIA-Experten festgestellt, daß es sich bei dem Foto von der Rakete um eine absichtliche Fälschung der Sowjets handelt. Unter anderem stellten die amerikanischen Experten fest, daß der obere Teil des Gehäuses nicht groß genug ist für die drei Sprengköpfe, die es beherbergen soll.

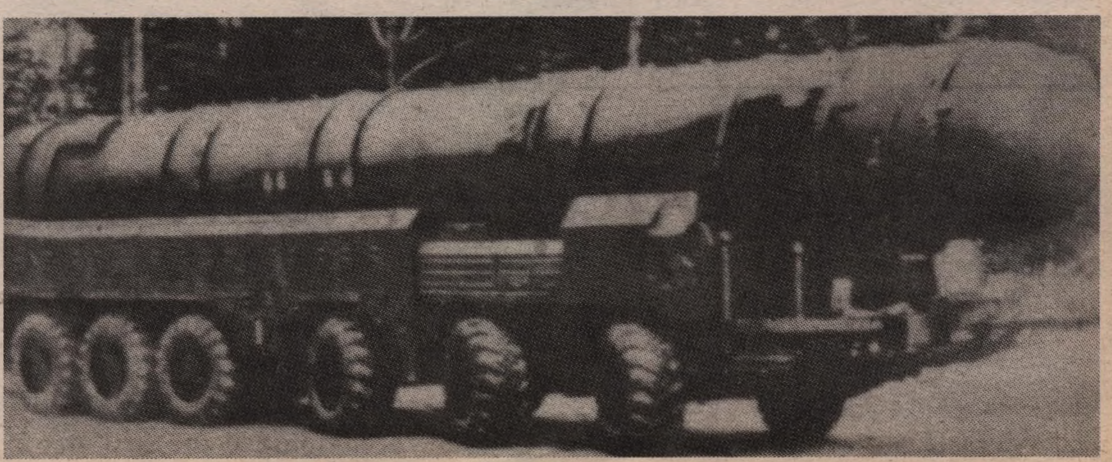
Die SS-20 soll die ersten zwei Stufen der sowjetischen SS-16 Interkontinentalrakete, einer dreistufigen Rakete, umfassen. Die SS-20 hat angeblich eine Reichweite von 3100 Meilen im Vergleich zu 5600 Meilen für die SS-16. Es gibt zwei Versionen der SS-16, eine mit einem einzigen Sprengkopf und die andere mit drei Sprengköpfen, wie sie auch die SS-20 haben soll. Die SS-16 Interkontinentalrakete kann von der gleichen Abschußvorrichtung abgefeuert werden wie die angebliche SS-20-Mittelstreckenrakete.

Die Sowjets können ihre SS-20 – wenn sie wirklich existieren – leicht ändern, indem sie die dritte Stufe hinzufügen, was sie zu der SS-16 mit längerer Reichweite macht.

Wenn Cohen und die anderen amerikanischen Atomexperten bezüglich der »Phantomstreitmacht« der sowjetischen SS-20 Recht haben, dann haben die Sowjets einen unglaublichen Coup gelandet. Als erstes haben sie den Westen mit ihrer angeblichen Stationierung der SS-20 eingeschüchtert und die USA dazu gebracht, ihre äußerst präzisen und starken Pershing-II und zu Land stationierten Cruise Missiles zu vernichten, die den atomaren Schutz für Westeuropa darstellen.

Zweitens werden die Sowjets es geschafft haben die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, Waffen im Wert von neun Milliarden Dollar zu vernichten. Darin sind enthalten 3,45 Milliarden Dollar, die das Pentagon für die zu Lande stationierten Cruise Missiles ausgegeben hat, die von der General Dynamics Corporation hergestellt wurden, und 2,75 Milliarden Dollar für die Pershing-II von der Martin Marietta Corporation. Das US-Energieministerium hat eine Milliarde Dollar für etwa 485 Atomsprengköpfe der Cruise Missiles aufgebracht. Ungefähr 350 Millionen Dollar wurden für 120 Wiedereintrittsfahrzeuge und Atomsprengköpfe für die Pershing-II ausgegeben. □

Bei diesem Foto soll es sich um eine SS-20-Rakete handeln, die irgendwo in einem Ostblockland stationiert ist.



Kuba

SS-20 als Bedrohung der USA

Mike Blair

Eine internationale Krise führte fast zu einem Atomkrieg, als amerikanische U-2-Spionageflugzeuge im Herbst 1962 feststellten, daß die Sowjetunion Batterien offensiver Atomraketen in Fidel Castros Kuba aufstellte. Die Krise endete nach einer amerikanischen Seeblockade Kubas und nachdem der sowjetische Premier Nikita Chruschtschow zugestimmt hatte, die Raketen abzuziehen im Austausch für ein Versprechen Präsident John F. Kennedys, daß amerikanische Streitkräfte nicht in Kuba einfallen würden und daß amerikanische Raketen von Stützpunkten in der Türkei abgezogen werden.



US-Admiral William J. Crowe gibt zu, daß die Sowjets SS-20-Raketen und Abschußvorrichtungen nach Kuba schaffen könnten.

US-Senator Jesse Helms fürchtet, daß die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba stationiert. Helms Sorge über die mögliche Aufstellung sowjetischer Raketen in Kuba kam bei einem Wortwechsel zwischen dem Senator und dem US-Generalstab in einer Sitzung des Senatsausschusses für Auslandsbeziehungen zum Ausdruck.

Geheime sowjetische Streitmacht

Der amerikanische Generalstab war vor dem Senatsausschuß erschienen, um zugunsten der Ratifizierung des INF-Vertrages (Vertrag über atomare Mittelstreckenraketen) durch den Senat eine Aussage zu machen.

Helms ist der ranghöchste Republikaner in dem Ausschuß und ist gegen eine Ratifizierung des Atomwaffenabkommens durch den amerikanischen Senat. In einem Wortwechsel zwischen Helms und dem Generalstab befragte der Senator die Generäle und Admiräle genauestens über die Möglichkeit der Aufstellung sowjetischer atomarer SS-20-Mittelstreckenraketen, die durch den Vertrag beseitigt werden sollen, und SS-N-21-Mittelstreckenraketen der Marine mit atomaren Sprengköpfen – die nicht verboten werden – auf Kuba.

Admiral William J. Crowe, Chef des amerikanischen Generalstabs, gab zu, daß die Sowjets komplette SS-20-Raketen und Abschußvorrichtungen mit ihren riesigen AN-124-Condor-Transportflugzeugen nach Kuba schaffen könnten. Er meinte auch, der amerikanische Geheimdienst könnte es »wahrscheinlich« feststellen, wenn sie dies täten.

Helms fuhr fort, den General darauf festzulegen, was er mit »wahrscheinlich« meinte, an welchem Punkt Crowe darauf bestand, die Angelegenheit in einer Ausschußsitzung hinter verschlossenen Türen zu diskutieren, weil diese Informationen mit einer Geheimhaltungsstufe versehen seien.



Diese Zeichnung zeigt, wie die Sowjets ein »geheimes Potential« an SS-20-Raketen an Bord der AN-134-Condor-Transportflugzeuge nach Kuba bringen könnten.

Die sowjetische SS-20-Rakete führt drei Träger mit sich, die unabhängig auf drei verschiedene Ziele gerichtet werden können. Eine einzige SS-20-Abschußvorrichtung kann mit bis zu fünf Raketen bestückt werden, so behaupten amerikanische Geheimdienstexperten.

Oft sowjetische U-Boote in kubanischen Häfen

Helms ist besorgt, weil die Sowjets dem CIA und dem Geheimdienst der US-Luftwaffe zufolge versuchen, ein »Geheimpotential« an SS-20 aufzubauen, eine klare Verletzung des INF-Vertrages, und die versteckten Raketen könnten auf Kuba stationiert werden. Mit einer Reichweite von 3100 Meilen können die SS-20 von Stützpunkten auf Kuba praktisch jedes Ziel in den Vereinigten Staaten erreichen.

Helms brachte auch seine Sorge darüber zum Ausdruck, daß die Sowjets die SS-N-21-Atomraketen der Marine in Landbatterien auf Kuba stationieren könnten. Die SS-N-21 ist eine der jüngsten sowjetischen Atomraketen mit einer Reichweite von bis zu 1800 Meilen. Sie hat einen einzigen nuklearen Sprengkopf mit einer hohen Leistungsstärke.

Der amerikanische Generalstab räumte ein, daß die SS-N-21 von den Sowjets zuletzt von Stützpunkten auf dem Land abgefeuert worden ist.

Helms fragte dann, ob die SS-N-21 von sowjetischen Atom-U-Booten in Kuba an Land gebracht und in Landbatterien aufgestellt werden könnten. Der Generalstab bejahte dies, wenn die »richtige Ausrüstung« an den Stellen zur Verfügung stände, wo die Raketen von den U-Booten abgeladen würden.

Die SS-N-21 kann von den Torpedo-Ausstoßrohren der sowjetischen Atom-U-Boote der Victor-Klasse und der Yankee-Klasse aus abgefeuert werden. Crowe gab zu, daß solche sowjetischen U-Boote oft in kubanischen Häfen zu sehen sind und daß sie regelmäßig in Gewässern vor der Südostküste der Vereinigten Staaten gesichtet werden. □

Kuba

Raketen im Hinterhof der USA

Mike Blair

Eine Kontroverse beherrscht die Präsidentschaftskampagne in den Vereinigten Staaten. Der Präsidentschaftskandidat der Republikaner Marion »Pat« Robertson versicherte in einer Debatte der Kandidaten, die Sowjets hätten in Kuba atomare Mittelstreckenraketen aufgestellt.

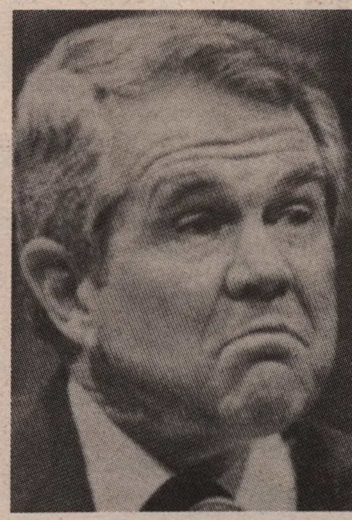
Der Republikaner Robertson, dessen Behauptung von den meisten anderen Kandidaten in Abrede gestellt wurde, bleibt mehr oder weniger bei dieser Aussage. In Leitartikeln der amerikanischen Zeitungen wurde er im ganzen Land als »verantwortungslos«, »leichtsinnig« und als »Bangemacher« bezeichnet. Der ehemalige Fernseh-Prediger hat jedoch einigen Experten zufolge recht, obwohl die Tatsachen, die er bringt, etwas verwirrend sind.

Atomraketen sind nicht alle entfernt worden

Robertson sagte in der Debatte: »Die Sowjets haben in Verletzung der sogenannten Chruschtschow-Kennedy-Vereinbarung einige SS-4 und SS-5 in Kuba aufgestellt.« Die Behauptung machte die übrigen republikanischen Kandidaten sprachlos.

Robertson sagte damit in Wirklichkeit, daß die Sowjets in Verletzung der im Jahr 1962 zwischen US-Präsident John F. Kennedy und dem sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow getroffenen Vereinbarungen, die die sogenannte Raketenkrise von Kuba angeblich beendeten, seither in Kuba SS-4- und SS-5-Raketen aufgestellt hätten.

Robertson hätte sich auf sicherem Boden befunden, wenn er gesagt hätte, daß die Sowjets in Verletzung der Chruschtschow-Kennedy-Vereinbarung nicht alle ihre offensiven atomaren Mittelstreckenraketen am Ende der Krise im Jahr 1962 entfernt haben.



Pat Robertson behauptet, die Sowjets haben Raketen in Verletzung des Chruschtschow-Kennedy-Abkommens in Kuba aufgestellt.

Robertson behauptet, seine Informationen über die Raketen aus zwei Quellen zu haben, unter anderem von David Sullivan, einem Stabsmitglied des US-Senatsausschusses für Auslandsbeziehungen, und aus einer Sitzung der laufenden Anhörungen des Senatsausschusses über die vom Senat vorgeschlagene Ratifizierung des Vertrages über die amerikanisch-sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen (INF), der in Washington im Dezember letzten Jahres von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow unterzeichnet worden ist.

Sullivan hatte seither behauptet: »Wir wissen nicht, ob sich in Kuba Atomwaffen befinden oder nicht.«

In der in Frage kommenden Ausschußsitzung befragte US-Senator Jesse Helms, führendes republikanisches Ausschußmitglied und ein Gegner der Ratifizierung des INF-Vertrages, die Stabschefs intensiv zur Raketensituation auf Kuba. Admiral William J. Crowe, Vorsitzender der Stabschefs, wurde von Helms gefragt, ob er sicher sei, daß sich keine SS-4- und SS-5-Raketen auf Kuba befänden.

Keine Diskussion in der Öffentlichkeit

Crowe gab die Frage an Larry D. Walsh weiter, den Stabschef der Luftwaffe, und der meinte: »Ich würde sagen, ja, ich kann sagen, daß wir ziemlich sicher wissen, ob sowjetische Raketen auf Kuba stationiert sind oder nicht.«



John F. Kennedy versprach Chruschtschow, US-Raketen in der Türkei zu entfernen, wenn sowjetische Raketen aus Kuba verschwinden.

Er hat allerdings nicht gesagt, ob sich dort nun welche befinden oder nicht. An diesem Punkt lehnten es die Stabschefs ab, die Angelegenheit in einer offenen Ausschußsitzung weiterzudiskutieren.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, sagte, es »gäbe keine Beweise dafür, daß strategische Waffen in Kuba stationiert wurden«.

Man beachte, daß er gesagt hat, »stationiert«, das heißt, daß Raketen sich an Ort und Stelle befinden und einsatzbereit sind. Unsere Informationen, die erstmals im Jahr 1979 ans Tageslicht kamen, lauteten, daß sich die Raketen in geheimen Höhlen und Untergrund-Bunkern befänden.

Fitzwaters Behauptung, es »gäbe keinerlei Beweise dafür, daß strategische Waffen in Kuba stationiert sind«, ist tatsächlich falsch, denn die Sowjets haben im Jahr 1969 angefangen, atomare Interkontinentalraketen und Atom-U-Boote nach Kuba zu schicken – eine klare Verletzung der Chruschtschow-Kennedy-Vereinbarungen. Crowe hat dies in der Senatsanhörung zugegeben.

Senator Helms sagte in einer Rede, die Sowjets hätten das bei der Vereinbarung im Jahr 1962 gegebene Versprechen gebrochen, das eine Überprüfung vor Ort in Kuba zugelassen hätte, um die Entfernung der Raketen zu überprüfen.

In der Anhörung gab Crowe zu, daß niemals vor Ort überprüft worden sei, ob die Raketen aus Kuba entfernt worden sind und daß die Sowjets bei diesem Versprechen tatsächlich wortbrüchig geworden sind.

Das Weiße Haus und das US-Verteidigungsministerium haben rasch darauf hingewiesen, daß es sich bei den SS-4 und SS-5 sowieso um veraltete Waffen handelt.

Raketen in Höhlen versteckt

Das ist allerdings Irreführung und stimmt nicht wirklich. Die SS-4-Sandal-Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 1120 Meilen und einem Atomsprengkopf von einer Megatonne ist von den Sowjets im Laufe der Jahre modernisiert worden, und so wurde auch zum Beispiel das Lenksystem vollständig ersetzt.

Die Raketen befanden sich noch Anfang der achtziger Jahre in Gebrauch und waren auf Ziele in Westeuropa und Rotchina gerichtet und wurden dann durch die SS-30 mit Mehrfachsprengköpfen ersetzt, die wahrscheinlich durch den INF-Vertrag beseitigt werden.

Die SS-5-Skean-Mittelstreckenrakete, die im Durchmesser etwas größer ist als die SS-4 und eine Reichweite von 2000 Meilen hat, wurde von den Sowjets im Laufe der Jahre ebenfalls modernisiert.

Raketen im Hinterhof der USA

Ein Raketenexperte meinte, daß die SS-4 und SS-5, die in Kuba seit dem Jahr 1962 aufgestellt sind, durch sowjetische Techniker modernisiert worden sein könnten.

Der pensionierte Oberstleutnant der amerikanischen Luftwaffe, Walter H. Cronk, ein Berater von General George S. Patton im Zweiten Weltkrieg, lieferte im übrigen Anhaltspunkte dafür, daß die Sowjets noch Atomraketen in Kuba stationiert hätten.

Cronk lernte Kuba erstmals im Jahr 1927 kennen, als er dorthin geschickt wurde, um Verpflegungsstellen der United Fruit Company zu überprüfen. In der Folge kaufte er mehrere Flächen Land in Kuba und entwickelte ein Netzwerk von Kontakten, die aufrechterhalten wurden noch lange nachdem Fidel Castro im Jahr 1959 Diktator des Inselreichs wurde. Im Jahr 1979 hatte Cronk noch immer Besitz in Kuba, um den er sich Sorgen machte.

»Kennedy willigte ein, unsere Raketen in der Türkei zu entfernen, wenn Nikita Chruschtschow die sowjetischen Raketen auf Kuba entfernen würde«, erläuterte Cronk. »Kennedy willigte weiterhin ein, nicht zuzulassen, daß irgend jemand Kuba überfällt. Wir haben unsere Raketen aus der Türkei entfernt, doch Chruschtschow entfernte die Raketen von den Abschußrampen und versteckte sie in nahegelegenen Höhlen in der Nähe meines Besitzes.«

Cronk sagte, in der Nähe seines Landbesitzes befänden sich viele große, natürliche Höhlen. Dort wurden einige der Raketen versteckt, ohne die geringste Chance von der Luft aus entdeckt zu werden.

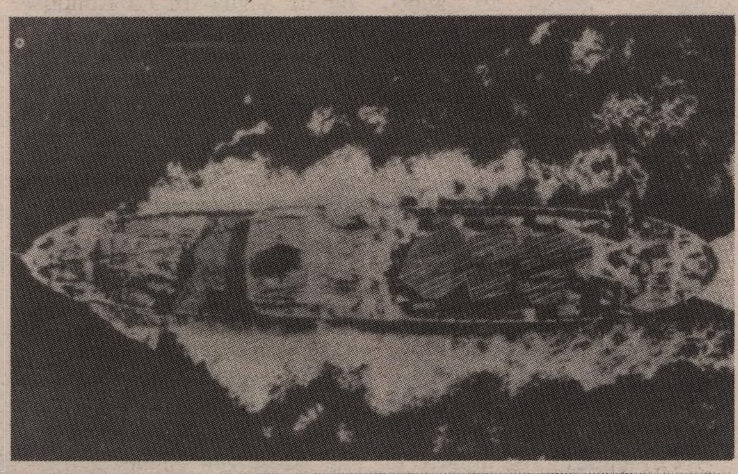
Cronk sagte weiter, er kenne zwei Kubaner, die den Kommunisten dabei geholfen hätten, große Drainagerohre mit Zeltleinwand abzudecken, die sich auf sowjetischen Frachtschiffen befanden, die dazu bestimmt waren, die Raketen von Kuba wegzubringen. So hielt man die Rohre für Raketen.

Die größte Niederlage der Amerikaner

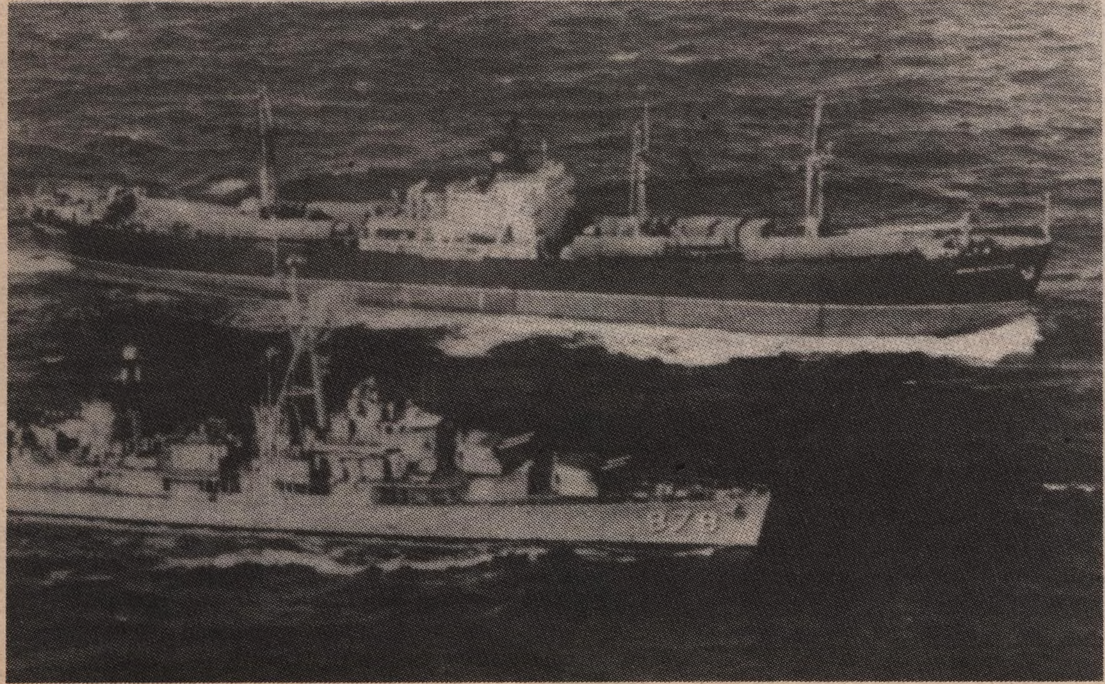
Es gab keine einzige Überprüfung durch US-Streitkräfte an Bord der Sowjetfrachter, die die Raketen angeblich von Kuba in die UdSSR zurückbringen sollten.

Der pensionierte Offizier berichtete auch, daß er später über seine Kontakte in Kuba erfahren habe, einer der Männer sei exekutiert worden, weil er zuviel wußte.

Ein US-Aufklärungsflugzeug nahm dieses Bild von einem sowjetischen Frachtschiff mit Kurs auf Kuba auf.



Im November 1962 verließen Frachter Kuba mit großen rechteckigen Gegenständen; es könnten Raketen gewesen sein.



»Der andere lebt unter einem anderen Namen in den Vereinigten Staaten«, so Cronk.

Cronk berichtete auch, daß Castros Schwester Juanita, die jetzt in den Vereinigten Staaten lebt, ihm einmal erzählt habe, daß sich die Raketen noch in Kuba befänden:

»Sie sagte, es hat neun Monate gedauert, um die Hardware und andere Ausrüstung von sowjetischen Schiffen abzuladen, während innerhalb von neun Tagen einige leere Kisten verschifft wurden, um den Eindruck zu schaffen, den unsere Zeitungen benutzt haben, um das amerikanische Volk zu täuschen.

Sie erzählte mir weiter, unsere Fernsehstationen und Zeitungen wiegen die Öffentlichkeit in dem Glauben, sie seien sicher, doch in Wirklichkeit sind sie in Gefahr. Sie bestätigte, was ich von anderen Kubanern gehört habe. Ein paar Frachtschiffe verließen damals Kuba mit leeren Rohren, die mit Zeltleinwand abgedeckt waren, und mit leeren Kisten an Deck, und die Presse berichtete, Kennedy hätte die Sowjets in die Knie gezwungen. Das stimmte überhaupt nicht.

Es war die größte Niederlage für Amerika bis zu Vietnam, als das amerikanische Militär gezwungen wurde, in einem Krieg zu kämpfen, der nicht zu gewinnen war. Chruschtschow bekam, was er wollte: einen Sowjetstaat im amerikanischen Hinterhof ohne die Angst vor einer amerikanischen Invasion, einen Bereitstellungsraum für die Schulung von Terroristen aus mittelamerikanischen und südamerikanischen Ländern.«

Robertson hat die Reagan-Regierung herausgefordert zu beweisen, daß er mit seiner Behauptung über die Atomraketen in Kuba unrecht hat.

»Ich wäre glücklich darüber, wenn jemand beweisen würde, daß ich unrecht habe«, sagte der Präsidentschaftskandidat der Republikaner.

Natürlich weiß Robertson, daß es ohne eine tatsächliche Überprüfung vor Ort keine Möglichkeit gibt zu beweisen, daß sich die Raketen in Kuba befinden, doch Robertson selbst scheint überzeugt davon, daß dies der Fall ist. □

Wie die Sowjets die USA täuschten

Mike Blair

Es gibt einen Bericht aus dem kubanischen Anti-Castro-Untergrund, der in den sechziger Jahren auf dem Inselreich sehr aktiv war, aus dem hervorgeht, wo die Sowjets die Atomraketen versteckt haben, die sie angeblich am Ende der Raketenkrise von Kuba im Jahr 1962 entfernt haben sollen.

Der Bericht stammt vom 14. November 1962, zwölf Tage nachdem US-Präsident John F. Kennedy verkündete, daß als Ergebnis seiner Vereinbarung mit dem sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow vom 28. Oktober 1962 die Raketenstandorte in Kuba von den Sowjets abgebaut würden. In diesem Bericht heißt es, daß 44 sowjetische atomare Mittelstreckenraketen in Kuba versteckt seien. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß die amerikanische Regierung diesen Bericht kennt.

Raketen in der Nähe von Havanna

In dem Bericht sind auch die tatsächlichen Raketenstandorte erwähnt. Die wichtigsten Stützpunkte befanden sich zu der Zeit, als der Bericht verfaßt wurde, offenbar in der Provinz Matanzas im Westen. Viele Tunnel befinden sich 50 Meilen von Havanna entfernt in einem Gebiet mit dem Namen Yumuri Valley.

An anderer Stelle in dieser Provinz sollen die Margot-Minen, ein unterirdischer Standort, in einen riesigen Raketenkomplex verwandelt worden sein, wie es in dem Bericht heißt. In einem Gebiet mit dem Namen Cooperative La Victoria, südöstlich von der Bucht von Cardenas, wurde von sowjetischen Technikern zahlreiche Tunnel gebaut.

In einem ehemaligen Lager für Zielschießen entlang der Hauptverbindungstraße nach Limonar befand sich ein großer Stützpunkt mit sowjetischen Technikern. Raketen befanden sich in natürlichen Höhlen in einem Gebiet mit dem Namen Hügel von Zatorre.

Raketen wurden auch aufgestellt in den riesigen Höhlen von Hershey südlich von Santa Cruz del Norte. Ein weiterer unterirdischer Stützpunkt befand sich in der Provinz von Havanna. Neben Offensivraketen wurden einige Standorte für Luftabwehrraketen zum Schutz von Havanna in der Provinz verteilt.

In der Provinz Pinar del Rio ganz im Westen der Insel befanden sich mindestens zwei wichtige Stützpunkte. Einer bestand aus Tunneln und Höhlen in einem Gebiet zwischen den Städten San Cristobal und Candelaria. Dieser Standort wurde für Raketen verwendet, die zuvor auf zwei überirdischen Stützpunkten stationiert waren, die in der Krise des Jahres 1962 aufgedeckt wurden.

Ein weiteres Gebiet liegt ein Stück weiter im Norden, wo Raketen in großen unterirdischen Schutzräumen verborgen wurden, die aus den natürlichen Höhlen von Soroa entstanden sind.

In der Provinz Las Villas befanden sich umfangreiche Raketenabschußvorrichtungen in einem Gebiet ein paar Meilen südöstlich der Stadt Santa Clara. Es wurde von sowjetischem Personal in schwerer Kampfausrüstung rund um die Uhr bewacht. Weitere Raketentunnel befanden sich in der Nähe der Nordküste, wo die Provinz an die Provinz Camaguey angrenzt.

Raketen auf den Panama-Kanal gerichtet

Ein weiteres Gebiet ist der Flughafenstützpunkt La Maleza unweit der Stadt Santa Clara. Ein sehr großer Stützpunkt befand sich auch in Sagua-Sitiecitos. Er hatte eine Größe von über 3000 Morgen und war schwer bewacht.

Ein weiterer Stützpunkt befindet sich in den Hügeln von Purial in der Nähe der Zuckerfabrik von El Purio im Bezirk von Calabazar de Sagua. In La Rondo in der Nähe von Camajunai gab es ein Lager von Sowjettruppen mit einer Größe von über 3000 Morgen. Es befanden sich dort viele verborgene Raketenabschußrampen.

Auf der Buenavista-Farm in der Nähe des Hafens Casilda gab es mehrere Tunnel mit Raketen, die auf die Panama-Kanalzone gerichtet waren.

In der Stadt Camaguey (Provinz Camaguey) soll sich entlang der Straße nach Vertientes ein großer T-förmiger Tunnel befunden haben, in dem eines der größten Arsenale auf Kuba vorhanden gewesen sein soll. Auf der Straße von Camaguey nach Nuevitas in einem Gebiet mit dem Namen Pilon-Hügel gab es zahlreiche Tunnel.

In der Nähe des Flughafens von Camaguey gab es unterirdische Hangare für sowjetische Langstreckenbomber. In der Nähe der Stadt San Miguel auf der Straße nach Santa Lucia waren die wichtigen sowjetischen Einrichtungen in dieser Provinz.

In der Provinz von Oriente gab es große Lager für sowjetische Truppen, die in der Nähe des amerikanischen Marinestützpunkts von Guantanamo stationiert waren. Eine Landebahn in Holguin wurde verlängert, um unterirdische Hangare mit einzubeziehen. Andere große sowjetische Stützpunkte sollen sich in der Nähe von Cauto Embarcadero von Victoria de las Tunas und in der Gegend von Mayari in den Nipe-Bergen befunden haben

Die Sowjets bauen ihre Stellungen aus

Sämtliche Raketenstützpunkte in Kuba, so heißt es in dem Bericht, befanden sich unter fester sowjetischer Kontrolle. Die Sowjets, so der Bericht, trauen kubanischem Personal nicht, was ihr atomares Arsenal angeht.

Der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Marion »Pat« Robertson, weiß scheinbar um die Hunderte von Höhlen, die in ganz Kuba verstreut sind: »Ich behaupte, daß es in den Höhlen Raketen geben könnte.«

Ein amerikanischer Regierungsvertreter mit Zugang zu streng geheimen Geheimdienst-Informationen sagte, es sei vor kurzem kubanisches und sowjetisches Militär in der Nähe von Havanna beobachtete worden, die die Eingänge zu den Höhlen nahe der Stadt vergrößert hätten.

Diese Arbeit an den Höhlen veranlaßte US-Senator Jesse Helms sich darüber Sorgen zu machen, daß die Sowjets planen könnten, diese Höhlen als Versteck für ihre SS-20-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen zu benutzen, die durch den Vertrag über die atomaren Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag) abgeschafft werden sollen. Helms versucht die Ratifizierung dieses Vertrages im US-Senat zu blockieren.

Einer jüngsten Beurteilung der Nationalen Sicherheitsrates der USA zufolge, die der CIA US-Präsident Ronald Reagan vorgelegt hat, bauen die Sowjets insgeheim eine Streitmacht von 100 SS-20 Raketenabschußeinrichtungen auf. Helms fürchtet, daß sie diese nach Kuba transportieren werden, wo es keine Überprüfung vor Ort geben wird, um festzustellen, ob sie sich an den Vertrag halten. □



Abba Eban kritisiert Yitzhak Shamir

Der ehemalige israelische Außenminister und hochrangige Staatsmann, Abba Eban, besuchte Washington und diskutierte im amerikanischen Fernsehen die Krise in den israelisch besetzten Territorien. Er bekräftigte ausdrücklich den Gedanken »einer Zwischenlösung, in der sich Israel von der Verwaltung der Territorien zurückziehen würde sowie die Idee einer dauerhaften Lösung auf der Grundlage des einzig gültigen Prinzips, das heißt, Austausch der Gebiete gegen Frieden«.

Eban sagte, ein sehr großer Teil der israelischen Wählerschaft und des israelischen Establishments sei mit ihm einer Meinung.

Eban nannte Premierminister Yitzhak Shamir einen »Hypochonder«, weil er gegen eine internationale Friedenskonferenz sei. Er sieht in der gegenwärtigen Lage »neue Möglichkeiten« und meinte, mit amerikanischer Initiative »würde sich unser Volk letzten Endes und sehr bald für die Vernunft entscheiden und für die Befreiung Israels aus dem Würgegriff einer Besatzung, die Israels Interessen, Vorstellungen, Image, seiner Solidarität und seinem sozialen Zusammenhalt mehr Schaden zufügt als irgend jemand anderem«. □

Henry Kissingers Endlösung für die West Bank

Bei einem Treffen mit jüdischen Führern schlug Henry Kissinger vor, Israel solle Fernsehkameras und Reporter aus den besetzten Territorien verbannen und den Widerstand der Palästinenser so rasch wie möglich und so brutal wie nötig unterdrücken, so stand es in der »New York Times« zu lesen. Der Bericht basierte auf einem vertraulichen Protokoll des Treffens, das von einem der Teilnehmer, Julius Berman, in Umlauf gebracht wurde. Berman ist ehemaliger Vorsitzender der Konferenz der großen jüdischen Organisationen in Amerika.

In dem Protokoll waren die Bemerkungen Kissingers zusammengefaßt: »Israel sollte den Medien den Zutritt zu den Gebieten, die von den gegenwärtigen Demonstrationen betroffen sind, verbieten, die kurzfristige Kritik der Weltpresse für ein solches Verhalten akzeptieren und den Aufstand so schnell wie möglich niederschlagen, und zwar endgültig, brutal und rasch. Der Aufstand muß sofort niedergeschlagen werden und der erste Schritt sollte sein das Fernsehen – wie in Südafrika – hinauszuwerfen. Sicher wird dieser Schritt internationale Kritik hervorrufen, doch sie wird sich innerhalb kurzer Zeit auflösen. Es gibt keine Belohnung dafür mit mäßigendem Verhalten zu verlieren.«

In dem Protokoll heißt es auch, Kissinger habe darauf gedrängt, während des Aufstands keinerlei Konzessionen zu machen, sondern daß Israel zur richtigen Zeit sagen solle, daß es bereit sei, Gaza und Teile der Westbank als Gegenleistung für Konzessionen von seiten Jordaniens an der Westbank aufzugeben. Die Konzessionen Jordaniens müßten dabei so aussehen, daß militärische Streitkräfte und palästinensische Regierungen in den umstrittenen Gebieten verboten sind.

Kissinger und Berman waren beide bestürzt über die Preisgabe des Protokolls, und Kissinger sagte dazu: »Das reicht aus, um mir einen anzusaufen!« □

Nebenwirkungen eines Regenmachers

Professor Abraham Gagin von der Hebräischen Universität sagt, er und seine Kollegen haben seit dem Jahr 1961 für Regen in Israel gesorgt. Doch es wird noch mehr Wasser gebraucht, denn Israel verbraucht jetzt über 100 Prozent seines jährlichen »Wasserpotentials«, was heißt, daß die Reserven des Landes stark ausgeschöpft sind und die Lage immer ernster wird. Gagin stellte fest, daß eine der Nebenwirkungen seiner »Wolkensucharbeit« verstärkte Regenfälle in Jordanien waren. □

Keffiyeh als neue Mode

Das Symbol des palästinensischen Nationalismus – der Keffiyeh (Schal), der von den jugendlichen Steinewerfern in Gaza und an der West Bank um Kopf und Gesicht getragen wird – ist rasch zum neuen Trend und zur Mode in Amerika geworden. Die Schals werden in verschiedenen Großstädten zu fünf Dollar das Stück an jeder Straßenecke verkauft. Einige jüdische Lobbyisten sind besorgt über diesen Trend und meinen, die Mode könne leicht zu einem deutlich sichtbaren Ausdruck der Unterstützung der palästinensischen Sache werden. □

Wenn heute in Israel gewählt würde

Wenn heute in Israel Wahlen stattfinden würden, so könnte der rechte Likud-Block von Premierminister Yitzhak Shamir die gemäßigtere Labour-Gruppierung von Außenminister Shimon Peres schlagen, dies ergab eine von der Zeitung »Yediot Ahronot« durchgeführte Meinungsumfrage.

Der Hauptfaktor für den Sieg der Likud wäre die Zunahme von Sitzen in der Knesset durch extremistische Gruppen wie die Kach-Partei des radikalen Rabbi Meir Kahane, die wahrscheinlich mindestens drei Sitze gewinnen wird. Die Kommunisten jedoch, die sich mit Labour zusammengetan haben, würden vier Sitze gewinnen. □

Hühner-Massaker als Akt des Nationalismus

Es war kaum ein schöner Purim-Feiertag auf der Moshav Nehusha, einer israelischen Kooperative (Genossenschaft) kurz hinter der grünen Linie an der West Bank. Über 2000 Hühner der Kooperative wurden in einer Nacht in einemn »Akt des Nationalismus« von Palästinensern aus nahe gelegenen Dörfern erstochen und mit der Axt geköpft. Auf die Frage, warum es um die Kooperative herum keinen Schutzzaun gäbe, sagte ein Moshavnik: »Und dann? Wollen Sie alle Siedlungen in Israel einzäunen? Und dann das ganze Land?« □

Hoffnung auf Tourismus-Boom

Das israelische Ministerium für Tourismus hat eine Drei-Millionen-Dollar-Kampagne gestartet, um die Amerikaner davon zu überzeugen, daß Israel ein schöner und sicherer Ort ist, den man besuchen kann. Israelische Vertreter fürchten, daß das neue negative Image des Landes zu einer deutlichen Abnahme der Besucherzahlen in diesem Jahr führen wird.

Etwa 293 000 Amerikaner haben im vergangenen Jahr in dem jüdischen Staat Urlaub gemacht, 20 Prozent weniger als im Rekordjahr 1985. In den USA macht die World Zionist Organization gegenwärtig intensive Werbung für den Tourismus in Israel mit der Begründung, die amerikanischen Juden seien verpflichtet, ihre Unterstützung für die Politik des harten Kurses der Regierung deutlich zu machen, indem sie Israel so bald wie möglich besuchen. □

Die Pollards auf freien Fuß setzen

Siebzig Mitglieder (58 Prozent der Mitglieder) der israelischen Knesset haben eine Petition an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan unterzeichnet mit der Bitte, den überführten Spion Jonathan Pollard und seine Frau zu begnadigen. Die Unterzeichneten bitten den US-Präsidenten, die Begnadigung »auf einer humanitären Basis zu genehmigen unter der Voraussetzung, daß die Pollards anschließend nach Israel auswandern«. □



Israels Pflicht zur Gewalt

Israels schlauer Alibi-Künstler für Menschenrechte im amerikanischen Außenministerium, Staatssekretär Richard Schifter, behauptet, die zionistische Regierung »hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Ordnung in den besetzten palästinensischen Territorien zu bewahren und wiederherzustellen, indem sie geeignete Mittel der Gewalt einsetzt, um dieses Ziel zu erreichen«.

Schifter brachte die offizielle Meinung des US-Außenministeriums bei einer Sonderanhörung des Unterausschusses der Repräsentantenhauses für Außenangelegenheiten zum Ausdruck. Die Anhörung wurde abgehalten, um die Taktiken der Israelis zu untersuchen, die angewendet werden, um mit dem blutigen Aufstand in Gaza und an der West Bank fertig zu werden.

Die sechs Mitglieder des US-Kongresses, die an der Sitzung teilnahmen, hielten es nicht für richtig, den Ministeriumssprecher herauszufordern, obwohl sie dies sicherlich hätten tun können.

Jeder von ihnen hätte Schifter fragen können, wie diese Beurteilung der »Pflicht« Israels, die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen zu treten, mit seiner oft freimütig ausgesprochenen Kritik Südafrikas in Einklang steht, die ähnliche Aktionen unternehmen, »um die Ordnung aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen«.

Oder man hätte ihn fragen können, inwieweit sich seine Ansicht über die brutale Behandlung der Palästinenser unter israelischer Herrschaft von den Menschenrechtsverletzungen der jüdischen Dissidenten in der Sowjetunion unterscheidet, deren Sache lange und lauthals vom Kongreß verteidigt wurde.

Was noch richtiger gewesen wäre: Einer der anwesenden Kongreß-Abgeordneten hätte von Schifter vielleicht verlangen sollen, sich wegen Befangenheit in dieser Sache der Stimme zu enthalten, aufgrund seiner wohl bekannten pro-zionistischen und pro-israelischen Einstellung. Als ein Gründer des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten hat Schifter es sich zu eigen gemacht, »die Verbindungen zwischen amerikanischer nationaler Sicherheit und Israels Sicherheit zu erläutern und zu beurteilen, was wir tun können und müssen, um beide zu stärken«.

Somit ist Schifters Ansicht, daß Israels Einsatz von tödlicher Gewalt trotz »beunruhigender Berichte über körperliche Mißhandlungen« nach Ansicht der US-Regierung keine Menschenrechtsverletzung darstellt, höchst verdächtig, wenn nicht gar eine flagrante Beleidigung für das amerikanische Volk. □

George Shultz's Tage sind gezählt

Der anhaltende Aufstand der Palästinenser und wie man damit fertig wird, verursacht weiterhin Aufruhr in der pro-israelischen jüdischen Gemeinde in den USA. Die intellektuellen und religiösen Führer sprechen von ihrer »Pein« für Israel und erbitten Verständnis und Sympathie.

Doch sie schweigen über die Anzahl der Palästinenser, die bereits getötet wurden, und die vielen, die von den israelischen Besatzungstruppen brutal niedergeschlagen worden sind. Kein Wort fällt über die mehr als 6000 Demonstranten, die verhaftet worden sind und jetzt in Notbehelfs-Konzentrationslagern eingekerkert sind und die ein ungewisses Schicksal erwartet.

Unterdessen kämpfen die Lobbyisten und Spendensammler – deren Jobs in der Luft hängen – heftig darum, Entschuldigungen für die israelische Regierung zu finden und Gründe dafür, warum es keine Nahost-Friedenskonferenz oder Freiheit für das seit langem unterdrückte palästinensische Volk geben soll. Wenn sie sich anders verhielten, so würden sie damit ihren dubiosen Diensten für Israel die Notwendigkeit absprechen.

Wolf Blitzer, der Washingtoner Bürochef der »Jerusalem Post«, warnt die israelischen Politiker, auf die Friedensbemühungen von US-Außenminister George Shultz nicht einzugehen, denn seine und Präsident Reagans »Tage im Amt sind gezählt und das, was folgt, könnte schlecht sein für Israel«.

Wenn man bis zum nächsten Jahr wartet – wenn eine neue US-Regierung am Ruder ist –, um den Friedensprozeß fortzusetzen, könnte der derzeitige Vizepräsident George Bush im Weißen Haus sitzen und ein neues Gesicht im US-Außenministerium, vielleicht der derzeitige Finanzminister James Baker. Obwohl Bush und Baker »keineswegs Feinde Israels sind«, schreibt Blitzer, »teilen sie nicht unbedingt Reagans und Shultz' positive Gefühle gegenüber Israel«.

Blitzer warnt seine Leser, insgeheim nicht auf einen Sieg des Gouverneurs von Massachusetts, Michael Dukakis, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu zählen. Wenn sie jetzt faule Ausreden gebrauchen, »riskiert Israel, das Friedensthema im nächsten Jahr mit einem neuen und wahrscheinlich weniger freundlichen Team in Washington zu diskutieren«. Ein Team, das vielleicht sogar von dem gefürchteten Jesse Jackson beeinflußt sein könnte.

Andererseits sieht Larry Cohler von der Washingtoner »Jewish Week« einen wachsenden Trend gegen Shultz' Friedensinitiative unter den Führern der jüdischen Gemeinden in Amerika. »Die Rose verliert ihre Blüten«, schreibt er.

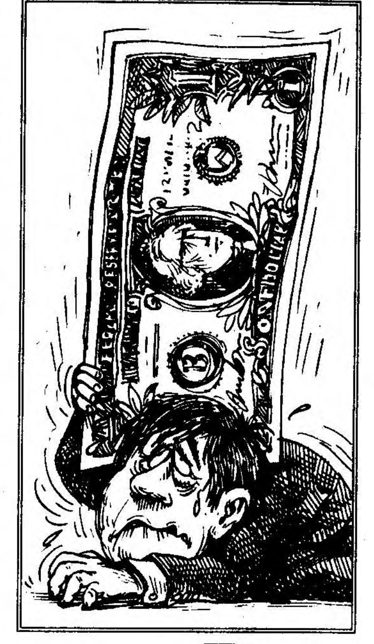
Ein Grund dafür ist offenbar die Tatsache, daß es der US-Außenminister gewagt hat, sich kürzlich in Washington mit zwei angesehenen amerikanischen Professoren zu treffen, die zufällig auch Mitglieder des Palästinensischen Nationalrats sind, einem der PLO angeschlossenen Verband. Shultz holt sich in Nahost-Angelegenheiten offenbar nicht nur den Rat von pro-israelischen amerikanischen Juden.

Außerdem meint Cohler, in der amerikanischen Presse sei eine wachsende, Opposition gegen Shultz' Friedensplan zu erkennen. Er schreibt, die Opposition ließe sich zumindest teilweise den »Erfolg« des Besuchs von Premierminister Yitzhak Shamir in den USA zuschreiben, im Verlaufe dessen er bei verschiedenen pro-israelischen Zusammenkünften, die von zionistischen Spendensammel-Organisationen gefördert worden sind, gefeiert und aufs höchste gelobt worden ist.

Als Beweis für die zunehmende Opposition gegen die Friedensbemühungen von Shultz zitiert Cohler Leitartikel der jüngsten Zeit aus der »New York Post«, der »New York Times« und dem »Wall Street Journal«, die alle seit langem für ihre pro-israelischen Haltungen bekannt sind.

Unterdessen sucht die jüdische Presse in Amerika weiterhin nach einer Lösung für Israels Dilemma in der Verwirrung, die durch den Aufstand der Palästinenser hervorgerufen wurde. Doch eine Zeitung, das Magazin »Moment«, hat praktisch aufgegeben und schreibt, es habe seinen Lesern keine »außerordentlichen Erkenntnisse« mitzuteilen. Alles, was es zu sagen gäbe, ist von »jedem großen Denker, Weisen, Politiker, ja sogar Komödianten« gesagt worden.

Der Herausgeber Hershel Shanks schlußfolgert gelangweilt: »Was klar zu sein scheint, ist die Tatsache, daß aus dieser verdammten Klemme nicht leicht herauszukommen ist. Die Lösung scheint offensichtlich: die Araber in Gaza und an der West Bank sollten die Selbstverwaltung erhalten, während gleichzeitig Israels Sicherheit in angemessener Weise geschützt werden muß. Doch es scheint keinen Weg zu geben, wie man von hier nach dort kommt.« □



Spionage

Jagd nach Pollards »Mr. X«

Victor Marchetti

Die ermittelnden Beamten am amerikanischen Justizministerium sind überzeugt davon, daß der überführte israelische Spion Jonathan Pollard nicht allein handelte, als er eine halbe Million Seiten streng geheimer Geheimdienstunterlagen von der US-Regierung stahl. Sie sind jetzt auf der Jagd nach seinem Komplizen, den sie »Mr. X« nennen.

Die amerikanischen Beamten sind der Überzeugung, daß Mr. X so hoch oben im US-Verteidigungsministerium oder dem CIA gesessen haben muß, daß er nicht regelmäßig mit großen Mengen an Dokumenten »aus seinem Büro hätte kommen können«, ohne daß er die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte. Pollard hingegen war ein Geheimdienstmann niedrigen Ranges, dessen Aufgabe es war, große Mengen heikler Informationen zusammenzutragen und zu studieren. Er war auch im Besitz einer Kurierkarte, die ihm erlaubte, Geheimdokumente in die verschiedenen Behörden des amerikanischen Geheimdienstes hinein- und hinauszutragen.

Lieferung anhand eines Kataloges

Mr. X versorgte seine israelischen Kontaktleute offenbar mit den Titeln, Daten und Dokumentationsnummern der höchst heiklen Geheimdienstberichte und in einem Fall mit »einem Katalog von Dokumenten«, auf die es ihnen ankam. Pollard bekam dann die Aufgabe, die Dokumente zu stehlen, die anschließend von israelischen Diplomaten kopiert wurden, die für Rafael (Smelly Rafi) Eitan, den damaligen Kopf einer Spezial-Geheimdiensteinheit, bekannt unter dem Namen Lekem, arbeiteten.

Die Beamten des amerikanischen Justizministeriums glauben, Mr. X – der, so meinen manche, vielleicht sogar eine Frau gewesen sein könnte – operiere noch immer innerhalb der US-Regierung. Sie ermitteln gegen eine Anzahl Verdächtiger, auf die sie von den Geheimdienstbehörden hingewiesen wurden. Eine Quelle sagte, es sei möglich, daß Israel mehrere zusätzliche Agenten hat, die amerikanische Geheimdienstdaten sammeln, und nicht nur einen einzigen Mr. X.

In den über zwei Jahre dauernden Ermittlungen haben Detektive festgestellt, daß die Spendenaktivitäten der amerikanischen Juden zugunsten des zionistischen Staats von den israelischen Geheimdiensten oft dazu verwendet werden, sich pro-israelische Eiferer in wichtigen Positionen in der amerikanischen Regierung auszugucken und später zu rekrutieren.

Obwohl die Ermittlungen der Justiz noch weitergehen, sind die Beamten nicht allzu optimistisch, daß man Mr. X oder andere zusätzliche israelische Geheimdienstagenten enttarnen wird.

Über den Mossad an die Sowjetunion

Mit den Bemühungen, von seiten der USA die Identität von Mr. X aufzudecken, ist man in Israel gegen eine Wand gerannt. Dort leugnet man natürlich, daß es einen weiteren Spion gab oder gibt.

Zusätzlich zu ihren Sorgen über Mr. X sind die Beamten auch besorgt darüber, wieviel von den heiklen Informationen, die Pollard und die Israelis gestohlen haben, in die Hände des sowjetischen KGB und anderer feindlicher Geheimdienste gefallen sind. Es besteht kein Zweifel daran, so sagen sie, daß innerhalb des Mossad und anderer israelischer Geheimdienste feindliche Agenten operieren, von denen jeder in der Lage gewesen sein könnte sich zumindest von einigen der gestohlenen Informationen Kopien zu machen, um sie weiterzugeben.

Die jüngste Enttarnung des in der Sowjetunion geborenen israelischen Geschäftsmanns Shabtai Kalmanowitz, der enge Verbindungen zum Mossad hatte durch seine Beteiligung an Emigrationsbemühungen von Juden, ist ein charakteristisches Beispiel. Kalmanowitz war für den Mossad und den amerikanischen Geheimdienst auch an Spion-Austauschaktionen mit Moskau beteiligt.

Eine weitere Sorge der US-Behörden ist, daß einige Mitglieder des israelischen Geheimdienstes oder des militärischen Establishments die heiklen Daten an andere Länder weiterverkauft haben könnten, unter anderem an die Sowjetunion, um im Gegenzug Geheimdienstinformationen über Syrien und den Irak zu bekommen, beides Länder, die Israel schon lange als eine ernsthafte Bedrohung ansieht. Die gestohlenen amerikanischen Geheimdienst-Informationen könnten auch als Gegenleistung dafür, daß mehr Juden aus der Sowjetunion emigrieren dürfen, an die Sowjetunion verkauft worden sein.

Von Juni 1984 bis November 1985 belieferte Pollard die Israelis teilweise mit so viel gestohlenen Geheimdienstmaterialien, daß seine Kontaktleute es nicht schnell genug kopieren konnten. In dem Versteck, ein Appartement in der Nähe der israelischen Botschaft in Washington, arbeitete man »Tag und Nacht«, wie eine Quelle sagte, um die riesigen Mengen an Dokumenten zu kopieren, »mit denen Pollard sie überflutete«. Das Appartement war mit Spezialelektronik ausgerüstet, um sicherzustellen, daß die Geräte, die zum Kopieren des Materials verwendet wurden, keine Signale aussendeten, die von der amerikanischen Sicherheitsüberwachung hätten aufgenommen werden können, die alle israelischen Einrichtungen überwacht.

Der Schaden war »unglaublich«

Vor allem auf der Grundlage umfangreicher Verhöre und Befragungen Pollards wurde im letzten Jahr eine streng geheime, 46seitige Beschreibung des Schadens erstellt, den der israelische Spion den amerikanischen Geheimdienstquellen und Methoden zugefügt hat. Daraus geht hervor, daß der Schaden »unglaublich« war, so ein ehemaliger CIA-Beamter, der zurückgerufen wurde, um an der Schadensbeurteilung mitzuwirken.

Der damalige amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger sagte bei der Verurteilung Pollards im vergangenen Jahr unter Eid aus, der israelische Agent habe »die Politik und die nationalen Werte geschädigt und zerstört, deren Sicherung jahrelange Bemühungen und ungeheuere Mittel gekostet hat«.

Ein großer Teil der von Pollard gestohlenen Daten beinhaltet Abfangeinrichtungen und Abfangoperationen ausländischer Kommunikation sowie Material über die streng geheimen amerikanischen Codes und Geheimschriften. Außerdem ist es ihm gelungen, große Mengen wichtiger und streng geheimer amerikanischer Geheimdienstinformationen, so Daten, die man über Satellitenfotos erhalten hat, zu stehlen.

Die ermittelnden Beamten des US-Justizministeriums waren schockiert, wie stark die Israelis Pollard rangenommen haben. »Er hat sich total überarbeitet. Es war fast so, als ob es ihnen egal wäre, ob er geschnappt wird«, sagte ein Informant. »Sie haben sicherlich nicht alles getan, was sie hätten tun können, um ihn und die Operation zu schützen.« Dieser Informant meint weiter: »Die Israelis waren mehr daran interessiert, Mr. X zu decken.« □

Geheimdienste

Vernunftsehe zwischen CIA und Mossad

Victor Marchetti

Über zwanzig Jahre lang hatte der CIA eine Vereinbarung mit dem Mossad, derzufolge der israelische Geheimdienst bei der Entwicklung enger Beziehungen zu verschiedenen zwielichtigen Diktatoren und Despoten in Afrika, Lateinamerika und in jüngster Zeit auch in Fernost für die amerikanische Geheimdienstbehörde gehandelt hat.

Diese Vernunftsehe hat es der US-Regierung ermöglicht unter anderem so unbarmherzige starke Männer wie Idi Amin aus Uganda, Mobutu Sese Sekon in Zaire, Augusto Pinochet in Chile und Manuel Noriega von Panama insgeheim zu unterstützen, während sie bei Bedarf behaupten konnten, daß sie mit repressiven Regimen nichts zu tun haben.

Unterdessen haben die Israelis das große Geld gemacht, indem sie die Waffen lieferten und die Sicherheitsdienste leisteten, die erforderlich sind, um diese Kriegsherren der Neuzeit an der Macht zu halten und im allgemeinen den Status quo aufrechtzuerhalten, den die großen internationalen Banken und deren Firmenkunden benötigen, die Geschäfte mit diesen Ländern machen.

Von Zeit zu Zeit allerdings wird die Lage ernst oder ein Diktator wird unkontrollierbar wie im Fall von Amin, was nach drastischen Maßnahmen verlangt, um die bequeme Dreiecks-Vereinbarung zu korrigieren. Manchmal verliert der starke Mann seinen Nutzen und muß abgesetzt werden – so Anastasio Somozo in Nicaragua und erst kürzlich Ferdinand Marcos auf den Philippinen. Das ist jetzt der Fall in Panama mit Noriega.

Die Eliminierung eines starken Mannes war eine relativ leichte Aufgabe für den CIA und den Mossad, wenn ein Ersatz bereitstand. Doch in den letzten Jahren ist es schwerer geworden, solch harte und korrupte Personen zu finden. Somit haben wir die vertrackten Situationen, wie sie jetzt auf den Philippinen und in Nicaragua existieren.

Außerdem hat der CIA seit einiger Zeit feststellen müssen, daß der Mossad in einigen dieser Joint-ventures-Staatsstreiche weniger Bereitschaft zur Kooperation gezeigt hat. Die Israelis sind mehr und mehr in diese Länder verwickelt und sind in den Regimen dieser starken Männer engagiert. Das gilt heute für Panama, wo der Mossad darauf aus ist, ihren Mann an der Macht zu halten und es keinen leicht verfügbaren Ersatz für den CIA gibt, den sie fördern könnten. Präsident Eric Delvalle hat kaum Unterstützung aus dem Volk und noch weniger politisches Durchsetzungsvermögen, obwohl er durchaus kooperativ ist und gleichermaßen korrupt.

Dem CIA fehlen harte Männer

Der Mann des Mossad hinter Noriega ist Mike Harari, der einer der engsten Berater des Diktators geworden ist. Harari gehört zu dem Mossad-Team, das die Terroristen gejagt und getötet hat, die verdächtigt wurden die israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen in München im Jahre 1972 getötet zu haben. Er führte auch das Mordkommando, das im Jahr 1973 einen marokkanischen Kellner in Norwegen erschossen hat, weil sie ihn irrtümlich für den zwielichtigen Terroristenführer Abu Nidal gehalten haben. Später übernahm Harari die Leitung der Mossad-Station in Mexico City.

Jetzt angeblich aus dem Mossad ausgetreten, operiert Harari seit dem Jahr 1979 in Panama, wo er zum Exklusivkanal für den Waffenhandel der Israelis mit Noriega geworden ist, bei dem es jedes Jahr um 20 Millionen Dollar geht und wo er auch eine wichtige Rolle in anderen Handelsbereichen Panamas – so auch im Drogenhandel spielt.

Mit Partner wie Harari und dem Mossad und einem fehlenden Ersatz für Noriega, wird der CIA große Schwierigkeiten haben Washingtons gegenwärtigen Wunsch zu erfüllen, nämlich den starken Mann Panamas loszuwerden. □



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. Juni 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Israel

Krise im Zionismus

Mark Lane

Es ist mehr als nur eine Ironie des Schicksals, daß Israel – das erst vor ein paar Wochen den 40. Jahrestag seiner Gründung in großen Feierlichkeiten begangen hat – jetzt mit der ungeheuerlichen Aufgabe konfrontiert ist, einen von den Palästinensern geführten Unabhängigkeitskrieg niederzuschlagen, deren Land sie damals gestohlen haben in dem Versuch den Traum des Zionismus zu erfüllen.

Die Rollenumkehrung, die die Israelis erfahren haben – von der unterdrückter Opfer, die um ihre Freiheit kämpfen, zu brutalen militärischen Besatzern –, kam sowohl für sie als auch für ihre amerikanischen Freunde rasch und in überwältigender Form. Doch was noch wichtiger ist: der zionistische Staat ist jetzt tief verstrickt in seine größte Überlebenskrise seit dem Yom-Kippur-Krieg im Jahr 1973, und diesmal steht er wirklich alleine da, zumindest was die weltweite Sympathie angeht, wenn nicht gar auch die materielle Unterstützung.

Eine Kombination von Gier und Kurzsichtigkeit

Die Ereignisse haben sich einmal im Kreis gedreht. Vierzig Jahre nach der Bekämpfung der Palästinenser um das Existenzrecht Israels, bekämpft Israel heute die Palästinenser, um sein Recht als ein freies und unabhängiges Land zu existieren, zu sichern.

Das Dilemma, dem sich die Israelis durch den Aufstand der Palästinenser gegenübersehen und das allmählich zu einer regelrechten Revolte eskaliert, läßt ihnen nur zwei Alternativen: entweder das Aushandeln einer Verständigung oder »Land gegen Frieden«, wozu die Selbstbestimmung genügen würde oder die Beibehaltung der militärischen Kontrolle über die besetzte West Bank und Gaza um jeden Preis. Das letztere würde wahrscheinlich letztendlich zu einem Blutbad führen. Dies sind mit Sicherheit die einzigen Alternativen, doch die Israelis haben diese Krise selbst durch eine Kombination von Gier, Kurzsichtigkeit und Dummheit herbeigeführt. Nicht zufrieden mit dem Erreichen des wichtigsten Ziels des Zionismus – die Etablierung eines jüdischen Heimatlandes in Palästina – haben es die Israelis zugelassen, daß ihr nationalistischer Fanatismus und ihr religiöser Eifer den gesunden Menschenverstand überwältigt. Sie wurden beherrscht von der unwahrscheinlichen Vorstellung ganz Palästina in ein »größeres Israel« zu verwandeln.

Die geschickte Regie der PLO für die Aufständischen

Der Aufstand der Palästinenser hat diesem unerreichbaren Traum ein Ende bereitet – für immer und das geschah nicht mit Kanonen sondern mit Steinen und Menschen, den zwei Dingen, die in Palästina in Hülle und Fülle vorhanden sind und die die Israelis nicht unter ihre Kontrolle bringen können.

Obwohl die Israelis die Palästinenser vertrieben und ihrer Rechte beraubt haben, ist es ihnen nicht gelungen, die Urbevölkerung aus der Region wegzubringen, oder sie durch jüdische Immigranten zu ersetzen. Das ist in sich selbst ein Testament des Trugschlusses, der dem zionistischen Traum innewohnt.

Jetzt nach 40 Jahren unrealistischer Hoffnung und falscher Sicherheit, ist Israel gezwungen mit den Realitäten seiner unhaltbaren Situation fertigzuwerden. Der Aufstand wird – trotz der falschen Behauptungen des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und anderer, furchtloser Sympathisanten der Zionisten – selbst von den Israelis als spontane Manifestation der Frustration und des Ärgers des Volkes gegen die rohe militärische Besatzung anerkannt. Er hat überraschenderweise eine Art Selbsterhaltungskraft entwickelt und bewegt sich unerbittlich in Richtung Selbstbestimmung der Palästinenser. Die einzige Frage ist jetzt: Wie und wann werden die Israelis diese Tatsache akzeptieren?

Die Israelis warten noch immer auf das Erscheinen einer Art deus-ex-machina, der ihr Dilemma auf magische Weise löst. Eine solche Hoffnung ist, daß der Aufstand sich zu einer »Revolution, in der Schüsse fallen«, entwickeln wird, die es der israelischen Verteidigungsmacht erlauben würde, ihn rasch und dauerhaft niederzuschlagen – auch wenn dabei Blut fließen muß.

Israelische Experten erkennen allerdings, daß Yasser Arafat und die PLO fleißig daran arbeiten, um zu verhindern, daß das Steinewerfen zu einer Schießerei eskaliert. Sie geben zu, daß sich die PLO des Public Relations-Vorteils völlig bewußt ist, wenn Steine werfende Teenager und



Kinder, unterstützt von ihren Müttern und Schwestern schwer bewaffneten israelischen Soldaten gegenüberstehen, die häufig ihre Geduld verlieren und brutal werden.

Die Unfähigkeit bittere Tatsachen zu akzeptieren

»Die Tatsache, daß sie keine Waffen verwenden, hat ihr Image in das eines palästinensischen David umgekehrt, der gegen einen israelischen Goliath kämpft«, sagt der israelische Journalist Yehuda Litani.

Andere Kenner der israelischen Lage weisen auf ein tieferes Problem hin, dem sich der jüdische Staat gegenübersieht, nämlich die Unfähigkeit der Regierung die bitteren Tatsachen zu akzeptieren und die richtigen Maßnahmen zu ergreifen – selbst wenn das das Aufgeben des zionistischen Traums und ein Einschränken bedeuten würde. Diese Experten werden zunehmend ärgerlicher über Premierminister Yitzhak Shamirs hartnäckige Weigerung jegliche Art von Verhandlungen mit den Palästinensern konsequent abzulehnen.

»Die Lage hat ihn völlig unbeweglich gemacht«, sagte ein jüdischer Journalist, der kürzlich von einem Besuch aus Israel zurückgekehrt ist. »Seine Haltung ist wie immer, es durchzustehen und auf ein Wunder hoffen. Doch er wird jeden Tag verwirrter und frustrierter. Er fühlt sich von den USA und deren Bemühungen einen Frieden auszuhandeln verraten. Aus dem gleichen Grund ist er wütend auf den israelischen Außenminister Shimon Peres und er hat höllische Angst vor den Falken im Likud-Block, besonders Ariel Sharon. Er ist davon überzeugt, daß Sharon versucht ihn zu isolieren und ihn letztlich herauszufordern, was die Kontrolle über die Partei betrifft.«

Der Falke Sharon ist für einen harten Kurs

Shamir hat vielleicht wirklich Grund den unbarmherzigen und opportunistischen Sharon zu fürchten. Ehud Sprinzak, einem Professor an der Hebräischen Universität zufolge, fangen einige Leute in Israel an zu glauben, daß der Falke Sharon, der einen harten Kurs einschlägt, der richtige Mann wäre, um die Sackgasse in der israelischen Regierung zu durchbrechen.

»Sharon ist ein sehr gefährlicher Mann«, sagte Sprinzak, »aber ein sehr kluges politisches Tier.«

Der Professor stimmte zu, daß etwas getan werden muß, und zwar bald und sagte: »Der Preis steigt für Israel täglich.«

Während der amerikanische Außenminister George Shultz mit seinem bei weitem nicht begeisternden Friedensplan nach vorne preschte und verzweifelt hofft, sowohl die Sowjets als auch die PLO auszuschließen, hat die Unterstützung für Shamir und seine Politik im normalerweise willfährigen amerikanischen Kongreß angefangen abzubröckeln.

Ein Brief mit den Unterschriften von 30 Senatoren und ein Telegramm von 40 Mitgliedern des amerikanischen Repräsentantenhauses – darunter viele von Israels überzeugtesten Verfechtern – wurde erst vor kurzem an US-Außenminister Shultz geschickt, in denen seine Friedensbemühungen gelobt und Shamirs Hinhaltetaktik kritisiert wurde.

Für eine rasche und friedliche Lösung

Gleichzeitig nimmt die Unterstützung innerhalb der normalerweise völlig loyalen jüdischen Gemeinde in Amerika weiterhin ab, während die offene Kritik an der israelischen Führung von Tag zu Tag wächst. Trotz größter Bemühungen der B'nai B'rith – angeblich auf Drängen der Anti-Defamation-League – und von Morris Abram, dem Vorsitzenden der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisationen, fordern die Juden in Amerika zunehmend eine rasche und friedliche Lösung des Palästinenser-Problems – selbst wenn das territoriale Zugeständnis für die israelische Regierung bedeuten würde.

Die Zeit ist also für die israelische Regierung gekommen den Tatsachen ins Auge zu sehen. Doch welchen Preis wird die westliche Welt diesmal zahlen müssen, um für Israel die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wenn sich bei Shamir und Sharon nichts bewegt? □

Israel

Kritik an der Politik muß sein

Mark Lane

Henry Siegman, der leitende Direktor des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses (AJC), hat in einem der Zeitung »Washington Jewish Week« gegebenen Interview den »vereinfachten Begriff von Solidarität« mit Israel bestritten, von dem Morris Abram und die Konferenz der großen jüdischen Organisationen in Amerika, die Dachorganisation für über 50 pro-israelische Gruppen, immer wieder sprechen.

Siegman sagt, er sei stark beunruhigt über den »Oliver-North-Komplex« in der jüdischen Gemeinde Amerikas, das heißt, daß alles, was nicht eine absolute Unterstützung Israels kurzsichtiger Politik der eisernen Faust gegen den Aufstand der Palästinenser darstellt, unpatriotisch ist.

Es ist eine widerliche Politik

Er bemerkte, als er vor kurzem an einem »bar mitzvah« teilgenommen habe, habe er Kommentare aus Jesaia und Jeremia gelesen und plötzlich festgestellt, daß beide Propheten zu ihrer Zeit ernsthaft kritisiert wurden, weil sie keine »Solidarität« mit ihren Brüdern zeigten zu einer Zeit, wo der »Feind vor den Toren stand«.

Siegman sagte: »Ich dachte, wenn es in jenen Tagen eine Konferenz der Präsidenten gegeben hätte, dann wären die Bücher von Jesaia und Jeremia wahrscheinlich nie in die Bibel aufgenommen worden.«

Die amerikanischen Juden, denen es wirklich um Israels Wohlergehen geht, sagte Siegman, haben eine Verpflichtung, sich zu Angelegenheiten zu äußern, die das Überleben der Israelis betreffen, besonders, da sich der jüdische Staat seiner schlimmsten bürgerlichen Unruhen in Gaza und an der West Bank gegenübersieht, die es je gegeben hat. Wörtlich sagte er: »Ich lehne die Vorstellung einfach ab, daß – per Definition – verantwortliches Verhalten heißt Stillschweigen zu bewahren und zuzulassen, daß sich die Lage noch verschlechtert«.

Was die konventionelle Weisheit in der jüdischen Gemeinde Amerikas angeht, die Politik Israels nur auf inoffizieller Ebene zu kritisieren, sagte er: »Ich denke, es liegt in der Natur der Politik, daß Dinge, die man den Leuten ins Ohr flüstert, kein politisches Gewicht haben; sie werden nicht ernstgenommen.«

Das Vorgehen der Israelis wie das Einschlagen auf die Demonstranten, wobei sie ihnen die Knochen brechen, um den Aufstand der Palästinenser niederzuschlagen, muß offen zur Sprache kommen. »Es muß Teil der öffentlichen Debatte werden. Entweder muß es zurückgewiesen werden oder es gewinnt an Bedeutung und wird akzeptiert.«

Eine unmoralische und unnötige Politik

Siegman glaubt, das öffentliche Schweigen der Juden in Amerika werde gemeinhin als Bekräftigung der israelischen Politik interpretiert, mit der sie in Wirklichkeit nicht übereinstimmen. »Ich bin der Meinung, daß es eine widerliche Politik ist, die unnötig, unmoralisch ist und nicht funktioniert.«

Die Versuche des AJC den israelischen Premierminister Yitzhak Shamir davon zu überzeugen, eine Schlichtung mit den Palästinensern auszuhandeln einschließlich territorialer Konzessionen, sind von dem Politiker, der einen harten Kurs verfolgt, zurückgewiesen worden. Folglich ist Siegman nicht sehr optimistisch, was die Friedensbemühungen des amerikanischen Außenministers George Shultz angeht.

Siegman sieht zwei Möglichkeiten, wenn Shamirs Likud-Block die Neuwahlen gewinnt: erstens, fortgesetzte Eskalation des Aufstandes und schließlich ein politischer Kompromiß; und zweitens, wenn die Likud mit ihrem harten Kurs fortfährt, werden die USA und die Sowjetunion eingreifen und die Angelegenheit beilegen müssen – was für Israel noch schlimmer wäre. □

Palästinenser

Ein Scharfmacher Israels

Victor Marchetti

Einer von Israels führenden Verfechtern im offiziellen Washington, Richard Perle, sagt, die Israelis müßten sich gegen den Aufstand der Palästinenser behaupten. Der ehemalige amerikanische Staatssekretär für internationale Sicherheitspolitik im US-Verteidigungsministerium, der jetzt für das pro-israelische American Enterprise Institute arbeitet, äußerte dies sowie diverse andere Perlen der Weisheit über Israels derzeitige Krise bei einem Vortrag vor der Zionisten-Organisation von Amerika (ZOA) in Washington.

Richard Perle: »Es ist falsch zu glauben, die gegenwärtige sowjetische Regierung sei den USA oder deren Verbündeten, insbesondere Israel gegenüber freundlich gesinnt.« Es wäre also nicht ratsam, Moskau an Friedensverhandlungen im Nahen Osten teilnehmen zu lassen.

Ein Fehler das Konzept aufzugeben

Außerdem sagte Perle: »Es gibt keinerlei Beweise dafür, daß der Sowjetunion in irgendeiner Form an den Sicherheitsinteressen des Staates Israel gelegen ist.« Deshalb sind alle Vorstellungen, daß zu diesem Zeitpunkt grundlegende Änderungen an der amerikanischen oder israelischen Nahost-Politik vorgenommen werden sollten, um sich den Palästinensern anzupassen, »völlig falsch«.

»Es wäre ein Fehler das Konzept aufzugeben, Israel müsse haltbare Grenzen historischen Ausmaßes haben«, meinte Perle. Die gegenwärtigen Probleme an der West Bank und in Gaza sind keine Entschuldigung für die Änderung der grundlegenden Politik der Militärbesatzung, die jetzt in Kraft ist. »Sie können Frieden nicht gegen Land aushandeln«, betonte er.

Perle unterstützte Premierminister Yitzhak Shamirs Politik des harten Kurses voll und fügte hinzu: »Es gibt überhaupt keinen Sinn, die Sowjets zu einem Nahost-Friedensprozeß einzuladen. Die Sowjets haben keinerlei Interesse an einem Frieden in Nahost. Sie wollen Aufstand und Aufruhr. Sie wollen den Topf unter Feuer halten.«

Mit Bezug auf Israels Außenminister Shimon Peres sagte Perle, er fand es besonders »erstaunlich«, daß es Elemente in der israelischen Regierung gibt, die es in Erwägung ziehen würden, sich zusammen mit den Sowjets an den Verhandlungstisch zu setzen.

»Ich habe niemals eine Zeit in Israel erlebt, wo es so viel Verwirrung über die Sowjetunion gegeben hat«, behauptete Perle.

Die Medien haben den Aufstand geschürt

Auf eine Frage aus dem Publikum meinte Perle später, daß die Palästinenser »in der Tat eine fünfte Kolonne« sind. Als Antwort auf eine andere Frage sagte er, er glaube die »Deportation« der Palästinenser aus den besetzten Territorien wäre eine mögliche Lösung für das spezielle Problem, doch eine solche Maßnahme wäre, wie er es nannte, »undurchführbar«, zumindest »unter den gegenwärtigen Umständen«.

Perle warnte die Israelis außerdem die »Weltmeinung« zu berücksichtigen, bevor sie eine solch drastische Maßnahme ergreifen. Doch, so bemerkte er, »Israel hat bereits den schlechtesten Sinn für Public Relations von allen Regierungen auf der Welt«.

Der ehemalige amerikanische Beamte aus dem Verteidigungsministerium äußerte kategorisch, die West Bank und Gaza »hätten von Beginn der Unruhen an vor der Presse verschlossen werden sollen. Nicht, weil das, was da passiert, zu schmachvoll war als daß man es der Außenwelt zeigen konnte, sondern weil die Gegenwart der Presse selbst die Schwierigkeiten nur vergrößert«.

Perle glaubt, die Gegenwart der Massenmedien – vor allem des Fernsehens – habe den Aufstand der Palästinenser nur geschürt, weil sie den Demonstranten in den besetzten Gebieten die Gelegenheit dadurch gaben, ihre Klagen vor den Augen der Welt auf dramatische Weise darzustellen und zu verbreiten.

Obwohl er zustimmte, Israel müsse die Sicherheit in den besetzten Gebieten aufrechterhalten, räumte er ein, daß »das Thema nicht auf der Straße beigelegt werden könne«. Perle sagte, die Aussage des israelischen Verteidigungsministers Yitzhak Rabin, »Schläge« seien die offizielle Politik der Regierung, sei »von einem Public Relations Standpunkt her eine Katastrophe«, selbst wenn die Politik angemessen ist.

Bei der Diskussion der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollmaßnahmen sagte Perle, er glaube die vorgeschlagenen Verbote für chemische Waffen »seien ein großer Fehler«. Dann fügte er hinzu: »Es könnte sein, daß Freunde von uns chemische Waffen brauchen könnten, wenn sie selbst von chemischen Waffen angegriffen werden.« Offensichtlich meinte er mit den »Freunden« die Israelis.

Perle glaubt, daß die Sowjetpolitik von Glasnost und Perestroika (Öffnung und Wiederaufbau) keinen Erfolg haben wird und daß die USA und Israel dem sowjetischen »Wandel« gegenüber skeptisch bleiben sollten. Er fügte jedoch hinzu: »Die Aussichten dafür, die sowjetischen Juden aus der UdSSR herauszubekommen sind besser als je zuvor. Gorbatschow braucht den Westen. Er braucht Kredite. Er braucht eine Periode der Détente.«

Perle wurde damals vom CIA erwischt

Wenn der Status der sowjetischen Juden zu einem Teil des Handels gemacht wird, glaubt Perle, daß die Zeit reif ist, um anzufangen Druck auf den Kreml auszuüben, um Freiheit für das sowjetische Judentum zu gewinnen.

Obwohl Perle vor der Versammlung bei dem WZO-Treffen predigte, empfahl er keine blutige Unterdrückung des Aufstandes, dies empfahl dagegen der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger am gleichen Tag in einer Konferenz mit jüdischen Führern in New York.

Zur Person von Richard Perle wäre noch anzumerken: Perles virulente antisowjetische Haltung spiegelt nicht eine gleichermaßen starke Antipathie gegen den Kommunismus wider, sagen seine ehemaligen Kollegen. Noch sollte sie gleichgesetzt werden mit einem starken Sinn für Sicherheitsbewußtsein im Hinblick auf die offiziellen Geheimnisse der USA.

Während Perle Ende der siebziger Jahre als Berater für den verstorbenen US-Senator Henry Jackson arbeitete, wurde er dabei erwischt, als er hoch geheimes Geheimdienstmaterial der nationalen Verteidigung der USA an die Israelis weitergab. Daß er sensitive CIA-Berichte an israelische »Diplomaten« lieferte, erfuhr man durch Abhören der israelischen Botschaft – was vom Nationalen Sicherheitsrat angeordnet worden war. Als Konsequenz forderte der damalige CIA-Direktor, Admiral Stansfield Turner, daß Jackson Perle feuern sollte, doch der Senator – einer von Israels härtesten Verfechtern – lehnte dies ab.

Perles engste Kollegen hatten ähnliche Sicherheitsprobleme. Stephen Bryen, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium zuständig für Handelssicherheit, war vor ein paar Jahren die Zielscheibe von FBI-Ermittlungen, weil er Geheiminformationen an die Israelis weiter gegeben haben soll. Auch ihm gelang es einer Strafverfolgung zu entgehen. □

Die Zeitbombe tickt

Mark Lane

Die jüdischen Führer in Amerika und die Spendensammler für Israel machen sich zunehmend Sorgen über die sich ständig verschlechternde Lage in dem zionistischen Land. Einige beginnen vorsichtig Kritik daran zu üben, wie die israelische Führung das Problem der Palästinenser handhabt, und ein paar haben angedeutet, daß die Zeit gekommen ist für einen freundschaftlichen Ratschlag an Tel Aviv, so verlautete es aus jüdischen Pressequellen.

»Israel muß mit dem palästinensischen Problem fertigwerden«, sagte Seymour Reich, der Präsident von B'nai B'rith. »Es wird nicht von allein verschwinden. Die Palästinenser wollen eine Heimat. Die Frage ist: Wo wird diese Heimat sein und unter welchen Umständen wird es sie geben?«

Ist das der zionistische Traum?

»Der Status quo ist unhaltbar«, sagt Rabbi Alexander Schindler, der Führer der Reformbewegung. »Ich schlage vor, mit Israel zu reden. Ich stimme völlig mit Abba Eban (dem damaligen Botschafter in den Vereinigten Staaten) überein, die Zeit läuft nicht zugunsten Israels. Wenn die Frage nach sicheren und vernünftigen Grenzen auftaucht, frage ich: ›Was wird hinter diesen sicheren und vernünftigen Grenzen erhalten?‹ Der einzige Weg eine Bevölkerung, die eine Million überschreitet, unter Kontrolle zu halten, ist die Macht einer Kanonenkugel. Ist das der zionistische Traum?«

»Wenn sich die Situation nicht ändert«, sagte Henry Siegman, leitender Direktor des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses, »dann besteht die wirkliche Gefahr, daß diese Unruhen – die Aufstände in Gaza und an der West Bank – zur Libanisierung der Gebiete führen wird.«

Eine Inangriffnahme des Problems in zwei Stufen wird derzeit unter jüdischen Gemeindeführern in Amerika diskutiert. Die erste Stufe besteht darin, Israel aufzufordern, in einer geduldigen und menschlichen Art und Weise die Ordnung wiederherzustellen, damit es sich sein im allgemeinen günstiges internationales Image erhält.

Die zweite Stufe besteht in der Eröffnung eines ruhigen Dialoges mit israelischen Führern, in denen man ihnen nahelegt, eine vernünftige und dauerhafte Lösung für das Dilemma in Gaza und an der West Bank anzustreben.

Der Rat wird in »nichtöffentlicher Form« erteilt und wird außerhalb des existierenden Gefüges der jüdischen Organisation in Amerika liegen, so verlautete aus gut unterrichteten Quellen.

Doch die amerikanischen Führer haben einen Konsensus erreicht, daß – ohne Lösung in Sicht – irgend etwas getan werden muß, um die politische Sackgasse innerhalb der israelischen Regierung in der Frage Nahost aufzulösen.

Kontrolle der Aufstände ist keine Politik

Obwohl er der Meinung ist, daß es das erste Gebot ist, die Unruhen unter den Palästinensern zum Stillstand zu bringen, brachte Morris Abram, der Vorsitzende der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisation, seine Sorge über die Art zum Ausdruck, wie die israelischen Methoden, die Aufstände unter Kontrolle zu bekommen, von der Öffentlichkeit in Amerika aufgenommen wurden. Mehrere persönliche Botschaften einschließlich einer schriftlichen Note zu diesem Thema wurde von der Konferenz an führende israelische Politiker gesandt.

»Israel kann sich nicht der Gewalt ausliefern, doch die Kontrolle der Aufstände ist keine langfristige Politik«, meint Siegman. »Den Arabern in den Territorien muß eine gewisse Hoffnung auf eine politische Lösung angeboten werden.«

Die jüdischen Führer in Amerika bereiten sich jetzt darauf vor, Tel Aviv ruhig aber eindringlich dahingehend zu beeinflussen, daß »sie der Sackgasse ein Ende machen und eine Friedeninitiative der einen oder anderen Art beginnen«, sagt ein leitender Direktor einer der Organisationen. Diese Beeinflussung wird allerdings eher die Form privater Ratschläge haben als offene oder politische Aussagen.

»Wenn wir versuchen, Israel von New York oder Washington aus unter Druck zu setzen«, sagt ein jüdischer Führer, »oder wenn unsere Organisation offizielle Positionen bezieht, wird der Schuß nach hinten losgehen.«

»Israel muß über sein Schicksal selbst entscheiden«, sagt Reich. »Doch die Zeit arbeitet für keine Seite und das Thema einer politischen Schlichtung muß von der israelischen Regierung jetzt direkt konfrontiert werden.«

Es kann nicht mehr lange so weitergehen

Israel muß allerdings jemanden haben, mit dem es reden kann, sagt Abram und fügt hinzu, ohne eine lebensfähige, gemäßigte palästinensische Führung, verbunden mit einem zugänglichen König Hussein von Jordanien, werden die Friedensbemühungen Israels zu nichts führen. Somit hoffen die jüdischen Führer, daß die amerikanische Regierung Druck auf König Hussein ausüben wird, damit dieser kooperiert.

Während einige jüdische Organisationen wie Abram darum kämpfen, die israelische Führung zu verteidigen und den Palästinensern und ihren arabischen Nachbarn den größten Teil der Schuld für die Probleme in den besetzten Territorien geben, besteht zunehmende Übereinstimmung darin, daß eine Zeitbombe am Ticken ist. □

Als David Ben Gurion die Verwirklichung des zionistischen Traumes, die Gründung Israels, verkündete, ahnte niemand, was daraus nach 40 Jahren wird.

Israel

Bilanz des zionistischen Staates

Mark Lane

Die zunehmenden weltweiten Forderungen nach einer friedlichen und andauernden Lösung des Palästinenser-Problems, der wirtschaftlichen und politischen Stagnation innerhalb Israels und den deutlichen Verfall in der jüdischen Tradition unter den Menschen der Diaspora hat dazu geführt, daß die amerikanischen Juden sehr in sich gehen.

Eine Gruppe von zehn großen beitragsleistenden jüdischen und israelischen Agenturen sowie gemeinnütziger Vereinigungen hat vor kurzem einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen den israelischen Juden und ihren Glaubensgenossen in der Diaspora erstellt.

Die Milliarden haben Israel wenig geholfen

Der Bericht wurde geschrieben von Martin D. Seiden, einem ehemaligen amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und politischen Experten, der jetzt in Israel lebt. Es heißt darin, daß die gegenwärtigen Regeln, die diese Beziehung leiten, über Bord geworfen werden müssen, um das Überleben nicht nur Israels als eines jüdischen Staates, sondern auch das Überleben der Juden als einer eigenständigen Religion, Kultur und eines eigenständigen Volkes zu steigern.

Seiden behauptet, die Milliarden von Dollar, die über jüdische Agenturen vom Westen nach Israel geschleust wurden, sind von den israelischen Politikern benutzt worden, um sich an der Macht zu halten und nicht um das Wirtschaftswachstum zu unterstützen oder die Selbständigkeit voranzutreiben. Dabei ist der Wettbewerbsgeist der freien Marktwirtschaft erheblich gedämpft worden und hat Israel zu einem unerwünschten Ort für Juden der Mittelklasse aus der westlichen Welt gemacht, an dem sie sich niederlassen und ihren Lebensunterhalt verdienen könnten.

Die überraschende Schlußfolgerung des Berichts ist, daß die amerikanischen Juden aufhören sollten die Millionen Dollar zu spenden, die jährlich die Welt-Zionisten-Organisation, der United Jewish Appeal und die Jewish Agency bekommen. Die Milliarden, die nach Israel geschickt worden sind, haben wenig zum Nutzen Israels oder der Diaspora beigetragen.

Europäische Juden auf dem Weg nach Israel. Die von der Regierung geförderte Masseneinwanderung seit 1948 ließ Israels Bevölkerung stark ansteigen.

Seiden sagt, die Juden innerhalb und außerhalb Israels hätten mehr davon, wenn diese Gelder in den USA blieben und für die Erhaltung der jüdischen Kultur und des jüdischen Charakters verwendet würden.

Seiden zufolge ist dies die größte Herausforderung, der sich die Juden gegenübersehen, die Erhaltung ihres Judentums angesichts des »kulturellen Holocaust«. Er sagt: »Wir sind auf eine sehr reale und spürbare Weise Zeuge des buchstäblichen Verschwindens der Juden und der Verwässerung des Judentums bei jenen, die sich selbst für Juden halten . . . Heute ist die üblichste ›jüdische‹ Handlung, die viele unserer Jugendlichen begehen, eine Mischehe.«

Die unerbittliche Zahlenlogik

Das Problem ist verwurzelt in der unerbittlichen Zahlenlogik, meint Seiden: »Wenn alle Juden, die nach Amerika gekommen sind, Juden geblieben wären und ihre Kinder gelehrt hätten Juden zu bleiben, gäbe es heute zehn Millionen Juden in den Vereinigten Staaten. Die Zahl sechs Millionen Juden ist die Zahl, die jetzt allgemein genannt wird, doch sie ist übertrieben.«

Seiden nennt Zahlen, die einen Rückgang um 25 Prozent bei den Juden der Diaspora bis zum Jahr 2000 voraussagen, was für die Gesamtbevölkerung der Juden außerhalb Israels lediglich eine Million ergeben würde, »halb so viel wie die Einwohner einer heutigen Großstadt irgendwo auf der Welt«.

»Darauf sollten sich die jüdischen Führer heute konzentrieren. Das ist das Problem mit der höchsten Priorität für das Judentum in dem kommenden Jahrzehnt«, bekräftigt Seiden.

Das heißt nicht, daß Seiden der Meinung ist, das Überleben Israels sei ein Gesamtprojekt von sekundärer Bedeutung. Doch wenn die jüdische Gemeinde weltweit ausstirbt, wird es keine Juden mehr geben, die nach Israel gehen können, zumindest nicht die spezielle Art von Juden, die dessen Sicherheit und Wohlstand garantieren werden.

Wie Seiden sagt: »Der einzige Ort, wo man fast sicher sein kann, daß die eigenen Enkelkinder Juden sein werden, ist Israel. Es ist jedoch nicht realistisch damit zu rechnen, daß Juden der Mittelklasse aus dem Westen unter den gegenwärtigen Bedingungen nach Israel gehen werden. Deshalb ist das Problem der Assimilation in der Diaspora als erstes in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig sollten die jüdischen Führer in Amerika Druck auf Israel ausüben, daß jene Veränderungen dringlich gemacht werden, so daß Israel für die Juden der Mittelklasse aus dem Westen attraktiv wird.«

Israel basiert auf »Shnor«

Die Abhängigkeit Israels von externen Einkommensquellen hat in der Tat – so Seiden – dort

Bedingungen geschaffen, die für »Juden der Mittelklasse aus dem Westen« unhaltbar sind. Israel, so sagt er, basiert auf »Shnor, der Verwendung von nicht verdientem Kapital«.

Dies ergab sich erstens durch die von den USA in der Gründungszeit des Landes gelieferten Gelder. Die zweite Welle dieser Geldsummen kam aus deutschen Reparationszahlungen, mit denen der größte Teil der Infrastruktur des Landes gebaut wurde und viele private Renten gezahlt worden sind. Die dritte Welle war amerikanische Hilfe, die sich insgesamt auf mehr als drei Milliarden Dollar belief.

»Die politische Maschinerie, die für die Verteilung dieser Gaben verantwortlich ist, hat die Gelder dazu benutzt, sich selbst an der Macht zu halten.« Das israelische Establishment ist somit im wesentlichen gegen Investoren und Unternehmen, da deren Privatkapital als »eine Gefahr für das existierende System« angesehen wird und was noch wichtiger ist: »Wenn es zu einem starken Fluß von Privatkapital käme, dann könne das den Fluß des Kapitaleinkommens (nicht erarbeitetes Einkommen) stoppen.«

Damit wäre die Macht dem derzeitigen politischen Establishment in Israel entrissen und würde in die Hände des privaten Sektors gelangen. »Die Demokratisierung der Wirtschaft wird von den führenden israelischen Politikern nicht gern gesehen, trotz des gegenteiligen Lippenbekenntnisses, das sie ablegen«, schreibt Seiden.

Da die Mittelkasse-Juden der Diaspora daran gewöhnt sind unternehmerische Risiken zu übernehmen und sich die Freiheit zu nehmen, diese Risiken auch wirklich einzugehen, werden sie natürlich von der wirtschaftlichen Umgebung in Israel abgestoßen, wo man die Genehmigung für größere Investitionen oder Risikounternehmungen von einer unübersehbaren Zahl von Regierungsbehörden und Gewerkschaften einholen muß, berichtet Seiden.

Das führt natürlich zu Seidens zweitem Punkt, daß die »andere wichtige Priorität für die jüdische Führung in Amerika darin besteht, die Tore Israels für Mittelklasse-Olim aus dem Westen zu öffnen«.

Seiden weist auch darauf hin, daß der verringerte Handlungsspielraum Israels eine weitere Konsequenz seiner Abhängigkeit von ausländischen Mächten in bezug auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist, obwohl Israel in der Praxis nie so gehandelt hat als wenn es durch seine Gönner, die Vereinigten, eingeengt wäre.

Obwohl Seiden diesen letzten Punkt nicht anspricht, sollte er zur Kenntnis genommen werden, denn Israel hat diesen Aspekt der traditionellen Rolle eines Satellitenstaates immer eher als ein Public-Relations-Problem behandelt denn als ein diplomatisches oder politisches Problem.

Ein Meer von Staatsschulden

Doch nach Seiden hat man soeben ein Beispiel dafür, wie Israels Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten ins Spiel kommen könnte.

Seiden: »Wann und wie Israel Frieden mit seinen Nachbarn macht ist zu sehr von Bedeutung, als daß dies durch ein Abhängigkeitsverhältnis mit einem anderen Land beeinflußt werden sollte. Es ist auch schwierig Industriezweige zu entwickeln, die mit dem eigenen Sponsor in Wettbewerb stehen könnten. Das israelische Lavi-Kampfflugzeug ist dafür ein Beispiel.

Was hält die israelische Industrie über Wasser? Ein Meer von Staatsschulden und Auslandshilfe.«

Seiden sagt, es sei an der Zeit, daß die »Geschäftsleute, Investoren und jüdischen Wissenschaftler« den »Spendensammlern und Sozialarbeitern« die Kontrolle über das Schicksal Israels gewaltsam entreißen. Wenn es den Juden außerhalb Israels gelingt das Wirtschaftsklima in Israel zu verändern und unter den Jugendlichen ein erhöhtes jüdisches Bewußtsein hervorzurufen, dann ist Israels Sicherheit und Zukunft gesichert, schlußfolgert er, und es liegt an den führenden Juden in Amerika dies zu erreichen. □

Palästinenser

Auf dem Weg zu einem Staat

Victor Marchetti

Unter dem Geplapper und Getratsche bei einem diplomatischen Empfang in Washington meinte Eric Rozenman, Herausgeber der pro-israelischen Nahost-Berichte, »das Ende des Jahrhunderts des Zionismus nahen zu hören«.

In der in Washington erscheinenden »Jewish Week« berichtet er, wie er einen israelischen Korrespondenten sagen hörte: »Wir befinden uns auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat an der West Bank und Gaza. Die einzige Frage ist, ob er in irgendeiner Form mit Jordanien zusammengefaßt oder ob es ein PLO-Staat sein wird.«

Eine Idee, deren Zeit vorüber ist

Während die Camp-David-Vereinbarungen des Jahres 1979 für Israel hinreichend Gelegenheit boten, für die besetzten palästinensischen Territorien eine Autonomievereinbarung auszuarbeiten, tat die zionistische Regierung wenig, außer zu versuchen, sie als Kolonien auszubeuten.

Diese Idee brach mit den gegenwärtigen Unruhen lauthals zusammen. Jetzt sagen führende arabische Politiker wie der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, daß Camp David »eine Idee ist, deren Zeit vorüber ist«.

Das heißt, alle Änderungsvorschläge, die sich aus der Friedensinitiative von US-Außenminister George Shultz ergeben könnten, können nur in Richtung Befriedigung der Wünsche der Palästinenser gehen und nicht in Richtung Besänftigung der Ängste Israels.

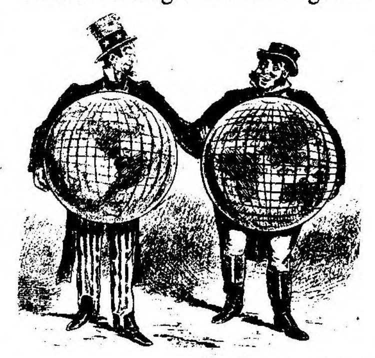
Die amerikanischen Zionisten sind auch betroffen von der Beurteilung der gegenwärtigen Lage, die der ehemalige Direktor für Kommunikation im Weißen Haus und in mehreren Zeitungen schreibende Leitartikler Patrick Buchanan von sich gegeben hat. Er betrachtet die Aufstände der Palästinenser als Anzeichen für das Erreichen der politischen Trennungslinie und vergleicht die Aufstände in den besetzten Territorien mit dem Massaker von Boston im Jahr 1770. Damals töteten britische Truppen eine Handvoll amerikanischer Schneeballwerfer und halfen so den Funken zu zünden, der zur amerikanischen Revolution führte.

Erforderlich eine neue US-Politik

Buchanan weist seinen ehemaligen Boß, US-Präsident Ronald Reagan, außerdem darauf hin, daß die amerikanischen Interessen in der großen arabisch-islamischen Welt eine neue US-Politik erforderlich machen werden. Mit anderen Worten: Washington sollte wegschauen oder gar dabei mithelfen, wenn Israel eingeheizt wird.

Als einzige Reaktion darauf scheinen die amerikanischen Zionisten nur in der Lage sein zu sagen, es könnte stimmen, daß Israel kurzfristig gesehen ohne das Land der Palästinenser besser dran wäre. Doch sie warnen davor, daß es sich bei dem arabischen Konflikt mit Israel nicht um eine kurzfristige Sache handelt.

Somit schlußfolgert Rozenman schwermütig, daß die West Bank und Gaza eine Flagge, eine Hymne und mehr internationale Anerkennung bekommen werden als Israel. Man wird sie drängen, vollständige Souveränität zu erlangen und ihre territorialen Ansprüche vielleicht sogar auf das Ostufer und Westgaliläa auszudehnen, das jetzt voll in den Staat Israel integriert ist, und sämtliche internationalen Garantien der Entmilitarisierung der West Bank und Gaza werden zwangsläufig mit der Zeit immer schwächer werden, während der neue palästinensische Staat Legitimität erlangt. □



Israel

Die Jüdische Neue Rechte

Victor Marchetti

Wie die meisten amerikanischen Juden fühlen sich die sogenannten »Neo-Konservativen« in diesen Tagen äußerst unbehaglich, was die Ereignisse in Israel und den besetzten Territorien angeht, schreibt Walter Ruby, der New Yorker Korrespondent der »Jerusalem Post«. Doch ihre Unbehaglichkeit scheint weniger zu tun zu haben mit moralischen Anwandlungen über die harte Reaktion des zionistischen Staates auf die palästinensischen Unruhen als mit ihrem eigenen Mangel an Ideen für einen raschen und leichten Weg weg von dem dunklen Pfad, auf dem sich Israel jetzt befindet.

Die Neo-Konservativen, von denen die meisten um das Magazin »Commentary« – es wird vom New Yorker Kreis des amerikanisch-jüdischen Komitees veröffentlicht – herum gruppiert sind, sind eine höchst einflußreiche Gruppe einstiger liberaler Intellektueller, die in den siebziger Jahren – als die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten das Glück verließ – zum Konservatismus übergelaufen sind. Diese fast ausschließlich jüdische Gruppe, so Ruby, entwickelte eine Schule des Denkens, die eine ungeheuere Stütze für die Regierung Ronald Reagans war.

Eine Rückkehr zum Kalten Krieg

Diese hoch kreativen Denker und brillanten Opportunisten haben gepredigt, daß eine Rückkehr zum Kalten Krieg mit Moskau – indem Israel ein unerläßlicher strategischer Verbündeter sein würde – die einzige Antwort auf die Probleme wäre, mit der die westliche Welt konfrontiert wird. Doch heute, so geben sie nur zögernd zu, haben sie kein Rezept dafür, wie man Israel und den Vereinigten Staaten helfen könne, Frieden im Nahen Osten zu finden und Anerkennung für den jüdischen Staat unter den arabischen Ländern zu erreichen.

In »Commentary«, einem politischen Meinungsblatt, predigen die Neo-Konservativen ein Evangelium hoher Verteidigungsausgaben; enge Beziehungen zu Israel und eine Konfrontationshaltung gegenüber der Sowjetunion, den nicht-alliierten Staaten der dritten Welt und Israels arabischen Rivalen. So wurde die pro-zionistische Politik ein Synonym für Antikommunismus.

Zu der Riege der Neo-Konservativen gehören solche Unruhestifter aus der amerikanischen Regierung wie der Staatssekretär im Außenministerium, Elliot Abrams, der ehemalige Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, und eine Schar weniger bekannter, doch deshalb nicht weniger einflußreicher Staatssekretäre mit starker zionistischer Überzeugung, die in der ganzen amerikanischen Staatsbürokratie verstreut sind, sich jedoch besonders um das Verteidigungsministerium herum konzentrieren.

Dazu gehören solch wichtige Personen – manche würden sagen zweifelhafte Persönlichkeiten – wie die ehemalige Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick; der ehemalige nationale Sicherheitsberater Robert McFarlane und eine Gruppe zionistischer Sympathisanten, die sich eifrig bemühen, auf der Welle der Neo-Konservativen mitzuschwimmen.

Der Status quo ist unhaltbar

Einzeln und als Gruppe unterstützen die Neo-Konservativen weiterhin das strategische Bündnis zwischen den USA und Israel und drängen die US-Regierung, den zionistischen Staat nicht zu Konzessionen zu zwingen, die die Weltmeinung besänftigen würden, die aber Israels zweifelhafte Sicherheit gefährdet. Sie sind besonders auf der Hut vor der derzeitigen Initiative von US-Außenminister George Shultz, der hinter den Kulissen versucht, eine Friedenskonferenz zustandezubringen, und sie hegen den Verdacht, daß US-Präsident Ronald Reagan den Wunsch haben mag, als Friedenspräsident in die Geschichte einzugehen, der neben einem Rüstungsabkommen mit den Sowjets »einen weiteren Handel mit den Arabern geschlossen hat«.

Für George Shultz, US-Außenminister, und seine Beamten sind Leute, die Israel kritisieren, nicht länger Freunde Amerikas.

Norman Podkoretz, der Herausgeber von »Commentary«, der als der Pate der Jüdischen Neuen Rechten angesehen wird, schrieb vor kurzem in einer Kolumne, die in mehreren Blättern gleichzeitig erschien, der palästinensische Aufstand »repräsentiert die Öffnung einer neuen Front und einer neuen Reihe von Taktiken in dem unbarmherzigen Krieg, den die arabische Welt seit dem Jahr 1948 führt, um den jüdischen Staat zu zerstören«. Doch er empfiehlt nichts außer stillschweigender Übereinstimmung mit Israels knochenbrechender Politik, die er als »äußerst unerfreulich und häßlich bezeichnet, doch die im wesentlichen eine Frage der Kontrolle des Aufruhrs und eigentlich polizeiliche Angelegenheit sei«.

Noch jüngeren Datums ist ein anderes Zitat von ihm, wo er gesagt haben soll: »Natürlich ist der Status quo unhaltbar, doch die Alternativen für eine fortgesetzte Besatzung sind gleichermaßen unangenehm und alles ist gefährlich. Israel ist gespalten, weil nicht klar ist, welches der richtige Kurs ist. Der derzeitige Kurs ist schrecklich, doch ein Rückzug ist genauso schrecklich.«

Eine Verständigung mit den Palästinensern ist machbar

Irving Kristol, der häufig für »Commentary« schreibt und Herausgeber von »The Public Interest«, einem anderen neokonservativen Blatt ist, hat ebensowenig eine Lösung für Israels gegenwärtigen Krise parat, obwohl er immerhin andeutet, eine Verständigung mit den Palästinensern könnte machbar sein.

»Ich sehe nicht, warum Israel selbst vor einem PLO-Staat an der West Bank Angst haben sollte, denn Jordanien würde ihm nicht viel erlauben«, sagte er.

»Die Vorstellung einfach so weiter machen zu können, bis sie mit den Arabern verhandeln werden, ist ziemlich absurd. Die Araber werden niemals ernsthaft verhandeln.«

Kristol gibt dem israelischen Wahlsystem die Schuld dafür, daß es »keine Regierung hervorgebracht hat, die bereit, ist eine einseitige Maßnahme zu ergreifen, die bei einer großen Minderheit« der Bevölkerung, den Ultra-Nationalisten, unpopulär wäre. □

Auf den Schwingen der Geier

Im folgenden Beitrag geht es um Aliyah, der Rückkehr nach Israel, und das nicht endende Bevölkerungsproblem des zionistischen Staates. Der Beitrag erschien in der Zeitschrift »Issues«, einer Veröffentlichung des Amerikanischen Rates für das Judentum, eine Organisation, die gegen den Zionismus ist.

Die gegenwärtige Kontroverse über das endgültige Schicksal der sowjetischen Juden und ob sie ausschließlich nach Israel gehen sollten oder ob ihnen nicht die Wahl überlassen bleiben soll, hat diesen Beitrag veranlaßt. Er wurde von Israel Shamir für die israelische Zeitung »Al Hamishmar« geschrieben:

Die Geschichte einer Flugzeugentführung

Ein Sprecher der israelischen Verteidigungsstreitkräfte hat verkündet, daß eine Kommandoeinheit der IDF in der vergangenen Nacht ein Flugzeug der Pan American Airlines während seines Routinefluges zwischen London und New York in seine Gewalt gebracht hat. Das Flugzeug landete ohne Zwischenfälle auf dem Ben Gurion Flughafen in Lod. Nichtjüdische Passagiere wurden sofort freigelassen und das Flugzeug durfte seinen Flug nach kurzer Verzögerung fortsetzen.

In einer feierlichen Zeremonie, die am Flughafen abgehalten wurde, präsentierte der Minister für Aufnahme, Yakov Tsur, zwanzig amerikanischen und britischen Juden – die Passagiere dieses Flugzeuges gewesen sind – Repatriierungszertifikate und die israelische Staatsbürgerschaft.

Das war das erste Mal, daß ein Flugzeug auf der Route London –New York entführt wurde, doch im vergangenen Jahr hat die IDF über zwanzig Flugzeuge mit russischen Juden umgeleitet, die in die Vereinigten Staaten emigrieren wollten.

Die Entscheidung ein Programm zu starten, um Passagiere der Route London – New York nach Israel »umzuleiten«, wurde bei der letzten Vollversammlung des israelischen Kabinetts getroffen. Sie wurde getroffen, weil keine Juden aus der Sowjetunion mehr das Land verließen, da sie fürchteten, daß ihr Flugzeug entführt wird.

»Die Menschen in Israel stammen aus dem Land Israel. Das ist die Heimat aller Juden, ob es ihnen gefällt oder nicht«, sagte Major Shmulik, der kommandierende Offizier der Einheit, die die Mission erfolgreich beendet hatte.

»Was machen die für ein Theater? Glauben die amerikanischen Juden, wir nehmen die russischen Juden und lassen die amerikanischen Juden im Exil leiden?«

Repatriierung aller Juden

Als Antwort auf Fragen der Presse, ob die neuen Immigranten ins Ausland reisen dürften, sagte der Vertreter des Aufnahmeministers, alle neuen Bürger dürften Israel verlassen, wann immer sie wollten.

Die einzige Voraussetzung ist, daß sie die Kosten ihres Transportes nach Israel und die Kosten für die Dienstleistungen und die Unterkunft zahlen, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem müßten sie für eine kurze Zeit Wehrdienst tun und eine kleine Ausreisesteuer bezahlen.

»Alle Juden gehören nach Israel, es ist ihre Heimat, ob es ihnen gefällt oder nicht.«

»Wir sind hier nicht in Rußland«, sagte der Sprecher des Ministeriums. »Unsere Tore sind nicht verschlossen. Diejenigen, die gehen wollen, können gehen!«

Die neuen Immigranten – offenbar vom Gefühl überwältigt – konnten die Tränen nicht zurückhalten. Der Streit darüber, ob die neuen Olim (Immigranten) in die neu erschlossenen Gebiete in der Wüste geschickt werden oder in die Siedlungen an der West Bank wurde durch einen Kompromiß gelöst: die Hälfte von ihnen ging in die Wüste, der Rest an die West Bank.

»Die Zeit ist gekommen, um das Galut (Exil) ein für allemal zu beenden«, sagte ein israelischer Regierungsvertreter. »Die Existenz selbst auch nur eines Juden außerhalb des Staates Israel ist ein Schlag ins Gesicht des jüdischen Heimatlandes. Wir müssen diese Peinlichkeit loswerden. Die Kritik von seiten Amerikas und des europäischen Gemeinsamen Marktes ist offenbar motiviert durch scharfen Antisemitismus. Wir haben schon immer gewußt, daß die Welt gegen uns ist, doch es ist uns gelungen, dies in der Vergangenheit zu überwinden, und wir werden es auch diesmal überwinden!«

Sofortige Besetzung von New York

Die Welt-Zionisten Organisation (WZO) hat dafür gestimmt die Mapam Partei wegen ihrer mangelnden Unterstützung für die mutige Land-Luft-Operation zu verurteilen. Andererseits hat die WZO es abgelehnt, die Forderungen der Likud-Partei nach einer sofortigen Besetzung New Yorks und seiner Vororte zu unterstützen, um die Repatriierung aller Juden durchzuführen.

Man war gegen die Initiative der Likud-Partei, weil sie zu einem katastrophalen Absinken der Geldmenge geführt hätte, die durch die verschiedenen Aktionen des United Jewish Appeal hätte gesammelt werden können; dieses Geld könnte dann in die Fortführung der Operation mit dem Code-Namen »Auf den Schwingen der Geier« – als Erinnerung an die Operation »Auf den Schwingen der Adler«, die in der Vergangenheit durchgeführt wurde – gesteckt werden. □

Zitate

Deutschland

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin: »Das Ziel der Deutschland- und Berlinpolitik für die neunziger Jahre muß und kann angesichts der globalen Bedingungen nur lauten: Wir hoffen, daß die Einheit der Nation trotz der staatlichen Teilung für immer mehr Deutsche erlebbar wird. Die Methoden zur Verfolgung dieses Zieles sind: Zusammenarbeit der beiden Staaten in Deutschland, Wandel durch Offenheit, eine Veränderung der trennenden Wirklichkeiten durch die Vernetzung von Infrastrukturen und durch mehr menschliche Begegnungsmöglichkeiten. Deutschlandpolitik für die neunziger Jahre verliert dabei das erstreckte Ziel einer Einheit der deutschen Nation ohne staatliche Teilung nicht aus den Augen. Aber wir müssen heute das tun, was machbar ist, und Perspektiven bieten, ohne Illusionen zu fördern. Pragmatismus für heute und die Vision für die geschichtliche Perspektive, das ist kein Widerspruch, das ist die notwendige Ergänzung.«

USA

Arthur Miller, amerikanischer Dramatiker: »Es ist schlimmer geworden. Zunächst einmal wird alles immer teurer. Je teurer es wird, ein Stück aufzuführen oder einen Film zu produzieren, desto schärfer die Forderung, daß ein möglichst breites Publikum erreicht wird. Also wird alles trivialisiert, homogenisiert, damit nur ja alle alles verstehen und so weiter. Die Folge ist, daß die Vereinigten Staaten die Popkultur der Welt schaffen. Es fällt uns immer schwerer, irgend etwas auf der Ebene hervorzubringen, die ich einmal populäre Hochkultur nenne möchte. Bei uns entsteht entweder Elitekunst für einen kleinen Kreis von Eingeweihten oder Pop-Zeug. Im Pop-Zeug sind wir Weltmeister. Auf der mittleren Ebene schaffen wir wenig.«

Geld

Tito Tettamanti, Schweizer Anwalt und Finanzmann: »Es ärgert mich, wenn die Medien Rangordnungen der reichsten Leute veröffentlichen. Die Jugend bekommt dadurch den Eindruck, daß materieller Erfolg der einzige Maßstab im Leben sei. Wenn Geld Selbstzweck wird, dann gehen alle unsere anderen Werte zugrunde. Dann breitet sich die Korruption immer weiter aus.«

Ungeborenes Leben

Martin Brecht, Professor für evangelische Theologie an der Universität Münster: »Derzeit wird der Preis der Gleichberechtigung der Frau zum Teil dem ungeborenen Leben tödlich aufgelastet, indem eine rechtliche Konvention den Schwangerschaftsabbruch gestattet. Die Gesellschaft liebt es nicht, wenn an diese bequeme, aber so eigentlich nicht verantwortbare Regelung gerührt wird. Die Kirchen müßten noch deutlicher widersprechen und vor allem in ihrer Diakonie mehr dagegen tun. Das gleiche gilt für eine christliche Sozialpolitik.«

USA

Robert M. Solow, Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger: »Die Vorstellung, daß der Niedergang des British Empire ein Beispiel dafür sein könnte, was dem Römischen Reich widerfuhr und den Amerikanern bevorsteht, beeindruckt mich nicht. Ich glaube allerdings, daß der Erfolg manchmal Länder und Völker korrumpiert, und es ist denkbar, daß der amerikanische Erfolg die Amerikaner zu selbstbewußt gemacht hat. Aber daß wir schon an einem bedeutenden Wendepunkt sein könnten, nehme ich nicht an. Die Amerikaner haben lange in der Vorstellung gelebt, daß ihr Lebensstandard immer höher sein müßte als der aller anderen Länder. Das ist natürlich Nonsens. Es mußte immer damit gerechnet werden, daß Europäer, Japaner oder andere uns einholen und auch überholen könnten. Uns sollte das nicht nur nicht überraschen, wir sollten es begrüßen. Und in diesem Sinne ist die tiefe Überzeugung, der große amerikanische Traum, Gott hätte mit diesem Land etwas ganz Besonderes vor, wahrscheinlich zu Ende gegangen. Ich kann das nur begrüßen.«

Soldaten

Manfred Rommel, Oberbürgermeister von Stuttgart: »Zur Friedenspolitik genügt nicht ein Pazifismus, der sich vorwiegend in der Feindschaft gegen Soldaten äußert, und zwar vorsichtshalber gegen die eigenen.«

Souveränität

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes besteht fort und kann von uns nicht aufgekündigt werden.«

Gorbatschow

Swjetlana Allilujewa, die Tochter Stalins: »Michail Gorbatschow ist ein Naivling. Die Glasnost ist zum Untergang verurteilt. Gorbatschow ist eine ehrliche und ausgezeichnete Persönlichkeit, aber er handelt zu schnell. Er wird die Zukunft Rußlands und der Welt nicht bestimmen.«

Kreml-Chef

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister: »Ich möchte davon ausgehen, daß Gorbatschow ein guter sowjetischer Patriot ist, ein Mann, der erkannt hat, daß der Einfluß der Sowjetunion auf die Welt und in der Weltpolitik steigt, wenn sie sich nicht mehr hauptsächlich oder nur auf die Rüstung, das heißt auf die Bedrohung anderer stützt, sondern diese Bedrohungspotentiale abbaut und sich mehr auf die kreativen Kräfte ihrer begabten Völker verläßt. Aber selbst wenn dies ein Irrtum wäre und seine Worte nur Worte wären, hinter denen sich ein anderer teuflischer Sinn verbirgt, so wäre dieses Spiel auf jeden Fall für ihn selbst sehr viel risikoreicher als für die westlichen Staaten.«

CDU

Norbert Blüm, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender und Bundesarbeitsminister: »Die CDU leidet nicht an Ermüdungserscheinungen, sondern eher an einer fiebrigen Flatterhaftigkeit, die ständig auf Neues und Spektakuläres lüstern ist. Während wir die erste Wegstrecke noch nicht eingeweiht haben, streiten wir schon über den dritten Wegabschnitt.«

Bonn

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »So könnt ihr das mit mir hier nicht machen. Ich erwarte, daß das Kabinett das Ding gleich verabschiedet, und zwar einstimmig. Und wenn ihr das nicht wollt, dann müßt ihr euch halt jemand anderes suchen, dann kann ich ja gleich zum Richard von Weizsäcker gehen, dann ist die Sache zu Ende. Ich lasse mich hier nicht vorführen wie einen Tanzbären.«

Frankreich

Jean-Marie LePen, Präsident der Nationalen Front Frankreichs: »Frankreich hat sechs Millionen Einwanderer. Unsere Geburten bleiben zurück, wir müssen also die Familien-Hilfe aufstocken. Die Zahl der Kriminaltaten hat sich bei Mord in den letzten Jahren unter den Präsidenten Giscard d'Estaing und François Mitterrand verdoppelt. Die Zahl der Drogensüchtigen ist um das 34fache gestiegen. Schule und Elternhaus haben aufs Leben vorzubereiten und nicht sozialistischen Experimenten zu dienen. Frankreich muß wieder lernen, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Das Böse muß betraft werden. Ich bin deswegen für die Wiedereinführung der Todesstrafe.«

Bundestag

Hannelore Rönsch, CDU-Bundestagsabgeordnete: »Jeder dritte der 519 Abgeordneten kommt aus dem öffentlichen Dienst. Von den 32 SPD-Frauen sind allein 14 Lehrerinnen oder Erzieherinnen. Hinzu kommen mehr als 70 Abgeordnete, die direkt aus den Gewerkschaften, den Parteien oder sozialen Organisationen in den Bundestag gewechselt sind. Sie alle wissen nicht, wie es im wirklichen Leben zugeht. Damit muß Schluß sein. Wir brauchen mehr berufserfahrene Unternehmer, Handwerker und Arbeiter im Bundestag.« □



Medizin

Ionen bestimmen die Atemluft

Kay Vogel

Mit jedem Atemzug kommen Ionen in unsere Lungen und werden vom Blut den Zellen zugeführt. Ionen erfüllen die Luft in riesigen Mengen. Es sind elektrisch geladene Teilchen, die dadurch entstehen, daß Atome oder Moleküle unter Einwirkung starker Energien negative Elektronen aufnehmen oder verlieren. Die Energien stammen aus der kosmischen und der ultra-violetten Strahlung, aus radioaktiven Elementen im Gestein, aus Gewittern, Wasserfällen, Wind, Sand- und Staubstürmen.

Auf welche Weise beeinflussen Ionen die Stimmung des Menschen? Nach Meinung von medizinischen Autoritäten hängt die Fähigkeit, Sauerstoff aufzunehmen und zu verwerten, zum Teil von den Ionen ab. Negative Ionen im Blutstrom beschleunigen die Beförderung des Sauerstoffs in die Zellen und Gewebe und regen den Menschen in vielen Fällen ebenso an, wie einige Atemzüge reinen Sauerstoffs. Positive Ionen hemmen die Sauerstoffbeförderung im Körper und rufen dieselben Symptome hervor, wie beispielsweise die durch Sauerstoffmangel bedingte Höhenkrankheit. Man glaubt, daß negative Ionen auch das Retikuloendothel anregen, eine Zellengemeinschaft, die die Abwehrkräfte des Körpers steuert.

Die Gefahren der Luftverschmutzung

Schmutz- und Giftpartikel von Heizungen, Autos und Industrie dringen durch Tür- und Fensterritzen in unsere Räume ein und werden Tag und Nacht vom Menschen eingeatmet. Gefährlich ist die Luftverschmutzung, weil sie unspürbar, unsichtbar und oft auch geruchlos ist; sie wird vom Menschen kaum beachtet oder zu spät. Dabei haben Wissenschaftler festgestellt, daß viele chronische Krankheiten durch Luftverschmutzung verursacht werden.

Zwar bekämpfen wir zu trockene Luft mit Luftbefeuchtern oder schlechte Gerüche mit Raumsprays; die viel schädlicheren Schwebepartikel bleiben jedoch unbeachtet, weil sie von uns nicht wahrgenommen werden.

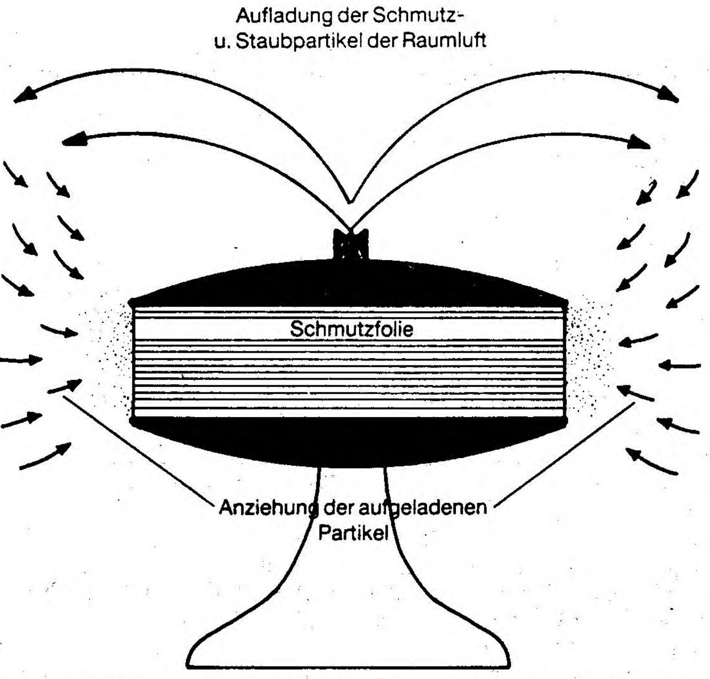
Überall auf der Welt nimmt darum die Zahl der Menschen mit Atembeschwerden oder erkrankten Atemwegen zu. Eine langsame, aber stete Schädigung der Gesundheit durch Luftverschmutzung ist gewiß. Die Nasenschleimhäute, das Flimmerepithel der Luftröhre und Bronchien können wohl Grobstaub aufhalten, aber nicht den mikrofeinen Luftschmutz.

Zum Entfernen dieser mikrofeinen Luftschmutz- und Giftpartikel aus der Raumluft gibt es jetzt ein neues, geniales Raumluftreinigungsgerät. Zu diesem Gerät schreibt Professor Dr. med. G. Lebek, Leiter der Abteilung für Allgemeine Mikrobiologie der Universität Bern:

»Wir erhielten den ›Vitar 250‹ zur Prüfung der Wirksamkeit hinsichtlich der Bakterien- und Schmutzpartikelaufnahme durch den Auffangstreifen des Gerätes. Zusammenfassend kann bestätigt werden, daß das Gerät aus der Raumluft bedeutende Mengen von Schmutzpartikel anzieht und innerhalb von vier Stunden in unseren Versuchen bis zu 165 000 Keime auf dem Auffangstreifen aufnimmt.«

Mit diesem Luftreinigungsgerät »Vitar«, das sich hauptsächlich für den Wohn- und Schlafbereich eignet, werden die Luftschmutzpartikel durch Ionisation elektrostatisch aufgeladen. Dies hat nichts mit ionisierenden Strahlen zu tun, sondern erfolgt nur elektrostatisch.

Sobald der Luftschmutz elektrostatisch negativ geladen ist, wird er vom positiv geladenen Schmutzmagneten des Gerätes angezogen und bleibt auf einem Auffangstreifen haften.



Der Luftreiniger »Vitar 250« mit seinem elektrostatischen Wirkungsprinzip.

Ohne Luftzug, ohne Geräusche und mit minimalstem Stromverbrauch von nur einem Watt ist die Raumluft einem steten Reinigungsprozeß unterworfen. Auf dem Auffangstreifen rund um das Gerät beobachtet man von Tag zu Tag, wie der grauschwarze Luftschmutzpelz immer dichter und schwärzer wird.

Untersuchungen der Luftschmutzschicht zeigen, daß dieser hauptsächlich von Autoabgasen, Ölheizungen und Industrie stammt. Es finden sich Ruß, Staub, aus Autoabgasen Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Schwermetalle, Stickoxide, Bleioxide und verschiedenartigste andere Partikel und Aerosole, sogar Bakterien und Pilze auf dem Streifen.

Etwa alle zwei Wochen wird der Streifen samt Schmutz- und Giftstoffen weggeworfen und ein neuer um das Gerät gewickelt, damit der Prozeß von vorne anfangen kann.

Vergleiche mit anderen Luftreinigern nach herkömmlichem System mit Ventilator und Filtern zeigen, daß beim »Vitar« der Reinigungsprozeß speziell für sehr feinen Luftschmutz rasch abläuft. Oft werden mit herkömmlichen Geräten hauptsächlich Grobpartikel erfaßt, die weniger gesundheitsschädlich sind, weil sie durch Nasenschleimhäute und Flimmerepithel aufgehalten und ausgeschieden werden.



Ionen bestimmen unser Wohlbefinden

Das »Vitar«-Gerät ist das einzige Ionisationsgerät, das einen Luftschmutzmagneten besitzt.

Das patentierte Verfahren erzeugt keine schwarzen Wände, wie dies beim Betrieb anderer Ionengeräte der Fall ist. Das »Vitar«-Gerät erlaubt durch die Spezialschaltung eine hohe Ionenproduktion, und die nach der Luftreinigung in der Luft verbleibenden negativen Ionen sind biologisch wirksamer, weil sie nicht gegen »Erde« wandern wie beim altherkömmlichen Ionengerät. □

Weitere Informationen über »Vitar«-Luftreinigungssystem von Pro Vital Versand Tien, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn

Schwingungen statt Tabletten

Karl Vogel

Der Umstand, daß der Tablettenverbrauch in der Bundesrepublik rapide angestiegen ist, ist sehr beunruhigend. Er zeigt nicht nur an, daß viele Menschen unter Schmerzen zu leiden haben: Er hat auch eine Kostenseite und scheint außerdem völlig an der Tatsache vorbei zu gehen, daß es kein wirksames Arzneimittel ohne Nebenwirkungen gibt. Es ist also eine Alternative gefragt, nach der die Rücken-, Migräne-, Rheuma-, Ischias-, Kreuz-, Neuralgie- und sonstigen Schmerzgeplagten greifen können.

Die neue Schweizer Sano-Sono-Methode ist eine solche Alternative, die Schmerzen, aber auch ihre Ursachen gezielt bekämpft und das ohne Nebenwirkungen. Dabei ging ein Team von Erfindern, Technikern und Naturheilkundigen von der Erkenntnis aus, daß viele Gebrechen des Bewegungsapparates mit Verspannungen und Bewegungseinschränkungen verbunden sind, die oft massive Schmerzen verursachen. Diesen nun geht man mit den Mitteln modernster Elektronik zu Leibe – mit einem Tonschwingungsgerät, mit dem man nicht nur die Stärke, sondern auch die Frequenz einstellen kann.

Lösung von Muskelkrämpfen

Hier können in einem Bereich zwischen 50 und 600 Hertz je nach Bedarf 3000 bis 36 000 Schwingungen pro Minuten erzeugt werden, die nun auf ganz natürliche und unschädliche Weise das Zellgewebe in Schwung bringen und zu seiner Durchblutung beitragen.

Verblüffend unkompliziert, aber erfolgreich hat sich diese weltneue Methode in folgenden Anwendungsbereichen erwiesen: bei der Auflockerung der Muskulatur, bei der Lösung von Muskelkrämpfen, bei der Übertragung leichter Vibrationen auf innere Organe – etwa Lunge, Baucheingeweide oder zur Atemgymnastik –, bei der Lokkerung des Bandapparates – zum Beispiel an der Wirbelsäule – oder bei der Beruhigung erregter Nerven.

Denn der Magnet-Hubmotor des Sano-Sono-Zell-Aktivators reagiert sensibel und zuverlässig auf alle Wünsche, wobei die angestrebte Schwingungsfrequenz genau von Hand eingestellt werden kann. Daß man dabei die Frequenz mit der größten Effizienz findet, dafür sorgen zehn markierte Frequenzstellen. Und das ist nicht nur höchst komfortabel, sondern auch notwendig, da das Gewebe nicht überall gleich empfindlich ist. Hier walten also natürliche, gesunde und segensreiche Urkräfte, gebändigt für das eigene Wohlbefinden.



Verspannungen und Muskelschmerzen ganz einfach mit dem Sano-Sono-Gerät wegschwingen.

Gesteigerter Sauerstoff-Austausch in der Zelle

Das Wesentliche dieser neuen Schmerzbehandlungsmethode aus der Schweiz ist aber, daß sich diese neue faszinierende Anwendung noch zusätzlich mit dem Einsatz von Magnet-Rondos kombinieren läßt, die mit ihren zirkulierenden Feldstärken die heilsamen Einflüsse des Erdmagnetismus vervielfachen. Die Folge ist, daß dadurch der lebenswichtige Sauerstoff-Austausch in der Zelle entscheidend gesteigert wird: gut durchblutetes Gewebe aber lebt – und läßt leben.

In diesem Sinne schreibt Dr. Erich Thulcke, der ehemalige Leiter der staatlichen Massageschule der Charité Berlin, über die Voraussetzungen einer wirksamen Vibrationsmassage.

Man stelle sich das menschliche Gewebe wie einen Beutel voller kleiner Murmeln vor, wobei jede Murmel einer Gewebezelle entspricht. Setzt man nun das neue Heimbehandlungsgerät mit dem Schwingteller auf den Beutel und schaltet es ein, erhalten die Murmeln einen Stoß. Beim Zurückschwingen des Behandlungstellers schwingen auch die Murmeln zurück. Auf diese Weise entsteht eine vibratorische Massagewirkung. Das Gewebe wird etwas zusammengedrückt und Ernährungsflüssigkeiten – meist sind es verbrauchte Schlackenstoffe – herausbefördert.

Durch den nachlassenden Druck entsteht ein Vakuum, das vom Körper sogleich mit frischem »Nährstoffgemisch« nachgefüllt wird. So wird die Wirkungsweise bei den herkömmlichen Vibrationsgeräten erklärt. Das stimmt auch. Nur, die Körperzellen sind keine Murmeln oder Tennisbälle oder was man sonst noch an Beispielen anführt, sondern fast ausschließlich aus Flüssigkeit bestehende Gebilde. Diese Zellen puffern auf sie einwirkende Schwingungen sehr schnell weg, so daß nur eine ganz geringe Eindringtiefe entsteht.

Stößt man jedoch mit dem Sano-Sono-Gerät die »Murmeln« an, so ergibt sich der bisher nicht gekannte Effekt einer heilsamen Tiefenwirkung. Diese Tiefenwirkung läßt sich durch die Frequenzmodulation des Gerätes lenken. Je höher die Frequenz, desto tiefer die Wirkung.

Je höher die Frequenz, desto tiefer die Wirkung

Je tiefer das Behandlungsziel im Gewebe liegt – wenn man zum Beispiel Verspannungen in der Gelenkkapsel des Hüftgelenkes »lockern« will, muß die Gesäßmuskulatur durchdrungen werden –, desto höher wird die Frequenz gewählt.

Bei Schwierigkeiten im Hand- oder im Ellbogenbereich genügt es, eine mittlere Frequenz zu wählen.

Auch die vegetativen Nervenstränge, die aus der Wirbelsäule kommen und zu den Fernzielen im Körper laufen, können auf diese Weise stoffwechselmäßig begünstigt werden und so für eine bessere Funktion der entsprechenden Organe sorgen.

Mit dem Sano-Sono-Gerät lassen sich Schwingungen erzeugen, die die Zellen entschlacken, die Gewebshormone auf Trab bringen und die Durchblutung fördern.

Der Sano-Sono-Aktivator erbringt genau jene Leistungen, die für eine erfolgreiche, schmerzbefreiende Anwendung notwendig sind. Es sind nicht die von Schiller beschriebenen »rohen Kräfte«, die hier »sinnlos walten«, sondern natürliche, gesunde, segensreiche Urkräfte.

Weitere interessante Einzelheiten über diese faszinierende Neuheit auf dem Gesundheitssektor kann man dem Buch »Schmerzfrei« von Frank Bildau und Hanspeter Sommer entnehmen. Es beschreibt 185 Krankheits-Indikationen und wurde von Therapeuten, Physikern, Elektronikern und Medizinjournalisten gemeinsam und seriös erarbeitet. □

Das Buch von Frank Bildau und Hanspeter Sommer mit dem Titel »Schmerzfrei« sowie weitere Informationen über die Sano-Sono-Methode erhalten Sie vom Vital-Versand Tien, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn.

Medizin

Gegen schädliche künstliche Energien

Erna Dobler

In der mexikanischen Wüste wächst ein Kaktus, der die Energien der Elektrizität, der Radioaktivität und des Magnetismus der Erde nutzt und sie in aufbauende Wachstumsvorgänge umwandelt. Hier setzt die gesundheitserhaltende und krankheitsverhütende Funktion der Aventurin-Kosmetika ein: die Wirkstoffe dieses mexikanischen Kaktusses helfen, die überschüssigen und daher schädlichen künstlichen Energien zu neutralisieren und gestörte Energien beziehungsweise Energiefelder nach einem natürlichen Prinzip wieder auszugleichen.

Seit Jahrtausenden lebt und wächst der für die Aventurin-Kosmetika verwendete Kaktus als »Überlebenskünstler« in der Wüste Mexikos. Nie wurde er von Menschen in seinem Biorhythmus verändert oder gedüngt. Da er von der Luftelektrizität, dem Erdmagnetismus, den Radonstrahlen aus dem Boden sowie allen Elementen, Spurenelementen, Mineralien, Vitaminen, Elektronen, Protonen und Neutronen des ihn umgebenden Makro-Kosmos lebt, beinhaltet er diese. Sein Stoffwechsel ist danach ausgerichtet.

Ausgleich von Yin und Yang

Das Ausgangsmaterial für die Aventurin »Georgstropfen« ist dieser Kaktus. Die Tropfen enthalten fast keine Materie mehr, sondern sind als vorwiegend geistiges Mittel anzusehen. Sie wirken auf vier Ebenen: körperlich, emotional-psychisch, geistig und spirituell durch Harmonisierung oder Ausgleich von Yin und Yang, was bekannt die Grundlage der Gesundheit ist.

Die Herstellung der Tropfen erfolgt über ein neuartiges Verfahren von gespeicherten Informationen in gleichbleibender Zusammensetzung. Bei dieser Gelegenheit sollte ich erwähnen, daß ich nicht nur in erster Linie Bioplasmatiker bin, sondern auch Anhänger der »Noetic Science«, der Wissenschaft vom Denken und Erkennen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, Heilwissen der alten Kulturen mit den modernen Möglichkeiten der Medizin und Technik zum Wohle der leidenden Menschen zusammenzubringen und einzusetzen.

Jahrelange Testungen mit dem Biotensor von Dr. Josef Oberbach und Computertestungen ergaben, daß der Kaktus in einer bestimmten Zusammensetzung die Energien der einzelnen Meridiane im menschlichen Körper ausgleichen kann. Sie wirken wie eine sanfte Nadelakupunktur. Die chinesische Meridian-Definition besagt, daß intelligible Verbindungswege des Energieaustausches zwischen Körperoberfläche – und damit der Außenwelt – und den im Körperinneren vorhandenen Orbis (organische Funktionskreise) für die Funktion aller Körper-, aber auch Seelenvorgänge verantwortlich sind.

Es sind Harmonisierungsmittel und keine Medikamente

Es gibt vier verschiedene Tropfenformen, die eine Einheit bilden: »Georgstropfen R« gegen die energetischen Auswirkungen der Radioaktivität; »Georgstropfen M« gegen die energetischen Auswirkungen der elektromagnetischen Felder und Magnetfelder; »Georgstropfen E« gegen die energetischen Auswirkungen der Elektrizität; »Michaelstropfen« zusätzlich zu den Georgstropfen R, E, M zum energetischen Meridianausgleich bei inneren und äußeren Narben sowie tiefgreifenden oder chronischen Energieflußstörungen.

Alle Tropfen werden eingerieben. Es sind Harmonisierungsmittel und keine Medikamente. Auch wenn man nach der ersten Einreibung noch nichts Umwerfendes verspüren sollte, so werden doch bereits nach der ersten Einreibung die Weichen in Richtung Energieausgleich gestellt, wie unzählige Biotensor-Messungen, Computertests und Kirlian-Fotographien beweisen.

Der Energie-Transport wird wieder in Gang gesetzt und jede Zelle nimmt sich blitzschnell das, was sie aus dem Elementeangebot braucht. Die weiteren Einreibungen bewirken dann, daß der Energiefluß verbessert und aufrechterhalten wird und die Zellen weiter gefüttert werden. Aus dem riesigen feinstofflichen Angebot nimmt sich der Körper per Anziehung und aufgrund der vollen kosmischen Intelligenz jeder Zelle – wenn sie nicht schon schwer geschädigt ist – was er braucht, was nicht benötigt wird, geht durch.

Außer den auch aus der naturheilkundlichen Medizin bekannten Reaktionen im Sinne von Heil- oder Harmonisierungsreaktionen sind bei vorschriftsmäßiger oder mit dem Biotensor getesteten Anwendung keine negativen Nebenwirkungen bekanntgeworden.

Die Etiketten der Aventurin »Georgs- und Michaelstropfen« haben eine besondere Symbolik, Energetik, Schutz- und Verstärkerwirkung. Zur Symbolik: In der Mitte ist die Urpyramide mit den drei Stufen Radioaktivität, Magnetismus und Elektrizität, die die Menschheit symbolisiert. Außen die Natur durch den Kaktus symbolisiert und Gott, der sich durch die uns umgebende Natur darstellt. Die Natur hilft der Menschheit oder die Menschheit wird durch die Natur beziehungsweise Gott erhalten.

Bezüglich der Energetik kann jeder Bioplasmatiker die Ladung am Fläschchen und am einzelnen Tropfen testen und wird dabei den großen Unterschied feststellen. Die Schutzwirkung zu erzielen war sehr schwierig und war für jede Tropfenart verschieden.

Die alte Vorhersage der Indianer

Es gibt eine alte Vorhersage der Indianer die besagt, daß die Weißen eines Tages vor vollen Tellern sitzen werden und doch nichts essen können. Tschernobyl hat uns die erste Vorstellung davon gegeben und wenn wir uns weiterhin vor Augen halten, daß unsere Lebensmittel eigentlich Todesmittel genannt werden können, nachdem sie 350 Chemikalien enthalten dürfen, war es nicht abwegig, sich darüber Gedanken zu machen.

Durch die mikrobiologische Behandlung konnte ich seit Jahren die zunehmende Verschlechterung und Schädigung der Schleimhäute des Verdauungstraktes, insbesondere des Darmwandlymphaticums beobachten, so daß von manchen Menschen auch keine Vollwerternährung mehr vertragen wird. Deshalb habe ich den Tropfen noch die Strahlungspartikel von 25 westlichen und makrobiotischen Nahrungsmitteln aufmoduliert, so daß auch hier ein Angebot besteht.

Was dann nach einigen Monaten der Einreibung der Tropfen noch nicht harmonisiert ist, geht sehr oft auf Regulationsblockaden oder Anomalien im Kopf zurück oder auch verhärtete Blutgerinnsel.

Auch über Ursachen, warum einzelne Menschen wie lebende Antennen auf alle Strahlung und Elektrizität reagieren und andere nicht, ließe sich viel sagen. Nur soviel: Yttrium-Mangel und feinstofflicher Vitamin-B1-Mangel sind immer unter den Hauptursachen. □

Weitere Informationen über die »Georgs- und Michaelstropfen« erhalten Sie von der Aventurin GmbH, Jagdstraße 7, D-8000 München 19.

Zurück zum natürlichen Gleichgewicht

Nikolaus Bergmüller

Der Bio-Aktivator Regazell energen stimuliert die Tätigkeit des Knochenmarks und fördert die »Selbstopferung« der Granulozyten, einer Unterart der weißen Blutkörperchen. Gelee Royale, Ginseng, Weißdorn, Weizenkeime und Pflanzenpollen sind in diesem Naturheilmittel zu einem hochwertigen Arzneimittel vereinigt.

Den ersten Nachweis der multifaktoriellen Wirkung von Regazell energen auf das blutbildende System konnte Professor Heine von der Universität Witten-Herdecke, an Gesunden, Multimorbiden und Tumorpatienten erbringen. Bereits zwei Wochen nach Therapiebeginn war bei gesunden Probanden und multimorbiden Patienten ein starker Anstieg der Neutrophilen und Monozyten (Unterarten der Leukozyten = weiße Blutkörperchen) zu beobachten. Dies ist ein deutlicher Nachweis für die Stimulation des Knochenmarks als Produktionsort dieser Zellen. Damit verbunden ist zwangsläufig und erwünschtermaßen eine Verbesserung des unspezifischen Immunsystems.

Der Einfluß auf das Knochenmark

Bei den Tumorpatienten trat dieser Effekt mit einer Verzögerung von zwei Wochen auf. Dies wird durch die energetische Belastung des Organismus verständlich.

Durch diese Ergebnisse konnte anhand klinischer Parameter die subjektiv empfundene Steigerung des Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit objektiv nachgewiesen werden.

Eine fast vergessene Fähigkeit der neutrophilen Granulozyten rückt durch die grundlegenden Arbeiten von Professor Heine wieder in den Blickpunkt. Normalerweise gehen beim Gesunden pro Sekunde ungefähr 1,2 Millionen voll funktionsfähige Granulozyten in physiologische Lyse, das heißt diese enorme Anzahl von Zellen geht zugrunde und gibt ein ungeheures Potential an biologisch aktiven Substanzen frei. Insbesondere handelt es sich hierbei um Prostaglandine, Leukotriene, Wachstumsfaktoren und Interferone.

Diese Vielfalt an Substanzen ist wesentlich beteiligt an der Regulation der Homöostase, dem Gleichgewicht des inneren Milieus eines jeden Organismus. Nach Einnahme von Regazell energen kam es bei den Probanden und den Patienten zu einer Steigerung der Lysebereitschaft der neutrophilen Granulozyten bis zu hundert Prozent.

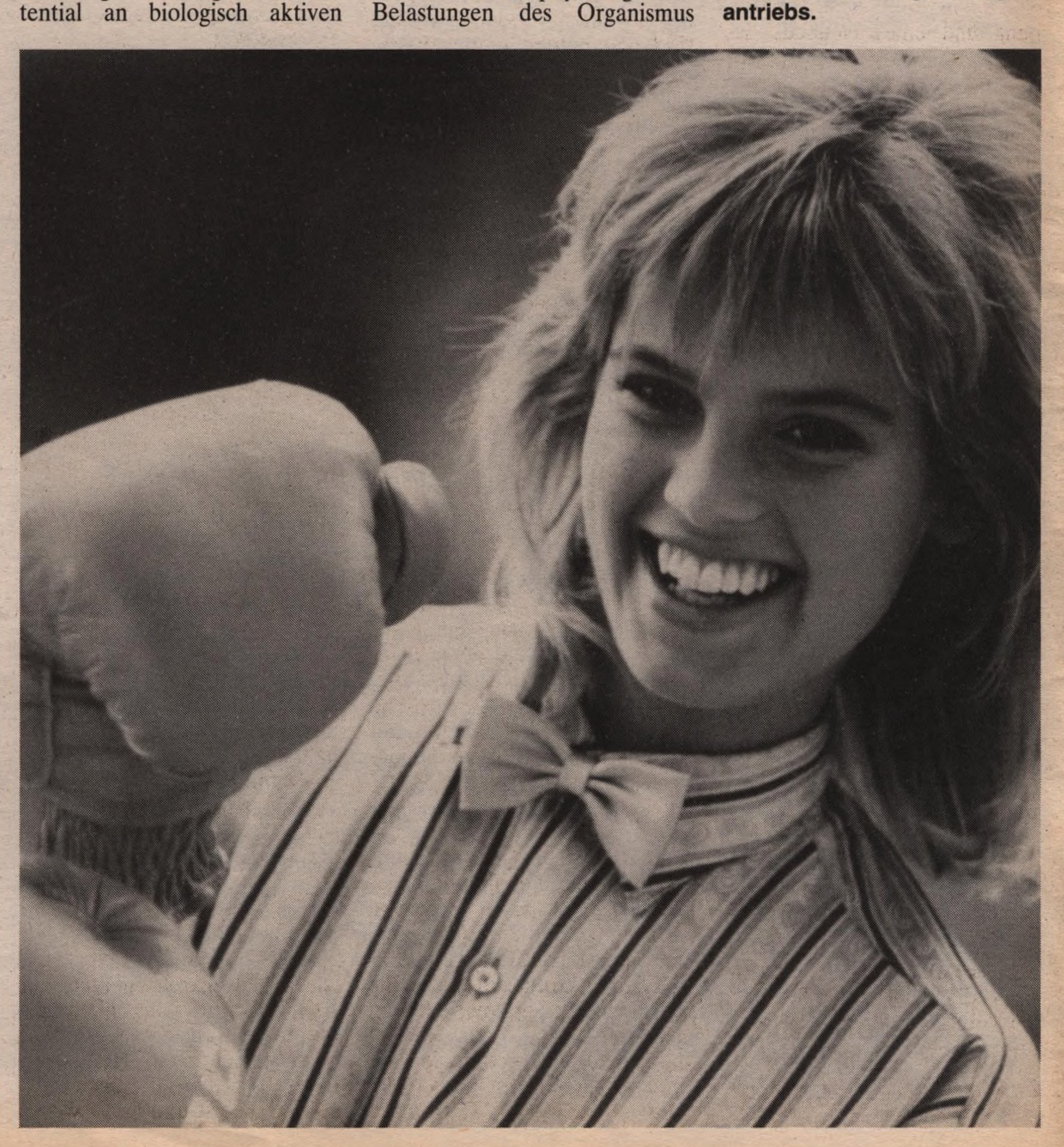
Neue Perspektiven in der Tumornachsorge

Regazell energen ist somit aufgrund der Unterstützung und Anregung der physiologischen Lyse von Granulozyten geeignet, bei allen unphysiologischen Belastungen des Organismus prophylaktisch oder auch begleitend zu notwendigen Therapiemaßnahmen eingesetzt zu werden.

Als besonders beachtenswert erscheint Professor Heine die zweifache Wirkung des Bio-Aktivators auf die Leukozyten zu sein; zum einen die Steigerung der Anzahl der Leukozyten durch Stimulation des Knochenmarks, dies bedeutet eine Verbesserung der Abwehrfunktion und des Immunsystems, zum anderen die Erhöhung der »Selbstopferungsrate« der Granulozyten.

Beide Funktionen sind zur Regulierung der Grundsubstanz,

Der »Kur-Erfolg« von Regazell energen ist eine höhere Leistungsbereitschaft, ein besseres Allgemeinbefinden und eine Verbesserung des Eigenantriebs.



des Blutplasmas sowie der unspezifischen Immunreaktion und der allgemeinen Homöostase lebensnotwendig. Hier eröffnen sich weitere neue Perspektiven zum Verständnis der Therapie mit Regazell energen in so unterschiedlichen Bereichen wie in der Geriatrie, bei Rheuma, in der Tumornachsorge, im Klimakterium und im Hochleistungssport.

Damit ist diese biologische Wirkstoffkombination für die Gesunderhaltung und Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung von großer Bedeutung. Dieser Bio-Aktivator reguliert das Zusammenspiel von Makrophagen, Lymphozyten, Granulozyten und Fibrozyten im Dienste der Grundsubstanz, der »Schutzpolizei« des menschlichen Körpers.

In neuen Studien wurde der Nachweis erbracht, daß Regazell energen im Sinne einer Neuordnung und eines Neubaus des übergeordneten Regelsystems Grundsubstanz wirkt. Da von der Grundsubstanz sämtliche Zellen des Körpers abhängen, können Abwehrfunktionen besser ausgeübt, Ernährungs- und Transportfunktionen in physiologischer Weise übernommen werden.

Wie die Befunde zeigen, ist dieses Arzneimittel in hohem Maße geeignet, die Fähigkeit der neutrophilen Granulozyten – physiologische gesunde Grundsubstanz – anzustoßen. Dadurch wird die multifaktorielle Wirkung des biologischen Wirksystems bestätigt.

Rheuma, diese heimtückische Krankheit, die Millionen Menschen das Leben zur Hölle macht, hat Dr. med. H.-P. Hemgesberg zum Thema einer interessanten Studie gemacht. Er behandelte über einen Zeitraum von zwei Jahren 21 Rheumapatienten mit dem Regazell energen. Das Krankheitsbild der Rheumaleidenden wurde überaus positiv beeinflußt. Neben einer Verbesserung des Allgemeinbefindens und der Stimmungslage war ein deutlicher Rückgang der rheumatischen Beschwerden zu verzeichnen, sowie die gleichzeitige Stärkung der körpereigenen Abwehrfunktionen.

Diese Ergebnisse konnten erzielt werden, weil die Vorstellung der klassischen Schulmedizin – nach der Krankheiten spezifische Vorgänge sind, die sich auf ganz bestimmte Organe oder Körperfunktionen beschränken – neu überdacht wurde.

Erfolge bei chronischen Krankheitsprozessen

Vielmehr wurde von der ganzheits-medizinisch orientierten Auffassung ausgegangen, daß jede Krankheit letztlich nur ein Zeichen dafür ist, daß das natürliche Gleichgewicht im Gesamtorganismus gestört ist. Ein Zeichen dafür, daß die Selbstheilungskräfte des Körpers versagt haben. Die gezielte Stärkung der Grundsubstanz ist daher von zentraler Bedeutung für jeden Menschen.

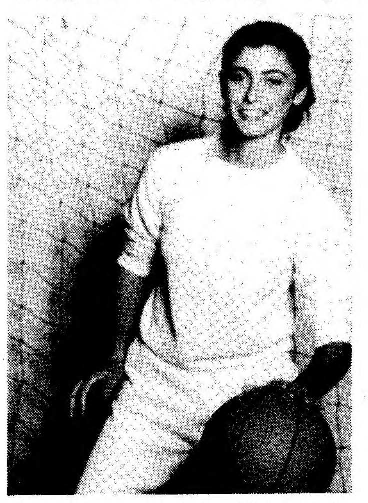
Denn nur dadurch können die Selbstheilungskräfte des Körpers aktiviert werden, die der beste Schutz vor jeder Krankheit sind und helfen, bereits bestehende Krankheiten zu überwinden.

Kuren mit Regazell energen steigern die psychische Leistungsfähigkeit bei Schülern, Studenten und Menschen, die Streßsituationen ausgesetzt sind, verbessern sogenannte »Altersbeschwerden« bei älteren Menschen und verhelfen Spitzensportlern zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit. Auch diesen Ergebnissen liegen wissenschaftliche Untersuchungen zugrunde.

Positive Wirkungen einer Regazell-energen-Kur sind bei jung und alt, bei Kranken und Gesunden zu beobachten. Das Geheimnis dieser besonderen Wirksamkeit ist allein die Tatsache, daß der Organismus ganzheitlich im Bereich der Zellen, Organfunktionen, Nerven und der Grundsubstanz aktiviert und stabilisiert wird. Und zwar auf natürlichem Wege ohne die Gefahr irgendwelcher schädlicher Nebenwirkungen.

Wie Dr. Klaus Heß berichtet, hat er in einer von ihm durchgeführten Untersuchung festgestellt, daß durch die Einwirkung des Bio-Aktivators auf das Regelsystem Grundsubstanz eine Zunahme der Spermienzahl und -mobilität, eine Verbesserung der Spermienmorphologie und ein Anstieg des Serum Testosterons nachgewiesen wurde. Gleichzeitig konnten durch eine bessere Streßbewältigung und Durchblutung, Potenzstörungen beim Mann behoben werden. Diese bei rund 50 Prozent der untersuchten diagnostizierten Befunde bestätigen die Überlegung, daß Regazell energen einen positiven Einfluß auf das Keimepithel hat.

Für die Richtigkeit der von Heß gemachten Beobachtungen sprechen auch die von Professor Heine gemachten und bereits erwähnten Erfahrungen, daß das biologische Wirkprinzip Regazell energen in der Lage ist, das Knochenmark zu stimulieren. Das Knochenmark ist dabei gleichzeitig das Zentrum homöostatischer Regelung, in dem es übergeordnete nervöse und hormonelle Einflüsse umsetzt.



Eine Kur mit dem Naturheilmittel hilft älteren Menschen, aber auch Sportlern zur Steigerung ihrer Leistung.

Was ist Regazell energen?

Die Grundstoffe des Bio-Aktivators sind Gelee Royal, Ginseng, Weißdorn, Weizenkeime und Pflanzenpollen. Diese Inhaltsstoffe sind so aufeinander abgestimmt, daß sie sich in ihren Wirkungen nicht nur ergänzen, sondern durch Synergismus sogar verstärken.

Durch diese Kombination, die ein pharmakodynamisches Ganzes, ein neues Therapieprinzip ist, wird Regazell energen zum Bio-Aktivator. Das Naturheilmittel stellt die für Gesundheit, Wohlbefinden und Heilungserfolge so wichtige Balance für Körper, Geist und Seele wieder her und ermöglicht dadurch häufig erst die erfolgreiche Therapie des Grundleidens.

Die Inhaltsstoffe von Regazell energen liefern ein nahezu lückenloses Spektrum an essentiellen Substanzen für die Zellen und den Organismus. Durch die gleichzeitige Zufuhr aller wichtigen Zellbausteine und Biokatalysatoren wird die Aufrechterhaltung eines normalen Zellstoffwechsels ermöglicht, die Synthese regelhafter Grundsubstanz wird aktiviert.

Normalerweise reicht eine Vollkur von 40 Tagen aus, um die erwünschten Regenerations- und Auffrischungsvorgänge im Organismus einzuleiten. Bei starken Erschöpfungszuständen und chronischen Erkrankungen sind 40 Tage allerdings nicht ausreichend, um eine Stabilisierung des Allgemeinzustandes zu erreichen. In solchen Fällen ist es daher notwendig, die Einnahme über die 40 Tage hinaus fortzusetzen.

Um Mangelerscheinungen, wie sie in den »dunklen« Herbst- und Wintermonaten auftreten, vorzubeugen, sind in dieser Jahreszeit durchaus zwei Kuren empfehlenswert.

Objektiv läßt sich die knochenmarks-stimulierende Wirkung von Regazell energen in den bisher untersuchten Fällen bereits innerhalb von vierzehn Tagen bis drei Wochen im weißen Blutbild nachweisen. Die Art der subjektiven Reaktion beziehungsweise Feststellung eines »Kur-Erfolges« ist naturgemäß je nach individueller Ausgangssituation und Sensibilität sehr unterschiedlich. Sie wird erfahrungsgemäß meistens innerhalb von zwei bis drei Wochen vom Patienten bemerkt.

In der Regel stellt der Patient unter Regazell-energen-Einnahme zuerst eine Verbesserung des Eigenantriebs, eine Stabilisierung der psychischen Befindenssituation sowie ein vermindertes Schlafbedürfnis bei gleichzeitig verbesserter Erholungslage fest. □

Regazell energen erhalten Sie in jeder Apotheke. Weitere Informationen können Sie direkt vom Hersteller, Bio-Naturkraft GmbH, Biologische Präparate, Gruberstraße 64, D-8011 Poing, anfordern.

Germanen

Licht vom Pol

Karl Richter

Richard Wagner schrieb im Jahr 1848 in seinem Buch »Die Wibelungen – Weltgeschichte aus der Sage«: »Der Menschen und Geschlechter rastloses Streben und Drängen nach nie erreichten Zielen erhält aus ihren Ur- und Stammsagen meist eine deutlichere Erklärung, als sie aus ihrem Auftreten in der nackten Geschichte, welche uns nur die Konsequenzen ihrer wesenhaften Eigentümlichkeit überliefert, zu erhalten ist.« Um die Bedeutung dieser Erkenntnis für die geschichtliche Identität der germanischen Völker geht es in dem folgenden Beitrag.

Zwei Antworten wußte die antike Welt auf die Frage nach Ursprung und Herkunft der germanischen Völker zu geben. Die eine gibt offenbar nur Tacitus, der von der Ureingesessenheit der Germanen an ihren historischen Stammsitzen überzeugt war. In einem der ersten Kapitel seiner »Germania« behauptet er: »Die Germanen selber, möchte ich glauben, sind eingeboren und gar nicht durch Einwanderung und Aufnahme anderer Stämme vermischt, weil nicht zu Lande einst, sondern mit Flotten nahte, wer seinen Wohnsitz ändern wollte, der unermeßliche und sozusagen gegnerische Ozean aber drüben selten von unserer Welt aus durch Schiffe besucht wird.«

Zur Zeit Tacitus war bereits mehr bekannt

Nun entstand die »Germania« zu einer Zeit – um die erste nachchristliche Jahrhundertwende –, da die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Völkern des Nordens noch in ihren Anfängen steckte; außer einigen vagen Hinweisen bei Herodot, Strabo und Livius lag wenig vor, das über die germanischen Stämme fundiert und erschöpfend hätte Aufschluß geben können.

Auch die konkrete Bedrohung, die Rom einst von diesen Völkern zu gewärtigen haben würde, begann sich allenfalls von ferne abzuzeichnen. Eine zwingende Veranlassung zu einem Befassen mit dem germanischen Norden bestand also nicht, wie denn auch der Verfasser der »Germania« eher kompiliert denn kritisch auswertet, was ihm an Quellen und Informationen zur Verfügung stand.

Daß aber bereits zur Zeit Tacitus mehr bekannt war, als in der »Germania« mitgeteilt wird – und zwar gerade im Hinblick auf die in unserem Zusammenhang interessierende Herkunftsfrage –, das belegt ein Passus in der »Naturgeschichte« des älteren Plinius. Es heißt dort: »Schon deutlicher werden die Nachrichten von den Ingväonen an, dem ersten Volk von dort aus in Germanien. Hier bildet das sehr hohe Gebirge Sevo, nicht kleiner als die Ripäen, bis an das Cimbrische Vorgebirge einen Meerbusen, welcher Codanus heißt und voll Inseln ist.

Die größte derselben ist Skandinavia von unbekannter Ausdehnung; einen Teil des bekannten bewohnt in 500 Gauen das Volk der Hillevionen, welches ihn den zweiten Erdkreis nennt.«

Die Antike wußte um die Bedeutung des Nordens

Und weiter: »Gegenüber im Germanischen Meer liegen auch noch zerstreut die Gläsarien, welche die neueren Griechen die Elektriden genannt haben, weil sich hier der Bernstein (Elektron) erzeuge. Die entfernteste von allen, die erwähnt werden, ist Thule, auf der, wie früher gesagt, um die Zeit des Sonnenstillstandes keine Nacht ist, wenn nämlich die Sonne in das Zeichen des Krebses tritt, und ebenso zur Zeit des kürzesten Tages kein Tag. Nach Einigen geschieht dies immer sechs Monate hintereinander . . . Andere nennen auch noch Scandia, Dumna, Bergos und als größte von allen Nerigos, von wo aus man nach Thule schiffe. Eine Tagesreise von Thule ist das Meer gefroren; einige nennen es Kronion.«

Daß hier von der circumpolaren Region die Rede ist, ist offensichtlich. Es ist ein Mythos, daß die Antike nichts vom hohen Norden gewußt habe. Die Existenz der heiligen Insel Helgo-



Der Steinring in Cornwall, England, ungefähr 3000 Jahre alt, ist eine Chiffre, die bis heute nicht entschlüsselt werden konnte.

land war bereits dem griechischen Geschichtsschreiber Diodorus bekannt gewesen, und ein anderer Grieche, Pytheas von Marseille, hatte im vierten Jahrhundert vor der Zeitenwende selbst zu Schiff die Nordsee erreicht. Wie der Bericht des Plinius belegt, wußte man auch vom »gefrorenen Meer« noch weiter nördlich und von der polaren Nacht, die ein halbes Jahr dauert. Und man wußte, daß hoch im Norden Menschen wohnten.

Das aber ist die zweite Erklärung, die die römische Welt für die Herkunft der Germanen parat hatte: eine Insel hoch oben im Norden, rings vom Meer umgeben, von unbekannter Ausdehnung, aber von Menschen in schier unübersehbarer Fülle besiedelt, eine zweite Welt geradezu, alter orbis. Tacitus weiß von alledem nichts. Und seine Behauptung von der Ureingesessenheit der Germanen gewinnt dadurch nicht eben an Glaubwürdigkeit, daß er mitunter kurzerhand auf die germanischen Stämme überträgt, was andere Autoren längst von anderen Völkerschaften berichtet hatten.

Mit dem Fortschreiten der Jahrhunderte gerieten die Germanen zunehmend ins Blickfeld der römischen Welt, als Söldner im kaiserlichen Heer zunächst, später als Eroberer. Zwangsläufig wurden damit die Berührungsflächen zwischen Rom und den Völkern des Nordens größer, und nicht zuletzt erfuhren römische Gelehrte jetzt auch, was die Germanen von sich selbst berichteten, von ihrem Glauben ebenso wie von ihrer Herkunft.

Dabei konnten spätere Berichte im allgemeinen nur bestätigen, was bereits Plinius erwähnt hatte.

Die Stammessage als Chiffre

So heißt es bei dem den Goten nahestehenden Geschichtsschreiber Jordanes (6. Jahrhundert): »Dieser Ozean hat aber auch noch andere Inseln weit draußen inmitten seiner Wogen. Weit draußen am Ende des Westens liegt eine Insel namens Thyle . . . Auch hat dieses ungeheure Meer in seinem arktischen, das heißt in seinem nördlichen Teil, eine umfangreiche Insel namens Skandza, worüber unsere Erzählung mit Gottes Hilfe anheben soll. Denn das Volk, nach dessen Ursprung du fragst, kam, wie ein Bienenschwarm aus dem Schoß dieser Insel hervorbrechend, nach Europa.«

Weiter schreibt Jordanes: »So ist das Land nicht nur für Menschen unwirtlich, sondern auch für Tiere schrecklich. Auf Skandza aber, wovon die Rede ist, wohnen viele verschiedene Völker, doch nur von sieben gibt Ptolemäus den Namen an.«

Der Chronist nennt dann eine ganze Reihe von Völkern, die auf Skandza ihre Wohnsitze hätten; schließlich kommt er auf die Goten zu sprechen und resümiert: »Von dieser Insel Skandza also sollen einst wie aus einer Werkstatt der Völker oder eine Mutter der Nationen die Goten mit ihrem König Berig ausgefahren sein.«

Ganz Ähnliches berichtet der Geograph von Ravenna (8. Jahrhundert), der unter Hinweis auf Jordanes lapidar vermerkt:

»Ebenso sollen von dieser Insel auch die Völker des Westens ihren Ausgang genommen haben; lesen wir doch, daß die Goten und die Dänen und ebenso die Gepiden von dort einstmals ausgezogen seien.«

Das diesem Artikel vorangestellte Wort Richard Wagners, einer weithin unbekannten Schrift des Komponisten aus dem Jahr 1848 entnommen, trifft in zweierlei Hinsicht das Richtige: erstens ist noch in jeder Legende das oft benannte »Fünkchen Wahrheit« verborgen, das im vorliegenden Fall durchaus mehr sein kann als ein Funke; zweitens aber manifestieren sich Stammestradition und Stammes-Bewußtsein nirgends in komprimierterer Form als in der Stammessage. Die Stammessage ist sozusagen die Chiffre, unter der sich das Stammes- und Volkskollektiv selbst seiner Umwelt präsentiert und von ihr erkannt werden will.

Sie ist das in konkrete, anschauliche Form gebrachte Bewußtsein eines Kollektivs von sich selbst. Und sie gibt gleichsam den kollektiv-seelischen Hintergrund für das geschichtliche Handeln eines Stammes oder Volkes ab, den durch bloßes Quellenstudium nicht erfaßbaren Urgrund seiner realhistorischen Handlungsmotive, -tendenzen und Ansprüche. Geschichte ist oftmals spätes Ergebnis, quasi die spätere Abschrift dessen, wozu Sage und Mythos die Urschrift sind.

Der Drehpunkt der Weltordnung

Daß gerade die mittelalterliche Geschichte, die sich auf dem Fundament der während der germanischen Völkerwanderung keimhaft angelegten abendländischen Staaten vollzieht, eine Geschichte des politischen Handelns in Symbolen ist, beruht auf dem Umstand, daß Symbolverstehen und Sagentradition während des gesamten germanischen Mittelalters zumindest untergründig lebendig geblieben und von den Beteiligten der mittelalterlichen Geschichte auch ernst genommen wurde.

Ein Stamm, »Staat« oder Herrschergeschlecht war niemals ein unbeschriebenes Blatt. Wo eine neue Größe den Plan betrat, traten – unterschwellig oder von dem in Rede stehenden Geschlecht ganz bewußt ins Spiel gebracht – auch die Stammes- beziehungsweise Familientradition sowie eventuell aus der Sage sich herleitende Herrschafts- oder Gebietsansprüche mit ins Blickfeld. Die bilaterale »Diplomatie« des Mittelalters trug dem ebenso Rechnung, wie die Selbstdarstellung der Herrscher in ihren Herrschaftsformeln oder in der Kunst.

Wenn also, und das ist von Wichtigkeit, Spätantike und frühes Mittelalter von der »skandinavischen« Herkunft der Germanen wußte, so war ihnen dies nicht nur durch die Berichte ihrer Geschichtsschreiber und Naturforscher bekannt, sondern vor allem eben auch deshalb, weil die Germanen selbst in ihren Überlieferungen davon sprachen: was vom heidnischen wie vom christlichen Rom ernstgenommen wurde.

Weiter: daß den germanischen Völkern des Nordens als Richtung und Ort ihrer einstmaligen Heimat heilig war, ist vielfach bezeugt. So bemerkt der Vorgeschichtsforscher Hermann Wirth: »Dort ist der Sitz Gottes, der Drehpunkt der Weltordnung, aus der das Recht hervorgeht, die Himmelsrichtung der unergründlichen Ewigkeit. Auf uralte Überlieferung weist hier die gemeingermanische Bezeichnung des Polarsterns als ›Leitstern‹ hin, in der isländischen Volkspoesie heißt er veraldarnagli ›Weltnagel‹.«

Der Norden, gerade die polnahe Region ist damit für den Menschen, der sich ihrer als eines geheiligten Erdbezirks erinnert, ungleich mehr als bloße Ortsbezeichnung der alten, längst verlassenen und vielleicht verlorenen Stammesheimat. Der hohe Norden ist der Ort, da das Welten-Heil, das Licht Gottes und seiner Gegenwart auf Erden seinen realen Sitz hat. Der Pol ist der einzige Ort auf unserem Planeten, auf dem Auf- und Untergang der Gestirne – mit Ausnahme der Sonne – nicht beobachtet werden können; alle Gestirne der nördlichen Himmelshalbkugel sind dort zu jeder Zeit des Jahres gegenwärtig, ohne unter dem Horizont zu verschwinden.

Das Firmament zeigt sich dem irdischen Beobachter am Pol als ein gewaltiges, immerfort sichtbares und in Drehung begriffenes Rad, dessen Speichen die Gestirne sind; seine Nabe aber ist der ewig unbewegliche Polarstern und seine Verlängerung auf die Erde, der irdische Pol, Ort ewiger Ruhe im Zentrum des nie ruhenden kosmischen Geschehens.

Die Sehnsucht nach Thule

Hier, nur hier offenbarte sich Gott sinnfällig in seinem Gesetz, nach dem er die Schöpfung vollzogen und geordnet hatte. Und nur hier, nirgends sonst, trat die Idee »Gott« in voller Deutlichkeit ins Bewußtsein des frühen Menschen, als Schöpfer des Himmels und der irdischen Kreatur; des Himmels, dessen Gestirne den Sehenden des hohen Nordens das lebendige Buch einer unermeßlichen kosmischen Weisheit waren, und der Kreatur, die berufen war, Gott und sein Werk in Ehrfurcht zu schauen und zu begreifen.

Man ahnt, daß die skandinavische Halbinsel nicht die Urheimat des nordischen Menschen ist, daß Skandinavien und das

Licht vom Pol

mythische Thule in der Nähe des Pols nicht identisch sind; daß Skandinavien bereits zweite Station auf dem Weg des germanischen Menschen in den Süden ist, nachdem Thule seinem Auge, nicht aber seiner Erinnerung entrückt ist.

Die Sehnsucht nach der entschwundenen Insel Thule oder Atlantis schlummert noch immer in seiner Seele, archetypenhaft und unauslöschlich. In einer neueren Darstellung von V. K. Wendt mit dem Titel »Die Hyperboreer«, 1984, heißt es dazu:

»Der uralten Überlieferung nach sei in einer Epoche der frühesten Vorgeschichte, die mit dem Goldenen Zeitalter zusammenfällt, die symbolische Insel oder das ›Polar‹-Land ein wirkliches, im Norden gelegenes Gebiet gewesen, das in einer Zone gelegen haben soll, in die heute der Nordpol fällt. Dieses Gebiet sei von Wesen bevölkert gewesen, die über jene außermenschliche Geistigkeit verfügten, die später durch die Symbolik ihres nordischen Sitzes zum Ausdruck gelangt, und die jene Rasse bildeten, denen die uranische Tradition im reinen und einheitlichen Zustand zu eigen war. Damit waren sie der zentrale und unmittelbare Ausgangspunkt der verschiedenen Formen und Ausgestaltungen, die diese Tradition bei verschiedenen Völkern und Kulturen einnahm.«

Hier, am Pol, leuchtete zuerst das »Licht der Welt«, und die germanischen Völker wußten darum, weil sie selbst an ihm teilhatten.

Literarischer Schauplatzwechsel: Im alttestamentarischen Buch Jeremia findet sich 1,14 folgende Aussage: »Da sprach Jahwe zu mir: ›Von Norden her wird das Unglück losgelassen werden über alle Bewohner des Landes.‹«

Daß Jahwe im folgenden »allen Familien der Königreiche des Nordens« unmißverständlich sein Gericht ankündigt, weil sie von seinem Kult abgefallen seien, ist bezeichnend genug; man tut gut, Jahwe auch an dieser Stelle unübersetzt zu lassen: »Gott« nämlich, verstanden als das große, unwandelbare Welt-Gesetz, dürfte kaum Anstoß daran nehmen, daß die Familien der nördlichen Königreiche »mich verlassen haben und . . . ständig anderen Göttern räuchern«. Anders Jahwe, der nicht eben von Liebe und Toleranz beseelte Stammesgott des kleinen israelitischen Volkes, der nach eigenem Eingeständnis ein »eifernder Gott« ist und »Rache und Vergeltung« wie selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt.

Der Jahwekult gegen den polaren Lichtträger

Man sollte denken, es ist ein Grundanliegen aller Religionen, die Menschen zu Gott zu führen und Gott, dem All-Einen im Zentrum der Dinge, ähnlich zu machen. Dem ist nicht so. Jahwe hält in Jes. 14,12 f. wie folgt Gericht über den »Sohn der Morgenröte«, der nach Gottähnlichkeit gestrebt hatte: »O wie bist du vom Himmel gefallen, du Glänzender, Sohn der Morgenröte! Wie bist du niedergehauen worden zur Erde, du, der die Nationen entkräftete! Was dich betrifft, du hast in deinem Herzen gesagt: ›Zu den Himmeln werde ich aufsteigen. Über die Stirne Gottes werde ich meinen Thron erheben, und ich werde mich niedersetzen auf dem Berg der Zusammenkunft in den entlegensten Teilen des Nordens.‹«

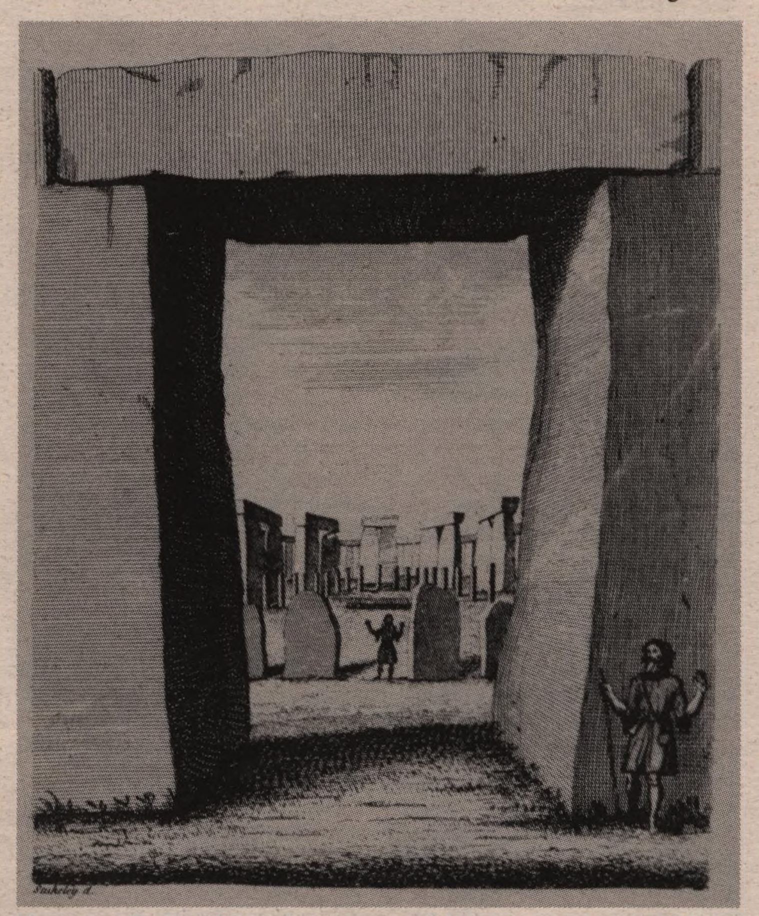
Ganz abgesehen davon, daß die Selbstüberhebung, die der Gestalt des Lichtbringers hier unterstellt wird, durchaus nicht authentisch zu sein braucht, sondern einfach auf übler Nachrede der israelitischen Buchgelehrten beruhen kann, so ist doch bemerkenswert, daß dem Wüstengott Jahwe und seinen Kultdienern der Zusammenhang zwischen dem »Licht der Welt« und dem hohen Norden von Anfang an klar vor Augen steht.

Der Versuch, diesen Zusammenhang zu leugnen, wird gar nicht erst unternommen, weil er offenbar für die Völker der Frühzeit augenfällig war. Dieses Augenfällige im Verlauf von Jahrhunderten so gründlich umzudeuten und umzuinterpretieren, daß am Ende – und bis auf den heutigen Tag – nunmehr das Zerrbild des ursprünglichen Lichtbringers die Köpfe der Menschen beherrscht, darin besteht die einzigartige historische Leistung der Jahwe-Religion und ihrer Priester. Der Jahwe-Kult ist als Antikult gegen den polaren Lichtträger und sein historisches Erscheinen in die Geschichte eingegangen.

Theologisch ließ sich die Umwertung Luzifers – der Name besagt nichts anderes als »Lichtträger« – vom einstmaligen Lichtheros zum kosmischen Bösewicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen: Laut Vulgata ist der »Sohn der Morgenröte« identisch mit Luzifer. Nun ist durch Kombination mit Luk. 10,18 Luzifer kurzerhand zur Bezeichnung des Teufels geworden, so daß sich also zwangsläufig folgende Gleichung ergibt:

Der Sohn der Morgenröte, dessen »Berg der Zusammenkunft« im hohen Norden gelegen ist, ist Luzifer, also der Teufel.

Gleichwohl ist deutlich, daß Jahwe auch ohne die neutestamentlich-christliche Auslegung von unversöhnlichem Haß gegen den Norden erfüllt ist. Der Norden war nun einmal als Sitz Luzifers bekannt, und in seinen entlegensten Regionen ist der Mons Testamenti zu suchen, Berg also nicht nur der Zusammenkunft, sondern auch des »Bundes« zwischen Mensch und Gottheit. Das Licht menschlicher Erkenntnis, die gleichbedeutend ist mit dem Wissen um das Sein und seine Gesetze, manifestierte sich auf unserem Planeten zuerst in den nördlichen Polregionen, die erst relativ spät der Vereisung anheimfielen. Die Vorstellung des »Ex oriente lux« darf getrost ins Reich der Fabel verwiesen werden.



Von allen Denkmälern der Vorzeit ist Stonehenge das problemreichste und unerklärlichste. Die großen grauen Steine, die als ungeschlachte Masse aus dem Nebel über der welligen Grasebene Südenglands treten, liegen da wie ein Haufen Riesenbauklötze.

Jahwes Haltung ist die des Neides

Der eifernde Lokaldämon Jahwe hat Grund genug, den Lichtbringer aus tiefster Seele zu hassen und ihm und seinen Nachkommen Feindschaft bis ans Ende der Zeiten anzusagen; es ist

der abgründige Haß des existentiell zu kurz Gekommenen, des »Schlechtweggekommenen«, wie Spengler den Typus charakterisiert.

Jahwes Haltung ist die des Neides, der alles Halbe, zu kurz Geratene angesichts des Gesunden, Lebenstüchtigen erfüllt. Wie die Geschichte in erschütternder Weise lehrt, ist es dieser Neid, der immer wieder unvorstellbares Chaos über die Völker gebracht hat – als beredte Beispiele mögen die europäischen Revolutionen einschließlich der bolschewistischen des Jahres 1917 dienen.

Der semitische Wüstendämon – Jahwe ist nur einer unter vielen, obschon der langfristig erfolgreichste – und seine Priesterschaft sind die Ahnherren dieses historischen Phänomens, das erst in der neueren Geschichte seine volle Wirksamkeit zu erlangen droht.

In Jes. 14,20 ereifert sich Jahwe: »Auf unabsehbare Zeit wird die Nachkommenschaft von Übeltätern nicht genannt werden. Macht für seine eigenen Söhne einen Schlachtblock bereit wegen des Vergehens ihrer Vorväter, damit sie nicht aufstehen und . . . von der Erde Besitz ergreifen.«

Kein Zweifel, es ist gerade so, als ob Jahwe den Konkurrenten aus dem Norden – oder die an ihn glauben – fürchtete, weil er sich seiner eigenen Zweitrangigkeit, ja Unzulänglichkeit untergründig bewußt ist und sie mit allen Mitteln zu kompensieren versuchen muß. Der Lichtträger aus dem Norden sollte, dies am Rande, um die Feindschaft Jahwes wissen, die nicht eher ruht, als nicht sein Widersacher unter das Joch Zions gebeugt und sein Andenken aus dem Gedächtnis der Völker ausgetilgt ist.

Eine Überlegung muß gestattet sein: A priori sollte man meinen, ist an jemandem, der das Licht bringt, nichts Böses oder Verwerfliches. Zum Unhold ist der Archetyp Luzifer in unserem Bewußtsein tatsächlich erst durch zweitausend Jahre romchristlicher oder jüdischer Geisteserziehung geworden. An sich war der Norden, wie oben gezeigt wurde, den indo-germanischen Völkern heilig.

Von der römischen Kirche nun wurde deren Bewußtsein ihrer einstigen Herkunft und des Göttlichen, das sich in ihrer Überlieferung mit dem hohen Norden verband, von Anfang an systematisch untergraben, wobei die Schriftwahrheit unleugbar auf seiten des Christengottes stand. So wurde die Nordseite der christlichen Kirche die »böse«, gefährliche, an der Dämonen und Teufel ihr Unwissen trieben.

Am Ende siegt der Stammesgott Jahwe

Nach dem Norden wurde der Wohnsitz des Teufels verlegt, und die Neubekehrten mußten mit gerunzelter Stirn und zorniger Gebärde nordwärts gerichtet dem alten Glauben entsagen.



Man hat Stonehenge nicht nur Merlin zugeschrieben, sondern auch den Druiden, den Römern, den Dänen, Phöniziern und Ägyptern.

Ambrosius, Bischof von Mailand, ging in einer allegorischen Schrift für Kaiser Gratian sogar so weit, die germanischen Goten, die ihre Urheimat ebenfalls im hohen Norden wußten, kurzerhand mit den apokalyptischen Völkern Gog und Magog gleichzusetzen, die am Ende der Zeiten mit gewaltiger Streitmacht gegen Israel heraufziehen sollen.

Natürlich ging es bei alledem nicht um die Dämonisierung des Nordens allein; in erster Linie die dort ansässigen oder von dort stammenden Völker, die schon das Alte Testament der Rache Jahwes preisgegeben hatte, galt es zu treffen. Mitnichten hatte Jahwe – trotz Golgatha – seinen Haß gegen den Norden vergessen, vielmehr wurde das römische Christentum nur zu bald zu seinem Vollzugsorgan; die Völker des Nordens, theologisch im Luzifer-Mythos verteufelt, mußten auch realhistorisch der Macht Jahwes unterworfen werden, »der ausschließliche Ergebenheit« fordert.

Die Bekehrung der Nordvölker im römischen beziehungsweise alttestamentlichen Sinne folgte dabei einem ebenso tückischen wie konsequenten Verfahrensmuster: einerseits wurden »polare« Überlieferungen und nordische Herkunft der Germanen von der römischen Kirche nur allzu ernst genommen; andererseits aber, und das war Bestandteil des schon im Alten Testament angelegten Heilsplanes Jahwes, wurde diese Tradition beharrlich verteufelt, verschwiegen und durch den fremden Mythos von der Heilbringerin Zion verdrängt. Jahwe kam dabei das Recht zu, mit den Völkern nach seinem Gutdünken zu verfahren.

Schon Deut. 7,16 verheißt dem Volk Israel: »Und du wirst alle Völker verzehren, die Jahwe, dein Gott, dir geben wird. Dein Auge soll ihrer nicht schonen, und du sollst ihren Göttern nicht dienen; denn das würde dir ein Fallstrick sein.«

Ähnlich Jes. 63,6, wo der triumphierende Jahwe frohlockt: »Und ich stampfte fortwährend Völker nieder in meinem Zorn, und ich ging daran, sie trunken zu machen in meinem Grimm und ihr hervorspritzendes Blut zur Erde niederrinnen zu lassen.«

Am Ende kann nach jüdischer und rom-christlicher Eschatologie nur der Sieg des Stammesgottes Jahwe über die Völker der Erde stehen: »Und es soll geschehen im Schlußteil der Tage, daß der Berg des Hauses Jahwe fest gegründet werden wird über dem Gipfel der Berge, und er wird gewißlich erhaben sein über die Hügel; und zu ihm sollen alle Nationen strömen. Und viele Völker werden gewißlich hingehen und sagen: ›Kommt, und laßt uns hinaufziehen zum Berge Jahwes, zum Haus des Gottes Jakobs; und er wird uns über seine Wege unterweisen, und wir wollen auf seinen Pfaden wandeln.‹ Denn von Zion wird das Gesetz Gottes ausgehen und das Wort Jahwes von Jerusalem.« (Jes. 2,2 ff.)

Das Chaos hat noch nicht die Weltherrschaft

Jahwe und mit ihm die christlichen Großkirchen dulden neben sich keine autonomen, stammes- und arteigenen Götter und Traditionen. In Luzifer aber, der, anders als Jahwe, vom lokalen Kulturzentrum eines semitischen Volksstammes aus, den Völkern das Licht von Norden brachte – ohne Ketzerverfolgung, Hexenverbrennungen und Religionskriege –, in Luzifer haben Rom und Jerusalem ihren gefährlichsten Gegner erkannt: das Licht und die Wahrheit.

»Und das Licht scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht erfaßt.« (Joh. 1,5). Noch lebt der Lichtbringer, noch ist das Choas nicht zur Weltherrschaft gelangt, noch besteht Hoffnung, das apokalyptische Szenario, das mit der Heraufkunft der Dunkelmächte einhergeht, von unserem Planeten abzuwenden oder doch abzumildern. Aber wir müssen etwas dafür tun. □

Philippinen

Außenminister gegen US-Stützpunkte

Die Philippinen könnten sich zur Entfernung der amerikanischen Militärstützpunkte in ihrem Land entschließen und die Einrichtungen für kommerzielle Zwecke nutzen, sagte der philippinische Außenminister Raul Manglapus. Alternativ könnten sie auch einen der beiden Stützpunkte, Clark Airfield oder die Marinestation Subic Bay, behalten, meinte Manglapus.

Der Außenminister äußerte sich dahingehend, daß er persönlich gegen die Verlängerung der Vereinbarung über die amerikanischen Militärstützpunkte, die im Jahre 1991 ausläuft, sei. Präsidentin Corazon Aquino, so äußerte er sich, glaube nicht, daß die Stützpunkte noch wichtig seien für den Schutz der Luft- und Seewege Südostasiens.

»Es besteht nicht mehr diese klare Verpflichtung zu einer harten, antikommunistischen Blockbildung in den USA, die ich noch in den fünfziger Jahren verteidigen mußte, als ich Staatssekretär im Außenministerium war, und für die wir damals angeblich plausible Gründe hatten«, sagte Manglapus. □

Afghanistan

USA lassen Verbündete im Stich

Die Vereinigten Staaten werden die Forderungen Pakistans nach einer Interim-Regierung in Kabul vor dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Land nicht unterstützen, sagte ein hochrangiger US-Vertreter. Seine Aussage machte die Führer des afghanischen Widerstandes wütend.

»Wir möchten den Zug nicht verpassen. Wir haben jahrelang versucht, die Sowjets aus dem Land herauszubekommen, und es wäre falsch, ihnen zu sagen, sie sollen bleiben, bis die Afghanen eine politische Lösung ausgearbeitet haben«, sagte der US-Beamte vor Journalisten, die mit Außenminister George Shultz von Moskau nach Brüssel gereist waren.

Die Aussage ist ein eindeutiges Anzeichen dafür, daß das, was in der Region geschieht, einzig und allein von den Supermächten abhängt und nicht von den Beteiligten.

Einen Tag nach der Erklärung des amerikanischen Vertreters schlugen die Führer des afghanischen Widerstands ein Friedensabkommen auf der Grundlage einer Übergangsregierung für »die islamischen Staaten Afghanistans« vor, bei der sie die Hälfte der 28 Kabinettssitze halten würden. Der Chef der Allianz, Yunis Khalis, sagte, sie lehnten einstimmig eine Koalition mit »Kommunisten« ab.

In der Erklärung heißt es, ein Viertel der Kabinettssitze ginge an die Vertreter der fünf Millionen afghanischen Flüchtlinge und ein weiteres Viertel an »Moslems, die jetzt in Afghanistan leben«. In dem Plan werden auch eine 75köpfige beratende Versammlung und eine gewählte Nationalversammlung vorgeschlagen.

Khalis deutete an, daß die Chefs der Allianz sich auf die Namen der Führer der Übergangsregierung geeinigt hätten, die alle aus der Allianz kommen würden, doch sie würden ihre Liste erst dann veröffentlichen, wenn die Vereinigten Staaten, Pakistan und vielleicht auch die Sowjetunion zugestimmt hätten, sie vorbehaltlos zu akzeptieren.

»Wir haben ein Kabinett. Wir haben Führer. Wir warten auf die weltweite Zusage, daß sie akzeptiert werden.«

Der Plan der Guerillas schlägt Wahlen nach islamischem Gesetz innerhalb von sechs Monaten nach dem Rückzug der Sowjets vor sowie die Schaffung einer UNO-Streitmacht zur Überwachung des Rückzugs der Sowjets.

Ein westlicher Vertreter, der mit den Führern zusammentraf, sagte, sie hätten von einem Rückgang amerikanischer Militärhilfe in der letzten Zeit berichtet, was sie auf den Handel zwischen den Supermächten zurückführten. □

Saudi-Arabien

Die Sowjets zeigen immer mehr Interesse

Zum ersten Mal nach über 30 Jahren hat ein hochrangiger sowjetischer Diplomat Riad, die Hauptstadt Saudi-Arabiens, zu Gesprächen mit saudi-arabischen Vertetern besucht. Vladimir Polyakov, Leiter der Nahost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, machte diesen Stopp im Zuge einer ausführlichen Reise in diese Region, bei der er unter anderem den Irak, Jordanien, Syrien und Ägypten besuchte.

Seine Reise fiel zusammen mit einem sechstägigen Besuch des stellvertretenden Außenministers Vladimir Petrovsky im Iran. Er hatte ein Schreiben Gorbatschows für den iranischen Parlamentsführer zum Thema Afghanistan bei sich.

Ein weiterer sowjetischer Gesandter, Oleg Grinevsky, hielt sich zur gleichen Zeit in Bagdad auf, um das Thema Afghanistan zu diskutieren.

Unterdessen befand sich eine sowjetische Militärdelegation unter Führung von General C. N. Mikhalkhin, Chef des Luftraketenabwehrsystems der Bodenstreitkräfte, zu Feierlichkeiten bei den SAM-8-Luftverteidigungsanlagen in Jordanien. □

CFR

Diskussion über den Niedergang Amerikas

Die gemeinsame Konferenz der Ditchley-Stiftung des Chicagoer Council on Foreign Relations (CFR) konzentrierte sich auf das Thema »Der nächste amerikanische Präsident: Außenpolitische Tagesordnung und Themen«, wobei man sich eingehend »mit dem Verfall der amerikanischen Finanz- und Militärmacht auf der Welt« beschäftigte.

Ein britischer Insider, der an dieser Konferenz teilnahm, berichtete: »Einige Leute sprechen von der Regenerierung der USA in industrieller Hinsicht, das, was man von Felix Rohatyn zu hören bekommt, und davon, daß die USA ihre finanzielle Unabhängigkeit wiedererlangen. Andere sprechen von dem ›inszenierten Verfall‹ der Vereinigten Staaten. Ich denke, das letztere sollte Thema des Tages sein. Die Vereinigten Staaten sind überbeansprucht und unterfinanziert und das elastische Band wird früher oder später reißen. Natürlich werden die tatsächlichen Auswirkungen nicht vor dem Jahre 1989 zu spüren sein. Jedermann wird es bis dahin beiseite schieben, doch im Jahr 1989 wird es entweder zu einer Reduzierung der militärischen Verpflichtungen kommen oder die Wirtschaft wird zusammenbrechen.«

Die britische Delegation bei dieser Konferenz wurde angeführt von Lord Windlesham, einem Absolventen der Benedictine Ampleforth Abbey und einem der top-liberalen Briten, die als »Ampleforth Old Boys« bekannt sind. □

Panama

Sowjets schlagen Kapital aus der US-Politik

Die Sowjetunion und Kuba bereiten sich rasch darauf vor, aus der verrückten Politik der Vereinigten Staaten im Hinblick auf Panama so viel Kapital wie möglich herauszuschlagen. Hier nur ein paar Hinweise dafür:

Der von Moskau kontrollierte Weltverband der Gewerkschaften hat soeben eine Delegation nach Panama entsandt, die mit dem kommunistisch kontrollierten Gewerkschaftsbund CNTP zusammentreffen soll.

Der Leiter des kommunistisch kontrollierten Gewerkschafts-

verbandes in Peru, der CGTP, ist dabei, eine Unterstützung Panamas und dessen unter Druck stehenden Befehlshabers der bewaffneten Streitkräfte, General Manuel Antonio Noriega, zu organisieren, der in Miami unter fingierter Anklage wegen Drogenhandels steht.

In Radio Moskau, das nach Südamerika ausgestrahlt wird, hieß es, die Anklagen gegen Noriega drohten zu einem Bumerang und zu einem Skandal für die US-Regierung zu werden und sie würden seine Ankläger in Verruf bringen.

Eine TASS-Meldung enthielt eine lange Verteidigung Noriegas, in der es hieß, die Vereinigten Staaten wollten eine Marionettenregierung, mit der die amerikanische Militärpräsenz in Panama fortgesetzt werden könne, und sie wollten die zwischen Carter und Torrijos geschlossenen Verträge aufheben, denen zufolge Panama im Jahr 2000 Souveränität über die Kanalzone erhalten würde. □

Schweiz

Evolutionstheorie ist grundlegender Irrtum

Die gesamte Evolutionslehre basiert auf einem grundlegenden Irrtum; insbesondere deshalb, weil bis jetzt die meisten Evolutionisten die Informationstheorie außer acht gelassen haben. Dies stellte der in der Schweiz lebende Chemiker und Pharmakologe Professor Dr. A. E. Wilder Smith fest. Smith nahm damit Stellung zu einer von der Agentur Reuter verbreiteten Meldung, wonach neueste Funde aus Höhlenwohnungen in Israel die bisherige Evolutionstheorie des Menschen auf den Kopf stellten. Es seien Spuren eines modernen Menschen gefunden worden, die rund 100 000 Jahre zurückreichen – lange bevor der erste Neandertaler in Erscheinung getreten sei, so Reuter.

Smith betonte, während die Evolutionstheorie davon ausgehe, daß Zeit Information erzeuge, lehre die Informationstheorie genau das Gegenteil. Die Evolutionslehre basiere darauf, daß der hoch komplizierte genetische Code mit seinen Informationen aufgrund einer langen Entstehungszeit per Zufall entstanden sei. Dem widerspreche jedoch die Informationstheorie. Lange Zeitperioden synthetisierten nicht Information – was Grundlage der Evolutionshypothese sei –, sondern zerstören sie.

Der Naturwissenschaftler übte außerdem Kritik an den gängigen Datierungsmethoden, die zu den allgemein angenommenen Zeiträumen von Millionen Jahren für die Evolution des Lebens geführt haben. Diese Datierungsmethoden seien sehr brüchig. □

Philippinen

Japanische Rote Armee versorgt Rebellen

Mitglieder der japanischen Roten Armee sind auf die Philippinen gekommen und bewaffnen und schulen Rebellen für die Durchführung von Mord- und Sabotageaktionen, so berichtete die philippinische Bevollmächtigte für Immigration, Miriam Santiago, die in der »Bangkok Post« zitiert wurde.

In einer Rede vor einer Gruppe von Zivilisten sagte sie, Mitglieder der Terroristengruppe und von Bouryuku-Dan, einer japanischen Verbrecherorganisation, kämen als Touristen getarnt über den Flughafen Gebu ins Land. Sie behauptete weiterhin, Berichten zufolge, die von ihrem Amt zusammengetragen worden sind, »gibt es Anzeichen dafür, daß sie sich mit Mitgliedern der verbotenen Kommunistischen Partei zusammentun«.

Neben Geld haben die Männer der Roten Armee die Rebellen auch mit Gewehren und Munition versorgt, sagte sie und meinte, die beiden japanischen Gruppen seien »aktiv verwikkelt« in den Import und Export von Feuerwaffen.

»Die japanische Rote Armee importiert Feuerwaffen und Munition«, so Mrs. Santiago, »die sie dann an die kommunistischen Rebellen weiterreicht.« Sie sagte, sie werde sich mit der japanischen Botschaft koordinieren, um den beiden Gruppen entgegenzutreten. □

Angola

Südafrika bietet Sowjets einen Handel an

Der südafrikanische Verteidigungsminister, General Magnus Malan, bekannt als ein »Falke« in Verteidigungsangelegenheiten, hat der Sowjetunion zum ersten Mal öffentlich einen Handel über Angola angeboten. In einer Rede im staatlichen südafrikanischen Rundfunk sagte Malan, er sei bereit, in Angola die gleiche Art von Formel zu akzeptieren, wie sie die Sowjets für Afghanistan nach einem sowjetischen Truppenabzug verkündet haben: »frei, nicht alliiert und neutral«.

Seine Aussagen konzentrierten sich der Londoner »Financial Times« zufolge auf die Möglichkeit einer sowjetisch-südafrikanischen Vereinbarung zur Förderung einer internen politischen Übereinkunft »zwischen den kämpfenden Parteien in Angola«.

Informanten, die General Malan nahestehen, berichten, daß er von den diplomatischen Bemühungen der USA in der südafrikanischen Region nichts halte und der Meinung ist, daß der amerikanische Einfluß abnimmt. Nach der Sendung meinten politische Experten, durch Malans Aussage sei die »Zukunft Angolas zu einem südafrikanisch-sowjetischen Thema geworden«. □

Sowjetunion

Keine Wende in der Kreml-Doktrin

In einem Artikel in der »New York Times« wurde auf eine weltweite Pressekampagne der Desinformation über eine »Wende in der sowjetischen Doktrin« hin zu einer »neuen Verteidigungsdoktrin« hingewiesen. Als Beweise führte man die Aussagen von vielen Sowjetexperten über die angebliche Wende an: Zitate aus dem Buch des Generalsekretärs Michail Gorbatschow über Perestroika – was er geschrieben hat, als Marschall Nikolai Ogarkov und Yegor Ligachov bei seiner Abwesenheit seine Herrschaft in Moskau unterhöhlt haben –; die Behauptung des Verteidigungsministers D. T. Yazov, daß »die sowjetische Militärdoktrin die Verteidigung als eine Hauptform der militärischen Operationen ansieht«, im Vergleich zu früheren Formulierungen, daß »die Offensive die Hauptform des Kampfes ist«; sowie militärische Schriften über die »nicht offensive Verteidigung« und »vernünftiges Auskommen«.

Der ehemalige SALT-Unterhändler Raymond Garthoff, der jetzt für das Brookings-Institut arbeitet, sagte gegenüber der »New York Times«, »die meisten westlichen Experten meinten, bei der sowjetischen Strategie handele es sich um einen Trick, um den Westen in Selbstgefälligkeit zu wiegen«. Der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci sagte: »Ich werde mich freuen zu erfahren, was sie darunter verstehen.«

Die Zeitung vergaß allerdings zu berichten, daß es der stellvertretende Chef des sowjetischen Generalstabs, General M. A. Gareyev, gewesen ist, der in einer Pressekonferenz im Frühjahr 1987 die Annahme einer »neuen Verteidigungsdoktrin« durch den Warschauer Pakt verkündet hat. Dies ist der gleiche Gareyev, in dessen Buch über Strategie aus dem Jahr 1985 ständig wiederholt wird, daß es »sehr gefährlich ist, die Offensive als Hauptform militärischer Aktionen außer acht zu lassen«.

Wie auch andere hohe Offiziere des sowjetischen Generalstabs hat Gareyev intensiv an neuen heimlichen Offensivwaffen – einschließlich Funkfrequenz-Waffen und Spetsnaz-Stationierungen – gearbeitet und er ist auch ein Experte für strategische Täuschungen. □

TOP SECRET

Sowjetunion

Die Miliz soll die Drogenplage stoppen

Im sowjetischen Ministerium für interne Angelegenheiten erfolgte eine Besprechung zum Thema: »Setzt die Miliz alle ihre Reserven voll ein; was hindert sie daran, alle Drogenabsatzwege zu schließen?«

Einem Bericht zufolge, der in der sowjetischen Tageszeitung »Prawda« erschien, sagte Generalleutnant V. Pankin, der Leiter des Kriminalamtes: »Wir sind noch immer nicht in der Lage gewesen, ein wirksames System zur Bekämpfung der Drogensucht zu entwickeln. Die Zahlen scheinen beeindruckend. Wir haben 42 Tonnen Rohstoffe und Drogen beschlagnahmt. Die Zahl der Verbrechen, die mit Drogen im Zusammenhang stehen, ist um 25 Prozent gefallen. Doch wir wollen uns nicht selbst loben. In einigen Regionen beispielsweise werden bis zu 60 Prozent der Einbrüche von Drogenabhängigen verübt.«

Das Moskauer Fernsehen berichtete, daß bei einer vor kurzem durchgeführten Anti-Drogenkampagne unter dem Namen »Poppy-87« fast 4000 illegale Opium- und Hanffelder entdeckt und über 140 000 Hektar zerstört worden sind. Im Jahr 1987 haben sich 77 Prozent der Drogensüchtigen bereits einer freiwilligen Behandlung unterzogen, wie aus dem Ministerium für innere Angelegenheiten der Sowjetunion verlautet. □

Iran

Sowjets rechnen mit baldiger Krise

Verschiedene gut informierte europäische Experten sind der Meinung, daß die sowjetischen Reaktionen auf Entwicklungen im sowjetischen Zentralasien und in der afghanisch-pakistanischen Krise zunehmend geleitet werden von der Erwartung einer neuen großen strategischen Krise, die bald im Iran ausbrechen wird, womöglich ausgelöst durch den Tod von Ayatolla Khomeini.

Ein britischer Experte meinte, der Abzug der Sowjets aus Afghanistan würde mit ziemlicher Sicherheit dort Chaos bedeuten. Das ist um so problematischer angesichts der gegenwärtigen Unruhen im sowjetischen Zentralasien und »unter Bedingungen, wo die Sowjets der Ansicht sind, daß Khomeini bald sterben wird. Dies wird Chaos auch im Iran bedeuten, das sich in der ganzen Region ausbreiten wird. Das sowjetische Militär will, daß seine Luftwaffenstützpunkte in Afghanistan in der Lage sind, den Golf mit Mittelstreckenraketen zu erreichen, um jedem Schritt der Amerikaner entgegenzutreten, der in dem Chaos und der Krise passieren könnte.

Meiner Ansicht nach könnte es zu einer Bewegung kommen, Gorbatschow zu stürzen, bevor die Truppen aus Afghanistan abgezogen werden, so daß das Militär für eine Situation sorgen kann, in der die Stützpunkte bleiben können.« □

Japan

Anpassung an den Rückzug der USA

Das japanische Militär möchte die Fähigkeit entwickeln, einen sowjetischen Angriff auf die Insel Hokkaido im Norden ohne Hilfe der Vereinigten Staaten abzuwehren, heißt es in einem Bericht, der in der Tageszeitung »Yomiuri Shimbun« erschienen ist.

In einer geheimen Studie der Verteidigungsbehörde wird von den japanischen Selbsthilfestreitkräften verlangt, sich nicht mehr länger auf eine Verteidigungsstrategie zu Lande im Norden zu konzentrieren, sondern auf eine Strategie der »aktiven Reaktion in einer fortgeschrittenen Position«, um feindliche Angriffe vor Hokkaido abzuwehren. Der Plan betont die Macht der Luftwaffe und empfiehlt die Stationierung von Schiffen von Hokkaido aus, die mittels Boden-Schiffs-Raketen in der Lage sind, feindlichen Angriffen zu widerstehen.

Laut »Yomiuri« hieß es in der Studie, ein sowjetischer Angriff auf Hokkaido käme wahrscheinlich inmitten eines offenen Konflikts zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Europa oder Nahost und deshalb käme Hilfe aus Washington dann sowieso zu spät.

Die Wende der Japaner wird als Anpassung an den Rückzug des amerikanischen Militärs von seinen Auslandsverpflichtungen angesehen. In einer damit zusammenhängenden Entwicklung wurde im März bereits zwischen Japan und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung unterzeichnet, der zufolge Japan alle Vergütungen und sonstigen Leistungen für die 21 000 japanischen Arbeiter auf den amerikanischen Militärstützpunkten in Japan zahlen muß einschließlich Transport, Unterkunft und Altersversorgung.

Die Vereinigten Staaten werden die Gehälter der Arbeiter weiterhin zahlen. Der finanzielle Beitrag Japans wird sich auf ungefähr 40 Prozent der jährlichen Kosten für die Aufrechterhaltung der US-Stützpunkte in Japan belaufen, sobald die Vereinbarung voll in Kraft tritt. □

West Bank

Was Henry Kissinger rät

In einem jüngsten privaten Treffen mit jüdischen Politikern in New York gab der ehemalige amerikanische Außenminister und Vertraute von David Rokkefeller, Henry Kissinger, den Rat, die israelische Regierung solle den Nachrichtenmedien den Zutritt zur West Bank und zum Gaza-Streifen verbieten. Der vertrauliche Hinweis sickerte durch einen der Befürworter israelischer Brutalität gegenüber den Palästinensern sofort an die Presse durch; es geschah sehr zum Kummer von Kissinger. Später, bei dem Versuch, seine Empfehlung zu dementieren, jammerte Kissinger: »Es ist nicht einfach, den Juden zu helfen.« □

Sowjetunion

Engere Beziehungen zu Thailand

Moskau strebt langfristigere Handelsabkommen und Transaktionen im Frachtausgleich mit thailandischen Firmen an, sagte der sowjetische Handelskommissar Victor Glaznev in Bangkok, der Yuri Mikhailov als Handelskommissar ersetzte. Sein Ziel ist es, den gegenwärtigen sowjetisch-thailändischen Handel auf 86 Millionen Dollar zu verdoppeln.

Glaznev diskutiert zur Zeit mit thailändischen Firmen ein neues Frachtausgleichsabkommen. Unter dieser Art von Transaktion, die erstmalig im Jahre 1986 durchgeführt wurde, verwendet Thailand sowjetische Schiffe zum Export thailändischer Produkte an Drittländer und die Sowjets benutzen die Frachtkosten zum Kauf thailändischer Produkte. Die Thasos-Schiffsagentur ist der sowjetische Agent in Thailand.

Glaznev erwartet in den nächsten Monaten vier sowjetische Direktoren, die Außenhandelsorganisationen sowie eine Bank vertreten, um das erste Jointventure zwischen Thailand, Japan und der Sowjetunion, die Aspac Company, zu gründen. Die Sowjets werden ihre Partnerschaft in der Firma dazu benutzen, sowjetische Exporte von Mineraldünger, chemischen Produkten, Maschinen und Werkzeugen zu fördern.

Die Sowjets haben auch das Angebot Thailands akzeptiert, sowjetische Schiffe in thailändischen Werften zu reparieren. Glaznev sagte, es seien dazu Besprechungen mit der Chaophraya-Schiffswerft im Gange. Im Oktober 1987 ließ Thailand 6 bis 8 Sowjetschiffe in der Schiffswerft reparieren, das erste Mal, daß Thailand einem sozialistischen Land eine solche Genehmiung erteilte. Im Jahre 1983 hat Thailand noch ein ähnliches Angebot zurückgewiesen. Die meisten sowjetischen Schiffe werden zur Zeit in Singapur repariert. □

Israel

Auf der Jagd nach Geld

»Es läßt sich schwer leugnen, daß das heutige Israel weitaus ›abgenutzter‹ und vulgärer ist als das noch vor zwanzig Jahren oder mehr der Fall war«, schreibt der in Amerika geborene, israelische Journalist Yosef Goell in dem Magazin »Moment«. Er nennt dafür drei Gründe:

»Erstens, der überhöhte, fast hysterische Tenor der israelischen Politik, der die Folge davon ist, daß man eine Politik, die zuvor eine Elitepolitik war, ersetzt hat durch eine populistische Politik.

Zweitens: In der Geschäftswelt sind viele Israelis auf der Jagd nach dem Geld. Angeregt wurden sie dazu durch beispiellos hohe Summen, die Ende der sechziger Jahre in Form von amerikanischer Regierungshilfe und Hilfe jüdischer Institutionen in das Land geflossen sind.

Und drittens: Diese Entwicklung förderte eine populäre Presse, die in den achtziger Jahren sich auf dem kleinen gemeinsamen Nenner unter ihren Lesern einpendelte, was eine gesellschaftliche Eifersucht unter den Besitzlosen anstachelte und damit deren Entschlossenheit erhöhte, sich ihren Anteil am Kuchen zu holen.« □

Polen

Ein Drittel der Menschen lebt in Armut

»Mindestens 25 Prozent und vielleicht sogar 33 Prozent der polnischen Bevölkerung leben in Armut; das entspricht einer absoluten Zahl zwischen 9 und 12 Millionen Bürgern«, so berichtet »Przeglad Wiadomosci Agency-Jnych«, Polens unabhängige Presseagentur. »Die ganze Gesellschaft ist unterernährt«, heißt es weiter.

Dem Bericht zufolge wird ein übermäßig hoher Anteil des Familienbudgets der Polen für den Kauf von Nahrungsmitteln verwendet. In reicheren Ländern werden etwa 20 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel eingesetzt, während die Ausgaben für Nahrungsmittel in Polen fast 50 Prozent der Einkommen betragen. Rentner und Familien mit vielen Kindern geben 80 bis 90 Prozent ihres monatlichen Einkommens für Lebensmittel aus.

Die Lage am polnischen Lebensmittelmarkt ist stark betroffen von der langfristigen allgemeinen Wirtschaftskrise, besonders seit dem Jahr 1982, als die Lebensmittelpreise ihren dramatischen und bis jetzt noch unverminderten Anstieg begannen. Der Verbrauch von Fleisch ist stark zurückgegangen; nur die Preise für Brot, Milch und Eier sind die gleichen wie vor der Krise.

Der Bericht schlußfolgert: »Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gibt so viel für Lebensmittel aus, wie es eine vernünftige Ernährung verlangt. Die ärmsten Gruppen geben weniger als die Hälfte dessen, was sie sollten, für Lebensmittel aus. Unter Berücksichtigung von gesundheitlichen Gesichtspunkten kann man schon sagen, daß die ganze polnische Gesellschaft unterernährt ist.« □

ADL

Maßnahmen gegen Kritiker des zionistischen Staates

Die geschickte Kommandoeinheit von B'nai B'rith, die wachsende und lautstarke Anti-Defamation League (ADL), hat in letzter Zeit geschwiegen, als sich die Palästinenser der West Bank und in Gaza gegen die unterdrückerische militärische Besatzung ihrer Heimat durch Israel erhoben haben. Doch es gibt Anzeichen dafür, daß sich die ADL darauf vorbereitet, Maßnahmen gegen jene zu ergreifen, die die Tollkühnheit besitzen, die ungerechte und unmoralische Politik des zionistischen Staates zu kritisieren.

Kürzlich veranstaltete die ADL ihre zehnte, alljährlich stattfindende nationale Führungskonferenz in Washington inmitten einer selbst für sie erstickenden Atmosphäre strengster Sicherheitsvorkehrungen. Die 75 Jahre alte Organisation ergriff besondere Maßnahmen, um während der dreitägigen Konferenz nicht viel von sich reden zu machen.

Die Veranstaltung wurde nirgends angekündigt, noch nicht einmal in der jüdischen Presse. Es waren nur geladene Gäste anwesend, und jene, die kamen, wurden stark abgeschirmt, um jeden draußen zu halten, der nicht völlige Sympathie zeigte mit der israelischen Sache. Die Teilnahme der Presse wurde verhindert und über den Ablauf der Veranstaltung erschien kein Bericht in den Massenmedien. Die normalerweise publicity-hungrige ADL war seltsamerweise völlig in Deckung gegangen.

An der ADL-Zusammenkunft im letzten Jahr hatte US-Bundesrichter Antonin Scalia, jetzt Richter am Obersten Gerichtshof der USA, als Gastredner teilgenommen. Außerdem fanden auch zahlreiche Sitzungen mit Senatoren, Kongreß-Abgeordneten und amerikanischen Regierungsbeamten statt, und es wurde auch hinreichend über die Veranstaltung in den Medien berichtet.

Auf der Tagesordnung in diesem Jahr jedoch stand die Diskussion einer Vielzahl von Themen, die überhaupt nichts zu tun hatten mit Verleumdung und Anti-Verleumdung, sondern »von Mittelamerika bis zu Rüstungskontrollgesprächen mit der Sowjetunion reichten; die Zukunft der israelischen Wirtschaft und seine ungeheuere militärische Bürde; die wahren Aussichten auf Frieden im Nahen Osten«. Im wesentlichen aber wandte sich die ADL und ihre nächste Generation von Führern nach innen und bemühte sich darum, wie man der negativen Publicity für Israel wegen seiner blutigen Unterdrückung des Aufstands der Palästinenser entgegentreten könnte.

Mit der Neudefinierung des Begriffes »Verleumdung« für ihre eigenen Zwecke einigte sich die ADL-Führung auf eine neue Propaganda-Formel, großzügig umgeben von Falschinformationen und Fehlinformationen, mit denen die Öffentlichkeit überhäuft werden soll. Man hofft damit den »wachsenden Trend in Richtung Antisemitismus, Antizionismus und anti-israelische Sentiments« umzukehren, der »in den Nachrichtenmedien als Folge der größten Bedrohung für die israelische Sicherheit in über 20 Jahren« – den Aufstand der Palästinenser – ausgebrochen ist.

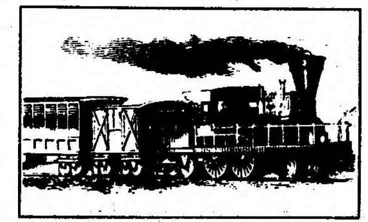
Eine der Haupttaktiken im Gegenangriff der ADL gegen die Wahrheit wird die Verleumdung jener Journalisten und Publikationen sein, die Israel und die blinde Unterstützung des zionistischen Staates von seiten der US-Regierung kritisieren.

Verleumdung ist schon seit langem eine der Lieblingstaktiken der ADL. Jeder, der mit ihrer Politik nicht übereinstimmt oder den sie aus irgendeinem Grund nicht mögen, wird automatisch als Antisemit abgestempelt. Wenn es sich bei einer solchen Person zufällig um einen Juden handelt, wird er als ein »sich selbst hassender Jude« bezeichnet. Beschimpfen ist leichter und oft effektiver als der Versuch, die Themen objektiv zu behandeln. Fakten und Wahrheit sind für die ADL kein Thema. □

Palästinenser

Entweder erschießen oder verhaften

Wegen Israels Versagen, Ruhe in die besetzten Territorien zu bringen, schreibt die israelische Tageszeitung »Haaretz«, »nimmt die Macht der palästinensischen Extremisten zu«. Es ist deshalb »dringend notwendig, mit den Leuten fertig zu werden, das heißt, die erschießen oder verhaften, die den Aufstand organisieren und lenken. Das sollte geschehen, selbst wenn es dabei um Tausende von Menschen geht. Aufrührer sollten nicht länger einen Luxuskrieg führen dürfen.« □



Betr.: Sowjetunion »Worüber Gorbatschow nicht spricht«, Nr. 3/88

Ich geriet Anfang 1944 – ein Jahr nach dem Debakel von Stalingrad – in sowjetische Gefangenschaft. Einen großen Teil der Jahre 1946 und 1947 verbrachte ich im Lager 260/7 Orsk (Südural)). Hier waren in sieben oder acht Teillagern auch die rund sechstausend Überlebenden von Stalingrad untergebracht, die Offiziere waren größtenteils im Lager Moschaisk bei Moskau.

Von den in Gefangenschaft geratenen 90 000 (nach sowjetischen Angaben 115 000) deutschen Soldaten der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus waren also in den Jahren 1943 bis 1946 84 000 umgekommen. Doch abgesehen von den sogenannten Todesmärschen im Februar 1943, bei denen die Gefangenen in Ermangelung einer Unterbringung immer wieder im Kreis herumgeführt wurden sowie von einzelnen Fluchtversuchen haben die NKWD-Mannschaften keine deutschen Gefangenen erschossen; sie sind alle von selbst gestorben an Auszehrung (Dystrophie), Tuberkulose, Fleckfieber, Typhus und anderen Krankheiten. Unter den harten Lebensbedingungen eines Arbeitslagers in Kriegszeiten können nur wenige Menschen einen längeren Zeitraum überleben. Jedenfalls dürfte von den vermißten Kriegsgefangenen heute keiner mehr am Leben sein.

Deutsche Gefangene waren nicht »angekettet«; gegen Fluchtversuche gab es bei bestimmten Arbeitskommandos auf Menschen abgerichtete Wachhunde (sogenannte »Bluthunde«).

Wenn man die wenigen unrühmlichen Ausnahmen vergißt, war unser Verhältnis zu den Mannschaften und Offizieren des NKWD (ab 1946: MWD, heute: KGB) durchweg gut. Wenn wir uns in 1945/46 in Fünferkolonnen durch Busuluk bewegten, verlangte der NKWD-Sergeant stets, daß wir zur Beschleunigung des Marschtempos ein Lied singen und zwar ausgerechnet immer die »Grauen Kolonnen« mit dem Refrain: »denn wir marschieren in Feindesland«. Die Russen sind alles andere als engherzig.

Durch positive Darstellung der sog. »Organe« will ich keineswegs die kommunistische Staatsideologie aufwerten. Weder der Kommunismus noch der American way of Life sind für uns erstrebenswert. Beide weisen in die gleiche Richtung: Raserei der Technik, Vermaßung wurzelloser genormter Menschen; beide sind geprägt durch Konformismus und materialistisches Konsumdenken.

Karl Schäfer, Konstanz

Betr.: Zionismus »Das Leben eines US-Juden in Israel«, Nr. 1/88

Die soziale Lage der Ostjuden war schlecht, einmal von den »staatlichen Zwängen« her, dann aber auch von den Rabbiaten. Diese wachten eifersüchtig darauf, daß sich alle Juden unter den strengen Religionsgeboten duckten und sich verhielten. Ähnlich hat es ja das Papsttum auch über lange Jahre so gehalten. Luther kam ja nicht von ungefähr.

Die politischen Ideen des 19. Jahrhunderts drangen trotzdem auch nach Rußland, und damit auch zu den Juden. Insbesondere die Jüngeren, wollten mehr geistige Freiheit, Freiheit von den Gesetzen Mose. Daß dies nur durch politische Freiheit zu erreichen war, leuchtete ihnen ein und als revolutionäre Kraft waren eben nur die Sozialisten da.

So kam es, daß sich viele Juden in der marxistischen Bewegung engagierten. Das radikale Verhalten war ja aus dem Druck des Zarismus durchaus zu verstehen. Auch fortschrittliche Rabbis erkannten in der Bewegung der Marxisten eine Chance zur politischen-gesellschaftlichen Befreiung. Frühzeitig kam es zu einer intensiven Zusammenarbeit, wobei den Juden natürlich auch ein eigener Staat vorschwebte. Die enge Verbindung zwischen sozialistischen und zionistischen Vorstellungen ist da zu suchen.

Sicher die Kibbuz-Idee trägt sozialistische Züge. Aber wie hätten die Juden denn es anfangen sollen? Die finanziellen Mittel waren nicht groß, aber es fehlte auch an Experten, für diese oder jene Aufgabe. Die USA und damit ihre Bürger haben diese politischen Bedrückungen nicht kennen gelernt und somit erscheint es dem Verfasser oftmals unverständlich.

Irgendwie ist es doch bedrückend, wenn man die Ereignisse sieht, die sich durch diese Gleichsetzung ergeben haben. Der Zionismus als Staatsidee hatte es schwer, sich unter den »westlichen Juden« durchzusetzen und Anhänger zu finden. Man mag über manche Methode bei der Errichtung und Durchsetzung der Staatsgründung der Juden nicht gerade glücklich sein, aber wie hätten sie es denn erreichen sollen? England hatte zwar durch die Balfour-Erklärung seine »Hilfe« zugesagt, aber gleichzeitig auch die Araber ermuntert für die »Freiheit Palästina« gegen die Türken die Waffen zu ergreifen.

Jetzt zeigen sich auch für die Israelis die Sachzwänge, die sich eben aus einer Staatsgründung nun einmal ergeben.

Herbert Bolz, Regensburg

Betr.: Sowjetunion »Gorbatschow schlimmer als die Vorgänger«. Nr. 4/88

Die BRD wurde auf Weisung der Westmächte etabliert und ist daher an deren Weisungen gebunden, besitzt also keine Souveränität. Ein Lizenzstaat kann eo ipso kein »Rechtsstaat« sein, weil er ja die Interessen der Siegermächte vertritt. Außerdem ist das Deutsche Reich (auch nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts) auch heute noch de jure existent, mit dem die BRD als Besatzungsregime nichts zu tun hat. Deshalb sind alle Abkommen der BRD für das deutsche Volk und Reich unverbindlich, auch ein »Friedensvertrag« mit den Siegermächten, der die Wiederherstellung des Deutschen Reiches zur Voraussetzung haben müßte. Die UdSSR hat sich auch heute noch ein Hintertürchen aufgelassen zum Deutschen Reich, indem sie die »Reichsbahn« in der DDR nicht umbenannte.

Die »volle Souveränität« der BRD ist unmöglich, weil das Ziel der Westmächte seit je die Zerstückelung, Ausbeutung und Niederhaltung Deutschlands war, ist und bleibt. Weder die Westmächte noch ihre Lizenzpolitiker wollen die »Wiedervereinigung«, von der Rückgliederung der annektierten deutschen Ostgebiete ganz zu schweigen. Denn schon die Wiedervereinigung der DDR mit der BRD – und sei es auch unter sozialistischem Vorzeichen, wie das die Linken in der BRD erstreben – würde bei den Politikern der Westmächte eine Gänsehaut hervorrufen.

Die Westmächte wollen die Sanktionierung des Status quo, ein neues Jalta! Churchill sagte dem »Helden des 20. Juli 1944«, Goerdeler, aufrichtig: »Sie wissen doch, daß der Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will.«

An dieser Politik hat sich bis heute nichts geändert und wird sich auch nichts ändern. Eine Änderung des deutschen Schicksals kann deshalb nur von der UdSSR her kommen, die ja die DDR und die deutschen Ostgebiete kontrolliert.

Der Schlüssel dazu ist Polen und China. Stalin wähnte, die Polen durch das Überlassen der deutschen Ostgebiete zu treuen Freunden und Bundesgenossen der UdSSR gewonnen zu haben. Das war ein grundsätzlicher Fehler Stalins.

Denn die Polen waren niemals Freunde der Russen und der Deutschen. Polen konnte nur dann eine Rolle in der Geschichte spielen, wenn Rußland und Deutschland ohnmächtig waren wie nach 1918. Dann dehnte sich Polen auf Kosten aller umgebenden Völker aus und drangsalierte sie.

Die Polen trauern heute noch um die »verlorenen polnischen Ostgebiete«, die aufgrund des Versailles-Diktates (das die UdSSR nie anerkannt hat!) von Rußland abgetrennt worden waren und die Stalin 1945 wieder rückgliederte. Die größenwahnsinnigen Polen, die 1945 die Sowjets frenetisch als »Befreier« begrüßten und die Ostdeutschen unter gräßlichen Greueln aus ihrer Heimat vertrieben, möchten nicht nur die geraubten deutschen Ostgebiete behalten, sondern auch die russischen Westgebiete sich einverleiben.

»Es liegt in der Natur der Polen, daß sie nicht auf dem Boden des Realen bleiben können. Ihre Phantasie greift weiter; haben sie erst ein Stückchen Land in Händen, so verlangen sie bald mehr. Sie wollen die ganze Welt.« (Professor Limanowski, Wilna).

Hatte sich Stalin schon in bezug auf Polen getäuscht, so gelang es ihm auch nicht, die Einheit Chinas zu hintertreiben, so daß die UdSSR heute die renitenten Polen vor der Nase und den chinesischen (zur Weltmacht aufgestiegenen) Drachen im Rücken hat. Diese Fehler Stalins müssen seine Nachfolger heute ausbaden, und das bei einer Wirtschaftskrise in Ost und West.

In dieser verzweifelten Lage versucht Gorbatschow nach innen und außen Ruhe zu gewinnen. Das aber ist unmöglich, weil die Probleme sich nicht fixieren lassen. Die UdSSR wird trotz aller gegenteiligen Reden gezwungen werden, die »Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges« zu revidieren – und sei es zugunsten der DDR als zuverlässigsten Freund und Verbündeten im Westen. Da die BRD-Politiker auf Weisung der Westmächte auf den Status quo hinarbeiten, kann Gorbatschow nur die Revision mit der DDR realisieren – mit ungeheurer Auswirkung auf die BRD und den Westen.

Helmuth Golz, Köln

Betr.: Bonn »Wahlen 1988«, Nr. 3/88

Es gab mal »Demokraten«, die nach eigener Aussage die Belastbarkeit der Wirtschaft testen wollten. Brandt, Apel, Matthöfer, Ehmke und die Gewerkschaftsbosse von Vetter bis Vietor gehörten dazu. Fast hätten sie es geschafft, unser Gemeinwesen durch Überschuldung in den Bankrott zu treiben. Arbeitsplätze wurden Mangelware, weil Hunderte Firmen der Zinsbelastung nicht mehr gewachsen waren und aufgeben mußten.

Dann kam die »Wende«.

Heute wollen die Nachfolger Vorgenannter die Belastbarkeit des Menschen testen: immer weniger Arbeitende müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr leisten. Bis zum Umfallen.

Neue Arbeitsplätze sind nirgends in Sicht – schon gar nicht im öffentlichen Dienst. Die Hetze gegen Stoltenberg wird stärker, obwohl er sich schon um 180 Grad gedreht hat. Aus dem »soliden Haus-Vater«, als der er antrat, wurde ein neuer Bundesschuldenminister. Wird er jetzt auch noch Arbeitszeitverkürzungsminister?

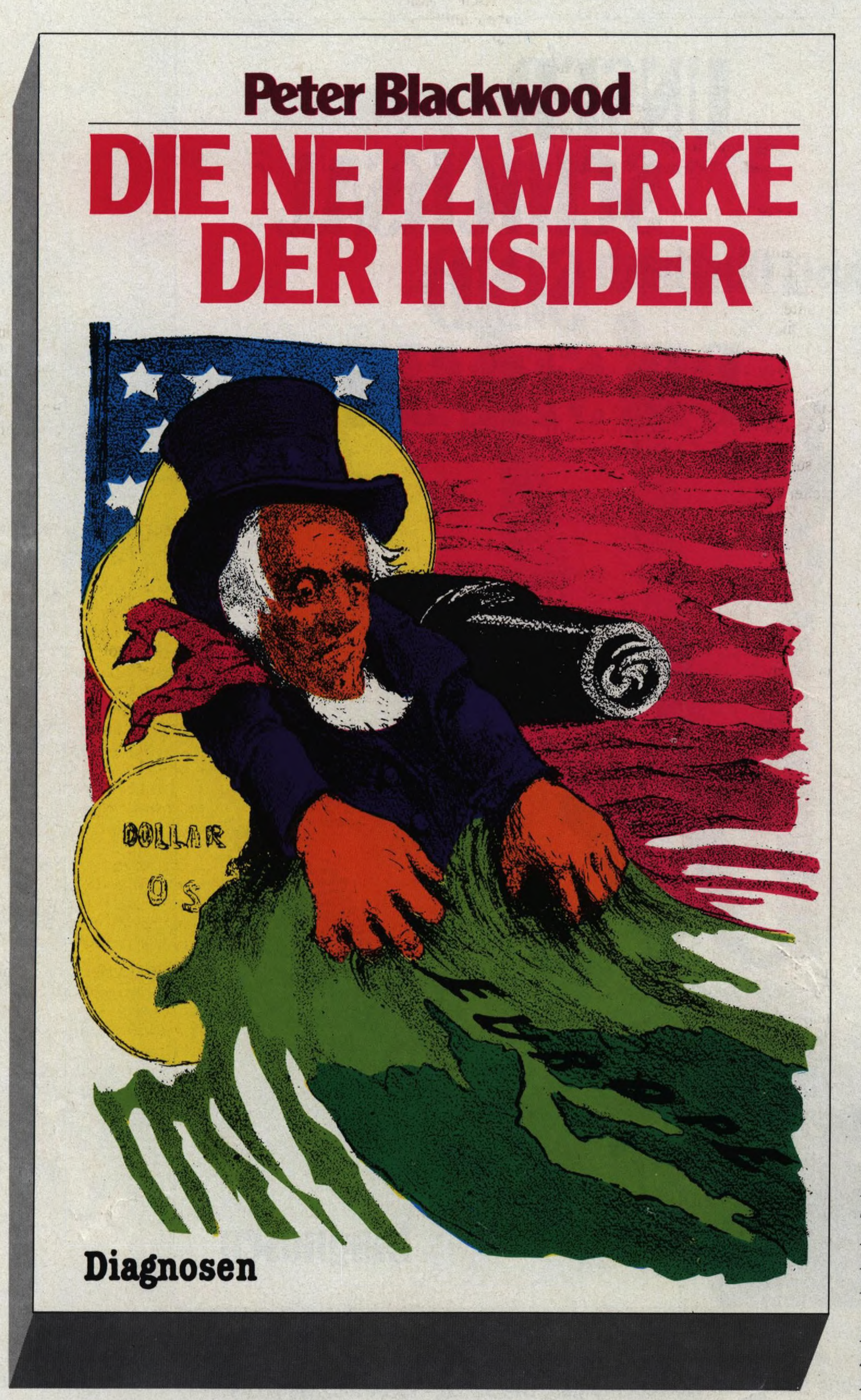
Das Ende dieser traurigen Entwicklung ist absehbar: die Wiederholung Weimars unter anderen Vorzeichen. Da werden Raketen tatsächlich überflüssig.

Weiter so, Deutschland?

Was hat sich denn grundlegend geändert? Nichts! Nach wie vor gilt der Grundsatz: Kein »angemessener« Zins – kein Geld – keine Arbeit. Die internationalistischen Banker können mit »Bonn« zufrieden sein.

Helmut Griener, Werdohl

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,–
ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Zu beziehen über den Buchhandel.